

Die Marxistische Gruppe in der Bundesrepublik Deutschland – ihre Entstehung aus den Roten Zellen und der Arbeitskonferenz in München in den 1960er Jahren, ihre Entwicklung in den 70er und 80er Jahren und ihre Auflösung im Mai 1991

Dissertation

zur Erlangung des Grades des Doktors der Philosophie (Dr. phil)

an der Fakultät für Geisteswissenschaften der Universität Hamburg
im Fachbereich Geschichte

vorgelegt von

Wolfgang Günther Meyer

Hamburg 2024

Datum der Disputation: 07. Mai 2025

Erstgutachter: PD Dr. Knud Andresen

Zweitgutachterin: Prof. Dr. Gabriele Clemens

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	7
1.1 Problemstellung.....	7
1.2 Forschungsstand	13
1.3 Forschungsfragen	22
1.4 Quellenbasis	24
1.5 Methodisches Vorgehen	27
1.6 Aufbau der Arbeit.....	29
 2. Das Umfeld des Entstehungsprozesses der Münchner Roten Zellen und der späteren Marxistischen Gruppe	 32
2.1 Die Studierendenbewegung in der Bundesrepublik der 1960er Jahre, ihr Ende und der Zerfall des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes.....	 34
2.2 Die K- Gruppen.....	40
2.3 Der Anfang der Roten Zellen in München.....	42
 3. Die Fundamente der Marxistischen Gruppe – Entstehung und Entwicklung der Organisation bis Mitte der 1970er Jahre	 45
3.1 Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) der Ludwig-Maximilians- Universität (LMU) München in den 1960er Jahren	 45
3.2 Der AStA der LMU München bis zur Auflösung der Studierendenschaft in Bayern – Aufschwung von einer konservativen zur dominierenden linksorientierten Studierendenvertretung	 48
3.2.1 Die Roten Zellen – ihre Gründung und Hinwendung zur marxistisch- theorieorientierten politischen Organisation	 49
3.2.2 Die Spaltung der Roten Zellen und die Entstehung der Arbeitskonferenz München.....	 54
3.2.3 Der Rote-Zellen-AStA an der LMU München als Organisationszentrale der Arbeitskonferenz	 64

3.3	Die <i>Münchner Studentenzeitung</i> an der LMU München	69
3.4	Die Theoriefraktion der Marxistischen Gruppe Erlangen	73
3.4.1	Die Gründung der Marxistischen Gruppe in Erlangen-Nürnberg	76
3.4.2	Die Entstehung der Theoriefraktion der Marxistischen Gruppe Erlangen aus der Spaltung der Marxistischen Gruppe Erlangen-Nürnberg.....	79
3.4.3	Die <i>Sozialistische Hochschulzeitung</i> der Theoriefraktion in Erlangen	83
4.	Die Entwicklung der Marxistischen Gruppe in der Bundesrepublik in den 1970er Jahren bis zur Auflösung der Organisation im Mai 1991	85
4.1	Der Übergang von den Roten Zellen der Arbeitskonferenz in München zur bundesweit agierenden Organisation ab Mitte der 1970er Jahre.....	90
4.1.1	Die Programmatische Erklärung der Arbeitskonferenz	92
4.1.2	Inhaltliche Schwerpunkte der Arbeitskonferenz München und der Theoriefraktion Erlangen	101
4.1.2.1	Die <i>Marxistische Studentenzeitung</i> in der Zeit von 1974 bis 1980.....	103
4.1.2.2	Die <i>Resultate der Arbeitskonferenz</i>	105
4.1.2.3	Fachbereichszeitungen und die <i>Circulare</i>	108
4.1.3	Organisationsweisen der Arbeitskonferenz.....	111
4.2	Die Konsolidierung der Marxistischen Gruppe Ende der 1970er Jahre bis zu ihrer Auflösung im Jahr 1991	118
4.2.1	Eine Neufassung der Programmatischen Erklärung: „Die Bundesrepublik Deutschland 1980 - und was Marxisten in den 80er Jahren an ihr zu ändern haben“	121
4.2.2	Inhaltliche Schwerpunkte der Marxistischen Gruppe	128
4.2.2.1	Die <i>Marxistische Studentenzeitung</i> alias <i>Marxistische Zeitung</i> alias <i>Marxistische Streit- und Zeitschrift</i>	129
4.2.2.2	Die <i>Marxistische Arbeiterzeitung</i>	133
4.2.2.3	Die <i>Resultate</i> der Marxistischen Gruppe.....	133
4.2.2.4	Schriftenreihen der Marxistischen Gruppe	137
4.2.3	Strukturelle Besonderheiten der Marxistischen Gruppe	139

5. Die Staatstheorie der Marxistischen Gruppe.....	142
5.1 Marxistisch geprägte Untersuchungen über den Staat in den 1970er Jahren der Bundesrepublik.....	143
5.2 Die Ableitung des Staates aus Bestimmungen der sogenannten Oberfläche der Gesellschaft	151
5.3 Der staatstheoretische Ansatz der Arbeitskonferenz.....	156
5.4 „Der bürgerliche Staat“ – eine Kritik der Staatstheorie der Marxistischen Gruppe ...	160
5.4.1 Begrifflicher Übergang von der Ökonomie zur Politik.....	163
5.4.2 Darlegungen über Interessen der Gesellschaftsmitglieder	164
5.4.3 Darlegungen über das Eigentum	168
5.4.4 Darlegungen über Beziehungen der Gesellschaftsmitglieder aufeinander	170
5.4.5 Anfangsbestimmungen über den bürgerlichen Staat.....	173
5.5 Würdigung der Staatstheorie der Marxistischen Gruppe	176
6. Die Auflösung der Marxistischen Gruppe im Mai 1991 und die Gründung der Zeitschrift <i>Gegenstandspunkt</i> im März 1992	179
6.1 Beobachtungen und Bewertungen der Roten Zellen, der Arbeitskonferenz und der Marxistischen Gruppe durch den Verfassungsschutz	180
6.1.1 Verfassungsschutzberichte über die Roten Zellen	181
6.1.2 Verfassungsschutzberichte über die Arbeitskonferenz und die Marxistische Gruppe.....	184
6.2 „Die ‚Marxistische Gruppe‘ (MG). Ideologie, Ziele und Arbeitsmethoden eines kommunistischen Geheimbundes“ – eine Erklärung des Bundesministeriums des Innern im März 1991	188
6.3 „Der Fall MG“ – eine Auseinandersetzung der Marxistischen Gruppe mit dem Verfassungsschutz und die Erklärung der Marxistischen Gruppe im Mai 1991 zur Auflösung ihrer Organisation	191
6.4 Der Übergang der Marxistischen Gruppe zur Zeitschrift <i>Gegenstandspunkt</i> im Jahr 1992 – ein Rückzug und ein Neuanfang.....	199
7. Die Marxistische Gruppe – ein Fazit.....	208

8. Quellen und Literatur	219
8.1 Quellenverzeichnis – Materialien der Marxistischen Gruppe und ihrer Vorläuferorganisationen	219
8.1.1 Zeitungen und Fachbereichszeitungen	219
8.1.2 Flugblätter und Flugblattsammlungen	222
8.1.3 Schriftenreihen	223
8.1.4 Interviews	226
8.1.5 Weitere Veröffentlichungen	226
8.1.6 Verlagsprogramme	227
8.1.7 Vorträge	228
8.1.8 Zeitschrift <i>Gegenstandpunkt</i> und Gegenstandpunkt Verlagsgesellschaft	229
8.2 Literaturverzeichnis	230
8.2.1 Literatur	230
8.2.2 Schriften der Bundes- und Landesbehörden sowie Berichte des Bundesamtes und der Landesämter für Verfassungsschutz	244
<i>Abstract (Deutsch)</i>	247
<i>Abstract (Englisch)</i>	248
<i>Eidesstattliche Erklärung</i>	249

1. Einleitung

1.1 Problemstellung

Im Mittelpunkt der vorliegenden Untersuchung steht die Marxistische Gruppe, eine politische Organisation aus dem Umfeld der Ende der 1960er Jahre auseinandergefallenen Studierendenbewegung, über die ein damaliger Akteur schrieb: „Dabei hatten wir diesen Verein in allen Fraktionskämpfen der siebziger Jahre überhaupt nicht auf der Rechnung“¹. Wer war die Marxistische Gruppe? Die in München entstandene Organisation verkörperte einen politischen Zusammenschluss eigentümlicher Prägung, der sich Ende der 1970er Jahre unter dem Namen „Marxistische Gruppe“ präsentierte, aber schon vorher unter anderen Bezeichnungen in Erscheinung trat. Sie entwickelte sich aus dem Kreis der aufgelösten Studierendenbewegung in der Bundesrepublik und kann im weitesten Sinn der Neuen Linken zugeordnet werden.² Die Gruppe agierte zunächst im bayerischen Raum und später jahrzehntelang bundesweit mit außergewöhnlich personeller Konstanz, entwickelte sich zur zahlenmäßig stärksten Gruppierung der Neuen Linken, schottete sich gegenüber Außenstehenden ab und erfuhr sowohl Zuspruch als auch Ablehnung im akademischen Umfeld.

Die Besonderheit der Marxistischen Gruppe zeigte sich vor allem in ihrer Theoriearbeit, die eine Vorrangstellung in der Organisation einnahm. Der Theoriebildungsprozess begann bereits mit der Gründung der Roten Zellen in München sowie einer dort entstandenen Arbeitskonferenz und entwickelte sich in Zusammenarbeit mit einer im Erlanger Raum aktiven Gruppierung über Jahre fort. Das Eigentümliche der Marxistischen Gruppe lag einmal in ihrer Kritik beziehungsweise andersartigen Deutung gesellschaftlicher Verhältnisse sowie in der Kommunikation ihrer Ergebnisse. Die Marxistische Gruppe bezeichnete ihre gesellschaftstheoretischen

¹ Koenen, Gerd : Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967 – 1977, Frankfurt a.M., 5. Aufl. 2011, S. 310.

² Der Begriff der Neuen Linken wird hier zur Charakterisierung einer historischen Entwicklung verwendet, die in der Bundesrepublik etwa seit Anfang der 1960er Jahre einsetzte. Geprägt wurde der Ausdruck 1957 von Charles Wright Mills, der die kommunistische Ausrichtung der Arbeiterbewegung von der sozialdemokratischen Richtung abgrenzte (vgl. Schildt, Axel: Rebellion und Reform. Die Bundesrepublik der Sechzigerjahre, Bonn 2005, S. 132). Mario Petri machte zum Begriff der Neuen Linken eine ideologische Modifikation aus, die eine Distanzierung der Neuen Linken von der Alten Linken durch einen theoretischen Transformationsprozess ausdrückte (vgl. Petri, Mario: Terrorismus und Staat. Versuch einer Definition des Terrorismusphänomens und Analyse zur Existenz einer strategischen Konzeption staatlicher Gegenmaßnahmen am Beispiel der Roten Armee Fraktion in der Bundesrepublik Deutschland, München 2007, S. 112).

Analysen als „durch und durch destruktive Kritik [...] aller bestehenden Verhältnisse“³ und drückte damit aus, dass bei der Klärung von Sachverhalten auch innerhalb der Organisation keine Zugeständnisse, Einschränkungen oder Kompromisse vorgenommen wurden. Herbert Fertl, ein führendes Kadermitglied der Gruppe, betonte in einem Interview: „Es wird diskutiert, bis man sich einigt, und wenn man sich nicht einigt, dann trennt man sich“⁴.

In der Auseinandersetzung mit anderen Organisationen oder Autoren, die ebenfalls Analysen über gesellschaftliche Verhältnisse vorgenommen hatten, verfolgte die Marxistische Gruppe ausdrücklich und grundsätzlich Polemik als Mittel ihrer Kritik. Sie fasste polemische Formulierungen als notwendig auf, um die Mangelhaftigkeit einer wissenschaftlichen Analyse aufzuzeigen.⁵ Inwieweit Polemiken der Gruppe in persönliche Diffamierungen übergingen, wird zu untersuchen sein.

Eigentümlich war die Marxistische Gruppe auch dadurch, dass ihre Struktur- und Organisationsprinzipien nur bruchstückhaft ausgemacht werden konnten und die Gruppe von Außenstehenden oft als eine Organisation mit dem Charakter eines Geheimbundes identifiziert wurde.⁶ Das Verbergen gruppeninterner Prozesse sollte offenbar einen erweiterten Zugriff des Verfassungsschutzes erschweren, der die Organisation und deren Vorläufer, die Roten Zellen, seit ihren Anfängen beobachtete.⁷ Bezeichnend und eigentümlich für die besondere Handlungsweise der Gruppe war schließlich deren Selbstauflösung. Eine abrupte Beendigung der gesamten politischen Organisationsformen der Gruppe ging einher mit der Schaffung einer neuen publizistischen Positionierung. Das Ende der Marxistischen Gruppe war zugleich ein personell und inhaltlich fortgeführter Neuanfang in Gestalt der Zeitschrift *Gegenstandpunkt* – eine marxistische Organisation verschwand und ein politisches Magazin mit Inhalten marxistischer Theorie entstand.

³ Heinze, Ulrich: USZ im Gespräch: MG oder M16?? Die Marxistische Gruppe (& ihre Kritik) im Visier, Interview mit Herbert Fertl und Harald Kuhn, in: Uni-Stadtzeitung (USZ), Heft November 1987, S. 12.

⁴ Schumann, Dirk / Hooffacker, Gabi: Die Marxistische Gruppe (MG). in: Der Ketzer, Nr. 13, 1981, München, Mai 1981, S. 4.

⁵ Vgl. Rote Zellen/AK München, Resultate, 1974, S. 120 und S. 109. Die Angaben von Quellen über die Marxistische Gruppe und ihrer Vorläuferorganisationen habe ich gegenüber der üblichen Zitierweise verändert (siehe Quellenverzeichnis, Kapitel 8.1).

⁶ Vgl. Kleinert, Hubert: Geschichte des linken Radikalismus in der Bundesrepublik Deutschland 1945 – 1990, in: Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, hg. von Ulrich Dovermann, Bonn, 2. Aufl. 2012, S. 74.

⁷ Vgl. Verfassungsschutzbericht Bund 1969/70, S. 29 – 32. Zu den Angaben über die Verfassungsschutzberichte siehe Literaturverzeichnis, Kapitel 8.2.2.

Erklärungen zum Entstehungsprozess der Marxistischen Gruppe erfordern einen Zugriff auf die vor mehr als fünfzig Jahre zurückliegenden Proteste und Revolten in der Bundesrepublik und müssen dabei den Blick besonders auf das damalige akademische Umfeld richten. Aus außerparlamentarischen Zusammenschlüssen, die in der Forschung mit Begrifflichkeiten wie „Protestbewegung“, „68“ oder „Studentenbewegung“ klassifiziert wurden,⁸ entstanden Bewegungen, die die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland nachhaltig veränderten, wie Axel Schildt treffend resümierte: „Die Protestbewegung fungierte retrospektiv als treibender und übertreibender Teil einer dynamischen Modernisierung der westdeutschen Gesellschaft und ihrer politischen Kultur, die in breitem Ausmaß um 1960 begann“⁹.

Die 1960er Jahre waren eine Phase tiefgreifender Umwälzung, ein Raum der Veränderungen, der der Gesellschaft der Bundesrepublik auch einen bis dahin nicht gekanntem Wohlstand brachte.¹⁰ Politisch regierte ab 1966 die Große Koalition, die von Parlamentariern aus der SPD und der CDU/CSU gebildet worden war. Die relative Bedeutungslosigkeit der damaligen parlamentarischen Opposition führte vor allem bei einem Teil der akademisch Gebildeten zunehmend zur Unzufriedenheit an politischen Entscheidungen im gesellschaftlichen System der Bundesrepublik.¹¹ Es entstanden oppositionelle Gruppen, deren umfassende Organisationsform die Außerparlamentarische Opposition (APO) war. Die APO forderte von den Regierungsparteien vor allem Veränderungen im Bereich der Hochschulen, eine Abkehr von den geplanten Notstandsgesetzen, eine distanzierte Haltung der Bundesregierung zur Kriegsführung der USA in Vietnam und eine verstärkte Aufarbeitung der NS-Vergangenheit.¹² Eine zentrale Gruppierung der APO, etwa ab Mitte der 1960er Jahre, war der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS).¹³ An den Hochschulen, zunächst von Westberlin aus, formierte sich in dieser Zeit eine

⁸ Der in der einschlägigen Literatur verwendete Begriff „Studentenbewegung“ wird heute oft durch „Studierendenbewegung“ ersetzt, um ein stereotypes Geschlechterbild aufzulösen. Nicht nur in diesem Fall versuche ich im Folgenden eine geschlechtergerechte Sprache zu verwenden.

⁹ Schildt, Axel: Vor der Revolte: Die sechziger Jahre, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Ausgabe B 22-23, Bonn 2001, S. 13.

¹⁰ Vgl. Abelshauser, Werner: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart, 2. überarb. u. erw. Aufl., München 2011, S. 346f; vgl. Schildt, Axel: Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90, München 2007, S. 30, S. 36, S. 44, S. 47; vgl. auch Schildt 2001, S. 7 – 9.

¹¹ Vgl. Otto, Karl Adolf: APO. Außerparlamentarische Opposition in Quellen und Dokumenten (1960–1970), Köln 1989, S. 12f; vgl. auch Schildt 2001, S. 11.

¹² Vgl. Schildt, Axel / Siegfried, Detlef: Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik – 1945 bis zur Gegenwart, Bonn 2009, S. 279; vgl. auch Otto, Karl Adolf: Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960 – 1970, Frankfurt a.M. / New York 1977, S. 13f.

¹³ Vgl. Albrecht, Willy: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) – Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken, Bonn 1994, S. 437 – 443; vgl. auch Fichter, Tilmann / Lönnendonker, Siegward: Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von Helmut Schmidt bis Rudi Dutschke, Bonn 2008, S. 67 – 70.

Studierendenbewegung, die von Forderungen zur Hochschulreform ausging, sich dann zunehmend aktiv und praktisch auf politische Probleme bezog, die außerhalb der Universität sichtbar waren. Organisatorisch schlossen sich eine große Zahl von Studenten und Studentinnen außerparlamentarischen Bewegungen wie dem SDS an.¹⁴ Die heute noch vielen Menschen geläufige „68er“-Bewegung entstand aus einer Verschmelzung politischer Protestbewegungen mit einer Vielfalt kultureller Eigenarten. Eine solche Gemengelage schloss nicht nur unterschiedliche, vielmehr auch widersprüchliche Elemente in sich ein.¹⁵

Im Herbst 1968 setzte ein Zerfallsprozess des SDS ein, dem damals eine bedeutende Rolle innerhalb der Außerparlamentarischen Opposition zukam. Damit setzte auch die Aufspaltung ehemaliger Zusammenschlüsse in politisch unterschiedliche Gruppierungen ein. Etablierte Organisationen waren nunmehr für einen großen Teil der Aktiven attraktiv. Dort wollten sie versuchen, gesellschaftliche Strukturen zu verändern. Parteiarbeit oder die Arbeit in Gewerkschaften waren vorrangige Felder der ehemals protestierenden oder revoltierenden Akteure und Akteurinnen. Ein anderer Teil versuchte proletarisch-kommunistische Parteitraditionen wieder aufleben zu lassen. Straff strukturierte Organisationen wurden aufgebaut, um die als Träger gesellschaftlicher Veränderungen auserkorene Arbeiterklasse zu politisieren.¹⁶ So wurden etwa ab Ende der 1960er Jahre sozialistisch-kommunistische Gruppen oder Parteien gegründet, die sogenannten K-Gruppen, die sich untereinander aufgrund politisch unterschiedlicher Positionen auch heftig befehdeten.¹⁷ Einige der aus den Auflösungsprozessen der Studierendenbewegung entstandenen K-Gruppen agierten überregional und erlangten eine gewisse gesellschaftliche Beachtung im linken Spektrum. Das waren vor allem die KPD/AO (Kommunistische Partei Deutschlands/Aufbauorganisation), der KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschlands) der

¹⁴ Vgl. Schildt/Siegfried 2009, S. 281.

¹⁵ Vgl. ebd., S. 281f; vgl. auch Frei, Norbert: 1968. Jugendrevolte und globaler Protest, akt. u. erw. Ausgabe 2017, München, 2. Aufl. 2018, S. 134. Detlef Siegfried untersuchte den Wertewandel der bundesrepublikanischen Gesellschaft in den 1960er Jahren und zeigte anhand der damals populären Beatmusik eine Loslösung der Gesellschaft von Traditionen, die gleichzeitig einen Zusammenhang von Konsum, Massenkultur und Politisierung offenbarte (vgl. Siegfried, Detlef: Time Is on My Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre, Göttingen, 3., um ein Nachwort erg. Aufl. 2017).

¹⁶ Vgl. Von Hodenberg, Christina: Das andere Achtundsechzig. Gesellschaftsgeschichte einer Revolte, München 2018, S. 77 – 101, S. 189.

¹⁷ Die Bezeichnung „K-Gruppe“ wird in der wissenschaftlichen Literatur als Bezeichnung für marxistisch-leninistisch ausgerichtete Organisationen etwa seit Anfang der 1970er Jahre verwendet. Die „K-Gruppen“ selbst bezeichneten sich als Kaderorganisationen, gegebenenfalls mit entsprechendem Zusatz, etwa ML für „Marxisten-Leninisten“ (vgl. Benicke, Jens: Die K-Gruppen. Entstehung - Entwicklung - Niedergang, Wiesbaden 2019, S. 18; vgl. Kraushaar, Wolfgang: Achtundsechzig. Eine Bilanz, Berlin 2008b, S. 191; vgl. Steffen, Michael: Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991, Berlin / Hamburg / Göttingen 2002, S. 17f).

KB (Kommunistischer Bund), die KPD/ML (Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten) und der KABD (Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands), der 1982 fortgeführt wurde als MLPD (Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands).¹⁸

Andererseits bildeten sich Gruppierungen aus dem Umfeld des SDS heraus, so die Roten Zellen in Westberlin und München, die vor allem in einer politisch begründeten Theoriearbeit ihren Schwerpunkt setzten. Anspruch dieser Gruppen war es, eine umfassende Kritik gesellschaftlicher Verhältnisse zu leisten. Dabei sollten auch Schriften von Karl Marx rezipiert und vernachlässigte Inhalte seiner Theorie neu belebt werden. Diese aus dem Bereich der Neuen Linken stammenden zahlenmäßig anfangs relativ kleinen Gruppierungen entstanden überwiegend aus universitären Fachbereichen und waren zunächst lokal agierende Organisationen.

Die Marxistische Gruppe war eine kommunistische Organisation, die Anfang und Mitte der 1970er Jahre noch nicht unter ihrem später verwendeten Namen auftrat. Damals existierten als Vorläuferorganisationen der Gruppe die Roten Zellen der Arbeitskonferenz (AK) in München, die 1974 in einer Programmatischen Erklärung hervorhoben, aus der „wissenschaftlichen Erkenntnis des Kapitalismus [...] auf die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft“¹⁹ abzu zielen. Die Erarbeitung von Kenntnissen über die kapitalistische Produktionsweise war einerseits ein zentraler Anspruch der Organisation, die bis Ende der 1970er Jahre unter dem Namen „Rote Zellen / AK München“ auftrat. Andererseits war die Festlegung der Gruppierung auf eine vorrangig anzugehende Theoriearbeit eine deutliche Positionierung gegenüber anderen Organisationen. Damit verbunden war die Kritik der Gruppe an einer vermeintlich revolutionären Praxis in Betrieben oder an anderen gesellschaftlichen Orten – auch dies war ein eigentümliches Kennzeichen der sich entwickelnden Marxistischen Gruppe. Die Vermittlung erarbeiteten Wissens an Intellektuelle, die ihren Anspruch teilten, war ein weiterer Programmpunkt der Organisation, die mit der *Münchner Studentenzeitung* sowie der späteren *Marxistischen Studentenzeitung* eine über den bayerischen Raum hinausgehende Hochschulzeitung vertrieb.²⁰

Die Wiederaufnahme und Weiterentwicklung bestimmter Theoriebereiche, die Marx Mitte des 19. Jahrhunderts begonnen, jedoch nicht beendet, sondern fragmentarisch hinterlassen hatte, charakterisierte einen wesentlichen Arbeitsschwerpunkt der Marxistischen Gruppe.

¹⁸ Vgl. Benicke 2019, S. 17.

¹⁹ Rote Zellen/AK München, Resultate, 1974, S. 6.

²⁰ Nach Angaben der Gruppe war die unter dem Kürzel MSZ bekannte Zeitung die bundesweit meist verkaufte studentische Zeitung (vgl. Rote Zellen/Marxistische Gruppen, MSZ-Nachdruck, 1976, S. 7).

Marx' Werke zur Kritik der politischen Ökonomie, vor allem ökonomische Untersuchungen aus seiner mehrbändigen Schrift *Das Kapital*, dienten als Ausgangspunkte der Theoriearbeit der Organisation. Weitere Untersuchungen, die in Marx' Arbeitsplan vorgesehen waren,²¹ beanspruchte die Gruppe vorzunehmen, etwa Analysen zum Begriff der Konkurrenz sowie eine Analyse des Staates. Der Anspruch der Gruppe, solche Theorieelemente zu erarbeiten, erzeugte einerseits wissenschaftliches Interesse und Aufmerksamkeit, die der Marxistischen Gruppe in linken Kreisen im akademischen Bereich vor allem an Universitäten zukamen. Andererseits bewirkte besonders die oft arrogante Art und Weise der Kommunikation der Marxistischen Gruppe eine ablehnende Haltung seitens vieler Außenstehenden.

Der hier skizzierte Komplex bildet den Gegenstand meiner Untersuchung ab, in der die inhaltlichen und organisatorischen Herausbildungsprozesse ebenso wie das Ende der Marxistischen Gruppe aus der Perspektive der Theoriebildung und der ideologischen Entwicklungslinien der Gruppierungen Schwerpunkte der Arbeit sind. Der zeitliche Untersuchungsrahmen bewegt sich etwa von der Mitte der 1960er Jahre bis zu den ersten 1990er Jahren. Obwohl eine Fortführung bestimmter Inhalte der Marxistischen Gruppe in veränderter organisatorischer Form ab 1992 bis heute im Kontext der Zeitschrift *Gegenstandspunkt* ausgemacht werden kann, beschränkt sich die vorliegende Arbeit wesentlich auf den hier genannten Zeitraum. Die Genese der Marxistischen Gruppe war in dieser Form im deutschsprachigen Raum bisher kein Thema zusammenhängender Analysen und ist daher auch von besonderem wissenschaftlichen Interesse. Die Befassung mit der Organisation und ihren Eigentümlichkeiten erklärt sich aus der systematischen Theoriearbeit der Gruppe, die bisher unzulänglich untersucht wurde. Die vorliegende Arbeit soll dazu beitragen, das bisher kaum bearbeitete Thema der Entstehung, Entwicklung und Auflösung der Marxistischen Gruppe in der Bundesrepublik Deutschland sowie deren Vorläufer genauer beurteilen zu können. Ein durch Quellen belegtes kritisches Verständnis für den politisch-theoretischen Hintergrund dieser Organisationen soll deren Besonderheiten aufzeigen.

²¹ In verschiedenen Plänen hatte Marx unter anderem Bücher vom Staat, vom auswärtigen Handel und vom Weltmarkt projektiert (vgl. Rosdolsky, Roman: Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen ‚Kapital‘. Der Rohentwurf des Kapital 1857 – 1858, Band I – Band III, 4., unveränd. Aufl., Frankfurt a.M. 1974, S. 24f und S. 38f).

1.2 Forschungsstand

Es gibt eine Vielzahl an Veröffentlichungen zur Studierendenbewegung in der Bundesrepublik Deutschland, zu den politischen Protesten oder Revolten und den kulturellen Umbrüchen, die in den 1960er und 1970er Jahren stattgefunden haben. Sowohl politikorientierte Studien als auch zeithistorische Forschungsarbeiten, die sich mit den Vorgängen der damaligen Zeit befassen, sind detailgenau kaum zu überschauen.²² Beispielhaft können zum einen die einige Jahre zurück liegenden Arbeiten von Gerd Langguth über Protestbewegungen der 1960er Jahre herausgestellt werden. Der Autor behandelte Entwicklungsphasen und Organisationen der Protestbewegung einmal für den Zeitraum bis Mitte der 1970er und dann bis Anfang der 1980er Jahre. In einer ersten Untersuchung befasste sich Gerd Langguth ausführlich mit marxistisch-leninistischen Organisationen. Darüber hinaus untersuchte er, sehr verdichtet gefasst, vor allem die Roten Zellen in Westberlin, die er in einer kurzen Übergangsphase Anfang der 1970er Jahre verortete. Der Autor erwähnte zwar auch die Roten Zellen in München, allerdings beschrieb er hier lediglich Ergebnisse der Wahlen zum Konvent der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München im Jahr 1970.²³ Die zweite Arbeit knüpfte an seine frühere Analyse an und enthielt einen Großteil der einige Jahre vorher dargelegten Entwicklungsphasen der K-Gruppen und anderen politischen Organisationen der Protestbewegung. Weiterhin behandelte Gerd Langguth in einem kurzen Abschnitt die Marxistische Gruppe, die er als eine separierte Erscheinung der Neuen Linken ansah. Er stellte knapp die Entstehung der Marxistischen Gruppe dar, erwähnte ihre Schulungsarbeit und bezeichnete Karl Held und Herbert Fertl als die „wichtigsten Leitungsfunktionäre“²⁴ der Gruppe.

²² Nachfolgend weise ich exemplarisch auf Literatur zum Thema Studierendenbewegung, Studierendenrevolte oder Protestbewegung hin. Thomas Becker und Ute Schröder gaben einen Band über die Proteste der Studierenden in den 1960er Jahren heraus, der neben einer Literaturübersicht einen Archivführer zum Thema enthielt (vgl. Becker, Thomas P. / Schröder, Ute (Hrsg.): Die Studentenproteste der 60er Jahre. Archivführer - Chronik – Bibliographie, Köln/Weimar/Wien/Böhlau 2000). Norbert Frei verfertigte einen Literaturüberblick, der auch internationale Bewegungen im Blick hatte (vgl. Frei 2018, S. 271 – 288). Für die Vorgänge in der Bundesrepublik stellte Axel Schildt kommentierte Literaturhinweise zusammen (vgl. Schildt 2005, S. 160 – 162). Die Redaktion der Zeitschrift *Zeithistorische Forschungen* erstellte eine umfangreiche Bibliographie neuerer Publikationen, erfasst wurde der Zeitraum von 2005 bis 2019, die einen umfassenden Überblick über die Literatur neueren Datums vermittelt. Die Arbeit trägt den Titel „Bücher zum Themenkomplex ‚1968‘ im Spiegel der Kritik“ (vgl. *Zeithistorische Forschungen* (Hrsg.): Neue Bücher zu „1968“ im Spiegel der Kritik, Auswahl-bibliographie mit Rezensionenachweisen, zuletzt aktualisiert am 28.10.2019, URL: https://zeithistorische-forschungen.de/sites/default/files/medien/material/Rezensionen_68erPDF.pdf, letzter Zugriff 01.09.2023).

²³ Vgl. Langguth, Gerd: Die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland 1968 - 1976, Köln 1976, S. 94 – 97.

²⁴ Langguth, Gerd: Protestbewegung. Entwicklung – Niedergang – Renaissance, Die Neue Linke seit 1968, Köln 1983, S. 128.

Die Untersuchungen von Gerd Langguth – wie auch andere Arbeiten, die das Thema Protestbewegungen der 1970er und 1980er Jahre behandelten – zeigen zwar Anknüpfungspunkte auf, die ich weiterverfolgen kann, sind allerdings in ihrer quellenmäßigen Bewertung wenig aussagekräftig. Die vorliegende Arbeit über die Marxistische Gruppe soll demgegenüber einerseits die Einbindung der Vorläuferorganisationen der Gruppe in den universitären Kontext der LMU München aufzeigen und damit andererseits bedeutsame Details etwa zu organisatorischen und programmatischen Prinzipien dieser Gruppierungen offenlegen, sodass die in München aufkeimenden Besonderheiten der Marxistischen Gruppe deutlich werden.

In einem 2002 erschienenen Buch von Gerd Koenen – entstanden aus Erinnerungen und Berichten des Autors – vermittelte er seine Einschätzung über das gegen Ende der 1960er Jahre einsetzende von ihm so bezeichnete „rote Jahrzehnt“. Gerd Koenen erfasste eine Reihe von Organisationen aus dem Feld der Alten und der Neuen Linken und berichtete dabei in einem kurzen Abschnitt auch über die Marxistische Gruppe. Er beschrieb die Marxistische Gruppe, wenn auch komprimiert, und widmete sich vor allem der Art und Weise, wie die Gruppe politisch agierte. Gerd Koenen schilderte deren Schulungsmodus, machte für die Organisation eine geschlossene Führungsgruppe aus und stellte „eine ganz sachliche und nicht einmal allzu heftig bestrittene Behauptung [auf], daß die MG einer *Loge* gleicht, einem *Illuminaten*-Bund oder einer Organisation *revolutionärer Scientologen*“²⁵. Ob diese Aussage zutrifft, werde ich anhand relevanter Quellen genauer untersuchen. Bemerkenswert ist jedenfalls das aus Gerd Koenens persönlichen Erinnerungen ausgedrückte „Übersehen“ der Marxistischen Gruppe. Seine Anmerkung spiegelt die sehr überschaubare Berücksichtigung der Gruppe in der bisherigen Forschungsliteratur wider.

Eine erwähnenswerte Arbeit zum Thema ist die 2013 in Glasgow veröffentlichte Untersuchung von Matthias Dapprich, der sich mit der Neuen Linken in der Bundesrepublik auseinandersetzte und dabei organisatorische und ausgewählte inhaltliche Aspekte über die K-Gruppen, die Roten Zellen und die Marxistische Gruppe erörterte.²⁶ Matthias Dapprich stellte fest, dass in der Literatur die Bedeutung der Theoriebildung in linken politischen Gruppierungen hin-

²⁵ Koenen 2011, S. 313f, Hervorhebungen im Original.

²⁶ Der Titel seiner Arbeit lautet „The historical development of West Germany’s new left from a politico-theoretical perspective with particular emphasis on the Marxistische Gruppe and Maoist K-Gruppen“ (vgl. Dapprich, Matthias: The historical development of West Germany’s new left from a politico-theoretical perspective with particular emphasis on the Marxistische Gruppe and Maoist K-Gruppen, Glasgow 2013, URL: <http://theses.gla.ac.uk/4692/>, letzter Zugriff 11.09. 2021).

sichtlich ihrer Entwicklung oder Fortentwicklung wenig beachtet worden sei, obgleich Theoriearbeit eine wesentliche Bedeutung hatte. Er bemängelte – mit dem Blick auf die Marxistische Gruppe – fehlende Erklärungen über Auflösungsprozesse der westdeutschen Neuen Linken in den 1970er Jahren und kam zu dem Schluss: „Theory formation had a considerable impact on the divergent developments of New Left factions“²⁷. Matthias Dapprich wies zu Recht auf fehlende Untersuchungen hin, in denen die Entstehung und Formierung der Roten Zellen einzufangen wären. Im Zusammenhang mit der Marxistischen Gruppe stand bei ihm besonders die „Theorie des abstrakt freien Willens“ im Mittelpunkt, der er sich ausführlich widmete. Er datierte 1979 als „formelle“ Gründung der Marxistischen Gruppe²⁸ – offensichtlich ein Bezug auf eine Ausgabe des theoretischen Organs der Gruppe vom Mai 1979. Hier muss anhand der vorliegenden Quellen genauer untersucht werden, inwieweit Arbeitsprozesse der Marxistischen Gruppe in den Fachbereichen an der Universität München bereits vorher stattfanden, sodass die namentliche Festlegung der Gruppe nicht erst mit dem Erscheinen der hier zitierten Publikation festgeschrieben werden kann. Inwieweit darüber hinaus von einer „Gründung“ der Marxistischen Gruppe gesprochen werden sollte, sogar von einer „formellen“, ist ebenfalls quellenbasiert zu untersuchen. Eine öffentlich ausgesprochene Konstituierung der Organisation hat es – im Unterschied beispielsweise zur Gründung der Roten Zelle Philosophie an der Münchner Universität oder der Etablierung der Marxistischen Gruppe in Erlangen – zu keiner Zeit gegeben. Das explizite Nicht-Erwähnen des Konsolidierungsprozesses seitens der Marxistischen Gruppe konnte zum einen den detaillierten kontinuierlichen Prozess ihrer Vereinheitlichung verbergen, kennzeichnete zum anderen deren Abschottung als ein eigentümliches organisatorisches Merkmal.

Matthias Dapprichs Untersuchung ist eine der wenigen Arbeiten, die sich mit der Marxistischen Gruppe und ihren Vorläuferorganisationen hinsichtlich ihrer Theoriebildungen genauer befassen. Die Theoriebildungsprozesse der Gruppierungen greife ich in meiner Abhandlung auf und zeige anhand der Quellen, in welcher Art und Weise die Roten Zellen in Verbindung mit der Arbeitskonferenz in München und der sogenannten Theoriefraktion in Erlangen-Nürnberg ihre theoretischen Arbeiten positioniert haben. Die damit zusammenhängenden organisatorischen Transformationsprozesse, etwa die Spaltung der Roten Zellen in München oder die

²⁷ Dapprich 2013, S. 233.

²⁸ Vgl. ebd., S.71.

Auftrennung der Erlanger Gruppierung – beides eigentümliche Ausdrücke der Priorisierung von Theoriearbeit – werde ich ebenfalls anhand des vorliegenden Quellenmaterials belegen.

Wolfram Auerbach befasste sich in einer umfangreichen Schrift, in der er sich hauptsächlich auf die Zeitschrift *Gegenstandpunkt* bezog und dabei umstandslos eine Ineinssetzung der Arbeitskonferenz und der Marxistischen Gruppe mit der Zeitschrift vornahm,²⁹ vor allem mit Aussagen des *Gegenstandpunkts* zum Verhältnis von kapitalistischer Produktionsweise und demokratischem Staat. Obwohl eine ausführliche Erörterung der Zeitschrift außerhalb meines Untersuchungsraumes liegt – das Magazin *Gegenstandpunkt* spielte jedoch eine Rolle hinsichtlich der inhaltlichen und personellen Weiterarbeit führender Mitglieder der aufgelösten Marxistischen Gruppe –, ist der Text von Wolfram Auerbach insofern interessant, da der Autor Fehler der Zeitschrift aufzeigen wollte, die teilweise in Aussagen der ehemaligen Marxistischen Gruppe enthalten waren. Zentrale Mängel sah der Autor darin, dass der *Gegenstandpunkt* beispielsweise „die bürgerliche Gesellschaft als das Produkt eines bösen Willens [begreift]“³⁰ und dass in der Zeitschrift der „Kapitalismus aus dem Willen von Staat und Privateigentum“³¹ hergeleitet werde. Inwieweit die Marxistische Gruppe den Willen als Prinzip der Politik kennzeichnete, wird noch zu untersuchen sein. Der Begriff eines „bösen Willens“ ist jedoch in diesem Zusammenhang inadäquat und offenbar dem saloppen Stil Wolfram Auerbachs zuzuschreiben, der metaphorisch und nebulös bleibend ebenso von „Theorie-Leichen“ sprach und auf den *Gegenstandpunkt* bezogen bemerkte, dass die „magersüchtige“ Zeitschrift „sich samt und sonders in letzter Konsequenz an abgestorbenem Theorie-Gewebe infiziert und den Tod geholt“³² hätte. Den größten Mangel schrieb Wolfram Auerbach dem *Gegenstandpunkt* dahingehend zu, dass dieser als „Kritiker der Elche [...], er (ist) der Mercedes unter den Elchen! [...] selber einer ist“³³. Diese Ausmalung der Theorie-Schwankungen in der Zeitschrift endete damit, dass Wolfram Auerbach dem Magazin riet, selbstkritisch zu sein und „sich durch eingehendes Studium seiner theoretischen Fehlritte zum Adler der Kritik aufzuschwingen“³⁴. Abgesehen von den oftmals diffusen Äußerungen sind Hinweise in seinem Text ernst zu nehmen, die etwa auf verschiedene, teilweise gegensätzliche Deutungen im *Gegenstandpunkt* aufmerk-

²⁹ Vgl. Auerbach, Wolfram: Diesseits von Gut und Böse. Theorie und Moral der ‚Marxistischen Gruppe‘ (MG) und der Zeitschrift ‚Gegenstandpunkt‘, Hannover 1996, S. 8f.

³⁰ Ebd., S. 137.

³¹ Ebd., S. 139.

³² Ebd., S. 8.

³³ Ebd., S. 142.

³⁴ Ebd., S. 143.

sam machten. Das betrifft beispielsweise Bestimmungen zum Eigentum, die es in ihren Auslegungen im Rahmen meiner Arbeit zu überprüfen gilt.

In einem Aufsatz neueren Datums setzte sich Jürgen Lang im Rahmen eines Medienporträts mit der *Münchener Studentenzeitung* (MSZ) der Marxistischen Gruppe auseinander.³⁵ Er hob hervor, dass ein Führungskader die ideologische Richtung der Gruppe vorgab und stellte die absolute Überzeugtheit der Gruppe von der Richtigkeit ihrer Vorstellungen heraus. Darüber hinaus vermerkte Jürgen Lang zum einen, dass die Organisation dem Staat ein außerordentliches Gewicht im gesellschaftlichen Leben zuschrieb. Zum anderen sah er neben der Rolle des Staates die Bedeutung des freien Willens als wiederkehrendes Element in den Ausführungen der Gruppe an. Die Einschätzung des Autors, dass die MSZ zu keiner Zeit als reines theoretisches Organ der Gruppe fungierte, muss jedoch problematisiert werden. Neben der *Münchener Studentenzeitung* gab es bis zur Auflösung der verfassten Studierendenschaft in Bayern kein weiteres Theorieforum der Gruppierung. Das änderte sich erst mit Herausgabe der *Resultate*-Reihe Ende 1974, insofern kann die MSZ durchaus als Theorieorgan der Gruppe in dieser Zeit bezeichnet werden.

Andreas Fraude befasste sich in einem Zeitschriftenporträt mit dem politischen Magazin *Gegenstandspunkt*. Er knüpfte an die letzte Ausgabe der MSZ an,³⁶ in der die Marxistische Gruppe ihre Auflösung bekannt gegeben hatte und skizzierte Inhalte der neu erschienenen Zeitschrift, die er „als Publikation der vorgeblich nicht mehr existenten MG“³⁷ ausmachte. Eine 1991 veröffentlichte Schrift des Bundesinnenministeriums, auf die ich an späterer Stelle der Arbeit noch eingehen werde, charakterisierte der Autor als Standardwerk über die Organisation und nahm vorbehaltlos Bezug auf die von ihm positiv bewerteten Inhalte der Broschüre, um eine Skizzierung der Gruppe vorzunehmen.³⁸ Andreas Fraude beurteilte den *Gegenstandspunkt* als fortgeführte Ausgabe der ehemaligen marxistischen Organisation. Der Autor übersah allerdings mit seiner Identifizierung von Marxistischer Gruppe und dem Magazin die Differenzen in der Theoriebildung, die im Entwicklungsprozess von den Roten Zellen bis hin zur Marxistischen Gruppe erkennbar waren und die wiederum nur anhand detaillierter Quelleninterpreta-

³⁵ Vgl. Lang, Jürgen: Medienporträt: MSZ – Gegen die Kosten der Freiheit, in: Jahrbuch Extremismus und Demokratie, 2023, S. 225-240.

³⁶ Die MSZ erschien seit Mitte der 1980er Jahre als „Marxistische Streit- und Zeitschrift“.

³⁷ Fraude, Andreas: Zeitschriftenporträt: Gegenstandspunkt, in: Jahrbuch Extremismus und Demokratie, 2003, S. 250.

³⁸ Vgl. ebd., S. 247.

tionen sichtbar gemacht werden können. Als Themen des *Gegenstandspunkts* beschrieb der Autor beispielsweise polemische Auseinandersetzungen der Redaktion mit linken Gruppierungen wie der Partei des Demokratischen Sozialismus oder Erklärungen zu demokratischen Wahlen und konstatierte eine „Geschlossenheit und Einheitlichkeit der von höchster Stelle verfaßten Darlegungen“³⁹ und fragte sich letztendlich, „ob die MG/der *Gegenstandspunkt* als selbst ernanntes ‚revolutionäres Subjekt‘ in den letzten drei Jahrzehnten versagt hat“⁴⁰.

Über die Marxistische Gruppe gibt es bisher keine Untersuchung, die genau erfasst, worin das Zusammenwirken der Roten Zellen mit der Arbeitskonferenz und dem LMU-AStA in München sowie der Erlangen-Nürnberger Theoriefraktion besteht. In der einschlägigen Literatur wurde zwar gelegentlich erörtert, dass die Marxistische Gruppe aus den Roten Zellen und einer Arbeitskonferenz-Fraktion hervorging, allerdings wurden der Verlauf und die Gründe etwa der Spaltung der Marxistischen Gruppe in Erlangen-Nürnberg nicht weiter bearbeitet. Welche Bedeutung die Entstehung der dortigen Theoriefraktion für die Formierung der Marxistischen Gruppe hatte, werde ich demgegenüber analysieren und dabei aufzeigen, dass die Arbeiten der Erlanger Organisation, vor allem ihre Schriftenreihe *Circular*, wichtige Grundpfeiler für den besonderen Theoriebildungsprozess der Marxistischen Gruppe waren.

Die Verortung der Roten Zellen findet in der Forschungsliteratur überwiegend an der Freien Universität in Westberlin statt. Die Roten Zellen in München, die ein Auftakt der Marxistischen Gruppe in der Bundesrepublik waren, wurden in der Literatur nur am Rande bearbeitet. Das zeigt sich nicht nur in den schon erwähnten Arbeiten von Gerd Langguth, der die Westberliner Roten Zellen im Fokus hatte, sondern beispielsweise auch in dem Buch von Gerd Koenen, der sich in einem Abschnitt mit der Marxistischen Gruppe befasste und dabei nebensächlich die Anfänge der Organisation aus Teilen der Münchner Roten Zellen erwähnte. Über eine von ihm mehrfach angesprochene Rote-Zellen-Bewegung gab es jedoch keine weiteren Auskünfte.⁴¹

Stefan Hemlers Arbeit ist eine Untersuchung, die die Ludwig-Maximilians-Universität München in den Blick nahm. Er beschrieb in seiner Dokumentation Politisierungsprozesse studentischer Gruppierungen an der LMU München von Mitte bis Ende der 1960er Jahre. Die Münch-

³⁹ Ebd., S. 251.

⁴⁰ Ebd., S. 259, Hervorhebung im Original in Großbuchstaben.

⁴¹ Vgl. Koenen 2011, S. 200, S. 309 und S. 429.

ner Situation war für ihn durch auffallende Entwicklungen gekennzeichnet,⁴² die Ende der 1960er Jahre dazu geführt haben, dass sich politische Gruppierungen herausbildeten, die ihren Schwerpunkt auf die Rezeption und Vermittlung Marxscher Theorien legten. Diese sich sowohl in der Theoriebildung zeigende Besonderheit als auch der Konstituierungsprozess der Roten Zellen in verschiedenen Fachbereichen und Fachschaften der Universität München trug entscheidend zur Entstehung und Entwicklung der Marxistischen Gruppe bei, die dann im Fortgang über München hinaus bundesweit aktiv wurde. Diesen lokalen Analyseansatz werde ich in der vorliegenden Untersuchung über die Münchner Roten Zellen aufgreifen und darüber hinaus weitere lokal agierende marxistische Gruppen in den Blick nehmen, denn „Achtundsechzig spielte fast überall in Westdeutschland“⁴³.

In der Literatur über das „rote Jahrzehnt“ taucht die eigentümliche Marxistische Gruppe kaum auf. In Untersuchungen über die Neue Linke gehörte die Gruppierung offenbar nicht dazu und war doch präsent – sie war eine auffällig isolierte Gruppe an Universitäten. Die Abschottung, die auch dazu geführt hatte, die Gruppe als eine ominöse Organisation, als eine konspirative Gruppe oder als einen kommunistischen Geheimbund zu bezeichnen, war Teil ihrer besonderen Ausrichtung. Die Marxistische Gruppe arbeitete grundsätzlich mit keiner anderen Organisation zusammen und schloss keine Bündnisse. Die Tatsache, dass in der Literatur nur wenige Arbeiten über die Marxistische Gruppe zu finden sind, deutet darauf hin, dass die fehlende Präsenz der Organisation in der Forschung eher ein nicht beachtetes Phänomen im Auflösungsprozess um 1968 war. Darüber hinaus ist bemerkenswert, dass es kaum biografische Aussagen über führende Mitglieder der Gruppe gibt.⁴⁴ Auch solche fehlenden Daten sind Anzeichen, die die Abkapselung der Organisation belegen.

⁴² Vgl. Hemler, Stefan: Von Kurt Faltlhauser zu Rolf Pohle. Die Entwicklung der studentischen Unruhe an der Ludwig-Maximilians-Universität München in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, in: 1968. 30 Jahre danach, hg. von Venanz Schubert, St. Ottilien 1999, S. 214; vgl. auch Juchler, Ingo: 1968 in Deutschland, Schauplätze der Revolte, Bonn 2018, passim.

⁴³ Von Hodenberg 2018, S. 12.

⁴⁴ Der Führungskader in der Anfangszeit der Organisation setzte sich vor allem aus Karl Held, Theo Ebel, Herbert Fertl, Theo Wentzke und Peter Decker zusammen. Karl Held wurde 1944 geboren und starb im Oktober 2010. Theo Ebels Geburtsjahr war 1942 (vgl. Held, Karl/Ebel, Theo: Krieg und Frieden. Politische Ökonomie des Weltfriedens, Frankfurt a. M. 1983, S. 2). Weitere Angaben über Karl Held und Theo Ebel waren nicht zu erschließen. Über Herbert Fertl, Theo Wentzke und Peter Decker gibt es keine Angaben zu den Geburtsjahren. Herbert Fertl studierte Philosophie an der LMU München und promovierte dort 1974; Theo Wentzke studierte Soziologie an der FAU Erlangen-Nürnberg und promovierte in Erlangen (vgl. Marxistische Gruppe Erlangen/Institutsausschuss Soziologie/Politologie, Fachschaftszeitung Soz/Pol, November 1973, S.2 und Marxistische Gruppe Erlangen, Wahlzeitung, Januar 1974); Peter Decker studierte ebenfalls an der FAU Erlangen-Nürnberg und promovierte 1982 ebenfalls in Erlangen.

Ein Aspekt, der in meiner Arbeit über die Marxistische Gruppe in der Bundesrepublik ebenfalls eine Rolle spielt, sind politökonomische Bestimmungen in den Werken von Marx, da diese für die Theoriearbeit der Gruppe zentral waren. Theoriebildungsprozesse definierten die vorrangige politische Arbeit der Organisation. Die Ausrichtung der Marxistischen Gruppe an der Kritik der politischen Ökonomie, verbunden mit dem Anspruch auf Erkenntnisgewinnung über die von Marx erarbeitete Theorie hinaus, erfordert bei der Auseinandersetzung mit der Gruppe eine genauere Befassung mit politökonomischen Theorieelementen und bewirkt dadurch eine gewisse Theorielastigkeit meiner Untersuchung.

In der neueren Literatur gibt es nur wenige Arbeiten, die sich mit Organisationen oder Gruppen der damaligen Zeit befassen, die beanspruchten, Weiterentwicklungen Marxscher Theorie zu leisten.⁴⁵ In einer jüngst erschienenen Veröffentlichung von David Bebnowski untersuchte der Autor zwar keine detailliert inhaltsbezogene Theorieentwicklung oder -weiterentwicklung, vielmehr analysierte er anhand zweier Publikationen der Neuen Linken, inwieweit an Zeitschriftenprojekten sowohl eine politische und theoretische Entwicklung als auch eine Ausdifferenzierung der Neuen Linken auszumachen sei.⁴⁶ David Bebnowskis Untersuchungsgegenstände waren die noch heute erscheinenden Zeitschriften *Das Argument* und *Probleme des Klassenkampfes*. Sein Untersuchungszeitraum umfasste die 1960er und 1970er Jahre. Er stellte heraus, dass Theorie, insbesondere Marxsche Theorie, eine bedeutende Rolle in der Neuen Linken spielte, weil damit neue politische Anfänge gefunden und über Theorie eine gewisse Zusammengehörigkeit gestiftet werden konnte, indem die Theorie „den Drang nach Kritik kanalisierte und ihm Ausdruck verlieh“⁴⁷. David Bebnowski leistete einen bemerkenswerten Beitrag zur Erschließung einer Geschichte der Neuen Linken in Westdeutschland und Westberlin. Dabei nahm er anhand einer Historisierung der Neuen Linken und ihrer Theoriebildung eine methodische Perspektiverweiterung vor. Seine Untersuchung führte zum Ergebnis, dass Zeitschriften gewissermaßen als Seismografen für die Entwicklung der Neuen Linken interpretiert werden können. Die Veränderung der Neuen Linken konnte er über die in den Zeitschriften präsen-

⁴⁵ Erwähnt werden muss die Publikation von Ingo Elbe, der einen umfangreichen Überblick über Rezeption und Fortführungen Marxscher Theorie seit den 1960er Jahren erstellte. Der Autor behandelte sowohl Debatten über kategoriale Bestimmungen zum Wert, zur Arbeit oder zum Geld, als auch Diskussionen über staats-theoretische Analysen der damaligen Zeit (vgl. Elbe, Ingo: Marx im Westen. Die neue Marx-Lektüre in der Bundesrepublik seit 1965, Berlin, 2. korrig. Aufl. 2010).

⁴⁶ Vgl. Bebnowski, David: Kämpfe mit Marx. Neue Linke und akademischer Marxismus in den Zeitschriften *Das Argument* und *PROKLA* 1959 – 1976, Göttingen 2021. *PROKLA* steht für „Probleme des Klassenkampfes“. Die Zeitschrift wurde ursprünglich so betitelt, 1976 mit dem Untertitel „Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik“ versehen und heißt seit 1992 „*PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*“.

⁴⁷ Bebnowski 2021, S. 20.

tierten Theorien erfassen und historisieren.⁴⁸ David Bebnowski verstand die Neue Linke als eine politische Formierung mit wechselseitig aufeinander bezogenen Akteuren, deren Diskurse in den Zeitschriften quasi Theoriekämpfen glichen, um Positionen zu festigen oder neu zu bestimmen. Dabei war für ihn die 1968 erfolgte Gründung der Deutschen Kommunistischen Partei das einschneidende Ereignis, das in den untersuchten Zeitschriften nicht nur für ein politisch-theoretisches Kräfteressen sorgte, sondern gegensätzliche Positionierungen hervorbrachte, die entweder Identifikation oder Ablehnung zuließen.⁴⁹ Hervorzuheben ist David Bebnowskis Methode, die es erlaubt, politisch-theoretische Einstellungen und deren praktische Äußerungsformen zu untersuchen – gleich ob es sich beim individuellen Theoriebildungsprozess um eine einzelne Person handelt oder um Personen, die sich in Gruppen organisiert haben.

In der vorliegenden Untersuchung wird zudem die Tätigkeit des Verfassungsschutzes thematisiert, die insbesondere im Kontext der Auflösung der Marxistischen Gruppe von Relevanz war. Zunächst ist festzuhalten, dass mit dem Aufkommen der Neuen Linken die neu entstandenen Gruppierungen zum Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes wurden. Obgleich die Berichte und Schriften der Behörden nicht zur Forschungsliteratur gehören, da sie im Allgemeinen keine wissenschaftlichen Arbeiten repräsentieren,⁵⁰ können – bei aller gebotenen Skepsis – die behördlichen Aussagen doch Bilder über die Marxistische Gruppe vermitteln, die aufgrund ihrer Absonderung ansonsten nicht verfügbar wären. In den 1960er Jahren wurde seitens des damaligen Bundesministeriums des Innern (BMI) die Praxis etabliert, jährliche Berichte zu verfassen, teilweise auch in größeren zeitlichen Abständen. Diese Berichte enthielten in getrennten Broschüren Einschätzungen sowohl zu rechtsextremen als auch zu linksextremen politischen Strömungen. Im Jahr 1968 wurden die Einzelberichte zusammengefasst und im Verfassungsschutzbericht 1969/70 führte das BMI erstmals eine eigenständige Rubrik „Linksradi-kale Bestrebungen“ ein, in der auch Aktionen der Neuen Linken bewertet wurden.⁵¹ Im Einflussbereich der Neuen Linken wurden seitens des Verfassungsschutzes neben marxistisch-leninistisch orientierten Kräften auch Basisgruppen sowie zu diesem Zeitpunkt entstehende Rote Zellen beobachtet.

⁴⁸ Vgl. ebd., S. 463.

⁴⁹ Vgl. ebd., S. 444 – 446.

⁵⁰ Die Studie „Die Studentenunruhen“ kann allerdings als Ausnahme gelten (vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Die Studentenunruhen, in: Zum Thema, Schriftenreihe des Bundesministeriums des Innern, Band 4, Bonn, August 1969a). Zu den Angaben über die Schriften der Bundes- und Landesbehörden siehe Literaturverzeichnis, Kapitel 8.2.2.

⁵¹ Vgl. Verfassungsschutzbericht 1969/70, S. 4f.

Erst seit dem Jahr 1976 veröffentlicht das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) seine eigenen Berichte und macht sie somit einer breiten Öffentlichkeit zugänglich.⁵² Für die ersten 1970er Jahre greife ich auf nicht veröffentlichte Aussagen des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) zurück, die als Antwort auf meine Anfrage zum Themenkomplex „Marxistische Gruppe“ Mitte und Ende des Jahres 2023 durch das BfV übermittelt wurden.⁵³ In einem darin enthaltenen Lagebericht der bayerischen Behörde von 1970 wurde die Anzahl der Mitglieder der Münchner Roten Zellen auf 150 bis 200 Personen geschätzt und es wurde angenommen, dass etwa 500 bis 600 Studierende an Schulungskursen teilnahmen.⁵⁴ Im Jahr 1976, nach der Abschaffung der bayerischen Studierendenausschüsse, registrierte die Behörde, dass die Roten Zellen der Arbeitskonferenz in München sowie weitere marxistische Gruppen in Bayern rund 120 Mitglieder und 500 bis 1.000 Sympathisanten zählten.⁵⁵ Auf Bundesebene wurden die Marxistischen Gruppen, die erstmals 1978 in den Berichten des Verfassungsschutzes Erwähnung fanden, dem Bereich der undogmatischen Neuen Linken zugeordnet. Marxistische Gruppen waren zu dieser Zeit an zahlreichen Hochschulorten aktiv. Zehn Jahre später, kurz vor der Auflösung der Organisation, wurde die Zahl ihrer Mitglieder mit 10.000 angegeben.⁵⁶ Die hier genannte Anzahl muss allerdings mit Skepsis betrachtet werden, worauf ich an späterer Stelle näher eingehen werde. Die von der Behörde ausgewiesene hohe Zahl der Anhänger sollte offenbar suggerieren, dass allein aufgrund der vorgeblichen Quantität ein Gefährdungspotenzial vorliege und dass eine nähere Befassung mit der Gruppe gerechtfertigt sei. Die Frage, inwiefern der Verfassungsschutz zur Auflösung der Marxistischen Gruppe beigetragen hat, wird ebenfalls in einem späteren Kapitel erörtert.

1.3 Forschungsfragen

Was machte das Eigentümliche der Marxistischen Gruppe aus?

Die Beantwortung dieser leitenden Fragestellung, die als Folie über allen weiteren Forschungsfragen gespannt ist, soll Aufschluss über die Beurteilung der Gruppe geben. Dies um-

⁵² Vgl. Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz, Antwortschreiben 04. Oktober 2021.

⁵³ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, Juni 2023 und Dezember 2023.

⁵⁴ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, Juni 2023, S. 199. Die Angaben bezogen sich auf alle Münchner Roten Zellen, somit erfassten die Zahlen alle Personen, die noch vor der 1971 erfolgten Spaltung der Gruppierung angehörten.

⁵⁵ Vgl. Verfassungsschutzbericht Bayern 1976, S. 49.

⁵⁶ Vgl. Verfassungsschutzbericht Bund 1991, S. 62.

fasst beispielsweise die Untersuchung des Stellenwerts ihres Theoriebildungsprozesses, die Klärung, ob die politische Arbeit der Gruppe ausschließlich akademisch war, die Ergründung, ob die Gruppe ihre Isolierung selbst bezweckte, sowie die Analyse, weshalb sie trotzdem oder gerade deshalb relativ erfolgreich war.

Die ersten konkreteren Fragen ergeben sich ausgehend von den zunächst in München tätigen Roten Zellen und der Arbeitskonferenz, die den Ursprung der Marxistischen Gruppe markierten. Die Fragen umfassen folgende Bereiche: Wie verlief der Entstehungsprozess der Marxistischen Gruppe im Einzelnen, welche Phasen der Gründung und Spaltung sind auszumachen? Welche theoretischen Positionen bestimmten den Entstehungsprozess der Roten Zellen, der Arbeitskonferenz sowie der Theoriefraktion Erlangen-Nürnberg und welche programmatischen Ansätze verfolgten diese Gruppierungen? Welche organisatorischen Prinzipien oder Muster können für die Entstehungsphase der Marxistischen Gruppe ausgemacht werden?

Die Untersuchung der Entwicklung der Marxistischen Gruppe, die zunehmend auf Bundesebene aktiv wurde, vom Ende der verfassten Studierendenschaft (AStA) in Bayern bis zur Auflösung der Organisation, steht im Mittelpunkt der nächsten Fragen. Mit der Einstellung ihrer Tätigkeit im AStA der Universität (LMU) München modifizierte die Gruppe ihr konzeptionelles Auftreten, sodass die Frage nach veränderten theoretischen Positionen in der Zeit von Mitte der 1970er Jahre bis zur Auflösung im Jahr 1991 in den Blick kommt. Neben einer Analyse des Staates veröffentlichte die Marxistische Gruppe bis zu ihrer Auflösung eine Reihe von Arbeiten, wodurch die Frage nach den inhaltlichen Schwerpunkten der Gruppe in den Fokus rückt. Des Weiteren wurde seitens der Gruppe der Anspruch formuliert, die im Rahmen der Theoriearbeit gewonnenen Erkenntnisse in adäquater Form zu vermitteln. Der Komplex der Theoriebildung der Marxistischen Gruppe führt somit zu folgenden Fragen: Welche Arbeitsbereiche und Konzeptionen waren in der weiteren Entwicklung der Marxistischen Gruppe bedeutend? Welche Prinzipien der Vermittlung verfolgte die Gruppe sowohl nach Innen wie nach Außen? Was machte die oftmals von Außenstehenden geäußerte wissenschaftliche Bedeutung der Gruppe aus? Wie ist die relative Beständigkeit der Gruppe zu erklären?

Ein besonderes Anliegen der Gruppe war die Wiederaufnahme und Fortführung des Marx-schen Arbeitsplans zur Analyse der kapitalistischen Gesellschaft – zentrale Bedeutung hatte dabei die Theorie des Staates. Die Marxistische Gruppe reklamierte für sich, mit ihrer Analyse „Der bürgerliche Staat“ die allein gültige Herleitung des Staates der bürgerlichen Gesellschaft

vollbracht zu haben. Die Gruppe negierte damals alle von Außenstehenden vorgebrachten Theorien über den bürgerlichen Staat und erklärte scheinbar unwiderlegbar, mit ihrer Staatsableitung „jene unselige Debatte“⁵⁷ über staats-theoretische Untersuchungen beendet zu haben. Eine derartige Behauptung wirft eine Reihe von Fragen auf: Welche zentralen Auffassungen vertrat die Gruppe insbesondere zur Staatstheorie, was machte deren Besonderheit aus und beendete die Untersuchung der Marxistischen Gruppe tatsächlich jede Befassung mit der Theorie des Staates?

Rückblickend gesehen verliefen weder die Entstehung noch die weitere Herausbildung der Marxistischen Gruppe ohne gewisse Brüche. Auch die Auflösung der Gruppe bedeutete zwar das Ende der Gruppe als Organisation, aber keine Beendigung ihrer politischen Arbeit. Hier schließen sich weitere Fragen an: Welche Umstände und welche Motive führten zur selbst gewählten Auflösung der Marxistischen Gruppe? Welche Rolle spielte der Verfassungsschutz in Beziehung zur Auflösung der Organisation? Welcher Zusammenhang bestand zwischen der aufgelösten Marxistischen Gruppe und der neu entstandenen Zeitschrift *Gegenstandspunkt*?

Die Durchdringung all dieser Fragen soll die Besonderheiten und damit die Eigentümlichkeit der Marxistischen Gruppe klären und macht die Forschungsrelevanz einer Untersuchung über die Entstehung, Entwicklung und Auflösung der Marxistischen Gruppe deutlich. Die Analyse der Theoriebildungs- und Transformationsprozesse der Marxistischen Gruppe, einsetzend mit den Roten Zellen und dem Bezug zum AStA der LMU in München, bis hin zur Auflösung der über zwei Jahrzehnte lang aktiven Gruppe, stellt einen Forschungsbeitrag dar, der eine quellenbasierte Offenlegung von Erkenntnissen über die Organisation präsentiert.

1.4 Quellenbasis

Einerseits sagt der Blick auf die Forschungsliteratur, dass nur wenige detailgenaue Aussagen über die Marxistische Gruppe und ihren Entstehungsbedingungen vorhanden sind. Andererseits liegen umfangreiche authentische Quellenmaterialien über die Roten Zellen der Arbeitskonferenz in München, über lokale marxistische Gruppierungen und über die seit 1979 vereinheit-

⁵⁷ Marxistische Gruppe, Resultate, 1979a, S. 5. Zur damals geführten Debatte über marxistische Staatsanalysen vgl. Kostede, Norbert: Die neuere marxistische Diskussion über den bürgerlichen Staat. Einführung - Kritik - Resultat, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marx'schen Theorie 8/9, hg. von Hans-Georg Backhaus u.a.. Frankfurt a.M. 1976a, S. 150 – 196; vgl. auch Rudel, Gerd: Die Entwicklung der marxistischen Staatstheorie in der Bundesrepublik, Frankfurt a.M. / New York 1981.

lichte Marxistische Gruppe vor. Diese von den jeweiligen Organisationen veröffentlichten Materialien gliederte ich auf in Zeitungen, in verschiedene Schriften-Reihen, in Interviews und Vorträge sowie in weitere Veröffentlichungen.

Zu den Zeitungen gehört einmal das *Rote Blatt München*, in dessen Redaktion die Roten Zellen der Arbeitskonferenz-Fraktion bis zur Spaltung der Roten Zellen vertreten waren. Ebenso muss die *Münchner Studentenzeitung* (MSZ) einbezogen werden, die der AStA der LMU von 1967 bis 1974 als unabhängige Studentenzeitung herausgab. Des Weiteren ist die *Sozialistische Hochschulzeitung* der lokalen marxistischen Gruppe in Erlangen zu nennen. Sie erschien im Erlanger Raum, bis die redaktionelle Integration der Erlanger Gruppe in die Münchner Zentrale im Jahr 1974 erfolgte. Der Münchner studentischen Zeitung folgte eine neue MSZ nach, die *Marxistische Studentenzeitung*, eine zunächst von der Arbeitskonferenz München redaktionell gestaltete und herausgegebene Zeitung in den Jahren 1974 bis 1980. Nach 1980, mit Beginn der vereinheitlichten Organisation, gab die Marxistische Gruppe eine veränderte MSZ heraus, die mehrfach umgewidmet und als „Marxistische Streit- und Zeitschrift“ bis zur Auflösung der Gruppe bestehen blieb. Darüber hinaus kamen relevante Fachbereichszeitungen der entstehenden Organisation zum einen aus verschiedenen Bereichen der LMU München. Sie wurden in den Jahren 1975 bis 1979 von den Roten Zellen der Arbeitskonferenz herausgegeben. Zum anderen gab die Marxistische Gruppe Erlangen ihre Fachbereichszeitungen ebenfalls in dieser Zeit heraus.

Die Schriftenreihen der Marxistischen Gruppe bestanden aus verschiedenen Serien. Das waren die *Resultate*, die *Kritik der bürgerlichen Wissenschaft*, die *Abweichenden Meinungen*, die *Kritik der westdeutschen Gewerkschaften*, die *Naturwissenschaften und Technologien* und die *Argumente*. Die *Resultate* waren das theoretische Organ der Marxistischen Gruppe und ihrer Vorläufer. Hier wurden ab 1974 systematische Darstellungen zu den Bereichen Ökonomie und Politik veröffentlicht. Unter dem Titel *Kritik der bürgerlichen Wissenschaft* wurden ab 1979 Schriften veröffentlicht, die sich mit Inhalten und Verfahren „bürgerlicher“ Kultur und Wissenschaft auseinandersetzten. In der Reihe *Abweichende Meinungen* erschienen ab Anfang der 1980er Jahre Schriften einzelner Führungsmitglieder der Organisation. Das waren beispielsweise die 1982 von Herbert Fertl veröffentlichte die Schrift „Abweichende Meinungen zu Israel“ oder die 1983 publizierte Arbeit „Abweichende Meinungen zur ‚Nachrüstung‘“ von Karl Held und Theo Ebel. Die Reihe *Argumente* bestand aus etwas umfangreicheren Flugblättern,

sie erschienen ebenfalls in den 1980er Jahren und befassten sich mit Themenbereichen aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen.

Unter der Rubrik „Weitere Veröffentlichungen“ betrachte ich einmal die 1972 und 1973 publizierten so bezeichneten *Circulare* der Theoriefraktion der Marxistischen Gruppe Erlangen. Hier finden sich beispielsweise Erklärungen der Theoriefraktion zur Spaltung der Erlanger Gruppe, Arbeiten über das Verhältnis von Wissenschaft und Produktion oder zum Begriff der sogenannten Oberfläche des Kapitals. Zum anderen fallen unter diese Rubrik die von den Roten Zellen der Arbeitskonferenz und dem AStA der LMU München herausgegebenen *Hochschulpolitische Informationen* aus dem Wintersemester 1972/73.

In die Reihe der Interviews gehören Gespräche, die von verschiedenen Zeitungsredakteuren geführt wurden. Im Folgenden werden Interviews hervorgehoben, die im Kontext der vorliegenden Untersuchung von besonderem Interesse sind. Ein Interview mit Herbert Fertl stammt aus dem Jahr 1981, das zweite ist ein 1987 gegebenes Interview, in dem Herbert Fertl und Harald Kuhn befragt wurden. Das dritte ist ein 1991 geführtes Gespräch mit Karl Held. Als exemplarisches Beispiel für die Vortragsaktivitäten der Organisation kann ein 1978 in Bremen von der Marxistischen Gruppe durchgeführte Teach-in über den Staat angeführt werden, das als Protokoll in dokumentierter Form vorliegt.

Quellenmaterialien des Verfassungsschutzes über die Marxistische Gruppe und ihren Vorläuferorganisationen liegen zum einen in Form der seit 1968 veröffentlichten Verfassungsschutzberichte vor. Zum anderen verwende ich nicht veröffentlichte Informationen des Bundesamtes für Verfassungsschutz, die mir übermittelt wurden. So gibt es ein Konvolut über lokale marxistische Gruppierungen, das deklassifizierte Schreiben des Bundesamtes und anderer Landesämter für Verfassungsschutz enthält, einschließlich Kopien von Flugblättern der Organisationen.

Ein offensichtlich vorhandenes Organisationsarchiv der Marxistischen Gruppe ist für Außenstehende nicht zugänglich, insofern habe ich folgende Archive für Recherchearbeiten genutzt: Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg; Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung; Archiv für alternatives Schrifttum, Duisburg; Bayerisches Hauptstaatsarchiv; Online-Datenbank: Berichte des Verfassungsschutzes; Online-Datenbank: Mate-

rialien zur Analyse von Opposition; Universitätsarchiv der Freien Universität Berlin; Universitätsarchiv der Ludwig-Maximilians-Universität München.

1.5 Methodisches Vorgehen

Die aufgezeigten Forschungsfragen werden in der vorliegenden Untersuchung anhand ausgewählter Dokumente bearbeitet. Auswahlkriterien sind sowohl der Zeitraum der Entwicklung der Organisation als auch die aus den vorliegenden Quellen erkennbare Theorieausrichtung der verschiedenen Gruppierungen. Einzelne Schriften werden dabei textanalytisch interpretiert.⁵⁸ Die Arbeit verfolgt zum einen mit einem chronologischen Aufbau eine Periodisierung der Organisationsphasen, die sich aus den Theoriebildungs- und Transformierungsprozessen der Marxistischen Gruppe ergeben haben. Zum anderen weisen die von der Gruppe publizierten Arbeiten auf zentrale Schwerpunkte der Organisation hin, die somit Gegenstand der Untersuchung sind. Diese methodischen Vorgehensweisen ermöglichen eine fundierte Beurteilung der Marxistischen Gruppe und ihrer Entstehungsbedingungen.

Veröffentlichte Materialien der Gruppe und ihrer Vorläufer liegen für den gesamten Zeitraum vom Ende der 1960er bis zum Anfang der 1990er Jahre vor. Zeitungen, Broschüren, Bücher, Interviews, sowie Vortragsaufzeichnungen stehen in einer Vielfalt zur Verfügung, sodass eine Auswahl unumgänglich war. Aus den verfügbaren Quellen habe ich solche Materialien ausgewählt, die Kernpunkte der Organisationen behandeln. Außerdem werden Publikationen des Verfassungsschutzes über die Marxistische Gruppe herangezogen und analysiert, um das Untersuchungsbild über die Marxistische Gruppe in der Bundesrepublik Deutschland zu vervollständigen.

Dem in der Untersuchung verfolgten methodischen Vorgehen liegt die Annahme zugrunde, dass theoretisch begründete Auffassungen und Einstellungen in Diskursen politischer Organisationen zu einem Wandel ihrer Organisationsstrukturen führen können und dass solche Veränderungen erkennbar und abbildbar sind. In der vorliegenden historisch-ideologiekritischen Untersuchung fasse ich Wandlungsprozesse der Marxistischen Gruppe und ihrer Vorgänger als Teil

⁵⁸ Die Interpretation von Texten stellt ein hermeneutisches Verfahren dar, durch das der im Text festgehaltene Inhalt erfasst und ausgelegt werden soll (vgl. Lorenz, Chris: Konstruktion der Vergangenheit. Eine Einführung in die Geschichtstheorie, Köln/Weimar/Wien/Böhlau 1997, S. 90f).

der politischen Kultur in der Bundesrepublik auf.⁵⁹ In den Prozessen und Ergebnissen der beteiligten Akteure drücken sich sowohl deren Wertvorstellungen und Einstellungen aus, als auch die Art und Weise ihrer Handlungen.⁶⁰

Die relative Abgeschlossenheit der Marxistischen Gruppe nach Außen und damit die Abschirmung der in der Organisation politisch aktiven Personen machte es allerdings schwierig, persönliche Zuordnungen beispielsweise zu Funktionen innerhalb der Gruppe zu erfassen. Insofern sind die vorliegenden Quellen das Material, aus dem auch Verhaltensweisen der politisch Agierenden erschlossen wurden. In der Arbeit geht es darum, Wechselbeziehungen zwischen Theorien politischer Gruppierungen und ihren organisatorischen Verläufen aufzuzeigen, etwa Spaltungsprozesse oder konzeptionelle Brüche. Somit werden Prozesse und Ergebnisse der Theoriebildung dargestellt, die sich wiederum in politisch-organisatorischen Veränderungen ausdrücken.

Theorie hat dabei in der vorliegenden Untersuchung eine mehrfache Bedeutung. Theorie ist eine Art Richtschnur hinsichtlich des inneren organisatorischen Zusammenhalts der Marxistischen Gruppe oder auch Ausdruck und Anlass der Auftrennung einer ehemals bestehenden Übereinstimmung. Theorie ist darüber hinaus sowohl Grundlage und Inhalt der innerorganisatorischen Vermittlung als auch der nach Außen gerichteten Agitation der Gruppe. Die Befassung mit Theorie schließt zugleich epistemisch bedingte Veränderungen der beteiligten Personen ein, ausgedrückt durch Zustimmung oder Ablehnung politischer Auffassungen. Gemeint ist damit, dass jemand durch eine Auseinandersetzung mit theoretischen Positionen eine Veränderung erfährt, die sein Denken und sein Wissen sowie seine Bereitschaft, sich weiterhin mit dem Inhalt zu befassen oder diesen für sich auszuschließen, umfasst. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um einen selbstbestimmten oder um einen von anderen Personen politisch werbend vorgetragenen Inhalt handelt. Ebenso ist festzuhalten, dass die Sachverhalte in einem Vermittlungsprozess zwar anderen Personen erklärt, aber nicht für sie verstanden werden können – das Verstehen oder Nicht-Verstehen und die daraus folgenden Handlungen sind Leistungen eines jeden einzelnen Individuums. Der Vermittlungsprozess, in dem das Verstehen oder Nicht-Verstehen als individuelle Leistung eines Subjekts benannt wird, ist konzeptionell ein erfahrungs-

⁵⁹ Vgl. Borowsky, Peter: Die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1966 – 1983, in: Schlaglichter historischer Forschung, Studien zur deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, hg. von Peter Borowsky, aus dem Nachlass hg. von Rainer Hering und Rainer Nicolaysen, Hamburg 2005, S. 295.

⁶⁰ Vgl. Lorenz 1997, S. 98.

bezogener und erkenntnisorientierter Theoriebildungsprozess, der die Subjekte dieses Prozesses gerade nicht als Objekte begreift, denen Resultate weitergegeben werden, die ihnen äußerlich bleiben.⁶¹

Die Arbeit kann in Bezug auf Theoriebildungsprozesse nicht das Ziel verfolgen, alle Theorieelemente der Marxistischen Gruppe vor dem Hintergrund eines Vergleichs mit Marx' Theorie-Gebäude zu analysieren. Dies wäre zwar interessant mit dem Blick auf eine marxistische Ideengeschichte, würde aber den Rahmen meiner Arbeit weit übersteigen. Dennoch ist es unumgänglich, wesentliche Theorieelemente der Marxistischen Gruppe nicht nur oberflächlich zu behandeln, sondern gerade die entscheidenden Gedanken oder Theorieansätze anhand textimmanenter Interpretationen genauer darzustellen. Das bedingt ein tieferes Eingehen auf die jeweiligen ausgewählten Theorien, auch um Differenzen oder Gemeinsamkeiten zu anderen Gruppierungen zu verdeutlichen. So kann an der Theoriebildung gezeigt werden, inwieweit theoretische Veränderungen oder neue Ansätze auch Veränderungen der politischen Organisation nach sich ziehen. Der erweiterte Raum, den einzelne analytische Bestimmungen erfordern, hängt mit dem Ansatz der Marxistischen Gruppe zusammen, ihre Untersuchungen ausführlich argumentativ begründen zu wollen, sodass erst durch das detaillierte Eingehen auf das Quellenmaterial ein genaueres Verstehen einzelner Theoriephasen möglich ist.

1.6 Aufbau der Arbeit

Die vorliegende Arbeit gliedert sich in folgende Abschnitte. Das der Einleitung folgende zweite Kapitel enthält eine überblickartige Darstellung zur Studierendenbewegung in der Bundesrepublik Deutschland in den 1960er Jahren, erfasst das Ende und den Zerfall der Bewegung sowie Auflösungsmomente des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, um den Kontext des Entstehungsprozesses der Roten Zellen und damit auch der Marxistischen Gruppe zum Ausdruck bringen zu können.

Im dritten Kapitel stehen Herausbildungs-, Umwandlungs- und Spaltungsprozesse der Roten Zellen München sowie weiterer Vorläufer der Marxistischen Gruppe im Mittelpunkt. Hier geht

⁶¹ Vgl. Meyer, Wolfgang u.a.: Erfahrung und Erkenntnis: Ausländische Arbeiter im Bildungsurlaub. Ein Beitrag zur Arbeiterbildung, in: Informationsdienst. Bildungsarbeit mit ausländischen Arbeitern, Sonderheft 1/1981, hg. von der Pädagogischen Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes, Bonn / Frankfurt a. M. 1981, S. 6 – 24.

es um theoriebedingte Zusammenschlüsse und Brüche in den betreffenden politischen Organisationen der 1960er Jahre und den ersten 1970er Jahren. Ausgangspunkt ist die Situation an der Münchner Universität, um daran anknüpfend die besonderen Merkmale dieser lokalen Studierendenbewegung aufzuzeigen.

Das vierte Kapitel behandelt den Übergang von den Roten Zellen der Arbeitskonferenz München zur Marxistischen Gruppe. Die inhaltliche, organisatorische und personelle Entwicklung der Gruppe von ihrer sich allmählich abzeichnenden Konsolidierung Ende der 1970er Jahre bis zu ihrer Auflösung im Jahr 1991 ist das zentrale Thema dieses Abschnitts. Zum einen sind organisatorische und inhaltliche Einschnitte ab der Mitte des Jahres 1974 festzustellen. Nach dem Ende der verfassten Studierendenschaft in Bayern veränderte die Gruppe beispielsweise mit der Herausgabe der *Marxistischen* statt der *Münchner Studentenzeitung* das Konzept ihres ehemals theoretischen Organs. Ebenso war die Publikation von Broschüren und anderen Arbeiten inhaltlicher Ausdruck der Aktivitäten lokaler Marxistischer Gruppen. Vor allem kommen hier die ersten *Resultate der Arbeitskonferenz* sowie die *Erlanger Circulars* in den Blick, die in diesem Abschnitt der Arbeit untersucht werden. Zum anderen war vor allem in organisatorischer Hinsicht im Verlauf des Jahres 1979 durch den Zusammenschluss aller lokalen Gruppen eine Festigung der neu formierten Organisation auszumachen. Die seitdem einheitlich und konzeptionell verändert agierende Marxistische Gruppe veröffentlichte in dieser Zeit beispielsweise ihre Broschüre „Der bürgerliche Staat“, die im nächsten Kapitel Thema ist.

Die 1979 veröffentlichte Analyse der Marxistischen Gruppe über den Staat hatte und hat auch heute noch eine besondere Bedeutung. Für die Organisation markierte sie so etwas wie einen vorläufigen Abschluss ihrer staatstheoretischen Arbeiten. Die Arbeit der Marxistischen Gruppe hat andererseits insofern weitere Bedeutung, da die Gruppe beanspruchte, mit ihrer Arbeit die Diskussion über den Staat ein für alle Mal beenden zu wollen. Das gilt es im fünften Kapitel zu untersuchen.

Umstände, die die Auflösung der Marxistischen Gruppe bewirkt haben, behandelt das sechste Kapitel. In diesem Abschnitt geht es auch um Berichte des Verfassungsschutzes über die Marxistische Gruppe sowie um weitere Aktivitäten der Behörden und somit um den von der Gruppe hervorgehobenen Anlass, der zum Ende ihrer Organisation geführt hat. Die im Mai 1991 dargelegten Erklärungen der Marxistischen Gruppe über die Auflösung ihrer Organisation sind ein weiteres Thema des Kapitels. Weiterhin wird der Übergang von der politisch organi-

sierten Marxistischen Gruppe zu einem politischen Magazin untersucht. Dabei wird die personelle wie inhaltliche Kontinuität von der Marxistischen Gruppe zur Zeitschrift *Gegenstandspunkt* erörtert, ausgewählte Themen des Magazins werden ebenfalls in den Blick genommen.

Das die Arbeit abschließende siebte Kapitel fasst bewertend die zentralen Ergebnisse der Untersuchung zusammen, die sich in der Eigentümlichkeit der Organisation ausdrücken. Aus den Befunden der vorliegenden Arbeit werden darüber hinaus Perspektiven skizziert, deren Weiterverfolgung interessant sein kann.

2. Das Umfeld des Entstehungsprozesses der Münchner Roten Zellen und der späteren Marxistischen Gruppe

Das Phänomen der Studierendenbewegung in den 1960er Jahren der Bundesrepublik ist in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur ausgiebig untersucht worden, sondern war auch hin und wieder ein aktueller Untersuchungsgegenstand – so etwa als Rückblick auf 50 Jahre nach „68“.⁶² Westberlin war in der Bundesrepublik ein bedeutendes Zentrum der damaligen Bewegung. Schauplätze studentischer Revolten waren neben der Freien Universität Berlin auch die Universitätsstädte Frankfurt am Main, Hamburg und München. Hamburg wurde vor allem durch die im November 1967 von Studierenden inszenierte Aktion „Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren“ im Audimax der Universität bekannt.⁶³

Insgesamt gesehen gibt es jedoch nur wenige Lokalstudien oder systematische Darstellungen lokaler Bewegungen zum Geschehen um das zu einem historischen Begriff gewordene Jahr „68“.⁶⁴ Gleichwohl war in einem „Forschungsbericht 1968“ zu lesen, dass politische Gruppierungen der Studierendenbewegung stark von den jeweiligen örtlichen Besonderheiten geprägt waren, unter anderem aufgrund der „Persönlichkeiten und politischen Präferenzen regionaler Führer“⁶⁵ – diese Aussage traf auch auf die Münchner Gruppierung zu. Öffentliche Aufmerksamkeit erhielten die damaligen Protestaktionen – sie waren in vielen Orten der Bundesrepublik präsent, denn an „sämtlichen Provinzuniversitäten gab es damals heiße Wahlkämpfe für die Studentenparlamente, eine Vielzahl aktiver Studentenverbände, Trauerkundgebungen für Benno Ohnesorg und hochschulpolitische Demonstrationen“⁶⁶. Nun war die Ludwig-Maximi-

⁶² Exemplarisch können hier folgende Arbeiten genannt werden. Funke, Hajo: Antiautoritär. 50 Jahre Studentenbewegung: die politisch-kulturellen Umbrüche, Eine Flugschrift, Hamburg 2017 oder die bereits erwähnte Veröffentlichung von Wolfgang Kraushaar (vgl. Kraushaar 2008b).

⁶³ Vgl. Juchler, Ingo: 1968 in Deutschland, Schauplätze der Revolte, Bonn 2018, S. 50f.

⁶⁴ Anne Rohstock thematisierte in einer lokal eingegrenzten Arbeit Entwicklungen der Hochschulreformen in den Ländern Hessen und Bayern und erfasste die Bedeutung der Reformen für die Zeit um 1968 anhand umfangreichen Quellenmaterials (vgl. Rohstock, Anne: Von der ‚Ordinarienuniversität‘ zur ‚Revolutionszentrale‘? Hochschulreform und Hochschulrevolte in Bayern und Hessen 1957 – 1976, München 2010). Stefan Hemler setzte sich mit studentischer Politik in den 1960er Jahren an der Münchner Universität auseinander (vgl. Hemler 1999). Wolfgang Kraushaar konzentrierte sich in seiner dreibändigen Ausgabe aufgrund der Fokussierung auf den Komplex der sogenannten Frankfurter Schule auf Frankfurt am Main (vgl. Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946 – 1995, Band 1: Chronik, Band 2: Dokumente, Band 3: Aufsätze und Kommentare, Register, Hamburg 1998, Band 1, S. 14). Thomas Becker und Ute Schröder hatten, neben der Berliner Universität, ihren Blick auch auf kleinere Universitätsstädte gerichtet (vgl. Becker/Schröder 2000, S. 14). Autoren wie der bereits erwähnte Gerd Langguth veröffentlichten Studien über Formierungen der studentischen Protestbewegung und konzentrierten sich vor allem auf die Organisationsbedingungen der Roten Zellen in Berlin (vgl. Langguth 1983, S. 47 – 49 und S. 128).

⁶⁵ Siegfried, Detlef: Forschungsbericht 1968, 12.12.2002, URL: <https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-4078>, letzter Zugriff 05.07.2023, 4. Abschnitt.

⁶⁶ Von Hodenberg 2018, S. 12.

lians-Universität (LMU) München sicher keine Provinzuniversität, vielmehr mit ihren fast 22.000 Studenten und Studentinnen in den Jahren 1967/68 die größte deutsche Universität – und dennoch gibt es nur wenige Studien über politische Aktivitäten studentischer Gruppierungen der Münchner Universität zu diesen Zeiten. Es ist bemerkenswert, dass lokale Vorgänge in München wenig Berücksichtigung gefunden haben, obwohl die bayerische Hauptstadt während der Osterunruhen 1968 Schauplatz dramatischer Ereignisse war. Mit dem Blick auf die zu untersuchenden marxistisch ausgerichteten Organisationen, die über Jahrzehnte hinaus bundesweite Bedeutung an Hochschulen erlangt hatten, muss demgegenüber die Ludwig-Maximilians-Universität in München in den Fokus der Betrachtung gerückt werden.

In der Bundesrepublik entwickelte sich in den sogenannten langen 1960er Jahren aus außerparlamentarischen Zusammenschlüssen die mit der Chiffre „68“ verbundene Studierendenbewegung.⁶⁷ Mit der Charakterisierung „68“ wurde ein Einschnitt in der Geschichte der Bundesrepublik hervorgehoben, der die Jahre der Außerparlamentarischen Opposition (APO) und die Herausbildung der Studierendenbewegung vor 1968 ebenso im Blick hatte wie die Zeit der Entstehung Neuer Sozialer Bewegungen nach 1968. Auch wenn oft pauschal von Außerparlamentarischer Opposition und Studierendenbewegung gesprochen wird, ist festzuhalten, dass es weder *die* APO noch *die* Studierendenbewegung gab, sondern dass es sich um differenziert zu betrachtende Zusammenschlüsse handelte. Welche Bedeutung und welche Wirkungen die damaligen Bewegungen in der Folgezeit gehabt haben, kann unterschiedlich beurteilt werden, die politische Kultur der Bundesrepublik jedenfalls zeigte nach der Studierendenbewegung eine andere Färbung – sie wurde pluraler. Die Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er Jahre können darüber hinaus auch als ein Beispiel für ein verändertes politisches Bewusstsein der Menschen in der Bundesrepublik gesehen werden.⁶⁸

Auf dem gesellschaftlichen Feld eines Umbruchs und einer relativen Bedeutungslosigkeit der parlamentarischen Opposition – politisch regierte ab 1966 eine Große Koalition,⁶⁹ bestehend aus der CDU/CSU und der SPD, mit Kurt Georg Kiesinger (CDU) als Bundeskanzler –

⁶⁷ Die langen 1960er Jahre bezeichnen den Zeitraum vom letzten Drittel der 1950er Jahre bis zum ersten Drittel der 1970er Jahre (vgl. Schildt, Axel: ‚Trau keinem über 30!‘. Die Studentenrevolte als Generationsprotest, in: ‚Mythos 1968‘?, hg. von Martin Sabrow, Leipzig 2009, S. 24; vgl. auch Schildt 2005, S. 132). Die Bezeichnung „68er-Generation“ ist erst zehn Jahre nach 1968 entstanden, wie Axel Schildt festhielt (vgl. Schildt 2009, S. 37f).

⁶⁸ Vgl. Borowsky 2005, S. 314 – 316.

⁶⁹ Vgl. Eschenhagen, Wieland / Judd, Matthias: Chronik Deutschland 1949 – 2014. 65 Jahre deutsche Geschichte im Überblick, Bonn 2014, S. 146f; vgl. auch Herbert, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014, S. 848.

entwickelte sich so etwas wie ein Unbehagen am politischen und gesellschaftlichen System der Bundesrepublik bei einem großen Teil der akademischen Jugend und anderen Teilen der Intelligenz.⁷⁰ Da es in der Bundesrepublik nach 1956 aufgrund des Verbots der Kommunistischen Partei Deutschlands keine traditionelle kommunistische Partei mehr gab, war der Diskurs unter linken Intellektuellen weitgehend unbeeinflusst von moskautreuer Parteipolitik. Vor diesem Hintergrund und angesichts der sich abzeichnenden Veränderungen in der sozioökonomischen Struktur der Bundesrepublik entwickelte sich eine bald über die Grenzen der akademischen Welt hinausgehende Neue Linke, in der junge Intellektuelle und Aktivisten zunächst stark politisiert worden waren in ihrem Argwohn „gegenüber erstarrten Ideologien und einengenden Institutionen“⁷¹. Ein Charakteristikum der Neuen Linken zeigte sich darin, dass „sie sich sowohl vom Reformismus des demokratischen Sozialismus in den Wohlfahrtsstaaten absetzte als auch von der Perversion des Kommunismus in den stalinistischen Diktaturen“⁷². Bereits 1958 bildeten sich oppositionelle Gruppierungen heraus, so die Initiative „Kampf dem Atomtod“ und später die „Ostermarsch-Bewegung“ der Atomwaffengeegner. Der „Ostermarsch“ begann 1960 und mobilisierte in den folgenden Jahren viele Menschen. 1963 wandelte sich die „Ostermarsch-Bewegung“ in die „Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengeegner“ und seit 1966 in die „Kampagne für Demokratie und Abrüstung“, die sich als eine übergreifende Organisationsform der APO herausbildete.⁷³

2.1 Die Studierendenbewegung in der Bundesrepublik der 1960er Jahre, ihr Ende und der Zerfall des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes

An den Hochschulen, zunächst von Westberlin aus, formierte sich Mitte bis Ende der 1960er Jahre eine Studierendenbewegung, die von hochschulinternen Problemen ausging, dann jedoch eine Schlagkraft entwickelte, weil sie sich in außeruniversitäre gesellschaftliche Aktivitäten einbezog und sich anderen außerparlamentarischen Bewegungen anschloss. Es ging bei den Protesten vor allem um die Reform der Hochschulen, die geplanten Notstandsgesetze der Bun-

⁷⁰ Vgl. Otto 1989, S. 12f; vgl. auch Schildt, 2001, S. 11.

⁷¹ Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bundesrepublik und DDR 1949 – 1990, Bonn 2010, S. 312.

⁷² Wolfrum, Edgar: Die Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1990, Gebhardt: Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 23, hg. von Wolfgang Benz, 10., völlig neu bearb. Aufl., Stuttgart 2011, S. 332f. Zum Begriff des demokratischen Sozialismus bezieht sich Edgar Wolfrum offenbar auf das Grundsatzprogramm der SPD (vgl. SPD Parteivorstand (Hrsg.): Hamburger Programm. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 28. Oktober 2007, Berlin 2007, S. 5 und S. 16f).

⁷³ Vgl. Schildt/Siegfried 2009, S. 279; vgl. auch Otto 1977, S. 13f.

desregierung, die Kriegsführung der USA in Vietnam und die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. Der Kern der APO, etwa ab Mitte der 1960er Jahre, war der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS), eine ehemalige Studierendenorganisation der SPD. In den Jahren zwischen 1967 und 1969 verzahnten sich politische Protestbewegungen und durchsetzten sich ebenso mit vielfältigen kulturellen Elementen, sodass eine „68er“-Bewegung entstand, die unterschiedliche, teils widersprüchliche Elemente in sich einschloss.⁷⁴ Der SDS bildete sich zu einer organisierten politischen Gruppe von Studenten und Studentinnen als Teil der Studierendenbewegung heraus, initiierte Protestaktionen und führte Theoriedebatten über ökonomische und politische Problemfelder der 1960er Jahre.⁷⁵ Ausgangspunkt vieler SDS-Aktivitäten war die Lage an den Universitäten. Mit Verweigerungs- und Protestformen wie „Go-ins“, „Sit-ins“ und „Teach-ins“ durchbrachen Studierende traditionsbehaftete Strukturen an Hochschulen.⁷⁶ Über den akademischen Bereich hinaus entwickelte sich seit Mitte der 1960er Jahre eine Studierendenrevolte mit Forderungen nach Umgestaltung der gesamten Gesellschaft. Die Gesellschaftskritik des SDS bezog ihre Grundlagen aus einer Wiederentdeckung des Marxismus und einer Verknüpfung mit der Psychologie Sigmund Freuds. Theorieelemente aus den Werken von Marx waren für den SDS Grundlage einer Ideologiekritik der Gesellschaft. Die Kritik war geprägt vom Einfluss der „Kritischen Theorie der Frankfurter Schule“ und richtete sich beispielsweise gegen „Konsumterror“, einen bedingungslosen technischen Fortschritt und gegen eine „Überflussgesellschaft“.⁷⁷

⁷⁴ Vgl. Schildt/Siegfried 2009, S. 281f; vgl. auch Frei 2018, S. 134.

⁷⁵ Vgl. Albrecht, Willy: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) – Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken, Bonn 1994, S. 437 – 443; vgl. auch Fichter/Lönnendonker 2008, S. 67 – 70. Durch ihre Rhetorik und Führungsqualitäten auffallende Aktivisten des SDS waren vor allem Rudi Dutschke, Hans-Jürgen Krah, Daniel Cohn-Bendit, Bernd Rabehl (vgl. Koenen 2011, S. 42 – 44 und S. 317 – 319; vgl. auch Schildt/Siegfried 2009, S. 280).

⁷⁶ Go-ins, Sit-ins und Teach-ins waren aus der amerikanischen Protestbewegung aufgegriffene Mittel des zivilen Ungehorsams in der politischen Auseinandersetzung des SDS (vgl. Kailitz, Susanne: Von den Worten zu den Waffen? Frankfurter Schule, Studentenbewegung, RAF und die Gewaltfrage, Wiesbaden 2007, S. 50). Beim Go-in wurden Veranstaltungen (Seminare oder Vorlesungen) aufgesucht, um durch herausforderndes Auftreten oder systematisches Stören eine Diskussion zu erzwingen. Das Teach-in war die von Aktiven der Bewegung organisierte Form einer Diskussions- und Informationsveranstaltung zu einem politisch-gesellschaftlich relevanten Thema. Ein Sit-in wurde durchgeführt, um Einrichtungen oder Plätze zu besetzen, indem sich die Akteure für einen bestimmten Zeitraum auf Sitzgelegenheiten oder auf den Boden setzten, um die am Ort stattfindende Handlung zu stören.

⁷⁷ Vgl. Frei 2018, S. 112; vgl. Schildt 2005, S. 135; vgl. Herbert 2014, S. 850. Eine weitere Befassung mit der „Frankfurter Schule“ würde weit über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen. Rolf Wiggershaus beispielsweise hat sich ausführlich mit diesem gesellschaftstheoretischen Komplex auseinandergesetzt (vgl. Wiggershaus, Rolf: Die Frankfurter Schule. Geschichte - Theoretische Entwicklung - Politische Bedeutung, München, 4. Aufl. 1993).

Der SDS, der 1960 aus der SPD ausgeschlossen worden war und seit Mitte der 1960er Jahre nach einer Phase relativer Bedeutungslosigkeit zunehmend Zulauf erhielt, bildete sich in dieser Zeit als Teil der Studierendenbewegung zu einer organisierten politischen Intellektuellengruppierung heraus, die sich sowohl als treibende Kraft der Proteste erwies, aber auch zur Bildung politisch unterschiedlicher Fraktionen führte. Die durch den SDS angestoßene Kritik richtete sich gegen das „Establishment“ wie auch gegen die „schweigende Mehrheit“ der Bevölkerung: „„Antiautoritär“ war der ebenso einheitsstiftende wie mobilisierende Sammelbegriff für diese Stoßrichtung, die sich seit 1964/65 im SDS und darüber hinaus durchzusetzen begann“⁷⁸.

Ausgangspunkt der studentischen Protestbewegung war die Freie Universität Berlin. Die Protestformen übernahmen die rebellierenden Studierenden zum großen Teil aus der amerikanischen Bürgerrechts- und Studierendenbewegung, insbesondere das Verhalten des zivilen Widerstands. Die Formen der Proteste gründeten sich auf Strategien begrenzter Regelverletzungen, mit denen die Studierenden ihren Forderungen in der Öffentlichkeit Gehör verschaffen wollten. Einen großen gewaltsamen Zusammenstoß zwischen der Revolte der Studierenden und der bundesrepublikanischen Staatsgewalt gab es am 2. Juni 1967 in Westberlin. Anlass war der Staatsbesuch des Schahs von Persien. Im Verlauf der Proteste kam es zu Zusammenstößen von Demonstrierenden mit der Polizei. In einer dramatischen Situation wurde der Student Benno Ohnesorg von einem Polizeibeamten erschossen. Der Tod Ohnesorgs löste Unruhen der Studierenden in vielen Städten des Bundesgebiets aus.⁷⁹ Ein großer Teil der Öffentlichkeit reagierte auf die zunehmend gewalttätigen studentischen Aktionen empört bis schockiert. Auch unter linken Intellektuellen gab es Kritik an gewaltbereiten Studenten und Studentinnen, die in einem besonderen Fall als „Linksfaschismusvorwurf“ bekannt geworden war.⁸⁰

⁷⁸ Herbert 2014, S. 850.

⁷⁹ Vgl. Der lange Marsch, in: Der Spiegel Nr. 51, 1967, 10.12.1967, S. 52 – 66; vgl. Kraushaar 1998, Band 1, S. 254 – 259.

⁸⁰ Gewissermaßen auf dem Höhepunkt der Proteste der Studierenden zeigte sich Mitte 1967 ein Bruch zwischen Jürgen Habermas auf der einen Seite, er war Universitätsprofessor in Frankfurt am Main und einer der bedeutenden Repräsentanten der „Kritischen Theorie der Frankfurter Schule“, sowie Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl, Studenten und einflussreiche Aktivisten des SDS in Westberlin bzw. Frankfurt am Main, auf der anderen Seite. Auf einem Kongress in Hannover fiel nach einem hitzigen Disput zwischen Jürgen Habermas und Rudi Dutschke in einer Rede am 9. Juni 1967 der Linksfaschismusvorwurf von Jürgen Habermas an Aktivisten der Studierendenbewegung, vorrangig aufgrund gewaltmäßig angelegter Protestaktionen. Er beurteilte einen Vortrag von Rudi Dutschke über studentische Demonstrationsformen als „eine voluntaristische Ideologie [...], die er [...] linken Faschismus nennen muß“ (Bergmann, Uwe (Red.): Bedingungen und Organisation des Widerstandes. Der Kongreß in Hannover, Berlin 1967, S. 101).

Vor allem die Presse aus dem Axel-Springer-Konzern nahm scharf gegen die demonstrierenden Studenten und Studentinnen Stellung, indem sie diese als „roten Mob“ und ihre Sprecher als von Moskau und Ostberlin gesteuerte „Rädelsführer“ bezeichnete. Der ausgedrückte Hass von Teilen der Bevölkerung, auch entfacht durch die „Springer-Presse“, richtete sich gegen Rudi Dutschke, der nach dem 2. Juni 1967 zu einer Art Symbolfigur der Studierendenbewegung geworden war.⁸¹ Ende 1967 kam es im Verlauf studentischer Aktionen wiederholt zu vehementen Protesten gegen den Axel-Springer-Konzern und das Attentat auf Rudi Dutschke am 11. April 1968 löste wiederum schwerste Straßenunruhen aus. Während der Osterfeiertage 1968 kam es zu Demonstrationen in vielen Städten des Bundesgebiets. Es gab Versuche, Redaktionen und Druckereien des Springer-Verlages zu stürmen – eine Forderung der Aktivisten beispielsweise lautete „Enteignet Springer“. Im Verlauf der Proteste kam es einige Male zu blutigen Konfrontationen mit der Polizei und „Barrikadenkämpfern“. In München wurden ein Fotoreporter und ein Student tödlich verletzt.⁸²

Die Osterunruhen 1968 und auch die im selben Jahr wieder aufgenommene Kampagne gegen die Notstandsgesetze sowie die Folgen ihrer Verabschiedung am 30. Mai 1968 markierten den Wendepunkt der studentischen Bewegung. Gemessen an ihren eigenen politischen Ansprüchen scheiterte die Studierendenbewegung.⁸³ Augenfälligster Punkt des Scheiterns waren die vom deutschen Bundestag durchgesetzten Notstandsgesetze,⁸⁴ deren Verhinderung ein zentrales Thema der Proteste war. Mehrere zehntausend Menschen demonstrierten angesichts der zweiten Lesung der Gesetze beispielsweise im Mai 1968 in Form eines Sternmarsches auf die damalige Hauptstadt Bonn, um noch im letzten Moment das Gesetz abwenden zu können. Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen, die den Protest unterstützten, waren irritiert über eine Gegendemonstration des DGB, die zeitgleich in Dortmund stattfand und dadurch gewerkschaftliche Kräfte aufspaltete.⁸⁵

Der überwiegend durch Studenten und Studentinnen dominierte gesellschaftliche Auseinandersetzungsprozess in den 1960er Jahren wurde getragen von einer Bewegung junger intel-

⁸¹ Vgl. Wolfrum 2011, S. 331.

⁸² Vgl. Studenten auf den Barrikaden 1968; vgl. Koenen 2011, S. 80; vgl. auch Schildt/Siegfried 2009, S. 285.

⁸³ Vgl. Wehler 2010, S. 318f.

⁸⁴ Einen Überblick über die Verabschiedung der Notstandsgesetze, die seit dem 28. Juni 1968 gelten, verfasste der Online-Dienst des Bundestages (vgl. Deutscher Bundestag (Hrsg.) [Online-Dienste]: Vor 55 Jahren: Bundestag beschließt Notstandsgesetze, o.O., 23.05.2023, URL: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw21-kalenderblatt-notstandsgesetze-556672>, letzter Zugriff 01.09.2023).

⁸⁵ Vgl. Gilcher-Holtey, Ingrid: Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA, München, 5. Aufl. 2017, S. 92f.

lektueller Menschen, die durch politische und kulturelle Veränderungen die Denkart und Lebensweise nicht nur vieler Studierenden beeinflusste, sondern ebenso das weitere gesellschaftliche Klima in der Bundesrepublik. Trotz ihres politischen Scheiterns hatte die Studierendenbewegung Einfluss auf die politische Kultur der Bundesrepublik, „denn die Ideen verschwanden nach dem Zerfall der Bewegung nicht einfach, sondern sickerten in viele gesellschaftliche Bereiche ein“⁸⁶. Der von den Protesten ausgelöste Politisierungsschub und auch die damit einhergehenden kulturellen Veränderungen haben zu einem veränderten Denken und Handeln vieler Menschen beigetragen – sichtbar in Ausdrucksweisen wie vorher kaum existierende Wohngemeinschaften oder freiere Umgangsformen in der alltäglichen Kleidung oder der Umgang mit der Sexualität.⁸⁷ Unterschiedliche politische Wertvorstellungen, auch Ausdruck eines Generationskonfliktes, machten sich am Widerspruch zwischen den von der etablierten Politik beanspruchten Werten und den tatsächlichen politischen Praktiken fest.

Insgesamt betrachtet trugen die Protestaktionen in der Bundesrepublik zur Beschleunigung und Verbreiterung der in den vorherigen Jahren angelegten Entwicklungen bei. Die Richtung ging hin zu einer liberaleren Gesellschaft mit weniger autoritären Strukturen, wie an der Entstehung einer neuen Frauenbewegung exemplarisch hervorgehoben werden kann: „Dieser utopisch getriebene, antipatriarchalische Aufbruch machte das Private politisch und erweiterte damit den Raum dessen, was wir heute als politisch begreifen“⁸⁸. Die Bedeutung der Geschlechterrollen und die Politisierung des Privaten war eine wesentliche Zäsur von „68“, denn die „neue Frauenbewegung, die 1968 ihren Ausgang nahm, setzte sich langfristig in der Breite der Gesellschaft durch und veränderte Partnerbeziehungen, Familien und weibliche Lebensläufe“⁸⁹. Diese geschlechterbezogene Protestbewegung war eine „Revolte in der Revolte“⁹⁰.

Im Herbst 1968 zeichnete sich ein Ende der studentischen Protestbewegung ab und ein Zerfallsprozess des SDS setzte ein.⁹¹ Eine Aufspaltung der Studierendenbewegung in eine Vielzahl politisch unterschiedlicher Kleingruppen begann. Im September 1968 zeigte sich auf einer Delegiertenkonferenz in Frankfurt am Main eine Fraktionierung des SDS, die nicht nur Ausdruck

⁸⁶ Wolfrum 2011, S. 340. Vgl. auch Herbert 2014, S. 862 u. 864; vgl. Wehler 2010, S. 320.

⁸⁷ Auf die jugendliche Gegenkultur kann hier nicht näher eingegangen werden. Ausführliche Einblicke vor allem zur subkulturellen Jugendkultur und ihren alternativen Lebensweisen vermittelt Detlef Siegfried (vgl. Siegfried 2017).

⁸⁸ Von Hodenberg 2018, S. 192.

⁸⁹ Ebd., S. 192.

⁹⁰ Juchler 2018, S. 18.

⁹¹ Die offizielle Auflösung des SDS vollzog sich am 21. März 1970 (vgl. Fichter/Lönnendonker 1977, S. 140).

der gesamten Studierendenbewegung war, sondern die zugleich die Auflösung des SDS ankündigte. Einen Grund für den Niedergang des SDS sah das Vorstandsmitglied Udo Knapp darin, dass „über den SDS die politischen Fragestellungen der anti-autoritären Revolte und des anti-kapitalistischen Kampfes nicht zu lösen waren“⁹². Auf der Konferenz im Herbst 1968 verdeutlichte sich die Spaltung des SDS in zwei Lager. Die eine Seite bestand aus einer linkssozialistischen Fraktion um das Anfang des Jahres gegründete sozialistische Offenbacher Zentrum, genannt Sozialistisches Büro (SB), vereint mit Gruppierungen des Marxistischen Studentebundes (MSB) Spartakus, einer sich neu formierenden Studierendenorganisation der 1968 aufgestellten Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). Auf der anderen Seite war der Block der sogenannten Antiautoritären angesiedelt, der aus politisch unterschiedlich motivierten Gruppierungen bestand, die auf lokaler Ebene und überwiegend unkoordiniert agierten.⁹³ Noch im folgenden Jahr scheiterten Versuche, den SDS zu einigen, und so „wurde die bereits im Verlauf des Jahres 1969 erhobene Forderung nach der Aufhebung der ‚antiautoritären‘ Phase der Studierendenbewegung mit der Neugründung diverser Partei-Aufbauorganisationen verwirklicht“⁹⁴.

Es können verschiedene Strömungen ausgemacht werden, die aus dem Auflösungsprozess des SDS hervorgingen, „eine reformistische [...], eine traditionell kommunistische [...], eine marxistisch-leninistische [...], eine undogmatisch-neomarxistische“⁹⁵. Vertreter des reformistischen Kurses sahen Ansatzpunkte bei der neuen sozialliberalen Regierung⁹⁶ und gingen vielfach zu den Jungsozialisten der SPD. Anhänger des traditionell kommunistischen Lagers zog es zur DKP. Eine relativ kleine marxistisch-leninistische Strömung bildete verschiedene Kaderorganisationen und die undogmatisch-neomarxistische Richtung fand überwiegend im SB ihr Betätigungsfeld. Darüber hinaus bildete sich ein kleiner gewalttätiger Bereich, sichtbar durch

⁹² Knapp, Udo: Zur Auflösung des SDS-Bundesvorstandes, in: Sozialistische Correspondenz, Nr. 38/39, 21. März 1970, S. 6 – 10, hier S. 9.

⁹³ Vgl. Juchler, Ingo: Die Studentenbewegungen in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland der sechziger Jahre. Eine Untersuchung hinsichtlich ihrer Beeinflussung durch Befreiungsbewegungen und -theorien aus der dritten Welt, Berlin 1996, S. 349.

⁹⁴ Ebd., S. 358. Vgl. hierzu ausführlich Bock, Hans Manfred: Geschichte des linken Radikalismus in Deutschland. Ein Versuch, Frankfurt a. M. 1976, S. 264 – 280 und Langguth, Gerd: Protestbewegung am Ende. Die Neue Linke als Vorhut der DKP, Mainz 1971, S. 61 – 128.

⁹⁵ Kraushaar, in Fichter/Lönnendonker 2008, S. 11.

⁹⁶ 1969 bildeten SPD und FDP die Regierung, mit Willy Brandt (SPD) als Bundeskanzler. Erstmals wurde mit Gustav Heinemann ein SPD-Politiker zum Bundespräsidenten gewählt (vgl. Eschenhagen/Judt 2014, S. 167 – 170).

die im Mai 1970 erfolgte Gründung der terroristischen Vereinigung „Roten Armee Fraktion“ (RAF).⁹⁷

In der Zeit um 1969 entstanden somit neue politische Organisationen, die sich, wie einige marxistisch-leninistische Kadergruppen, auch untereinander heftig befehdeten.⁹⁸ Allerdings kehrten viele aus der ehemals oppositionellen Bewegung zu den etablierten Parteien zurück, die mit Reformversprechungen das Vertrauen beförderten – so Willy Brandt, der als Bundeskanzler im Oktober 1969 nach dem Ende der Großen Koalition mit der Formel „Mehr Demokratie wagen“ warb. Bestehende politische Organisationen wie SPD, FDP, Gewerkschaften oder andere Gruppierungen waren für einige Aktive der auseinandergefallenen Studierendenbewegung offenbar eine Möglichkeit, in einem solchen Rahmen für gesellschaftliche Veränderungen wirken zu wollen, nach der Devise „Marsch durch die Institutionen“.⁹⁹ Die Wirkkraft eines solchen anvisierten institutionellen Durchgangs blieb rückblickend gesehen jedoch äußerst gering, da nur wenige wichtige Macht- und Entscheidungspositionen in der Gesellschaft durch ehemalige Protestierende besetzt wurden und keine grundlegende Veränderung der Institutionen erreicht werden konnte.¹⁰⁰ Ein anderer Teil der aufgelösten Studierendenbewegung versuchte durch Rückgriffe auf Elemente des Marxismus und der Wiederbelebung proletarisch-kommunistischer Parteitraditionen die erfahrene gesellschaftliche Isolation der Studierenden aufzuheben und vor allem die Arbeiterklasse für gesellschaftliche Veränderungen zu überzeugen. So wurden etwa Anfang der 1970er Jahre neben anderen eher informellen Gruppen und Organisationen zahlreiche kommunistische Kleinst-Parteien gegründet, die „K-Gruppen“.

2.2 Die K- Gruppen

In dem Zeitraum zwischen 1969 und 1973 entstanden und verschwanden K-Gruppen, die sich auf den sogenannten Marxismus-Leninismus (ML) und darüber hinaus vor allem auf Ideen Mao Tse-tungs und einer damit verbundenen Adaption der Politik der Kommunistischen Partei

⁹⁷ Vgl. Wolfrum 2011, S. 337.

⁹⁸ Gerd Langguth geht detailliert auf die Entwicklung der Organisationen ein, die sich aus den Bewegungen ab Ende 1968 gebildet hatten (vgl. Langguth 1983, S. 61 – 276; vgl. Koenen 2011, S. 197 – 206; vgl. Benicke 2019, S. 5 – 16).

⁹⁹ Vgl. Koenen 2011, S. 204; vgl. Frei 2018, S. 227.

¹⁰⁰ Vgl. Schmidtke, Michael: Der Aufbruch der jungen Intelligenz. Die 68er Jahre in der Bundesrepublik und den USA, Frankfurt a. M. / New York 2003, S. 288.

Chinas bezogen hatten.¹⁰¹ Die maoistische Orientierung war Ausdruck sowohl einer Abgrenzung gegenüber westlichen kapitalistischen Verhältnissen als auch eine Kritik an östlichen staatssozialistischen Ausprägungen, denen die vermeintlichen Vorzüge der chinesischen Kulturrevolution entgegengehalten wurden. Die Gruppen traten nicht nur mit unterschiedlichsten Namen auf, sondern sie zeichneten sich auch dadurch aus, dass sie sich außerordentlich vehement voneinander abgrenzten. Die in der antiautoritären Studierendenbewegung liegenden Wurzeln wurden abgeschnitten, Spontaneismus und Voluntarismus sollten überwunden werden. Aufgrund vielfältiger Kämpfe um die richtige politische Ausrichtung kam es sowohl zu Abspaltungen als auch zu Ausschlüssen einzelner Fraktionen.¹⁰²

Im Verlauf der 1970er Jahre bildeten sich verschiedene überörtlich organisierte K-Gruppen heraus.¹⁰³ Einmal die Kommunistische Partei Deutschlands/Aufbauorganisation (KPD/AO), die ihr Zentrum in Westberlin hatte. Dann gab es den Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW), der vor allem in Heidelberg sehr aktiv war. In Norddeutschland existierte der Kommunistischen Bund (KB) und in Süddeutschland war der Arbeiterbund zum Wiederaufbau der KPD (AB) tätig. Weiterhin gab es den Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands (KABD) und darüber hinaus die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML). Alle Gruppierungen, außer der KPD/ML, waren aus dem Zerfallsprozess der Studierendenbewegung hervorgegangen.¹⁰⁴ Die Organisationen waren trotz ihrer gemeinsamen ideologischen ML-Basis auch inhaltlich differenziert ausgerichtet. Zum einen definierte sich jede Gruppierung als alleinige revolutionär proletarische Partei. Zum anderen zeigten sich Unterschiede beispielsweise im Hinblick auf die Verwendung maoistischer beziehungsweise stalinistischer Gedanken oder auch in der Frage ihrer innerparteilichen Kontrollmechanismen.¹⁰⁵ Ihre Organisationsstruktur zeichnete sich allerdings durch eine klare autoritäre Hierarchie aus. Die Mitgliederzahl der K-Gruppen betrug in den 1970er Jahren etwa 100.000 bis 150.000

¹⁰¹ Die Verwendung der Bezeichnung ML oder „Marxismus-Leninismus“ sollte seitens der Organisationen vor allem ausdrücken, dass es politische Gemeinsamkeiten gegenüber anderen Gruppierungen gab. Dadurch sollte eine Abgrenzung beispielsweise von den sogenannten orthodoxen Kommunisten der DKP oder spontaneistischen Gruppen sichtbar werden (vgl. Schröder, Jürgen: Ideologischer Kampf vs. regionale Hegemonie. Ein Beitrag zur Untersuchung der K-Gruppen, Berlin 1990, S. 2).

¹⁰² Vgl. Kleinert 2012, S. 67; vgl. Benicke 2019, S. 14.

¹⁰³ Zur Herausbildung der K-Gruppen vgl. Steffen 2002, S. 33f.

¹⁰⁴ Die KPD/ML wurde im Dezember 1968 gegründet und setzte sich anfangs aus ehemaligen Mitgliedern der verbotenen KPD zusammen. In der folgenden Zeit erweiterte sich die Organisation durch Studierende, wodurch interne Spannungen entstanden (vgl. Benicke 2019, S. 20f).

¹⁰⁵ Vgl. Schröder 1990, S. 2; vgl. Pfahl-Traugher, Armin: Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, 2. akt. Aufl. 2020, S. 98.

Personen.¹⁰⁶ Ziel dieser Gruppen „war der gewaltsame Sturz des Kapitalismus unter der Führung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse und die Errichtung der Diktatur des Proletariats als Übergangsphase zum Kommunismus“¹⁰⁷.

Für viele Aktivisten der K-Gruppen war die Marxistische Gruppe spätestens ab Mitte der 1970er Jahre eine feindselige Gruppierung, pointiert ausgedrückt waren deren Mitglieder „die linken Ekel vom Dienst“¹⁰⁸. Die Kritik an der Marxistischen Gruppe machten Verfechter der K-Gruppen vor allem an der theoretischen Ausrichtung der Organisation fest, insbesondere aufgrund der Priorisierung von Theoriebildung, die die Marxistische Gruppe als politische Praxis ansah. Eine weitere Frontstellung war die von der Gruppe in allen Belangen durchgeführte kompromisslose Kritik, die ebenso die politische Praxis der K-Gruppen betraf, da diese nach Auffassung der Marxistischen Gruppe aufgrund des Bezugs der K-Gruppen auf demokratisch ausgerichtete Forderungen bestehende gesellschaftliche Verhältnisse stabilisiere.

2.3 Der Anfang der Roten Zellen in München

In der Zeit ab 1970 gab es, wie oben ausgeführt, unterschiedlich politisch motivierte und punktuell agierende Initiativen und Projekte.¹⁰⁹ Vornehmlich unter dem Einfluss linker Studierenden entstanden vor allem aus dem Auflösungsprozess des SDS die Roten Zellen. Die Roten Zellen waren eine Verbindung zwischen antiautoritären Gruppierungen und den radikaleren politisch Aktiven. An einigen Universitäten, zunächst an der Freien Universität in Westberlin, entstanden solche Zellen. Die Roten Zellen setzten sich aus Personen zusammen, die ihre politische Arbeit zunehmend lokal organisierten und Auseinandersetzungen in Stadtteilen und vor Betrieben führten. Die Wiederaufnahme marxistischer Gedanken führte für die Roten Zellen zu einer umfangreichen Rezeption der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie, die als Grundlage ihrer weiteren politischen Vorstellungen diente. Die Arbeiterklasse galt den Roten Zellen als „revolutionäres Subjekt“, als Adressat ihrer politischen Agitation und die „wilden Streiks“ der Stahlarbeiter Ende 1969 wurden als Zeichen für ein erstarktes Selbstbewusstsein der Arbeiterklasse

¹⁰⁶ Vgl. Kühn, Andreas: Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre, Frankfurt a.M. 2005, S. 287f.

¹⁰⁷ Benicke 2019, S. 18.

¹⁰⁸ Polatschek, Klemens: Revolution kaputt. Die letzten großen K-Gruppen der siebziger Jahre stellen ihren Betrieb ein, in: Die Zeit Online, Nr. 25/1991, 14. Juni 1991, URL: <https://www.zeit.de/1991/25/revolution-kaputt>, letzter Zugriff 03.02.2024.

¹⁰⁹ Vgl. Herbert 2014, S. 859 – 862.

gewertet.¹¹⁰ Der Zeitraum von der Entstehung bis zum Ende der Roten Zellen umfasste die Jahre 1969 bis etwa 1971. Aus der Rote-Zellen-Bewegung entstanden sowohl maoistische Splittergruppen mit feststehenden Marxistisch-Leninistischen Lehrsätzen als auch eher undogmatisch agierende Gruppen.

Die Situation politischer Gruppen in München war bestimmt durch eine Entwicklungsphase, in der zunächst antiautoritäre Elemente dominierten, die nach Auseinandersetzungen verschiedener Organisationen untereinander letztendlich über Trennungsprozesse zum Entstehen der Roten Zellen und der Arbeitskonferenz führte. Die Ausbreitung studentischer Unruhen an der Ludwig-Maximilians-Universität München in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre und die verstärkt Anfang der 1970er Jahre über den AStA der LMU einsetzenden Entwicklungen der Roten Zellen waren zentrale Markierungspunkte bei der Entstehung Münchner Gruppierungen. Die Formierung der Roten Zellen spielte in verschiedenen Fachbereichen und Fachschaften der Universität München eine entscheidende Rolle für die Entwicklung der Marxistischen Gruppe. In München und ebenso in Erlangen-Nürnberg entstanden Organisationen, die sich von immer wieder agitatorisch hochgehaltenen Marxistisch-Leninistischen Lehrsätzen distanzierten und ihre eigenen Theorieprozesse initiierten. Mit einer besonderen Theoriebildung setzten sie sich von anderen Gruppierungen ab und so entstand der Kern der Marxistischen Gruppe.

Der hier dargestellte Auflösungsprozess studentischer Bewegungen kennzeichnet den Entstehungskontext einer Vielzahl damals neuer politischer Gruppierungen. Mit dem Blick auf München ist festzustellen, dass sich die Fachbereiche und der Allgemeine Studierendenausschuss der Ludwig-Maximilians-Universität als zentrale Tätigkeitsorte lokaler politischer Zusammenschlüsse entwickelten. Anfang der 1970er Jahre veränderten sich die Münchner Roten Zellen aufgrund einer kompromisslosen Positionierung theoretischer Auffassungen von Mitgliedern innerhalb der Roten Zellen, die zu organisatorischen Konsequenzen führte. In der Folge von Spaltungsprozessen der Roten Zellen in München und auch der Marxistischen Gruppe in Erlangen-Nürnberg kam es im weiteren Verlauf zu einer Zusammenarbeit zwischen der dann als „Rote Zellen / Arbeitskonferenz“ in München agierenden Gruppe und der „Theoriefraktion“ aus Erlangen. Die neu formierte marxistische Organisation der Arbeitskonferenz wirkte – nach dem Ende der verfassten Studierendenschaft in Bayern – seit 1974 nicht mehr

¹¹⁰ Vgl. Kraushaar, Wolfgang: Denkmodelle der 68er-Bewegung, in : Aus Politik und Zeitgeschichte, Ausgabe B 22-23, Bonn 2001, S. 14 – 27, hier S. 26.

bloß überwiegend lokal und aus dem Umfeld des AStA der LMU heraus, sondern eigenständig und bundesweit. Gegen Ende der 1970er Jahre formierte sich die Marxistische Gruppe dann unter ihrem bis zur Auflösung geführten Namen und gewann bundesweit vor allem in Hochschulkreisen zunehmend an Bedeutung. Die Herausbildung der Roten Zellen der Arbeitskonferenz in München im Zusammenhang mit der Entstehung der Erlanger Theoriefraktion sowie die spätere Weiterentwicklung der Marxistischen Gruppe sind somit die Themen der folgenden Kapitel.

3. Die Fundamente der Marxistischen Gruppe – Entstehung und Entwicklung der Organisation bis Mitte der 1970er Jahre

Im folgenden Kapitel geht es darum, die Entstehung und Entwicklung der Roten Zellen in München, den Beginn der Münchner Arbeitskonferenz und das Einsetzen der Theoriefraktion der Marxistischen Gruppe in Erlangen zu untersuchen. Diese Gruppierungen bildeten bis etwa Mitte der 1970er Jahre die inhaltliche und organisatorische Grundlage der späteren Marxistischen Gruppe. Danach agierten die Roten Zellen der Arbeitskonferenz München sowie andere lokal tätige Marxistische Gruppen zwar bundesweit, aber eine sich ab Ende 1974 kontinuierlich vollziehende Vereinheitlichung aller lokalen Marxistischen Gruppen kann erst Ende des Jahres 1979 als abgeschlossen bezeichnet werden. Auf diesen Übergangsprozess gehe ich dann im nächsten Kapitel ein.

Neben den in München organisierten Roten Zellen existierten Anfang der 1970er Jahre in einigen Universitätsstädten lokal agierende marxistisch orientierte Gruppen. Im bayerischen Raum waren es zunächst Gruppierungen in Augsburg, Regensburg, Würzburg und Erlangen-Nürnberg, die der Münchner Organisation nahe standen.¹¹¹ Die lokalen Gruppen traten in Kooperation mit der Münchner Arbeitskonferenz in Erscheinung und waren über ihre dortigen Akteure mit den Münchner Gruppenmitgliedern vernetzt.¹¹² Die neben den Roten Zellen der Arbeitskonferenz in München bedeutende Marxistische Gruppe Erlangen-Nürnberg war zwar ebenso überwiegend lokal aktiv, trat allerdings bereits 1972 mit der Herausgabe ihrer Broschüre *Kapitalistische Hochschulreform* überregional in Erscheinung und arbeitete bereits frühzeitig eng mit der Münchner Gruppierung zusammen. Zunächst konzentriere ich mich jedoch auf die Münchner Situation und gehe dann zur Erlanger Gruppe über.

3.1 Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München in den 1960er Jahren

Der Entstehungsprozess der Vorläuferorganisationen der Marxistischen Gruppe setzte etwa Ende der 1960er Jahre mit der Bildung der Roten Zellen an der Ludwig-Maximilians-Universität in München ein, die an der dortigen Universität einen zunehmenden Einfluss auf den Allgemeinen Studierendenausschuss hatten. In München waren die Roten Zellen an der LMU zu

¹¹¹ Vgl. Münchner Studentenzeitung Nr. 1/1973, S. 1.

¹¹² Vgl. Münchner Studentenzeitung Nr. 6/1974, S. 1.

der Zeit in verschiedenen Fachbereichen vertreten – so in den Bereichen Ökonomie, Soziologie, Politologie, Psychologie, Germanistik und Pädagogik – und bestimmten bis zur Mitte der 1970er Jahre die politischen Aktivitäten des dortigen AStA.

Vorher jedoch, etwa im Zeitraum Anfang bis Mitte der 1960er Jahre, pendelte die politische Ausrichtung des AStA der LMU zwischen liberalen und konservativen Positionen. In dieser Zeit zeigte sich eine Tendenz der jeweiligen ASten, Studierende für politische Inhalte zu motivieren, wobei die Ansichten der AStA-Mitglieder auch bei wechselndem AStA-Vorsitz keine wesentlichen positionellen Differenzen offenbarten. Neben dem Bemühen, studentische Rechte auszubauen, ging es hochschulpolitisch beispielsweise um Fragen zur paritätischen Mitbestimmung.¹¹³

Die politische Einstellung der Studierenden an der LMU München veränderte sich ab Mitte der 1960er Jahre von einer konservativ und katholisch ausgerichteten zu einer eher liberalen und linksorientierten Haltung, die das spätere Aufkeimen der Roten Zellen in München ermöglichte. Im Februar 1965 wurden beispielsweise einige Professoren der LMU auf Flugblättern wegen ihres Auftretens in der NS-Zeit hochschulöffentlich angegriffen und der AStA zeigte sich erstmals gegenüber solchen Protestaktionen nicht mehr ablehnend, er war zu dieser Zeit zunehmend linksorientiert eingestellt.¹¹⁴ Bei den Neuwahlen des LMU-AStA im Februar 1966 kamen bereits erste Tendenzen einer liberal-linksorientierten Studierendenschaft in München zum Vorschein. Vorsitzender wurde zwar der Kandidat der Katholischen Studentengemeinschaft (KSG), Helmut Gern, aber der ehemals dominierende katholisch-konservative AStA musste fünf Kandidaten der Opposition für Referentenämter akzeptieren und damit wurde der KSG-AStA gezwungen, eine Koalition einzugehen. Bereits im Mai des Jahres zerbrach dieser AStA aufgrund eines finanziellen Defizites, das eine Kulturveranstaltung verursacht hatte. Mitte des Jahres 1966 wurde der konservativ ausgerichtete und von der Katholischen Studentengemeinschaft dominierte AStA abgelöst durch einen Studierendenausschuss, der von der Münchner Wahlgemeinschaft (MWG) getragen wurde,¹¹⁵ mit dem neu gewählten AStA-Vorsitzenden Eberhard Büssem, den vereinbarungsgemäß ein Jahr später Rolf Pohle ersetzte.

¹¹³ Vgl. Hemler 1999, S. 217 – 222.

¹¹⁴ Vgl. ebd. 1999, S. 224

¹¹⁵ Die liberal-linksorientierten Studierenden organisierten sich in dem Bündnis mit dem Namen Münchner Hochschulforum/Münchner Wahlgemeinschaft (MHF/MWG). Diese Fraktion setzte sich zusammen aus Mitgliedern, die verschiedenen politischen Gruppierungen angehörten. Das waren die Deutsch-Israelische Studiengruppe (DIS), der Gewerkschaftliche Arbeitskreis der Studenten (GAST), die Humanistische Studienunion (HSU), der

Im Februar 1967 veröffentlichte der von Rolf Pohle geführte AStA die erste Nummer einer Informations-Zeitung,¹¹⁶ die noch im selben Jahr als *Münchner Studentenzeitung* (MSZ) erschien. Die MSZ thematisierte in ihrer ersten Ausgabe vom November 1967 hochschulpolitische Beiträge wie „Satzung der Studierendenschaft“, „Hochschulgruppen“, oder „Politisches Mandat in der Diskussion“. Aber auch allgemeinpolitische Themen wie „Vietnam - wo liegt das?“ oder Artikel über die Tschechoslowakei mit dem Titel „Öffnung zum Westen und ökonomisches Leitungssystem“ wurden veröffentlicht. Die linksorientierte Einstellung des AStA erzeugte damals bei den Studierenden allerdings auch Gegentendenzen, die sich bei den Wahlen zum LMU-Konvent im November und Dezember 1967 zugunsten der oppositionellen Münchner Studenten-Union (MSU) niederschlugen. Die ehemals als Katholische Studentengemeinschaft angetretene konservative Gruppierung firmierte nun als MSU unter neuem Namen und konnte den MGW-AStA wahlwirksam für Krawalle und Störungen bei universitären Feiern verantwortlich machen. Etwas später, im Dezember 1967, inmitten des Aufschwungs der bundesweiten Studierendenbewegung, zog in München mit der MSU eine konservative Gruppe Studierender in den AStA ein, die jedoch keinen anhaltenden Einfluss auf die Studierenden ausübte.¹¹⁷ Ein Jahr später, im Dezember 1968, wurde der traditionell-konservativ agierende AStA wiederum durch eine linksorientierte Mehrheit der Studierenden abgewählt. Vorsitzender wurde Rudolf Wagner, der die Position der Fachschaften im AStA stärkte. Ein Jahr später, mit dem AStA-Vorsitzenden Gerald Thiel, zeigte der Studierendenausschuss der LMU eine politische Richtung an, die den Boden für die Roten Zellen bereitete. Innerhalb eines Jahres hatte sich die studentische Akzeptanz der oppositionellen MWG gestärkt und deren Beiträge in der nunmehr regelmäßig veröffentlichten MSZ hatten sicher dazu beigetragen.

Insgesamt gesehen zeigten sich in den 1960er Jahren bis 1968 an der LMU München pendelnde Mehrheitsverhältnisse im AStA zwischen einem liberal-linken und einem konservativ-katholischen Block. Die liberale und linksorientierte Gruppierung, die Münchner Wahlgemein-

Liberaler Studentenbund Deutschlands (LSD), der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS), die Hochschulgruppe Sozialistischer Kunststudenten (HSK) sowie einige Nicht-Organisierte. Auf die hier angeführten Gruppierungen gehe ich nicht weiter ein, da sie für die folgenden AStA-Perioden keine weitergehende Bedeutung hatten. Stefan Hemler gab eine knappe Charakterisierung dieser weniger bekannten Gruppen (vgl. Hemler 1999, S. 216).

¹¹⁶ Der genaue Titel des Informationsblattes lautete *Information – Zeitschrift für die Studenten der Universität München*. Erscheinungsdatum war der 10. Januar 1967 und vermerkt wurde die Zeitung als 11. Jahrgang. Die Jahrgangsangabe verwies somit auf den 1. Jahrgang im Jahr 1957, in dem erstmals die ebenfalls vom damaligen AStA herausgegebene Zeitung *Information für die Studenten der Münchner Universität* erschien, die dann von 1961 bis 1967 unter dem Titel *Information des AStA der Universität München* vertrieben wurde.

¹¹⁷ Vgl. Hemler 1999, S. 228f.

schaft, konkurrierte ständig mit dem Lager der Katholischen Studentengemeinschaft und die sich aus den Wahlen ergebenden wechselnden Verhältnisse drückten sich sowohl in der Ämterzuordnung des AStA als auch in den Inhalten der vom jeweiligen AStA herausgegebenen Zeitung aus. Auffällig war, dass die Bedeutung der *Münchener Studentenzeitung* als Organ der Information und Vermittlung sowohl studentischer Belange als auch politischer Inhalte zunehmend anstieg.

3.2 Der AStA der LMU München bis zur Auflösung der Studierendenschaft in Bayern – Aufschwung von einer konservativen zur dominierenden linksorientierten Studierendenvertretung

In der bundesdeutschen Studierendenbewegung erlangten an den Hochschulen Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre mehr und mehr linke Gruppierungen die Mehrheit in vielen selbst verwalteten Gremien der Studierenden. Hochschulpolitische Forderungen wie die paritätische Mitbestimmung in Hochschulorganen waren auf den relativ engen Kreis der Universität bezogen, allerdings kamen nun allgemeinpoltische Themen zunehmend in den Fokus der ASten. Die Frage, ob den ASten überhaupt so etwas wie ein „politisches Mandat“ zustand, wurde für einige an den Hochschulen Lehrende oder politisch Regierende zunehmend zu einem Politikum.

Protestaktionen mit allgemeinpoltischen Themen wurden in München Ende der 1960er Jahre vom AStA der Universität und der Technischen Hochschule München organisiert, wobei die Basisgruppen und der Fachschaftenrat eine wichtige Rolle spielten. Die ab 1968 sichtbare Dominanz des linken Fachschaftenrats an der LMU zeigte sich vor allem an der philosophischen Fakultät. Hier bildete sich zunächst eine Basisgruppe Philosophie, aus der etwas später die Rote Zelle Philosophie hervorging. Die Basisgruppe Philosophie forcierte Aktionen, um ein selbstbestimmtes Studium in Gang zu bringen. Im Juni 1969 führten beispielsweise Vorfälle in einer Vorlesung zur Einstellung der Veranstaltung.¹¹⁸ Anlass des Abbruchs der Vorlesung waren Versuche einiger Studierenden, während der Vorlesung auch Diskussionen zum Thema führen zu wollen. Dies empfand der lehrende Professor als Störung und stellte letztendlich seine Vorlesung ein. In einem Flugblatt brachten daraufhin Mitglieder der Basisgruppe Philosophie, die Studierende der Vorlesung waren, ihr Verständnis von Freiheit in Forschung und Lehre zum

¹¹⁸ Es handelte sich um die Vorlesung des Professors Leist zum Thema „Einführung in Nietzsche“ (vgl. Basisgruppe Philosophische Fakultät II, Flugblatt, 1969).

Ausdruck. Die Form der Lehrveranstaltung wurde kritisiert, weil philosophische Themen in Vorlesungen nicht adäquat zu vermitteln seien.¹¹⁹ Eine inhaltliche wie organisatorische Beteiligung wurde gefordert, um das in einer Vorlesung angelegte konsumtive Verhalten aufzubrechen. Die Basisgruppenmitglieder Philosophie, zu denen damals die späteren Mitglieder der Marxistischen Gruppe Theo Ebel und Herbert Fertl gehörten,¹²⁰ erklärten zu den Vorgängen um die Vorlesung, denen sie exemplarische Bedeutung zuschrieben, dass es darauf ankäme, „herrschaftsfreie Räume zu erkämpfen, in denen die Studierenden ihre wissenschaftlichen und emanzipatorischen Interessen frei und selbständig artikulieren können“¹²¹. Herrschaftsfreies Studium wollte die Basisgruppe in Form von institutionalisierten studentischen Proseminaren von der Fakultät zugesichert bekommen, zumal zwei solcher Proseminare bereits unter dem Status eines Experiments absolviert worden waren. Das allerdings gelang nicht.¹²² Rückblickend war diese Situation insofern bemerkenswert, weil Theo Ebel und Herbert Fertl hier noch Forderungen nach herrschaftsfreien Räumen oder herrschaftsfreiem Studium artikulierten und Positionen der Basisgruppen unterstützten, wie die hier vorgetragenen Vorstellungen individualisierten Verhaltens, die sie später vehement ablehnten. Ihre damalige politische Auffassung war offenbar geprägt vom Anspruch, Rote Zellen in München auf basisgruppenorientierter Grundlage aufzubauen.

3.2.1 Die Roten Zellen – ihre Gründung und Hinwendung zur marxistisch-theorieorientierten politischen Organisation

Die Rote Zelle Philosophie war eine der ersten Roten Zellen an den Münchner Hochschulen.¹²³ Ihre Gründungsphase an der LMU München ging von der Basisgruppe Philosophie aus und lag in der Zeit des Sommersemesters 1969 bis hin zum Sommersemester 1970. Die Gründung wurde von Studierenden des Fachbereichs Philosophie der LMU auf Flugblättern bekannt gegeben. Die Rote Zelle entstand vor allem aus einer Kritik am antiautoritären Inhalt und dem damit verbundenen Verlauf der Studierendenbewegung, den der SDS ehemals eingeschlagen

¹¹⁹ Vgl. ebd.

¹²⁰ Vgl. Liste der Fachschaften und Basisgruppen, Flugblatt 3, 1970; vgl. auch Mahlow/Witzgall/Bartsch/Fertl, Einladung, 1970.

¹²¹ Basisgruppe Philosophische Fakultät II, Flugblatt, 1969.

¹²² Vgl. Fachschaft Philosophie LMU München, Einladung, 1969.

¹²³ Die Namensgebung „Zelle“ war eine Anlehnung an die kommunistische Organisationsform der Betriebszelle früherer Zeiten. Die Zelle wird im Statut der Kommunistischen Partei Deutschlands beispielsweise definiert als „die kleinste Organisationsform der Partei. [...] Sie organisiert die politische Arbeit im Wirkungsbereich und sichert die Zusammenarbeit mit allen fortschrittlichen Kräften“ (Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands (Hrsg.): Statut der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), 12.12.2009, URL: <http://www.kp-d-online.de/index.php/kpd/grundsatzdokumente/statut-der-kpd>, letzter Zugriff 29.07.2023).

hatte. Die antiautoritäre Forderung „Freie Entfaltung des Individuums“, die von Basisgruppenmitgliedern im SDS als Ziel einer besseren Gesellschaft propagiert wurde, entsprach nicht den Vorstellungen der neugegründeten Roten Zelle Philosophie. Subjektive Interessen und Bedürfnisse, ausgerichtet auf eine freie Gesellschaft, könnten ihrer Auffassung nach nicht individuell, vielmehr nur in Verbindung mit einer sich wieder formierenden Arbeiterklasse durchgesetzt werden. Im Rahmen des SDS, so wurde gefolgert, könnten Einsichten über den Kapitalismus sowohl inhaltlich als auch organisatorisch nicht realisiert werden, da die SDS-Arbeit aufgrund antiautoritär arbeitender Basisgruppen nicht bloß unverbindlich, sondern auch organisationsfeindlich sei.¹²⁴

Die Gründung Roter Zellen wurde von den Mitgliedern der Roten Zelle Philosophie als eine Organisationsform angesehen, die eine Fortführung des SDS darstellte, um dessen Arbeit in veränderter Qualität wieder aufzunehmen.¹²⁵ So hieß es in einem Flugblatt mit der Überschrift „Unsere Antwort: Rote Zelle Philosophie gegründet“:

Die adäquaten Nachfolgeorganisationen des SDS sind die Roten Zellen. Wie diese geht auch die *neugegründete RotzPhil* [Rote Zelle Philosophie, W.M.] davon aus, daß der Kampf an der Hochschule sowohl in Hinsicht auf Selbstorganisation der Studenten zu führen ist, als auch in Hinsicht auf Verteidigung studentischer Interessen, [...] mit dem Ziel, die Masse der Studenten über die Voraussetzungen der Wissenschaft, die sie betreiben, über die Verwertung der Wissenschaft, über die Ursachen der technokratischen Hochschulreform, wie über Fragen des Internationalismus, sowie über die Verweigerung und Verfälschung ihrer Interessen im Kapitalismus aufzuklären und anhand dieser Fragen Kampagnen zu entfachen.¹²⁶

Das Zitat stammt aus einem zweiseitigen Flugblatt, in dem neben der Reklamation, Nachfolgeorganisation des SDS zu sein, eine Vielfalt an Phrasen und plakativ hingeworfenen unbestimmten Aufgaben für die Roten Zellen zu finden waren. Das betraf sowohl philosophische als auch politökonomische Bereiche. In der Ankündigung zur Gründung der Roten Zelle Philosophie wurden neben einem sehr umfangreichen „Aufklärungsprogramm“ weitere Ansprüche formuliert. Das waren Aufgaben – nach den Vorstellungen der Rote-Zellen-Mitglieder – „die einer kommunistischen Intellektuellenorganisation in der Phase der Reorganisation der Arbeiterklasse gestellt sind“¹²⁷. Die Roten Zellen verstanden sich erklärtermaßen als eine von der

¹²⁴ Vgl. Fachschaft Philosophie LMU München, Philosophie, 1970, S. 25.

¹²⁵ Vgl. Rotes Blatt München Nr.7_8/1970, S. 19 – 25.

¹²⁶ Rote Zellen Philosophie, Flugblatt, Unsere Antwort, 1970, S. 2, Hervorhebungen im Original in Großbuchstaben.

¹²⁷ Ebd., S. 2.

Intelligenz geführte kommunistische Gruppierung und hatten das Ziel, die Arbeiterklasse neu zu organisieren. Was eine „Reorganisation“ allerdings ausmachen sollte und warum die Arbeiterklasse neu auszurichten sei, wurde nicht erklärt. Grundsätzlich sahen sich die Rote Zellen als erste Bausteine einer zukünftigen politischen Organisation mit deutlicher Eingrenzung auf Intellektuelle.

In dem Flugblatt wurde eine weitere Forderung erhoben, nämlich „die Klassenanalyse theoretisch voranzutreiben, in der praktischen Arbeit zu überprüfen, und agitatorisch umzumünzen“¹²⁸. Diese Aussage kennzeichnete den damaligen Agitationsstil, in dem Postulate ihren Platz fanden. Etwas später, im Juni 1970, gingen die Autoren in einer vierseitigen Gründungserklärung der Roten Zelle Philosophie ausführlicher auf ihre Ziele und Aufgaben ein. Zunächst hielten sie fest, dass eine Aufarbeitung der Vergangenheit notwendig sei. Gemeint war damit die Reflexion des Zusammenhangs der Roten Zelle Philosophie mit der Studierendenbewegung und insbesondere mit den Basisgruppen. Die Kritik an der Theoriearbeit der Basisgruppen umfasste organisatorische wie inhaltliche Punkte. Inhaltlich wurden nach Aussagen der Roten Zelle Philosophie die Schwerpunkte „Randgruppen-Strategie, Theorie vom autoritären Staat, vom langen Marsch durch die Institutionen, Theorie von der Kapitalisierung der Wissenschaften“¹²⁹ von den Basisgruppen-Befürwortern weder im Kollektiv der Basisgruppen diskutiert noch als praktische Ansatzmomente angeeignet, was für die Mitglieder der Roten Zellen jedoch Voraussetzung für eine organisierte Schwerpunktsetzung war. Letztendlich kritisierte die Rote Zelle die Arbeit der Basisgruppen als theoretisch mangelhaft und auch die Ausrichtung des politischen Kampfes als einen bloß antiautoritären Ansatz, der sich lediglich auf einzelne Institutionen bezog.

Die Bearbeitung vergangener politischer Phasen ihrer eigenen Entwicklung war den Roten Zellen offenbar bedeutsam, um Ansatzpunkte für eine Fortführung der Gesellschaftstheorie und einer Klassenanalyse zu gewinnen. Ein umfassender Arbeitsrahmen wurde abgesteckt, der sich auf eine durchzuführende Theoriearbeit bezog: „[Daher sind] die wichtigsten theoretischen Veröffentlichungen und die Praxis aller linken Gruppen in Deutschland, die ideologischen Auseinandersetzungen etc. systematisch und organisiert verbindlich zu verfolgen, zu analysieren, zu kommentieren, zu kritisieren, die Ergebnisse sind, sobald relevant, zu publizieren“¹³⁰. Über

¹²⁸ Ebd.

¹²⁹ Rotes Blatt München Nr. 7_8/1970, S. 20.

¹³⁰ Rote Zelle Philosophie München, Philosophie, 1970, S. 19.

diese umfangreichen Aufgaben hinaus wurde problematisiert, wie Form und Inhalt der eigenen Organisation zu entwickeln seien. Organisatorisches Ziel war für die Roten Zellen die Entwicklung einer zentralen „einheitlichen Intellektuellenorganisation“¹³¹, die sich durch strukturell straffe Formen auszeichnen sollte. Dabei hatten neue Mitglieder so lange einen Kandidatenstatus, bis die notwendigen Schulungen der Roten Zellen abgeschlossen waren.¹³²

Konstatiert wurde die Notwendigkeit, zunächst den Namen und das organisatorische Konstrukt der Roten Zellen zu übernehmen. Zugleich wurde demgegenüber ausgedrückt, dass eine sozialistische Organisation mit der Orientierung an akademischen Fächern zweifelhaft sei, insofern wurden die Roten Zellen lediglich als notwendige Durchgangsphasen betrachtet.¹³³ Eine anzustrebende neue Organisation müsse darüber hinaus neben fächerübergreifende auch außeruniversitäre Momente in sich tragen. Der Anspruch der Roten Zelle Philosophie, wissenschaftliche Arbeit über Schulungen und Seminare zu verfestigen, wurde zu dieser Zeit ebenso erhoben wie die Inbesitznahme wichtiger Positionen im universitären Rahmen, um über Universitätsmittel materielle wie personelle Ressourcen für die wissenschaftliche Arbeit der Roten Zellen zu sichern. Die Bedeutung dieser Mittel war für die Entwicklung der Organisation besonders wichtig, wie umgekehrt der einige Jahre später erfolgte Wegfall der Ressourcen im Zuge der Umsetzung des Bayerischen Hochschulgesetzes die Fortentwicklung der Gruppierung beeinflusste.

Das Selbstverständnis der Roten Zellen führte ein Redaktionskollektiv in einem von der Fachschaft Philosophie veröffentlichten Artikel „Was sind Rote Zellen?“ weiter aus. Erarbeitet wurde der Text unter anderem sowohl von Herbert Fertl als auch von Achim Bergmann, die wie der damalige erste Vorsitzende des AStA der LMU München, Anselm Kreuzhage, später Mitglieder der Marxistischen Gruppe waren.¹³⁴ In dem Beitrag wurde die Studierendenbewegung als eine lediglich antiautoritäre Phase eingeschätzt, die auf universitärer Ebene mit der Gründung der Roten Zellen aufgehoben sei.¹³⁵ Aus der Sicht der Roten Zellen war die Gründung organisatorisch wie inhaltlich notwendig geworden, da die Studierendenbewegung orga-

¹³¹ Rotes Blatt München Nr. 7_8/1970, S. 24; vgl. ebd., S. 25.

¹³² Vgl. Münchner Studentenzeitung Nr. 8/1970, S.2.

¹³³ Vgl. Ebd., S. 21.

¹³⁴ Vgl. Münchner Studentenzeitung Nr. 9/1970, S. 1 und S. 6.

¹³⁵ Vgl. Fachschaft Philosophie LMU München, Philosophie, 1970, S. 25.

nisationsfeindlich gewesen sei und die Basisgruppenmitglieder aufgrund einer verkehrten Gesellschaftstheorie ein falsches Bewusstsein über gesellschaftliche Verhältnisse zeigten.

Der zentrale Kritikpunkt an der basisgruppenorientierten Gesellschaftstheorie war nach Auffassung der Roten Zellen die verdrehte Sichtweise, dass ein autoritärer Staat alle Individuen unterdrücke und manipulierte, so dass demgegenüber von den Basisgruppenmitgliedern ein „Reich der Freiheit“ ausgemalt werde. Die daraus abgeleitete falsche Revolutionsstrategie der Basisgruppen war den Roten Zellen zufolge ein Kampf aller Individuen gegen alle Herrschaft verfestigende staatliche Institutionen. Die Organisationsfeindlichkeit der Studierendenbewegung wurde von den Roten Zellen festgemacht an der Überbewertung des individuellen Interesses durch die Basisgruppenpolitik.

Die Roten Zellen, in denen sich sozialistische Studenten eines Faches organisierten, verstanden sich demgegenüber als eine Fortführung des fortschrittlichen Teils der Studierendenbewegung, weil sie, anders als es im Pathos der Bewegung zum Ausdruck käme, die marxistische Theorie der kapitalistischen Gesellschaft und die sie einschließenden, durch diese Gesellschaft produzierten Widersprüche als wirklich begriffen ansahen. Das Proletariat allein war für die Roten Zellen die Klasse, die die bestehende Gesellschaft verändern und neue, nämlich sozialistische Elemente freisetzen könne. Begründet wurde dies mit der besonderen Stellung der Arbeiterklasse, die im Produktionsprozess den materiellen Reichtum der Gesellschaft hervorbringe. Durch ihre gesellschaftliche Stellung könne das Proletariat als Klasse revolutionärer Träger sein, um die herrschenden Verhältnisse auch abzuschaffen. Mit diesen Erklärungen postulierten die Roten Zellen ihr alle Handlungsweisen bestimmendes politisches Ziel, und zwar „die politische Herrschaft der Arbeiterklasse“¹³⁶ zu erreichen.

Das Theorieverständnis der Roten Zellen und ihre darauf bezogene praktisch-politische Auffassung führte die Gruppe dazu, den Kampf an den Hochschulen, den einige Basisgruppen führten – vor allem gegen die „Ordinarien-Universität“ – als systemkonform anzusehen. Demgegenüber erklärten sie, dass die Kritik an der Universität zur Kritik an der gesamten Gesellschaft übergehen müsse. Die eigene politische Arbeit der Roten Zellen an Hochschulen wurde letztendlich definiert als Ausgestaltung einer marxistisch-leninistischen Wissenschaft, die gegen die „bürgerliche“ Wissenschaft kämpfe.

¹³⁶ Ebd., S. 26.

Zu dieser Zeit vertraten die Roten Zellen die Auffassung, ein Gegenprogramm an den Fakultäten durchführen zu wollen.¹³⁷ Angestrebt wurde eine Wissenschaft, die „marxistisch-leninistisch“ ausgerichtet werden sollte und die Qualifizierung im Studium sollte den Kämpfen der Arbeiterklasse nutzbar gemacht werden. Diese ideologisch geprägte Ausrichtung der Wissenschaft auf den „historisch-materialistischen Standpunkt“ war Bestandteil der Gründungserklärung der Roten Zellen. Solche Aussagen wurden später von der Organisation vehement kritisiert, vor allem im Zusammenhang mit der im linken Spektrum vorgetragenen Forderung, Marxismus an Hochschulen zu lehren. Missbilligt wurde, dass nahezu alle im Leben vorkommenden Phänomene unter der Rubrik „Gesellschaftlichkeit“ abgehandelt, Marx als Kronzeuge für jede kritische Äußerung an sozialen Verhältnissen herhalten musste und mit der Phrase einer gesellschaftlichen Bedingtheit letztendlich der infrage kommende Gegenstand nicht erklärt wurde.¹³⁸

3.2.2 Die Spaltung der Roten Zellen und die Entstehung der Arbeitskonferenz München

Die in der Gründungserklärung der Roten Zelle Philosophie benannten Kritikpunkte gegenüber der antiautoritären Ausrichtung des SDS und die hieraus folgenden Ansprüche an die eigene politische Arbeit konnten unverkennbar in den gerade erst entstandenen Münchner Roten Zellen nicht verwirklicht werden. Innerhalb der Roten Zellen trafen Vorstellungen über die zu leistende politische Arbeit aufeinander, besonders über das Verständnis von theoretischer und praktischer Arbeit, die konträr zueinanderstanden. Gegensätzliche gesellschaftstheoretische Positionen waren in den verschiedenen Roten Zellen der LMU nicht zu vereinheitlichen, sodass in der Folgezeit bis etwa Ende 1971 ein Spaltungsprozess der Roten Zellen München stattfand. Die Vorstellung und der Anspruch, Erkenntnisse über den Kapitalismus erarbeiten zu wollen, deuteten schon in der Entstehungsphase der Roten Zellen auf einen Konflikt zwischen den verschiedenen Theorieauffassungen innerhalb der Gruppierungen hin und zeigten den eigentümlichen Ansatz der späteren Marxistischen Gruppe, ihre Theoriearbeit in den Vordergrund zu stellen.

¹³⁷ Vgl. ebd., S. 2 und S. 26 – 28.

¹³⁸ Vgl. Marxistische Gruppe, Resultate, 1980, S. 118.

Die Roten Zellen zerfielen 1971 in zwei etwa gleich große Gruppierungen.¹³⁹ Das waren einerseits die Arbeitskonferenz (AK)-Fraktion der Roten Zellen München und andererseits die sogenannte Interfrak-Gruppe, eine Fraktion, die sich vor allem gegen die einzuleitende Arbeitskonferenz gerichtet hatte. Die Interfrak-Gruppe an der LMU München bestand aus einer verschiedenen Fraktionen übergreifenden Gruppierung. Hierzu gehörten die Roten Zellen der Fachbereiche Medizin, Anglistik/Romanistik, Zeitungswissenschaft, Jura und Geschichte sowie kleinere Rote Zellen und einzelne Unabhängige, die der Hochschulorganisation der Münchner Arbeiter-Basis-Gruppen nahestanden. Aus der Interfrak ging später der Zentralverband der Roten Zellen (ZVROZ) hervor, der sich an der politischen Linie und dem Programm des Kommunistischen Studentenverbandes (KSV) der Kommunistischen Partei Deutschlands orientierte.

Im Verlauf der Spaltung der Münchner Roten Zellen positionierte sich die Arbeitskonferenz-Fraktion ablehnend gegenüber den Arbeiter-Basis-Gruppen und wurde zum Träger einer schon vorher anvisierten „Arbeitskonferenz“, deren Mitglieder einige Jahre später als Marxistische Gruppe auftraten. Insofern markierte die Etablierung der Arbeitskonferenz eine bedeutende Entstehungsphase der Marxistischen Gruppe. Nach der Loslösung von den marxistisch-leninistisch orientierten Zellen hatte die Arbeitskonferenz die AStA-Mehrheit an der LMU in München inne. Diese abgespaltene AK-Fraktion bestand nunmehr aus den Roten Zellen der Fachbereiche Germanistik, Ökonomie und Philosophie, sowie aus Mitgliedern eines Teils der Roten Zellen des Fachbereichs Geschichte.¹⁴⁰

Zunächst jedoch komme ich zurück auf die Aufspaltung der Münchner Roten Zellen. In der *Münchner Studentenzeitung* (MSZ), die nach dem Spaltungsprozess im Sommer 1971 von einem Rote Zellen / AK-AStA herausgegeben wurde, erschien im Oktober ein Leitartikel mit der Überschrift „Rote Zellen gespalten!“. In dem Bericht stellte das MSZ-Kollektiv die Gegensätze zwischen den Fraktionen dar, die zu der Spaltung geführt hatten. Selbstkritisch konstatiert wurde zunächst, dass auch dieser Spaltungsprozess eingeordnet werden müsse in die Rubrik „der sich gegenseitig erbittert bekriegenden linken Grüppchen“¹⁴¹. Der inhaltliche Gegensatz, so die Redaktion, zeigte sich als grundsätzlich nicht miteinander zu vereinbarende Theoriearbeit, und zwar genauer an der unterschiedlichen Auffassung über die marxistische

¹³⁹ Vgl. *Münchner Studentenzeitung* Nr. 8/1971, S. 1.

¹⁴⁰ Die Bezeichnungen „Rote Zellen der Arbeitskonferenz“, „Rote Zellen der AK-Fraktion“ sowie die Abkürzung „Rote Zellen/AK“ oder auch nur „AK-Fraktion“ werden in der vorliegenden Arbeit gleichbedeutend für die aus der Spaltung hervorgegangene Münchner Gruppierung verwendet.

¹⁴¹ *Münchner Studentenzeitung* Nr. 8/1971, S. 1.

Bestimmung der kapitalistischen Gesellschaft. Die von der AK-Fraktion dargelegte Auffassung von marxistischer Wissenschaft bezog sich auf Kernpunkte der Marxschen Theorie, etwa auf solche Schlüsselemente, mit denen ausgedrückt wird, dass gesellschaftliche Erscheinungsformen letztendlich auf den Doppelcharakter der Ware bezogen und über diese Grundkategorie vermittelt sowie darauf aufbauend weitere Theorieelemente erschlossen werden könnten.¹⁴²

Die Redakteure der MSZ führten weiter aus, dass die kapitalistische Gesellschaft bei gleichbleibender Grundlage einem ständigen Wechsel unterliege „und diese Veränderung schafft ständig neue Möglichkeiten, Wirklichkeit falsch zu begreifen, oberflächliche Folgerungen zu ziehen, den ‚Mystifikationen des Kapitalverhältnisses‘ aufzusitzen“¹⁴³. Die AK-Fraktion warf der Inter-Fraktion vor, eine Form des Vulgärmarxismus und Dogmatismus zu repräsentieren, da sie Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie und Begriffe aus der Geschichte der Arbeiterbewegung phrasenhaft und versatzstückartig wie Glaubenssätze einer Heilsreligion verwendete. Die AK-Fraktion verdeutlichte beispielsweise die unreflektierte Verwendung des Begriffs „Parteilichkeit“. Es sei absurd, „den Begriff ‚Parteilichkeit‘ als Wert an sich zu glorifizieren, [...] weil die Parteinahme nicht wie bei Marx aus der Kritik an der Sache hergeleitet wird“¹⁴⁴. Für die Roten Zellen / AK war Parteilichkeit ein Urteil, das sich im Verlauf und als Ergebnis einer theoretischen Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Gesellschaft einstellte.

Weiterhin erklärte die Redaktion, dass die Roten Zellen Organisationen seien, die sich letztendlich aus dem Auflösungsprozess der antiautoritären Studentenbewegung entwickelt hätten und dass die Studierenden nicht als Stellvertreter für das Proletariat auftreten könnten. Der MSZ-Redaktion war offenbar deutlich, dass sie sich mit all ihren Aussagen ständig auf marxistische Positionen beziehe, „ohne hier die Richtigkeit der marxistischen Theorie nachgewiesen zu haben. So etwas ist in allgemeiner Weise nicht ad hoc in einer Zeitung zu leisten“¹⁴⁵. Ein Beweis der „Richtigkeit“ könne nur im Prozess der Theorieerarbeitung erfolgen. Die Redaktionsmitglieder verwiesen darauf, dass wissenschaftliche Arbeit im Studium auch bedeute, mit Widersprüchen konfrontiert zu werden und dass eine Lösung möglicher Widersprüche sich nur über einen Reflexionsprozess vollziehen könne. Das wissenschaftliche Arbeiten, das Befassen

¹⁴² Vgl. ebd., S. 1.

¹⁴³ Ebd.

¹⁴⁴ Ebd.

¹⁴⁵ Ebd., S. 2.

mit Theorie, genauer mit Marxscher Theorie, verstanden die Roten Zellen als reflektiertes politisches Handeln, „als Bestandteil politischer Praxis. Es geht uns darum, die Auffassung zu vermitteln, daß derjenige, der sich auf unsere Aussagen bezieht, nicht nur einen Erkenntnisprozeß vollzieht, sondern sich im selben Augenblick politisch auseinandersetzt“¹⁴⁶. Auf dieser Grundlage propagierten die Roten Zellen mit dem „Sozialistisches Studium“ ihr zentrales Projekt, dass verstärkt durchzuführen und weiterzuentwickeln sei.

Politische Praxis verstanden die Roten Zellen somit als Phase einer Theoriebildung, in der über Erkenntnisprozesse politische Auseinandersetzungen stattfinden sollten. Unvereinbare theoretische Differenzen führten auf der Grundlage dieses Verständnisses zur Spaltung der Roten Zellen in München und damit zur Etablierung der Arbeitskonferenz. Die Spaltung war der Ausdruck eines Theorieverständnisses, in dem kein Ausgleich theoretischer Unterschiede stattfinden konnte und spiegelte den in späteren Jahren verfolgten Grundsatz wider, dass bei fehlender Einigung in Diskursen eine Trennung zu vollziehen sei.

Die *Münchner Studentenzeitung* war seit der Spaltung das Organ der Roten Zellen / AK-Fraktion, das bis zur letzten Ausgabe im Juli 1974 als Instrument ihrer Agitation diente. Alle Artikel der Zeitung wurde von einem MSZ-Redaktionskollektiv herausgegeben, in dem vor allem Herbert Fertl als Verantwortlicher auftrat. Schon vor der Spaltung der Roten Zellen gab es eine von einem Kollektiv redigierte *Münchner Studentenzeitung*, die allerdings erst später, mit deutlich marxistisch orientierter Ausprägung, ihre Wirkung für die AK-Fraktion zeigte. Vor der Spaltung nutzten die Roten Zellen vor allem das *Rote Blatt München*, in deren Redaktion Mitglieder der späteren AK-Fraktion zeitweise vertreten waren.¹⁴⁷ Insofern war das Blatt noch vor der MSZ ein wichtiges Kommunikationsmittel vor allem für die Mitglieder der Roten Zellen, die später in der Arbeitskonferenz mitarbeiteten. Aus diesem Grund soll das Blatt knapp charakterisiert werden.

Das *Rote Blatt München*, das zunächst von den Roten Zellen Germanistik und den Roten Zellen Zeitungswissenschaften sowie der Basisgruppe Technologie und dem AStA der LMU herausgegeben wurde, erschien zum ersten Mal im Januar 1970. Die erste Ausgabe enthielt den Leitartikel „Einheitliche Schulung der Roten Zellen“, in dem das bislang praktizierte Schulungsprogramm für linksorientierte Studierende in München kritisiert wurde. Die fehlende

¹⁴⁶ Ebd.

¹⁴⁷ Vgl. Rotes Blatt München Nr. 1/1970, S. 1.

Verbindung zwischen Schulung, Praxis und Organisation in einer Partei wurde als zentraler Mangel angesehen, wobei die Roten Zellen als „einzige organisatorische Perspektive für die Mobilisierung von sozialistischen Intellektuellen an der Hochschule“¹⁴⁸ in Frage kämen. Inhalte der Schulung sollten – neben Organisationsfragen – politökonomische Themen vor allem zum kapitalistischen Produktionsprozess, zum Staat und zum Imperialismus sein. Konstatiert wurden theoretische Unzulänglichkeiten, nämlich die „noch nicht geleistete Analyse der spät-kapitalistischen Gesellschaft und ihrer konkreten Entwicklungstendenzen“¹⁴⁹. Wie die hier offensichtlichen inhaltlichen Differenzen zwischen einerseits dem Konzept des Schulungsprogramms und den andererseits selbst hervorgehobenen Mängeln einer Analyse der kapitalistischen Gesellschaft aufgelöst werden sollte, wurde nicht erläutert. Die AK-Fraktion, die bis zur Spaltung noch Teil der gesamten Roten Zellen München war, unterstützte bis zum Spaltungsprozess diese Position und versuchte danach, die Mängel durch eine besondere interne Theoriebildung aufzuheben.

Von September 1970 bis September 1971 wurde das *Rote Blatt München* von den Roten Zellen in München herausgegeben, deren Mitglieder zu einem großen Teil später der AK-Fraktion angehörten. In dieser Zeit erschienen Artikel über die Hochschularbeit der Roten Zellen, über organisatorische und inhaltliche Vorbereitungen der Arbeitskonferenz, zur Analyse der kapitalistischen Produktionsweise und zur Funktionsweise des Staates. Bereits in der Entwicklungsphase der Roten Zellen deuteten sich allerdings gegensätzliche theoretische Positionen an, die praktisch durch den Austritt von Mitgliedern aus der Roten Zelle Germanistik – die sich später dem ZVROZ anschlossen – im Juli 1971 offenkundig wurden. Der Austritt wurde damit begründet, dass das Vorhaben einer „Arbeitskonferenz“, mit der alleinigen Funktion Theorie zu betreiben, jede weitere politische Entscheidung verzögern würde.¹⁵⁰ Das Ausscheiden dieser Anti-AK-Anhänger war der Auftakt zu einer deutlichen Zäsur, denn bereits im September wurde der Spaltungsprozess der Roten Zellen München vollzogen.¹⁵¹

¹⁴⁸ Ebd., S.1.

¹⁴⁹ Ebd.

¹⁵⁰ Vgl. Rotes Blatt München Nr. 33/1971, S. 2.

¹⁵¹ Nach der Spaltung wurde das *Rote Blatt München* fortan von den Roten Zellen herausgegeben, die etwas später den Zentralverband der Roten Zellen gründeten. Hierzu gehörten die Roten Zellen Geschichte/Marxisten-Leninisten, Jura, Zeitungswissenschaft, Medizin, Anglistik/Romanistik, Psychologie und die Projektgruppe Medizin an der TU München. Die Zeitung erschien nach Januar 1972 nicht mehr, da sich der ZVROZ zukünftig am kommunistischen Studentenverband orientierte und sich in dessen Kommunikationsstruktur einband. Die Roten Zellen/ AK verblieben demgegenüber in der Redaktion der *Münchener Studentenzeitung* und führten diese fortan als Kollektiv weiter.

Der mit der Spaltung einhergehende Austritt der AK-Fraktion aus der Zeitungsredaktion des *Roten Blattes München* führte dazu, dass das Blatt nun der politischen Linie des KSV folgte. Die Spaltung der Roten Zellen war jetzt auch im neu geführten Blatt ein zentrales Thema. Der abgesonderten AK-Fraktion wurde „ökonomischer Determinismus [...], Opportunismus in Organisationsfragen [...], Substitutionalismus und partielle Revision der marxistischen Theorie“¹⁵² vorgeworfen. Die AK-Fraktion wurde kritisiert, ihre Arbeitsweise trage dazu bei, mit der Theoriebildung die „proletarische Praxis“ unberücksichtigt zu lassen. Das sei Idealismus und eine schädliche Trennung von Theorie und Praxis. Diese politische Arbeit würde zur Entpolitisierung der Organisationen und zu einem „Selbstschulungszirkel“ führen. Die neue Rote-Blatt-Redaktion bewertete die Theoriebildung der Arbeitskonferenz insgesamt als „Zensor der ganzen sozialistischen Bewegung“¹⁵³. Die Mitglieder der AK-Fraktion wurden von ihnen nunmehr als Teil der bürgerlichen Klasse angesehen, vor allem, weil sie sich einerseits ausschließlich theoretisch auf die Arbeiterklasse beziehen wollten und weil sie sich andererseits antikomunistisch verhielten, „indem sie allen Marxisten-Leninisten Dogmatismus, Heilslehre, Patentrezept unterstellen“¹⁵⁴.

Aus der Sicht des ZVROZ befand sich die AK-Fraktion zwar organisatorisch auf dem Weg zu einer sozialistischen Massenbewegung, folgte inhaltlich jedoch noch immer der antiautoritären Studierendenbewegung. Den während der Studierendenbewegung linksorientiert ausgerichteten AStA der Münchner Universität bezeichnete der Verband zum einen als „Kampfinstrument der fortschrittlichen Studenten“¹⁵⁵, andererseits verfolgte der AStA nach Auffassung des ZVROZ gegen Ende der 1960er Jahre dennoch eine falsche Politik, weil sie sich zunehmend auf theoretische Arbeiten konzentrierten. Mit dieser Begründung trennten sich Teile der Roten Zellen von der AStA-AK-Politik und propagierten eigene Ziele, die im Rahmen des neu gegründeten Zentralverbands der Roten Zellen erfolgen sollte.¹⁵⁶

¹⁵² Rotes Blatt München Nr. 33/1971, S. 3f.

¹⁵³ Ebd., S. 10.

¹⁵⁴ Rotes Blatt München Nr. 39/1971, S. 6.

¹⁵⁵ Zentralverband der Roten Zellen (Hrsg.): 500 Jahre Ludwig-Maximilian-Universität. Forschung und Ausbildung im Dienst der herrschenden Klasse, München, o.D. [Juni 1972], S. 93.

¹⁵⁶ Vgl. ebd., S. 112. Der Verband blieb nicht lange bestehen, er löste sich im Oktober 1972 auf und gliederte sich organisatorisch in den KSV ein (vgl. Dem Volke dienen. Zentralorgan des Kommunistischen Studentenverbandes (KSV), Nr. 1, 25. Oktober 1972, hg. von der Zentralen Leitung des Kommunistischen Studentenverbandes, Dortmund 1972, S. 3; vgl. Kesten, Dietmar: ‚Dem Volke dienen‘. Zentralorgan des Kommunistischen Studentenverbandes (KSV) 1972-1978, Gelsenkirchen 23.10.2021, URL: https://www.mao-projekt.de/BRD/ORG/AO/KSV_Dem_Volke_dienen.shtml, letzter Zugriff 09.11.2023).

Die Spaltung der Roten Zellen zeige, so der ZVROZ, eine „falsch bestimmte Politik, die den Studenten immer noch als revolutionäres Subjekt betrachtete“¹⁵⁷. Vor allem war die von der AK-Fraktion postulierte Priorisierung ihrer Theoriearbeit für den Zentralverband nicht haltbar: „Ohne die Anleitung durch das revolutionäre Proletariat entwickelten sich die Roten Zellen immer mehr zu seminar marxistischen Organisationen, in denen die gesamte kapitalistische Gesellschaftsordnung neu kategorial erarbeitet werden sollte“¹⁵⁸. Der zentrale Kritikpunkt, der Anlass für die Trennung war und für die Anti-AK-Fraktion zur Gründung des Zentralverbandes führte, bündelte sich letztendlich in der festgestellten fehlenden Verbindung der AK-Fraktion zum „revolutionären Proletariat“. Was genau der ZVROZ jedoch unter „revolutionäres Proletariat“ oder „revolutionäres Subjekt“ verstand, wurde nicht erklärt. Stattdessen wurde ein sechs Punkte umfassendes „Kampfprogramm“ des KSV hervorgehoben, das demokratische Rechte aufrechterhalten sollte, „um die vom Bündnis mit der Arbeiterklasse geleitete Bewegung unter den fortschrittlichen Studenten zu festigen und [...] auf die breite Masse der eine Mittelstellung einnehmenden Studenten auszudehnen“¹⁵⁹. Auch diese politische Position des demokratischen Kampfes des KSV wollte die abgespaltene AK-Fraktion nicht mittragen, da sie eine zwiespältige Propaganda sei, wie die Arbeitskonferenz in einem MSZ-Artikel über die Gründe der Spaltung deutlich machte: „Wer das Wort Demokratie ernst nimmt, der muß damit rechnen, daß mit dem Grundgesetz gegen ihn argumentiert wird, wenn er behauptet, es herrschten bei uns undemokratische Zustände“¹⁶⁰.

Der Spaltungsprozess der Roten Zellen brachte die unterschiedlichen politischen Vorstellungen zwischen den Mitgliedern der Roten Zellen der AK-Fraktion und den Marxisten-Leninisten des ZVROZ zum Vorschein. Die AK-Fraktionsmitglieder sahen sich als Sozialisten und wollten über Vorgänge in allen Bereichen von Wirtschaft, Politik und Kultur aufklären. Sie wollten die Theoriearbeit vorantreiben, indem sie „aus der Kritik bürgerlicher Wissenschaft die Inhalte einer antikapitalistischen Wissenschaft entwickeln“¹⁶¹. Ihr Auftreten reflektierten sie in verschiedenen Kritiken an Inhalten der „bürgerlichen“ Wissenschaft, die von ihnen zunächst in diversen Fachbereichszeitungen und im Verlauf des Ausbaus der Organisation in ihrem theoretischen Organ veröffentlicht wurden.

¹⁵⁷ Zentralverband der Roten Zellen 1972, S. 112.

¹⁵⁸ Ebd., S. 112, korrigierter Textfehler; im Original: „Gesellsche Gesellschaftsordnung“.

¹⁵⁹ Ebd., S. 115.

¹⁶⁰ Münchner Studentenzeitung Nr. 8/1971, S. 1.

¹⁶¹ Münchner Studentenzeitung Nr. 4/1971, S.8.

In der Phase der Spaltung der Roten Zellen trat die AK-Fraktion in ihrer Ausdrucksweise wechselhaft auf. Einerseits verwendete sie undifferenziert Begriffe, die ihrer Kritik an anderen politischen Organisationen widersprachen, so etwa das Propagieren einer „Wissenschaft, die dem Volke dient“¹⁶². Ihr regelmäßig herausgegebenes Medium, die MSZ, drückte die Vorstellungen der AK-Fraktion darüber hinaus oftmals in einem Duktus der damaligen sozialistischen oder kommunistischen Intellektuellen aus. Dieser war nicht selten stark verkürzend und plakativ.¹⁶³ Andererseits unterschied sich schon damals der Kommunikationsstil der AK-Fraktion von anderen Gruppen durch eine oftmals sachlich klare und gehobene Sprache, die eine von Parolen durchzogene Martialisierung vermied.¹⁶⁴ Vor allem durch ihre deutlich ablehnende Abgrenzung gegenüber anderen Organisationen und darüber hinaus durch die beanspruchte Priorisierung von Theoriebildung wurde die AK-Fraktion häufig mit dem Vorwurf bedacht, sie würden sich einerseits arrogant gegenüber Arbeitern verhalten und andererseits keine wirkliche Praxis betreiben, vielmehr nur akademisch agieren und sich von der „anderen“ Welt abkehren.¹⁶⁵ In ähnlicher Weise äußerte sich ein Redaktionskollektiv der Gruppe Neues Rotes Forum, das einerseits anerkannte, dass über die Einrichtung der Arbeitskonferenz eine vereinheitlichte Theoriebildung stattfinden könne, dass andererseits eine solche Vorgehensweise einem Idealismus gleich käme, da der Ansatzpunkt, von der Theorie ausgehend die politische Arbeit zu bestimmen, diese auf ein hohes Abstraktionsniveau führen würde, sodass eine konkrete Politik nicht mehr bestimmbar wäre.¹⁶⁶ Mit der Abspaltung der Arbeitskonferenz von den Roten Zellen München wurde letztendlich das Festhalten der AK-Fraktion an einer vorgängigen Theoriearbeit deutlich, das sich bereits zu dieser Zeit als ein eigentümliches Merkmal der späteren Marxistischen Gruppe entwickelte.

Nach der Ablösung von den am KSV orientierten Roten Zellen forcierte die AK-Fraktion den organisatorischen Aufbau ihres „Sozialistischen Studiums“. Im Oktober 1971 skizzierten sie ein Konzept für politische Qualifizierungen, die von einer Vorstufe ausgingen und sich dann über drei Stufen hinzogen. Die Vorstufe beinhaltete zunächst eine Kritik der „bürgerlichen

¹⁶² Ebd., S.8.

¹⁶³ Exemplarisch hierfür steht der Artikel „Staat und Kapital greifen nach der Produktivkraft Wissenschaft: Gleichschaltung: Technokratische Hochschulreform“ (vgl. Münchner Studentenzeitung Nr. 3/1969, S. 1 – 3).

¹⁶⁴ Prinzipien des bürgerlichen Rechts, etwa die Erhaltung der Person und des Eigentums, behandelte die Redaktion in dem Artikel „Am Beispiel Vietnams: Moralische Entrüstung oder Klassenkampf?“, der als Ausdruck einer eher sachlichen Sprache gelten kann (vgl. Münchner Studentenzeitung Nr. 1/1972, S. 3 – 5, S. 8).

¹⁶⁵ Vgl. Rotes Blatt München Nr. 34_35/1971, S.8.

¹⁶⁶ Vgl. Gruppe Neues Rotes Forum (GNRF) Heidelberg (Hrsg.): Materialien zur Organisationsfrage, BRD u. West-Berlin, o.O. [Heidelberg], o.D. [Jan 1971], URL: https://www.mao-projekt.de/BRD/BW/KAR/Heidelberg_GNRF_1971_Organisationsfrage.shtml, letzter Zugriff 17.07.2023, S. 59 – 68.

Wissenschaft“. Diese erste Stufe umfasste die Erarbeitung von Grundlagen zur Kritik der politischen Ökonomie und in der zweiten sollte eine Klärung des Verhältnisses von Wissenschaft und Kapital erfolgen. Die dritte Stufe wurde als eine „Vorarbeit für Praxis“¹⁶⁷ ausgegeben, in der die Politik der Arbeitskonferenz Thema sein sollte.

Die Roten Zellen / AK stellten neben der Einrichtung eines „Sozialistischen Studiums“ zugleich ihre Theoriebildung als politische Aufgabe heraus, die zur Vorbereitung einer Politik im Produktionsbereich gedacht war. Die AK-Fraktion wollte, ausgehend von der theoretischen Arbeit, gesellschaftliche Verhältnisse umwälzen, wie sie kämpferisch verkündete: „Solange die Arbeiter dem Kapital die Macht noch nicht entrissen haben, können daher die Siege der sozialistischen Studenten auf der Ebene der Institutionen immer nur zeitweilige sein. Die Beseitigung des Kapitalverhältnisses ist aber gleichzeitig die Konsequenz der Marxschen Theorie“¹⁶⁸. Die Arbeitskonferenz hatte, wie schon weiter oben ausgeführt, das Proletariat als die Klasse definiert, die den Reichtum der Gesellschaft schaffe und aufgrund dieser Macht ein revolutionärer Träger sei, der die herrschenden Verhältnisse abzuschaffen in der Lage wäre.

Mit der hier wiedergegebenen Aussage drückten die Autoren darüber hinaus einen Automatismus aus, indem sie die Beseitigung kapitalistischer Verhältnisse als Konsequenz der Marxschen Theorie behaupteten. Aus der Marxschen Theorie allerdings kann die Notwendigkeit der Aufhebung gesellschaftlicher Verhältnisse zwar hergeleitet werden, eine unvermeidliche Konsequenz der Beseitigung kapitalistischer Verhältnisse folgt aus der Theorie als Theorie nicht. Die Theorie trägt Ergebnisse gedanklicher Anstrengungen in sich und sagt nichts über das weitere Handeln derjenigen aus, die sich mit der Theorie befasst und sich diese angeeignet haben. Handlungen, die die Aufhebung gesellschaftlicher Verhältnisse bezwecken, enthalten über theoretische Ergebnisse hinaus Bedingungen verschiedener Art, beispielsweise willentliche Momente der Handelnden, die sowohl Theorie reflektieren als auch praktisches Verhalten anleiten können.¹⁶⁹

¹⁶⁷ Münchner Studentenzeitung Nr. 8/1971, S. 3.

¹⁶⁸ Ebd., S. 5.

¹⁶⁹ Eine Diskussion des hier nur angedeuteten Komplexes übersteigt den Rahmen dieser Arbeit und kann insofern nur skizziert werden. Eine Auseinandersetzung mit dieser Thematik enthält, neben der Bestimmung des Willens als eine Form theoretischen Verhaltens, eine Darlegung der Äußerungsformen des Willens. Diese zeigen sich in Beziehung auf die hier angesprochenen gesellschaftlichen Verhältnisse beispielsweise in den Handlungen der Eigentümer von Einkommensquellen, die in ihrem praktischen Verhalten ihre gedanklichen Fassungen sowohl umsetzen als auch durchsetzen wollen und dabei spezifische Erfahrungen machen. Darüber hinaus ist bei einer Erörterung zum Begriff des Willens die Bestimmung des Interesses als inhaltlicher Wille zu verdeutlichen.

Das von der Arbeitskonferenz initiierte Programm des „Sozialistischen Studiums“ wurde in den folgenden Jahren über Schulungen und Sympathisantenplenen kontinuierlich realisiert. Im November 1971 begannen die Roten Zellen des Fachbereichs Ökonomie an der LMU mit Schulungen zur Kritik der politischen Ökonomie, die eine Fortsetzung der in vergangenen Semestern begonnenen Arbeiten in Seminaren und Übungen war. Den Schulungen wurde *Das Kapital* zugrunde gelegt. Formal gesehen war die Schulung eine Veranstaltung zur Wissensvermittlung bestimmter politökonomischer Themen, die von einem oder mehreren Mitgliedern der Roten Zellen geleitet wurde. Inhaltlich verstand die AK-Fraktion Schulungsarbeit zunächst abgrenzend gegenüber Vorstellungen, die eine Reihe linker Organisationen der Studierendenbewegung verfolgten: „Die Schulungstexte solchermaßen vorgehender Gruppen [...] beschränken sich denn auch auf herausgerissene, leichtgängige Thesen, [...] auf nichtssagende Verallgemeinerungen“¹⁷⁰. In einem Zeitungsbeitrag erläuterte die AK-Fraktion demgegenüber ihr Verständnis von Schulungsarbeit. Marx' Argumente sollten die an Schulungen Teilnehmenden in einer Art und Weise nachvollziehen „die das Marx'sche Kapital weder als auswendig zu lernendes Instrumentarium für den Klassenkämpfer betrachten, noch als von der Kapitalismusanalyse losgelöste Methodik zum Herangehen an Gegenstände. [...] Die Richtigkeit der Marx'schen Aussagen hat sich im Nachvollzug der Marx'schen Argumente zu erweisen“¹⁷¹.

Das war allerdings eine voraussetzungsvolle Ankündigung. Zum einen wurde die Richtigkeit der Aussagen von Marx gesetzt, ein Beweis sollte folgen. Nach Auffassung der Arbeitskonferenz sollten Argumente „nachvollzogen“ werden. Etwas nachvollziehen bedeutet zunächst einmal, dass Argumente hinsichtlich ihrer Schlüssigkeit geprüft werden, unabhängig davon wer der Verfasser ist. Eine „Richtigkeit“ vorauszusetzen heißt demgegenüber, dass die Schlüssigkeit der Argumente gar nicht schwerpunktmäßiger Gegenstand des Nachvollzuges ist. Die Argumente werden weder als adäquate Erklärungen aufgenommen noch anhand auftauchender Probleme in Frage gestellt, vielmehr gibt es nur die eine Deutung, die zu akzeptieren

Gemeint ist damit, dass der Wille substanziell als die Bewusstseinsform darzustellen ist, die mit dem und durch das Interesse des gesellschaftlichen Subjekts inhaltlich spezifisch – hier durch sein Eigentum – bestimmt ist. Die hier bloß konturierten, aber grundlegenden Prinzipien willentlichen Handelns spielen eine wichtige Rolle in einem Vermittlungsprozess, in dem Erfahrungsmomente Ausgangspunkte einer erkenntnisorientierten Verarbeitung mit ihren differenzierten Entäußerungsformen darstellen (vgl. Raphael, Max: Zur Erkenntnistheorie der konkreten Dialektik, Frankfurt a.M. 1972, S. 38 – 200; vgl. auch Raphael, Max: Theorie des geistigen Schaffens auf marxistischer Grundlage, Frankfurt a.M. 1974, S. 33 – 134).

¹⁷⁰ Münchner Studentenzeitung Nr. 8/1972, S. 11.

¹⁷¹ Ebd., S. 11.

ist, wenn die Richtigkeit erwiesen werden soll. Das allerdings ist ein Kennzeichen von Voreingenommenheit, von Dogmatismus, den die Arbeitskonferenz praktizierte.

Zum anderen pauschalisierte die Arbeitskonferenz Marx' Argumente, wenn sie von „den“ Aussagen sprach. Es ist ein nicht erfüllbarer Totalitätsanspruch, alle politökonomischen Bestimmungen von Marx nachvollziehen zu wollen.¹⁷² Letztendlich zeigten diese Ansprüche, dass die Schulungsarbeit der AK-Fraktion überzeichnet wurde. Mit ihrem Vorhaben spiegelte sich schon Anfang der 1970er Jahre eine Theorieüberheblichkeit der Gruppierung wider, die sich zugleich über das ausgeprägte interne Schulungsprogramm in einer organisatorischen Hermetik ausdrückte, in der eine weitere Eigentümlichkeit der späteren Marxistischen Gruppe zu erkennen war.

3.2.3 Der Rote-Zellen-AStA an der LMU München als Organisationszentrale der Arbeitskonferenz

Nach dem Spaltungsprozess der Roten Zellen München sah die Arbeitskonferenz-Fraktion eine zentrale Aufgabe darin, eine sozialistische Intellektuellenorganisation aufzubauen. Über eine Art wissenschaftlicher Qualifikation sollte in Schulungen sowie in Sympathisanten- und Kandidatenplenen Mitglieder für die politische Arbeit der Organisation gewonnen und qualifiziert werden. In Fachschaften der LMU München organisierte die Arbeitskonferenz ihre Aufbauarbeit vor allem mithilfe der vom AStA der LMU herausgegebenen *Münchner Studentenzeitung*, die bis Mitte 1974 das zentrale Organ der Gruppe war. Insgesamt diente der AStA – mit seinem verzweigten Netzwerk – während dieser Zeit der AK-Fraktion als eine Art Organisations-, Kommunikations- und Finanzzentrale.

Der Prozess der Ämterbesetzung des AStA durch Mitglieder der Roten Zellen setzte bereits Ende 1968 ein. Ab Dezember 1968 zog mit dem AStA-Vorsitzenden Rudolf Wagner der Fachschaftenrat, die Vertretung aller Fachschaften, in den AStA ein. Im Juli 1969 wurde Gerald Thiel gewählt, der von Anselm Kreuzhage als Finanzreferent, Joachim Bergmann als Koreferent, Erika Völker als Sozialreferentin und Rainer Greca als Pressereferent „marxistisch“ untermauert wurde.¹⁷³ Im Oktober 1970 wurden dann alle Funktionsstellen des AStA durch die

¹⁷² Siehe meine Ausführungen im folgenden Kapitel in dem Abschnitt über die Programmtische Erklärung der Arbeitskonferenz, der den problematischen Umgang der Organisation mit Marx' *Kapital* thematisiert.

¹⁷³ Vgl. Hemler 1999, S. 237f. Zur Liste der AStA-Ämter vgl. *Münchner Studentenzeitung* Nr. 5/1969, S. 1.

Roten Zellen besetzt.¹⁷⁴ In dem AStA-Kollektiv der LMU München hatten spätere Mitglieder der Marxistischen Gruppe nun folgende Ämter inne: Anselm Kreuzhage war erster Vorsitzender, Herbert Fertl der Pressereferent und Achim Bergmann der Kulturreferent. Von den weiteren AStA- und Rote Zellen-Mitgliedern ist nicht bekannt, ob sie zu späteren Zeiten Mitglieder der Marxistischen Gruppe waren. Im Mai 1971, nach der nächsten AStA-Wahl, fand gegenüber dem Vorjahr lediglich ein personeller Wechsel statt. Die Roten Zellen füllten weiterhin alle Funktionsstellen aus, nun mit Theo Ebel als erstem Vorsitzenden und Michael Horn als Pressereferenten.¹⁷⁵ Die folgende AStA-Wahl, nach der Spaltung der Roten Zellen im Jahr 1972, brachte für die Rote Zellen / AK-Fraktion, die gemeinsam mit der Liste der Fachschaften und Basisgruppen (LFB) kandidierten, wiederum den ersten Vorsitz im AStA der LMU. Neben Jochen Sopora als Vorsitzenden war Michael Horn wieder Pressereferent.¹⁷⁶ Zu dieser Zeit waren somit neben den führenden Mitgliedern der späteren Marxistischen Gruppe – Karl Held, , Herbert Fertl und Theo Ebel – auch die ebenfalls zum Kaderkreis der Gruppe gehörigen Michael Horn, Jochen Sopora und Anselm Kreuzhage im AStA der LMU München tätig.¹⁷⁷

In den letzten beiden Jahren vor der Auflösung der ASten in Bayern stellten die Roten Zellen der AK-Fraktion 1973 mit Franz Knappstein den ersten Vorsitzenden,¹⁷⁸ und 1974 war es Karl-Heinz Schneider, der letztmals den AStA-Vorsitz übernahm.¹⁷⁹ Beide hatten auf der Liste der Fachschaften und Basisgruppen / Rote Zellen kandidiert, gehörten aber offenbar nicht zum engeren Kreis der Mitglieder der Münchner Gruppe.

Ein weiteres Mitglied der späteren Marxistischen Gruppe, das die Aktivitäten in den Fachschaften forcierte, war Bruno Schumacher.¹⁸⁰ 1972 waren Bruno Schumacher und Karl Held Teilhaber der Resultate Gesellschaft,¹⁸¹ die von 1974 bis 1990 diverse Broschüren der Marxistischen Gruppe herausgab. Beide waren auch später, Anfang der 1990er Jahre, zum Zeitpunkt der Gründung der Zeitschrift *Gegenstandpunkt*, Gesellschafter der Gegenstandpunkt Verlagsgesellschaft. Bruno Schumacher war darüber hinaus Geschäftsführer in dem Gegenstandpunkt-

¹⁷⁴ Vgl. Münchner Studentenzeitung Nr. 9/1970, S. 6.

¹⁷⁵ Vgl. Münchner Studentenzeitung Nr. 4/1971, S. 4, Münchner Studentenzeitung Nr. 5/1971, S. 4 und Münchner Studentenzeitung Nr. 9/1971, S. 1.

¹⁷⁶ Vgl. Münchner Studentenzeitung Nr. 4/1972, S. 1.

¹⁷⁷ Vgl. Rote Zellen/AK München und AStA LMU München, Hochschulpolitische Informationen, 1972/73, S. 37 und S. 45.

¹⁷⁸ Vgl. Münchner Studentenzeitung Nr. 4/1973, S. 7.

¹⁷⁹ Vgl. Münchner Studentenzeitung Nr. 4/1974, S. 10.

¹⁸⁰ Vgl. ebd., S. 37.

¹⁸¹ Vgl. Schumann/Hooffacker, Interview 1981, S. 3.

Verlag von 2011 bis 2022.¹⁸² Insofern kann nicht nur von einer personellen Kontinuität von den Roten Zellen der AK-Fraktion bis zur Marxistischen Gruppe in den 1970er und 1980er Jahren, sondern auch von einem personellen Übergang zur Zeitschrift *Gegenstandspunkt* gesprochen werden, worauf ich später noch eingehen werde.

An der LMU München etablierten sich somit marxistische Gruppierungen im AStA, die die Basis für die Ende der 1970er Jahre entstehende Marxistische Gruppe bildeten: „Mit der Beherrschung von Fachschaften und dem Aufbau der straff organisierten ‚Roten Zellen‘ wurde ein stabiles Strukturnetz aufgebaut, an das auch nach 1974 die noch bis in die 80er Jahre tätige ‚Marxistische Gruppe‘ in München mit erstaunlichen Mobilisierungserfolgen anknüpfen konnte“¹⁸³. Das „Strukturnetz“ beinhaltete neben der *Münchner Studentenzeitung* auch Fachbereichszeitungen und Broschüren, die ebenfalls mit Hilfe des AStA-Netzes vertrieben wurden. Im Ganzen gesehen, entwickelte sich in München in dieser Zeit ein zunächst im lokalen Bereich äußerst einflussreicher AStA, bis dieser wie alle anderen bayerischen ASten aufgelöst wurde.

Inwieweit die Wirkmächtigkeit des Münchner AStA und der Arbeitskonferenz wesentlicher Grund für die Abschaffung der bayerischen ASten war, kann einerseits bezweifelt werden. Der bayerische Gesetzgeber hatte grundsätzlich die Notwendigkeit einer verfassten Studierendenschaft im Rahmen einer organisatorischen Neuordnung der Hochschulen infrage gestellt, weil die ursprüngliche Interessenvertretung der Studierenden vorgeblich nicht gewährleistet sei. Proteste an der LMU München, initiiert und getragen vom AStA und der Arbeitskonferenz, besonders involviert war Herbert Fertl als damaliger Pressereferent des AStA, zeigten andererseits, dass sich staatliche Behörden nicht nur häufig zum Einschreiten und zur Klärung konfliktreicher Situationen in München veranlasst sahen, sondern dass Auseinandersetzungen mit der Universitätsleitung an der LMU in einigen Fällen zu einem nahezu persönlichen Kampf zwischen dem Rektor und den Roten Zellen der Arbeitskonferenz geführt hatten. Die im Folgenden beispielhaft dargestellten Aktivitäten marxistisch orientierter AStA-Mitglieder störten die bayerischen Behörden außerordentlich und haben sicherlich auch dazu beigetragen, das Bayerische Hochschulgesetz zügig zu etablieren.

¹⁸² Vgl. Amtsgericht München: Handelsregister Abteilung B 97949 [Eintragung 1992] Gegenstandspunkt Verlags GmbH, URL: <https://www.northdata.de/Gegenstandspunkt+Verlags+GmbH,+M%C3%BCnchen/HRB+97949>, letzter Zugriff 10.10.2022.

¹⁸³ Hemler 1999, S. 238.

In Fachschaften organisierte Studierende agierten über längere Zeit hinweg – Hintergrund waren Proteste gegen das geplante Bayerische Hochschulgesetz – in Vorlesungen zunächst mit Versuchen, diese in Diskussionsforen umzuwandeln beziehungsweise die Vorlesungen notfalls auch zu sprengen.¹⁸⁴ Eine Selbst- und Mitbestimmung an der Hochschule sollte „wenn notwendig mit der Gewalt des Widerstandes“¹⁸⁵ durchgesetzt werden. Die damaligen AStA-Mitglieder Anselm Kreuzhage, Joachim Bergmann und Erika Völker wollten den neuen hochschulpolitischen Ansatz über Basis- und Projektgruppen vermitteln.¹⁸⁶ Im Wintersemester 1969 – Herbert Fertl war gemeinsam mit Joachim Bergmann für presserechtliche Angelegenheiten des AStA verantwortlich – eskalierten Proteste in Vorlesungen über Politische Philosophie, die Professor Lobkowicz durchzuführen versuchte. Herbert Fertl, der als Student an einer Vorlesung teilnahm, wollte diskutieren, demgegenüber wollte der Professor die Vorlesung in gewohnter Weise halten. Anwesende Studierende störten die Veranstaltung unter anderem mit Eier- und Tomatenwürfen, sodass der Philosophieprofessor die Vorlesung abbrach und im Nachgang Anzeige erstattete, unter anderem wegen Hausfriedensbruch, Nötigung und Beleidigung.

Vorgänge wie diese führten nicht nur zu einer aufgeheizten Stimmung unter den Studierenden, sondern auch zur Polarisierung unter den Lehrenden. Einige der Professoren berücksichtigten infolge studentischer Proteste die von Studierenden geforderten Ansätze einer andersartigen Wissensvermittlung, indem philosophische Themen beispielsweise auch hinsichtlich sozio-ökonomischer Hintergründe untersucht wurden, andere griffen wie Professor Lobkowicz zum Mittel einer Anzeige.¹⁸⁷ Über Lehrende wie Professor Lobkowicz hieß es in der studentischen Zeitung, dass diese Professoren ein gestörtes Verhältnis zu kritischen Studierenden hätten, „sie möchten ‚diese Typen‘ von der Justiz unschädlich machen lassen“¹⁸⁸.

Das hier geschilderte Bild von Protesten in Lehrveranstaltungen der Philosophischen Fakultät veranschaulicht nicht nur gelegentliche Vorfälle, sondern vermittelt einen Einblick in konkrete häufig wiederkehrende politische Auseinandersetzungen der Gruppe innerhalb der Universität in dieser Zeit. Zugleich werden damit Situationen charakterisiert, die den Hintergrund bei weiteren Protesten ausmachten, beispielsweise im Nominierungsverfahren des Professors Lobkowicz zum Rektor der LMU, die als Fehde zwischen der Marxistischen Gruppe und dem

¹⁸⁴ Vgl. Münchner Studentenzeitung Nr. 4/1969, S. 12.

¹⁸⁵ Münchner Studentenzeitung Nr. 3/1969, S. 2.

¹⁸⁶ Vgl. Münchner Studentenzeitung Nr. 5/1969, S. 1.

¹⁸⁷ Vgl. Münchner Studentenzeitung Nr. 3/1973, S. 1 und S. 11.

¹⁸⁸ Münchner Studentenzeitung Nr. 6/1969, S. 2.

späteren Rektor bezeichnet werden können.¹⁸⁹ Diese und ähnliche Vorgänge oder die vom AStA der LMU München durchgeführten „Sozialistischen Studien“, die mit Universitätsmitteln finanziert wurden, schwebten bei inneruniversitären Konflikten zwischen Hochschulleitung und AStA mit und trugen bereits im Vorfeld des Inkrafttretens des Bayerischen Hochschulgesetzes als Ausdruck politischer Proteste auch dazu bei, dass Bayern die verfassten Organe der Studierenden ohne Verzögerungen durch Gremien ersetzte, die den inhaltlichen und organisatorischen Vorgaben des geplanten neuen Gesetzes entsprachen.

Die studentischen Organe wurden zukünftig ausdrücklich auf hochschulpolitische, soziale und kulturelle Belange verpflichtet.¹⁹⁰ Bis zur Auflösung der bayerischen ASten waren auch an der Münchener Universität alle Studierenden Teil der selbstverwalteten Studierendenschaft, die neben weitgehend eigenverantwortlichen Aufgabenfeldern über einen eigenen Etat verfügte. Die Bedeutung der finanziellen Mittel, die dem AStA zur freien Verfügung standen, war nicht unerheblich. Für das Wintersemester 1967/68 beispielsweise wies der studentische Haushaltsplan ein Gesamtvolumen von 396.890,- DM aus.¹⁹¹ Hiervon musste etwa ein Drittel an die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) und den bayerischen Landesverband des VDS abgeführt werden, die übrigen Mittel konnte der AStA für seine Zwecke verwenden.¹⁹² Mit dem Abbau der bayerischen ASten sind die Gremien der Studierenden keine öffentlich-rechtlichen Teilkörperschaften mehr und besitzen seitdem deutlich weniger Kompetenzen, besonders keine Satzungs- und Beitragshoheit und keine frei verwendbaren Finanzmittel.¹⁹³

¹⁸⁹ Die Auseinandersetzungen zwischen Professor Lobkowicz, der 1971 zum Rektor gewählt und später Präsident der LMU München wurde, und der Marxistischen Gruppe nehme ich im nächsten Kapitel wieder auf.

¹⁹⁰ Vgl. Rohwedder, Uwe: Allgemeiner Studentenausschuss (AStA), 15.09.2008, in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Allgemeiner_Studentenausschuss_\(AStA\)](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Allgemeiner_Studentenausschuss_(AStA)), letzter Zugriff 06.01.2023. Im BayHSchG (Art. 52) heißt es zur Mitwirkung der Studierenden: „Die Studierenden wirken in der Hochschule durch ihre gewählten Vertreter und Vertreterinnen in den Hochschulorganen mit. [...] Aufgaben der Studierendenvertretung sind 1. die Vertretung der fachlichen, wirtschaftlichen und sozialen Belange der Studierenden der Hochschule, 2. fakultätsübergreifende Fragen, die sich aus der Mitarbeit der Vertreter und Vertreterinnen der Studierenden in den Hochschulorganen ergeben, 3. die Förderung der geistigen, musischen, kulturellen und sportlichen Interessen der Studierenden der Hochschule, 4. die Pflege der Beziehungen zu deutschen und ausländischen Studierenden“.

¹⁹¹ Nach einer Statistik der Deutschen Bundesbank entsprach dies einer heutigen Kaufkraft von etwa 870.000,- € (vgl. Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Kaufkraftäquivalente historischer Beträge in deutschen Währungen, o.O., 19.01.2024, URL: <https://www.bundesbank.de/de/statistiken/konjunktur-und-preise/-/kaufkraftaequivalente-historischer-betraege-in-deutschen-waehrungen-615162>, letzter Zugriff 04.08.2024). Der nächste Haushaltsplan wies für den AStA etwas mehr als 320.000,- DM aus (vgl. Münchner Studentenzeitung Nr. 1/1970, S. 1).

¹⁹² Vgl. Hemler 1999, S. 215.

¹⁹³ Bis zur Auflösung der ASten im Jahr 1974 bestanden die Gremien der Studierendenschaft aus dem Allgemeinen Studierendenausschuss und dem Studierendenparlament (Konvent). Mit dem neuen Hochschulgesetz wurden die ASten durch neu geschaffene Organe ersetzt. Seit 1974 „bilden die studentischen Vertreter im Hochschulsenat und Fachschaftsvertreter den Studentischen Konvent, der aus seiner Mitte einen Sprecherrat anstelle des bis-

Der AStA und die Fachschaften waren für die Organisation der Roten Zellen der Arbeitskonferenz mit dem Beginn ihrer Einflussnahme Anfang der 1970er Jahre offenkundig vorteilhafte Instrumente ihrer Hochschulpolitik. 1974 resümierten die Roten Zellen in der letzten Ausgabe der *Münchner Studentenzeitung* ihre AStA-Aufgaben und den Nutzen, den sie aus der AStA-Organisation während der letzten Jahre gezogen hatten. Einerseits gaben sie an, alle Aufgaben erfüllt zu haben, die ihnen über die Satzung der Studierendenschaft vorgeschrieben wurden. Das hieß für die Arbeitskonferenz, dass die AStA-Aufgaben zwar wahrgenommen, aber lediglich mit minimalem Einsatz erfüllt wurden. In dieser Hinsicht betrachteten die Roten Zellen der Arbeitskonferenz die Verwaltungsmittel der Hochschulen als Vehikel für ihre Interessen.¹⁹⁴ Andererseits, und das war entscheidend für die Gruppe, waren AStA und Fachschaften funktionale Kommunikationselemente ihrer Hochschulpolitik. Wichtig war der Gruppe vor allem, dass AStA und Fachschaften der „Beförderung und Absicherung kommunistischer Politik an der Hochschule“¹⁹⁵ dienten. Insofern bedeutete für die Roten Zellen der Arbeitskonferenz das Ende der Zugehörigkeit zum AStA einerseits den Wegfall eines öffentlichkeitswirksamen Instruments zur Durchsetzung ihrer Politik und andererseits zukünftig ein Zurechtkommen mit begrenzteren finanziellen Mitteln. Der Verlust der materiellen Mittel traf die Roten Zellen deutlich. Daraus zog die Organisation die Konsequenz, zukünftig bei der Fortsetzung ihrer Politik zweckmäßiger wirtschaften zu müssen. Beispielsweise wurde die neue *Marxistische Studentenzeitung* nicht mehr kostenlos ausgegeben, sondern zu einem Preis verbreitet, der die Herstellungs- und Vertriebskosten decken sollte.¹⁹⁶

3.3 Die *Münchner Studentenzeitung* an der LMU München

Die *Münchner Studentenzeitung* (MSZ) des AStA der LMU war bis zum Ende der verfassten Studierendenschaft in Bayern, das zentrale Organ der Roten Zellen / AK in München. Die Zeitung erschien von 1967 bis 1974 und wurde als unabhängige Studentenzeitung für die Univer-

herigen AStA wählt. Zugleich wurden die Kompetenzen beider Organe ausdrücklich auf die Vertretung hochschulpolitischer, sozialer und musisch-kultureller Belange beschränkt. Eine verpflichtende Mitgliedschaft wie auch eine Beitragspflicht aller Studenten bestehen seither in Bayern nicht mehr; stattdessen wird die Arbeit der Studentenvertretung aus Haushaltsmitteln der Hochschule finanziert“ (Rohwedder 2008). Hinsichtlich der Finanzierung ist im Bayerischen Hochschulgesetz geregelt, dass die Verwaltung der jeweiligen Hochschule die Finanzierung der Studierendenvvertretung überwacht und die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel entsprechend den zweckgebundenen Aufgaben verteilt (vgl. BayHSchG, Art. 53).

¹⁹⁴ Vgl. *Münchner Studentenzeitung* Nr. 8/1970, S. 2.

¹⁹⁵ *Münchner Studentenzeitung* Nr. 6/1974, S. 2.

¹⁹⁶ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, Dezember 2023, S. 354.

sität, die Technische Hochschule, die Kunstakademie, die Pädagogische Hochschule Pasing und die Musikhochschule München vom AStA der LMU herausgegeben.¹⁹⁷ Darüber hinaus wurde die MSZ ab 1969 ebenso an den Universitäten in Erlangen, Regensburg und Würzburg verteilt. In Beziehung zu den jeweiligen AStA-Ergebnissen der LMU München habe ich die *Münchner Studentenzeitung* drei politisch unterschiedlich geprägten Phasen zugeordnet.

Der erste Abschnitt war kurz, er umfasste die Monate November und Dezember 1967 und bestand aus nur einer Ausgabe sowie einer Sondernummer. In dieser ersten Phase war eine AStA-Wahlgemeinschaft Herausgeber der MSZ – mit Rolf Pohle als AStA-Vorsitzenden – und prägte deren inhaltliche Ausgestaltung. Diese neu formierte Aktionsgemeinschaft Demokratische Universität (ADU) arbeitete aktiv mit Studierenden der LMU zusammen, vor allem in den Fachschaften und präsentierte sich als eine Organisation, die in studentischen Arbeitskreisen den Aufbau des Fachschaftenrates vorantrieb, der für die etwas später aktiven Roten Zellen eine wichtige Rolle innehatte.¹⁹⁸

Die zweite Phase umfasste den Zeitraum von Dezember 1967 bis Dezember 1968.¹⁹⁹ Die Zeitungsausgaben dieses Intervalls wurden zunächst vom AStA der Katholischen Studentengemeinschaft (KSG) getragen. Der Erfolg der KSG – konträr zu einer sich bundesweit neuformierenden und eher links oder antiautoritär ausgerichteten Studierendenbewegung – kam überraschend. Allerdings zeichnete sich bereits im Jahr nach der Übernahme des AStA durch die KSG wiederum ein Wechsel in der politischen Einstellung der Studierenden an der LMU München ab, der vor allem durch die Arbeit der ADU in Fachgruppen und Arbeitskreisen an der studentischen Basis vorbereitet wurde. Den politisch linksorientierten Studierenden in den Fachschaften gelang es, die bisher ständig wechselnde Ausrichtung im AStA zwischen linkem und konservativem Lager aufzuheben und sich beständig als alleinige Kraft in der Studierendenschaft

¹⁹⁷ Gedruckt wurde die MSZ von verschiedenen Druckereien und das zu verschiedenen Zeiten (vgl. das Impressum in den jeweiligen Zeitungen). Die Nr. 1/1967 druckte der Süddeutsche Verlag in München. Die Nummern 1 und Nr. 2/1968 wurde von der Franz'schen Buchdruckerei/Mayer in München gedruckt, ebenso alle Nummern ab Nr. 3/1968 bis 1971. Die Druckerei hieß nun Mayer & Söhne KG Aichach und war auch für die Nummern 7/1972 bis Nr. 3/1973 und die letzten Ausgaben der MSZ von Nr. 6/1973 bis Nr. 6/1974 zuständig. Nr. 1 bis Nr. 6/1972 übernahm die Druck GmbH in München, die Nr. 4/1973 die Böhler-Verlag KG in Würzburg und Nr. 5/1973 der Politladen in Erlangen. Weshalb die jeweiligen ASten verschiedene Druckereien beauftragte, wurde in keiner Ausgabe der MSZ erwähnt.

¹⁹⁸ In München waren Studierende eines Fachbereiches in Fachschaften zusammengefasst, deren Sprecher auf Vollversammlungen gewählt wurden. Der Fachschaftenrat war ein Gremium, das sich aus Vertretern aller Fachschaften zusammensetzte (vgl. Rote Zellen/AK München und AStA LMU München, Hochschulpolitische Informationen, 1972/73, S. 37f).

¹⁹⁹ Der zweite Jahrgang der MSZ enthielt insgesamt sieben Ausgaben sowie eine Sondernummer im Mai 1968, in der die dramatischen Ereignisse der Ostertage kommentiert wurden.

und als Herausgeber der MSZ zu etablieren.²⁰⁰ Damit schuf die ADU günstige Bedingungen für einen von den Roten Zellen der Arbeitskonferenz geführten AStA.

Die dritte Phase der *Münchner Studentenzeitung* kann zweigeteilt werden, wobei beide Phasen durch linksorientierte ASten geprägt wurden, die auch die studentischen Zeitungen veröffentlichten. Der erste Teilabschnitt betraf die Zeit von Januar 1969 bis Oktober 1969. Ein neu gebildeter AStA, mit ausdrücklich antiautoritären Vorstellungen, verfolgte nach dem AStA-Wechsel zunächst ein konfus definiertes unkonventionelles Programm, das nach kurzer Zeit scheiterte, sodass der AStA bereits im April 1969 seinen Rücktritt erklärte. Die ersten Ausgaben der MSZ des Jahres 1969, einschließlich einer Sondernummer im Oktober, gestaltete eine unabhängige Redaktion, bestehend aus den AStA-Mitgliedern Rainer Greca und Erika Völker, die die MSZ als „Münchner unabhängige Studentenzeitung“ herausgab. Ausgelegt wurde die MSZ nun auch an den Universitäten in Erlangen, Regensburg und Würzburg,²⁰¹ da hier marxistisch orientierte Gruppen agierten, die mit den Roten Zellen in München sympathisierten, die wiederum ihren Einflussbereich erweitern wollten. Mit der Aufgabe der antiautoritären AStA-Politik im Wintersemester 1969/70 begann der Übergang zu einer Studierendenvertretung, die von der marxistisch ausgerichteten Politik der Roten Zellen der Arbeitskonferenz geprägt wurde.²⁰²

Der zweite Zeitraum der dritten Phase umfasste nahezu fünf Jahre, und zwar die Spanne von Oktober 1969 bis Juli 1974.²⁰³ In der gesamten Zeit blieben die Auflagen der *Münchner Studentenzeitung* bei etwa 37.000 Exemplaren je Ausgabe.²⁰⁴ Der Untertitel der MSZ lautete nun „Münchner Studentenzeitung – Organ der Fachschaften und Basisgruppen“. Ab der fünften Nummer des Jahres 1969 begann ein MSZ-Kollektiv die Zeitung zu redigieren. Redaktionsmitglieder waren Karl Held, Anselm Kreuzhage und Erika Völker. Der im Juli 1969 in die Ämter gewählte AStA verfolgte gegenüber dem im April 1969 zurückgetreten AStA ein Pro-

²⁰⁰ Vgl. Hemler 1999, S. 231. Im Dezember 1968 erzielte der Fachschaftenrat einen in der Deutlichkeit nicht erwarteten Wahlsieg bei den Münchner Konventswahlen. 39 von 54 Sitzen kamen auf Kandidaten des Fachschaftenrats und die restlichen Plätze erhielten konservativ orientierte Studierende.

²⁰¹ Vgl. Münchner Studentenzeitung Nr. 2/1969, S. 9.

²⁰² Vgl. Hemler 1999, S. 237.

²⁰³ Das waren die Jahrgänge drei bis acht der *Münchner Studentenzeitung* und in jedem Jahrgang wurden zehn oder zwölf Zeitungen veröffentlicht. Nur der letzte achte Jahrgang (1974) enthielt sechs Ausgaben. Die Erscheinungsweise während des Semesters war 1969 noch wöchentlich, ab 1970 wurde die Zeitung dann 14tägig ausgegeben. Die ersten beiden Jahrgänge wurden mit einer Jahrgangsangabe versehen, die bei den weiteren Ausgaben fehlten. Die letzte Ausgabe der *Münchner Studentenzeitung* trug das Datum 18. Juli 1974. Die erste Ausgabe der einige Monate später folgenden und neugestalteten *Marxistischen Studentenzeitung*, ebenfalls MSZ genannt, datierte vom 05. November 1974.

²⁰⁴ Im Impressum der jeweiligen Zeitungen wurde die Höhe der Auflage angegeben (vgl. Münchner Studentenzeitung Nr. 1/1970, S. 1 sowie Nr. 1/1974, S. 10).

gramm, das durch kommunistische Politik an der Hochschule geprägt war und, wie bereits erwähnt, die Einrichtung eines „Sozialistischen Studiums“ sowie zentral organisierte Schulungen vorsah. Ankündigungen und konzeptionelle Vorstellungen zu diesen politischen Aktivitäten wurden kontinuierlich in der MSZ verbreitet. Die Themen der *Münchener Studentenzeitung* waren darüber hinaus breit gefächert. Einen hohen Anteil an den Artikeln in der MSZ hatten Berichte über hochschulpolitische Probleme sowie Darstellungen zur politischen Arbeit der Roten Zellen und deren Auseinandersetzungen mit anderen linken Gruppierungen.²⁰⁵ Weiterhin erschienen Abhandlungen und Kommentare zu Vorgängen in verschiedenen Ländern. In diesen Berichten wurden politökonomische Erklärungen dargelegt und mit Ausführungen gängigen Presseberichten konfrontiert.²⁰⁶

Ein Vergleich der Inhalte der MSZ, im Folgenden beispielhaft an inneruniversitären Problemen dargestellt, zeigt die unterschiedliche Ausrichtung der jeweiligen AStA-Redaktion. Die erste Ausgabe der MSZ vom November 1967 befasste sich unter anderem mit der Zusammensetzung des AStA und den studentischen Aufgaben im Konvent.²⁰⁷ In dieser ersten Ausgabe, ausgestaltet von der Münchner Wahlgemeinschaft, ging es der Redaktion vor allem darum, Informationen über inneruniversitäre Probleme, etwa zur Arbeit im Konvent, zu veröffentlichen. So wurde beispielsweise kritisiert, dass der vorherige KSG-AStA die Studierenden mangelhaft informiert und „die reale Macht der Studenten“²⁰⁸ bei Auseinandersetzungen mit der Universitätsverwaltung nicht genutzt hätte. Zwei Jahre später, Anselm Kreuzhage war mit Karl Held in der Redaktion der MSZ vertreten, erschien wiederum ein MSZ-Artikel zur Politik des neuen Studierendenausschusses. Der Tenor des Artikels verlagerte sich von hochschulinternen zu allgemeinpolitischen Themen. Die politische Arbeit der Basisgruppen wurde zu der Zeit noch positiv hervorgehoben und als Ansatz für die Arbeit des AStA formuliert. Im Vordergrund stand die Auffassung der Basisgruppen, Hochschulpolitik mit außeruniversitärer politischer Arbeit zu verbinden. Die Berufsperspektive von Studierenden sahen die Redakteure als bedeutend an und Lehrern, Ärzten oder Juristen wurde eine Unterstützungsfunktion für den „Kampf in der

²⁰⁵ Vgl. Lang 2023, S. 231.

²⁰⁶ Artikel in der MSZ, die allgemein politische Themen beinhalteten, waren beispielsweise: „Rüstungsindustrie im Spätkapitalismus“ (MSZ Nr. 2/1970), „Umweltverschmutzung“ (MSZ Nr. 7/1970), „Gewerkschaften“ (MSZ Nr. 3/1971), „Reflexionen über Freiheit und Gleichheit“ (MSZ Nr. 6/72), „Zur Funktion von Sport“ (MSZ Nr. 7/72 und Nr. 5/74), „Iran“ (MSZ Nr. 3/73), „Sowjetunion“ (MSZ Nr. 4/73), „Faschismus“ (MSZ Nr. 6/73), „Spanien“ (MSZ Nr. 2/74), „Justiz“ (MSZ Nr. 6/74).

²⁰⁷ Vgl. *Münchener Studentenzeitung* Nr. 1/1967, S. 1.

²⁰⁸ Ebd., S.1.

Produktionssphäre“²⁰⁹ zugeschrieben. Ein Beispiel für außeruniversitäre politische Arbeit erschien ein paar Monate später ebenfalls in der MSZ. In einem Bericht über eine Mieterselbsthilfe hieß es: „Mit Hilfe der Arbeiter-Basisgruppen und der Basisgruppe Jura wurde z.B. der Hausbesitzer öffentlich als Profitgeier gebrandmarkt“²¹⁰. Etwa ein Jahr nach diesen noch autoritär verwobenen Auffassungen verwarfen die Mitglieder der Roten Zellen ähnliche Positionen der Basisgruppen, kritisierten die Zusammenschlüsse der Arbeiter-Basisgruppen als individualistische und unorganisiert vorgehende Gruppierungen und forcierten damit die Trennung der Roten Zellen von den Basisgruppen. In einem MSZ-Beitrag hieß es: „Die subjektiv psychischen lustbetonten und subjektiv politischen Ansätze der bestimmenden oder immer neu hinzustoßenden Individuen, machte eine langfristige theoretische Auseinandersetzung unmöglich“²¹¹. Mit den Basisgruppen war es nach Auffassung der Roten Zellen daher nicht möglich weiter zusammen zu arbeiten, sodass eine Trennung von dieser Gruppierung aufgrund divergierender Theorieansätze erfolgte.

3.4 Die Theoriefraktion der Marxistischen Gruppe Erlangen

In der Zusammenarbeit mit den Roten Zellen der Arbeitskonferenz in München, die den größten Teil des Fundaments im Entstehungsprozess der Marxistischen Gruppe ausmachten, waren studentische Organisationen an der Friedrich-Alexander-Universität (FAU) in Erlangen-Nürnberg von Bedeutung, besonders die sogenannte Theoriefraktion der Marxistischen Gruppe Erlangen. In Bayern entstanden in der Folge des Auflösungsprozesses der Studierendenbewegung auch an der Universität in Erlangen neue politische Gruppierungen. An der Friedrich-Alexander-Universität in Erlangen-Nürnberg²¹² entwickelten sich Anfang der 1970er Jahre, ähnlich wie in München, hochschulpolitisch aktive Basisgruppen an Fakultäten oder Instituten.

Zu dieser Zeit dominierten an der FAU in Erlangen-Nürnberg politische Organisationen, die einen bedeutsamen Anteil an der Entstehung der später bundesweit agierenden Marxistischen Gruppe hatten. Die politische Entwicklung der Studierenden an der FAU orientierte sich, wie

²⁰⁹ Münchner Studentenzeitung Nr. 5/1969, S.1.

²¹⁰ Münchner Studentenzeitung Nr. 10/1969, S.2.

²¹¹ Münchner Studentenzeitung Nr. 8/1970, S.2.

²¹² In Erlangen erfolgte 1961 ein Anschluss der Nürnberger Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an die Erlanger Universität, die seitdem die Ortsnamen „Erlangen-Nürnberg“ trägt (vgl. Wachter, Clemens: Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, 07.12.2021, URL: https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Friedrich-Alexander-Universit%C3%A4t_Erlangen-N%C3%BCrnberg, letzter Zugriff 17.02.2023).

in vielen Universitätsstädten, vor allem an den Vorstellungen des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes. Proteste der Studierenden in Erlangen-Nürnberg bezogen sich zunächst auf rein universitäre Probleme wie etwa mangelhafte Studienbedingungen, weiteten sich dann aber aus auf allgemein politische Themen. So fand 1967 eine groß angelegte Kampagne gegen den Axel-Springer-Verlag statt und 1968 eskalierten in Erlangen-Nürnberg Auseinandersetzungen gegen die geplanten Notstandsgesetze.²¹³ Ende 1970 beobachtete der Verfassungsschutz eine Rote Zelle Erlangen, die offenbar erstmals an der FAU in Erscheinung getreten war und die, ähnlich wie die Roten Zellen in München, in Zusammenarbeit mit dem AStA Kundgebungen und Demonstrationen mit vorbereitete und durchführte. In dem nicht veröffentlichten Bericht der Behörde hieß es weiter, dass viele der aktiven linksorientierten Studierenden an andere Universitäten abgewandert waren.²¹⁴ Das traf beispielsweise auch auf Karl Held zu, der 1968 von der FAU Erlangen zur LMU München wechselte.

Der AStA der FAU Erlangen-Nürnberg gab die studentische Zeitung *Faust-Informationen* heraus, die das Organ der Basisgruppen und Fachschaften in den 1970er Jahren war.²¹⁵ Ähnlich wie in München kam die Frage nach einer sozialistischen Schulung auf, die zu dieser Zeit ein zentrales Thema bei den Basisgruppen in Erlangen-Nürnberg wurde. Die Basisgruppe Germanistik an der FAU Erlangen-Nürnberg entwickelte Vorstellungen, die die Notwendigkeit sowie Inhalte und Formen von Schulungen betrafen und deren Grundlagentexte aus Bereichen zur Kritik der politischen Ökonomie stammen sollten. Aufgekommen war diese Forderung, sich mit gesellschaftskritischen Schriften zu befassen, aus der Kritik an einer mangelhaften Theoriebildung, die als Erbe der Studierendenbewegung konstatiert wurde. So entstand nach Aussagen der Erlanger Gruppe ein „Bedürfnis nach Schulung, das sich bei einigen Genossen [...] als ein unbestimmtes Verlangen nach marxistischer Theorie artikulierte“²¹⁶. Im Wintersemester 1971/72 waren bereits marxistisch orientierte Schulungen der Fachschaften und Basisgruppen an der FAU Erlangen-Nürnberg etabliert. Durchgeführt wurden sie in Zusammenarbeit mit der im Sommer 1971 gegründeten Erlanger Marxistischen Gruppe und dem AStA der Universität. Verantwortlich waren die Fachschaften und Basisgruppen Pädagogik, Germanistik, Anglis-

²¹³ Vgl. Wachter 2021.

²¹⁴ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, Juni 2023, S. 200.

²¹⁵ Der Name „Faust“ symbolisierte einerseits die Universität durch die im Layout der Zeitung in Großbuchstaben platzierten Buchstaben FAU und verwies andererseits durch ein zwischen „FAU“ und „st“ eingefügtes Bild einer Faust auf die linksorientierte politische Ausrichtung der Zeitung.

²¹⁶ Faust-Informationen Nr. 3/1970, S. 3.

tik/Romanistik, Geschichte, Soziologie/Politik, Jura und die Sozialistische Zelle Naturwissenschaft und Technik.²¹⁷

Die *Münchener Studentenzeitung* wurde bereits seit einiger Zeit an den Universitäten in Erlangen, Regensburg und Würzburg ausgelegt, dadurch waren politische Positionen und Auffassungen der Münchner Roten Zellen auch interessierten Studierenden in Erlangen-Nürnberg präsent. Anfang der 1970er Jahre konnten inhaltliche Übereinstimmungen zwischen den Roten Zellen der AK München und der Marxistischen Gruppe Erlangen-Nürnberg festgestellt werden. Engere Verbindungen zwischen den Erlangern und den Münchnern bestanden spätestens seit 1971 über die damaligen Studenten Theo Wentzke und Freerk Huiskens, die Ende der 1960er Jahre an der Universität in Erlangen-Nürnberg immatrikuliert und später Mitglieder der Marxistischen Gruppe waren. Die Beziehungen zwischen Theo Wentzke und Freerk Huiskens zu den Roten Zellen der AK München waren durch publizistische Kontakte entstanden. Vor allem anhand ihrer Thematiken in der Erlangen-Nürnberger Schrift *Kapitalistische Hochschulreform. Analysen und Dokumente*, die in inhaltlicher Beziehung zur Münchner Broschüre *Wissenschaft und Kapital. Zur Grundlegung sozialistischer Hochschulpolitik* standen.²¹⁸ 1971 veröffentlichten Freerk Huiskens und Theo Wentzke Arbeiten in dem von Elmar Altvater und Freerk Huiskens herausgegebenen Band zur Analyse des Ausbildungswesens. Die Texte wurden später in die von der Marxistischen Gruppe Erlangen herausgegebenen Broschüre über kapitalistische Hochschulreformen eingearbeitet.²¹⁹

Überregional verschaffte sich die Erlanger Gruppe Bedeutung vor allem durch die Bekanntgabe ihrer Konstituierung und durch die erwähnte Schrift über kapitalistische Hochschulpolitik. Des weiteren bestand eine direkte Zusammenarbeit zwischen Mitgliedern der Marxistischen Gruppe Erlangen und denen der Roten Zellen in München – jeweils aus den Fachbereichen Germanistik – über eine Arbeitsgemeinschaft, die sich kritisch mit der „bürgerlichen“ Germanistik auseinandersetzte.²²⁰ Mitwirkender der Basisgruppe Germanistik an der FAU Erlangen-Nürnberg war damals Peter Decker, ein führendes Mitglied der späteren Marxistischen Grup-

²¹⁷ Vgl. Marxistische Gruppe Erlangen/AStA FAU Erlangen-Nürnberg, Schulungsprogramm, 1971.

²¹⁸ Vgl. Marxistische Gruppe Erlangen-Nürnberg, *Kapitalistische Hochschulreform*, 1974, S. 193 – 198; vgl. auch AK-Fraktion der Roten Zellen München, *Wissenschaft und Kapital*, 1972, S. 157 – 194.

²¹⁹ Vgl. Vgl. Altvater, Elmar / Huiskens, Freerk (Hrsg.): *Materialien zur Politischen Ökonomie des Ausbildungsektors*, Erlangen 1973, S. XI und XXIX, sowie S. 370.

²²⁰ Vgl. Basisgruppen/Sozialistische Zelle Naturwissenschaft und Technik, *Wahlzeitung*, 1972, S. 2.

pe.²²¹ Weitere organisatorisch-inhaltliche Verbindungen der in Erlangen entstandenen Theoriefraktion zu den Roten Zellen der AK-Fraktion in München gab es über die in der *Münchener Studentenzeitung* ausgewiesenen Publikationen der Erlanger Gruppe. Darunter fiel beispielsweise die Reihe *Circular*, die das Organ der Theoriefraktion war.²²² Mit der Einstellung ihrer Erlanger Zeitung im Jahr 1974 und der Mitherausgabe der *Marxistischen Studentenzeitung* war für die Marxistische Gruppe in Erlangen auch eine direkte redaktionelle Verbindung zu den Roten Zellen der AK-Fraktion in München entstanden.²²³

3.4.1 Die Gründung der Marxistischen Gruppe in Erlangen-Nürnberg

Der politische Organisationsprozess der marxistisch orientierten Studierenden an der FAU Erlangen-Nürnberg verlief unterschiedlich zu dem an der LMU in München. Er war nicht auf die Etablierung und Entwicklung einer Organisation der Roten Zellen ausgerichtet, sondern konzentrierte sich direkt auf den Aufbau einer Marxistischen Gruppe im Erlanger Raum. Der Gründung im Jahr 1971 vorausgegangen waren sogenannte Montagskreise, die von Studierenden der Roten Zelle Erlangen gebildet worden waren, um die gewerkschaftliche Jugendarbeit in der Industriegewerkschaft Metall zu unterstützen.²²⁴

Die Konstituierung der Marxistischen Gruppe Erlangen-Nürnberg wurde von der neu aufgestellten Organisation selbst dokumentiert.²²⁵ Die Namensgebung „Marxistische Gruppe“, die bei der später erfolgten Vereinheitlichung aller lokalen Marxistischen Gruppen mit den Roten Zellen der Arbeitskonferenz in München wieder verwendet wurde, sollte aussagen, „daß wir ausgehend von der Marx’schen Theorie als der umfassendsten Kritik des Kapitalismus unsere politischen Aufgaben in Angriff nehmen werden“²²⁶. In einem mehrseitigen Flugblatt erklärte die Gruppe die Gründung ihrer Organisation. Das Schreiben war in drei Abschnitte aufgeteilt

²²¹ Vgl. ebd., S. 9. Heute ist Peter Decker Redakteur der Zeitschrift *Gegenstandspunkt*, er ist seit der Ausgabe Nummer 4 des Jahres 2010 verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift.

²²² Vgl. *Münchener Studentenzeitung* Nr.3/1973, S. 7.

²²³ In dem Editorial der *Marxistischen Studentenzeitung* vom November 1974 war zu lesen: „Die MSZ wird mit-herausgegeben von den Roten Zellen Marburg, den Marxistischen Gruppen Erlangen/Nürnberg, Würzburg, West-berlin und der Marxistischen Hochschulgruppe Regensburg, die mit dem Erscheinen der Marxistischen Studentenzeitung ihre bisherigen Zeitungen einstellen“ (*Marxistische Studentenzeitung* Nr. 1/1974, S. 1).

²²⁴ Vgl. Schröder, Jürgen: *Marxistische Gruppe (MG) Erlangen/Nürnberg*, Berlin 2011 (19.1.2011), URL: https://www.mao-projekt.de/BRD/BAY/MFR/Erlangen_Marxistische_Gruppe.shtml, letzter Zugriff 27.07.2021.

²²⁵ Vgl. *Marxistische Gruppe Erlangen-Nürnberg, Erklärung*, 1971. Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf diese Erklärung der Erlanger Gruppe.

²²⁶ Ebd., Teil III.

und enthielt Begründungen zur Bildung der Gruppe sowie Schwerpunkte ihrer aufzunehmenden Arbeit.

In dem ersten Abschnitt konstatierte die Gruppe, ähnlich wie die Roten Zellen in München, Probleme der Studierendenbewegung in der Zeit ab 1969, vor allem in dem Verhältnis der Bewegung zum Proletariat, wobei der Begriff des Proletariats durch seine Stellung im Produktionsprozess definiert und das Proletariat als „einzige wirklich revolutionäre Klasse“²²⁷ gesehen wurde. Allerdings vermerkte die Gruppe zugleich, dass diese Klasse kaum kämpferisches Bewusstsein gezeigt habe. Die in den Mängeln der Studierendenbewegung liegenden theoretischen wie praktischen Problemstellungen waren für die Gruppe dennoch Anknüpfungspunkte und Verbindungen zur Studierendenbewegung. Die aus der Bewegung hervorgegangenen Versuche, die genannten Unvollständigkeiten zu lösen, kritisierte die Gruppe als falsch und zeigte zwei grundlegende fehlerhaft bestimmte Positionen auf. Einerseits seien lediglich allgemeine Ausführungen zur revolutionären Rolle der Arbeiterklasse im Zusammenhang mit dem Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital getroffen worden. Andererseits wurde das Proletariat aufgrund seiner relativen Untätigkeit als revolutionäre Klasse negiert. Zugleich wurde der Studierendenbewegung eine Initiativstellung zugeschrieben, um das Proletariat aus seiner vom Kapital gelenkten Fesselung zu lösen.

Der zweite Abschnitt befasste sich mit der Kritik sowohl einer dogmatischen als auch einer revisionistischen Ausrichtung innerhalb der Studierendenbewegung. Als dogmatisch sah die Erlanger Gruppe eine an historischen Modellen orientierte Organisationsform von Intellektuellen in Beziehung zu einer Partei der Arbeiterklasse an. Muster aus der Geschichte der Arbeiterbewegung würden der gegenwärtigen Situation wie eine Blaupause übergestülpt. Dadurch entstehende Verselbstständigungen schematischer Handlungsmomente, etwa ein proletarischer Internationalismus, würden zu Prinzipien, die allein die Partei anordnete. Somit würde vor der Erarbeitung von Strategien eine Organisation geschaffen, deren inhaltliche Ausrichtung nicht festgelegt worden war. Demgegenüber sah es die Marxistische Gruppe Erlangen als Aufgabe an, vor der Gründung einer Partei zunächst eine Organisation zu bilden, die ein inhaltliches Gerüst erarbeitete. Dabei sollten Momente und Formen des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital bestimmt werden, wie sie sich in der Realität zeigten. Die Gruppe wollte keine historischen Modelle adaptieren, vielmehr Probleme und Fragen zu einer Partei des Proletariats aus

²²⁷ Marxistische Gruppe Erlangen-Nürnberg, Erklärung, 1971.

dem Zusammenhang der Analyse der gegenwärtigen Verfassung des Kapitalismus angehen. Kritisiert wurde eine dogmatische Ausrichtung, die sich durch abstrakte Globalaussagen aufgrund des Fehlens einer Kapitalismusanalyse und einer nicht genau ausgewiesenen Praxis revisionistischer Politik annähern würde. Revisionistische Positionen leiteten sich von der Theorie eines staatsmonopolistischen Kapitalismus ab und führten zu taktischen Vorgehensweisen, die die Rolle des Staates als Voraussetzung für eine Konkurrenz der Systeme zwischen West und Ost stilisierten und interpretierten.²²⁸ Aus diesem Grund schloss für die Marxistische Gruppe in Erlangen-Nürnberg eine Kritik des Revisionismus sowohl die Kapitalismusanalyse als auch die Analyse sozialistischer Gesellschaften ein.

In einem dritten Abschnitt zeigte die Gruppe notwendige theoretische Aufgaben an, die bisher in den Kreisen aus der Studierendenbewegung zur Rekonstruktion Marxscher Theorie noch nicht geleistet worden seien. Als zentrale Punkte künftiger Arbeit sah die Gruppe Untersuchungen darüber an, „wie sich die allgemeinen Bewegungsgesetze des Kapitals heute durchsetzen, wie sie sich empirisch in der Konkurrenz der Einzelkapitale darstellen, welche Wirkung sie auf das Proletariat haben und welche Formen des Widerstands der Arbeiterklasse sie produzieren“²²⁹.

Der in der Erklärung vorgestellte Plan sollte, ähnlich wie bei den Roten Zellen in München, in Form langfristig angelegter Arbeitskonferenzen realisiert werden. Dabei wurde die Zusammenarbeit mit sozialistischen Gruppierungen, die vergleichbare Aufgaben verfolgten, nicht ausgeschlossen, vielmehr explizit in Aussicht gestellt. Hier zeigte sich zum einen zunächst ein Unterschied zur Arbeitskonferenz in München, die Formen der Zusammenarbeit mit den marxistisch-leninistisch ausgerichteten Roten Zellen aufgekündigt hatten. Zum anderen war das einige Zeit später umgesetzte Verschmelzen der neu gebildeten Erlanger Theoriefraktion mit der Münchner Arbeitskonferenz vor dem Hintergrund vergleichbarer Inhalte und Ziele ein langer vorbereiteter Schritt aus Sicht der Erlanger Gruppe und schloss zugleich mit der Übernahme der Münchner programmatischen Prinzipien eine Zusammenarbeit mit anderen linken Gruppierungen aus.

²²⁸ Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus siehe meine Ausführungen im übernächsten Kapitel über Staatstheorien.

²²⁹ Vgl. Marxistische Gruppe Erlangen-Nürnberg, Erklärung, 1971, Teil III.

3.4.2 Die Entstehung der Theoriefraktion der Marxistischen Gruppe Erlangen aus der Spaltung der Marxistischen Gruppe Erlangen-Nürnberg

An der FAU Erlangen-Nürnberg gab es, vergleichbar mit der Situation in München, politisch-organisatorische Spaltungsprozesse, durch die bereits Mitte 1972 die Marxistische Gruppe Erlangen-Nürnberg kurz nach ihrer Gründung auseinanderfiel. Aus der Teilung gingen zwei Fraktionen hervor, zum einen eine Mehrheitsfraktion und zum anderen die Marxistische Gruppe / Theoriefraktion. Die Bezeichnung „Theoriefraktion“ wurde von der Mehrheitsfraktion in der Auseinandersetzung um die jeweils favorisierte politische Position verwendet, um den Kern des Abspaltungsprozesses schlagwortartig zu kennzeichnen und um damit die eigene Praxisorientierung als Gegenpol herauszuheben. Die anfangs als „Marxistische Gruppe / Theoriefraktion“ charakterisierte Gruppierung gab sich 1973 den dann weiterhin verwendeten Namen „Marxistische Gruppe“ zunächst ohne jeden Zusatz. Ab November 1973 nannte sich die Organisation dann „Marxistische Gruppe Erlangen“.²³⁰ Sie hob zur Verdeutlichung ihres politischen Verständnisses hervor, dass „die Kenntnis der realen Entwicklung der kapitalistischen Produktion in der BRD, erst noch erarbeitet werden muß. Und diese Arbeit ist in erster Linie eine theoretische. Von ihr müssen die Form und der Inhalt politischer Praxis, sei es auch nur als Untersuchungstätigkeit, mitbestimmt werden“²³¹. Hier wurden ähnliche Vorstellungen von Theoriearbeit ausgedrückt, wie sie die Münchner Roten Zellen der Arbeitskonferenz formuliert hatten.

Die Ansichten der Theoriefraktion wurden in der Folgezeit von der anderen Fraktion heftig bekämpft, allerdings „[hatte sich] ein halbes Jahr nach der Spaltung die Mehrheitsfraktion zwischen Praxisfetischismus, Hochschulkarrierismus, sozialistischer Moralphilosophie und diversen Ideen revolutionärer Berufspraxis zerrieben“²³². Die Mehrheitsfraktion löste sich noch im Sommer 1972 auf und deren Mitglieder arbeiteten künftig in Basisgruppen der „Sozialistischen Zelle Naturwissenschaft und Technik“ sowie in Betriebs- und Gewerkschaftsinitiativen weiter.²³³

²³⁰ Vgl. Marxistische Gruppe Erlangen-Nürnberg, Kapitalistische Hochschulreform, 1974, vorderer Klappentext; vgl. Sozialistische Hochschulzeitung, Nr. 1_2/1973, S. 2.

²³¹ Sozialistische Hochschulzeitung, Nr. 1_2/1973, S. 3.

²³² Ebd., S. 2.

²³³ Sowohl die Mehrheitsfraktion als auch die Theoriefraktion erläuterten in der Folgezeit ihre Positionen zu der erfolgten Spaltung. Die Theoriefraktion erklärte sich in der im Juli 1972 herausgegebenen Broschüre *Circular Nr. 1* zur Spaltung und fünf Autoren der einstigen Mehrheitsfraktion bezogen in der Schrift *Zur Kritik der Marxistischen Gruppe (Theoriefraktion)* im Jahr 1973 Stellung (vgl. Marxistische Gruppe/Theoriefraktion, Circular 1, Juli 1972; vgl. Engelhardt u.a., Kritik der Marxistischen Gruppe, 1973).

Etwas später, nachdem die Theoriefraktion den vor der Spaltung verwendeten Namen „Marxistische Gruppe Erlangen“ wieder angenommen hatte, wurde die *Sozialistische Hochschulzeitung* (SHZ) herausgegeben und fungierte als das örtliche Organ der Gruppierung. Die Theoriefraktion führte weiterhin, ähnlich wie die Münchner Gruppe, ein „Sozialistisches Studium“ an der FAU Erlangen-Nürnberg durch. Die enge Verbindung der Erlanger Gruppe zu den Roten Zellen der AK-Fraktion in München zeigte sich darüber hinaus beispielsweise an Aktionen einer Kampagne gegen das Bayerische Hochschulgesetz, die gemeinsam von den Organisationen in München und Erlangen konzipiert und durchgeführt wurden.²³⁴

Bedeutsame Schnittmengen in der Theoriebildung zwischen der Marxistischen Gruppe Erlangen-Nürnberg / Theoriefraktion und den Roten Zellen / AK München lassen sich an Ausarbeitungen beider Gruppierungen zur Kapitalismusanalyse ausmachen, wie ich im Folgenden exemplarisch an verschiedenen Begriffen, insbesondere am Verhältnis des Eigentums zu den verschiedenen Revenuequellen, zeigen werde. Ein ausführliches Zitieren der jeweiligen Schriften ist dabei unumgänglich.

Auf der einen Seite stellte die Theoriefraktion aus Erlangen-Nürnberg die wechselseitige Anerkennung der Privateigentümer der kapitalistischen Gesellschaft heraus. Damit zusammenhängend zeigte die Gruppierung, dass der Inhalt des Begriffs Eigentum erst aus den Bestimmungen der Revenuequellen, also aus Kategorien der auf theoretischer Ebene weiter entfalteten Oberfläche des Kapitals zu entwickeln sei.²³⁵

Indem der Privateigentümer der bewußte, seinen Willen dem Privateigentum aufzwingende Besitzer ist, kennzeichnen ihn als Privateigentümer überhaupt wesentlich drei Interessen, die nichts anderes sind als das Reflektieren des ökonomischen Verhältnisses Privateigentum in den freien Willen: [...] Interesse an der Erhaltung der Revenuequelle selbst, [...] Interesse an möglichst hoher Revenue, [...] Interesse an kontinuierlichem Fluß der Revenue.²³⁶

Durch die jeweiligen Spezifika der verschiedenen Revenuequellen und die Konstituierung der drei Klassen von Revenuequellenbesitzern haben wir nunmehr drei besondere Interessen in der bürgerlichen Gesellschaft. [...] Die Durchsetzung dieser besonderen Interessen ist jeweils gebunden an das Florieren der Wirtschaft, jenes Allgemeinwohl, das nicht nur alle Privateigentümer überhaupt einigt [...], das vielmehr auch allen besonderen Interessen als Mittel zu ihrer Durchsetzung gilt.

²³⁴ Vgl. Sozialistische Hochschulzeitung, Nr. 1_2/1973, S. 2.

²³⁵ Der Begriff „Oberfläche“ spielt in der marxistischen Theorie eine bedeutende Rolle, vor allem in Beziehung zur Analyse des Staates, wie ich an späterer Stelle zeigen werde.

²³⁶ Marxistische Gruppe/Theoriefraktion, Circular 3, S.4 (im Original alles in Kleinschreibung).

Dieses allgemeine Interesse [...] richtet sich einerseits grundsätzlich auf die Reproduktion der bestehenden Bedingungen, [...] andererseits auf das Allgemeinwohl.²³⁷

Indem die Privateigentümer in ihrem Privateigentum auch das Privateigentum des anderen Privateigentümer anerkennen, erkennen sie also das Privateigentum überhaupt an, also die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen sie allererst Privateigentümer sind.²³⁸

Auf der anderen Seite beschrieben die Roten Zellen München in den *Resultaten der Arbeitskonferenz* ihre zu leistenden Theoriearbeit als Weiterarbeit der Marxschen Untersuchungen zur bürgerlichen Gesellschaft. In diesem hier betrachteten Fall setzten sie an der Begrifflichkeit im dritten Band des *Kapitals* an, in der die Revenuen auf der entwickelten Oberfläche der Gesellschaft Gegenstand ihrer Betrachtungen waren.

Die Darstellung der ökonomischen Kategorien erreicht erst mit dem Begriff der Revenuequelle die Formen, die den Individuen in der kapitalistischen Gesellschaft als gegenständliche Voraussetzung ihres willentlichen Handelns gegenüberstehen [...]. Die Arbeit der AK besteht nun darin, an den Formen des bewußten Umgangs der Revenuequellenbesitzer aufzuzeigen, daß ihr Handeln tatsächlich ganz mit den in ihren Mitteln enthaltenen Zwängen zusammenfällt, sie also [...] nur Charaktermasken der ökonomischen Kategorien ‚Kapital‘ und ‚Arbeit‘ sind.²³⁹

Die Revenuequellenbesitzer treten sich mit ihrem Anspruch auf Bedürfnisbefriedigung gegenüber. Dabei sind ihnen die gesellschaftlichen Verhältnisse bereits vorausgesetzt [...], die Mittel zur Produktion des gesellschaftlichen Reichtums und zur Partizipation an diesem sind. Bei der ‚praktischen Bewältigung‘ des Lebens existiert diese Voraussetzung als unveränderliche Grundlage, mit der man bei dem Bemühen um Erfüllung seiner individuellen Ansprüche zurechtzukommen hat. Die Realisierung der besonderen Zwecke erfordert dabei eine Bezugnahme der Revenuequellenbesitzer aufeinander; das Ziel liegt im Erhalt eines ständigen Einkommens zur Reproduktion. Die Art der Revenuequelle bestimmt der Bezug auf die anderen; keine der getrennt gegebenen Quellen kann ohne diesen Bezug als *Mittel* für die Reproduktion dienen!²⁴⁰

Ein Vergleich der Aussagen beider Gruppierungen zeigt deren inhaltliche Kongruenz. So wurde von der einen Seite das Privateigentum als wechselseitige Anerkennung gesellschaftlicher Verhältnisse angesehen. Korrespondierend dazu wurden von der anderen Seite die Revenuequellen, konkretere Formen des Privateigentums, als akzeptierte Verhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft benannt. Dann stellte die Theoriefraktion das Privateigentum als ökonomisches Verhältnis dar, das über willentliche Momente vermittelt wird. In analoger

²³⁷ Ebd., S.21f (im Original alles in Kleinschreibung).

²³⁸ Ebd., S.7 (im Original alles in Kleinschreibung).

²³⁹ Rote Zellen/AK München, Resultate, 1974, S. 12.

²⁴⁰ Ebd., S. 14.

Begrifflichkeit charakterisierten die Roten Zellen die Revenuequellen als Formen, in denen sich das willentliche Handeln der Individuen ausdrückt. Letztendlich zeigte die Erlanger Gruppe, dass die im erweiterten Austauschprozess vollzogene Einigung der jeweils besonderen Privateigentümer die vorhandenen gesellschaftlichen Bedingungen reproduziert. Wiederum korrespondierend hierzu stellten die Münchner dar, dass nur der Bezug der Revenuequellenbesitzer aufeinander als Mittel ihrer Reproduktion dienen kann und so die Quellen als Bedingungen des Einkommens ständig reproduziert.

Diese beispielhafte Gegenüberstellung von Theoriebildungen der Erlanger Marxistischen Gruppe / Theoriefraktion mit denen der Roten Zellen / AK München zeigten eine theoretische Übereinstimmung beider Gruppierungen Anfang der 1970er Jahre. Festzuhalten ist, dass sich Arbeiten der Marxistischen Gruppe an der FAU Erlangen-Nürnberg mit Analysen der Roten Zellen/AK-Fraktion in München überlagerten, besonders deutlich an den hier gezeigten Aussagen bezüglich der Weiterentwicklung Marxscher Theorieelemente. Ausführungen zum Arbeitsplan der Erlanger Gruppe korrespondierten ebenfalls mit denen der Münchner Organisation. Auf der Erlanger Seite standen Fragestellungen dergestalt, „wie sich die allgemeinen Bewegungsgesetze des Kapitals heute durchsetzen“²⁴¹. Auf der Münchner Seite hieß es inhaltlich ähnlich: „Es kommt aber gerade darauf an, aufzuweisen, wie sich die Gesetze des Kapitals in den verwandelten Formen der Oberfläche und in den Handlungen der Privatsubjekte durchsetzen“²⁴². Beiden Gruppierungen kam es somit auch darauf an, zu zeigen, inwieweit sich die Revenuequellen als gegenständliche Voraussetzungen des Handelns der Individuen erschließen.

Bis zur Abschaffung der verfassten Studierendenschaften durch Bayerische Behörden agierten sowohl an der LMU München als auch an der FAU Erlangen-Nürnberg lokale Organisationen. Zum einen die Münchner AK-Fraktion und zum anderen die Erlanger Marxistische Gruppe. Beide Gruppierungen hatten zwar inhaltliche Kontakte zueinander, ihre Publikationen erschienen jedoch getrennt voneinander. Das waren insbesondere die *Münchner Studentenzeitung* sowie auf der anderen Seite die *Sozialistische Hochschulzeitung* und die *Circulare* der Theoriefraktion in Erlangen. Die Trennung der Veröffentlichungsweise änderte sich, als in den Jahren nach 1974 eine Zusammenführung der lokalen Marxistischen Gruppen begann.

²⁴¹ Marxistische Gruppe Erlangen-Nürnberg, Erklärung, 1971.

²⁴² Rote Zellen/AK München, Resultate, 1974, S. 13.

Ausgelöst wurde die organisatorische Vereinheitlichung auch durch den Fortfall des Organisationsrahmens der Asten, da das materielle und finanzielle universitätsinterne Netzwerk der Münchner Gruppierung nicht mehr zur Verfügung stand, etwa der Verkauf und Vertrieb der Studentenzeitungen oder eine nur eingeschränkte Nutzung von Räumlichkeiten für Schulungszwecke. Die Auflösung der Studierendenschaft in Bayern forcierte insofern auch die publizistische Zusammenarbeit beider Gruppierungen. Bemerkbarer Ausdruck gemeinsamer Veröffentlichungen war Ende 1974 die Herausgabe der *Marxistischen Studentenzeitung* unter Mitwirkung der Gruppe in Erlangen, die damit zugleich das Erscheinen ihrer Erlanger Zeitung einstellte. Neben der Ausgabe der *Marxistischen Studentenzeitung* war in den Jahren ab 1975 das Aufkommen verschiedener Fachbereichszeitungen an der LMU München und an der FAU Erlangen-Nürnberg zu beobachten, auf die ich im nächsten Kapitel genauer eingehen werde.

3.4.3 Die Sozialistische Hochschulzeitung der Theoriefraktion in Erlangen

In Erlangen-Nürnberg wurde seit 1970 vom AStA der Friedrich-Alexander-Universität die studentische Zeitung *Faust-Informationen* herausgegeben, die das Organ der Basisgruppen und Fachschaften in dieser Zeit war. Die neu gegründete Marxistische Gruppe Erlangen hatte zwar Sympathisanten an der Friedrich-Alexander-Universität und Mitglieder der Gruppe gehörten auch zeitweilig zum AStA der FAU Erlangen-Nürnberg, sie beherrschten jedoch den AStA nicht in der Weise wie die Roten Zellen der AK-Fraktion in München den dortigen AStA. Dadurch stand der Erlanger Gruppe weder ein umfassendes AStA-Netzwerk zur Verfügung, noch hatte die Organisation bis Ende 1973 kein eigenständiges Organ, das sie für agitatorische Zwecke nutzen konnte. Die vor der Spaltung existierende Marxistische Gruppe Erlangen nutzte die Veröffentlichungsmöglichkeiten des FAU-AStA beispielsweise lediglich, um Schulungen, die die Gruppe mit entwickelte, über den AStA-Vertrieb anzukündigen.²⁴³

Mit der Entstehung der Theoriefraktion, die etwas später wieder als „Marxistische Gruppe Erlangen“ in Erscheinung trat, änderten sich die Publikationsmöglichkeiten dieser Gruppierung, die nun unabhängig vom AStA der FAU agierte und diesem nun offen inhaltlich kritisch gegenüberstand. Die *Sozialistische Hochschulzeitung* (SHZ) war von November 1973 bis Juni 1974 das Organ der Gruppe und wurde von der Erlanger Marxistischen Gruppe, der Basis-

²⁴³ Die Fachschaften und Basisgruppen Pädagogik, Germanistik, Anglistik/Romanistik, Geschichte, Soziologie/Politik, Jura und die Sozialistische Zelle Naturwissenschaft und Technik der FAU Erlangen-Nürnberg beteiligten sich an der Erstellung des Schulungsprogramms (vgl. Marxistische Gruppe Erlangen/AStA FAU Erlangen-Nürnberg, Schulungsprogramm, 1971).

gruppe Germanistik und dem Institutsausschuss Soziologie / Politik an der FAU Erlangen-Nürnberg herausgegeben. In dieser Zeit erschienen insgesamt fünf Ausgaben, für die Theo Wentzke presserechtlich verantwortlich war.²⁴⁴ Einen hohen Anteil an den Artikeln der Sozialistischen Hochschulzeitung hatten hochschulpolitische Probleme, Darstellungen zur politischen Arbeit der Marxistischen Gruppe und Auseinandersetzungen mit anderen linken Gruppierungen an der FAU Erlangen-Nürnberg. Themen zu allgemein politischen Bereichen gab es nur wenige.²⁴⁵

Ende 1974 stellte die Marxistische Gruppe Erlangen die Zeitung ein und integrierte ihre Kommunikationsvorhaben in die *Marxistische Studentenzeitung* der Münchner Arbeitskonferenz. Lokale Publikationen in Form von Flugblättern gab die Organisation bis 1979 weiterhin heraus, ebenso ihre ab 1975 veröffentlichten Fachbereichszeitungen. Neben der SHZ hatten die 1972 und 1973 veröffentlichten *Circulare* der Theoriefraktion besondere Bedeutung sowohl in der Auseinandersetzung zum Spaltungsprozess mit der Mehrheitsfraktion der Marxistischen Gruppe Erlangen-Nürnberg als auch hinsichtlich der Theoriearbeit innerhalb ihrer Gruppierung. Auf die *Circulare* gehe ich im nächsten Kapitel genauer ein, da diese beim Übergang der lokalen Marxistischen Gruppe Erlangen zur entstehenden überregionalen Marxistischen Gruppe eine Rolle spielten, vor allem hinsichtlich ihrer Artikel über Bestimmungen zur sogenannten Oberfläche des Kapitals.

²⁴⁴ Vgl. Sozialistische Hochschulzeitung, Nr. 1_2/1973, S. 2.

²⁴⁵ Artikel, die in der SHZ veröffentlicht wurden, waren beispielsweise: „Bemerkung der Redaktion“ (SHZ Nr. 1_2/1973), „Zur Sympathisantenschulung“ (SHZ Nr. 1_2/1973), „Die Wallfahrt zur Arbeiterklasse“ (SHZ Nr. 3/1974), „Begründung des Sympathisantenplenums“ (SHZ Nr. 4/1974), Exkurs: Die Zugehörigkeit des Staates zur kapitalistischen Gesellschaft“ (SHZ Nr. 5/1974), „25. Jahrestag des Grundgesetzes“ (SHZ Nr. 6/1974), „Die FAUST: Abstieg zum bürgerlichen Wochenblatt“ (SHZ Nr. 6/1974).

4. Die Entwicklung der Marxistischen Gruppe in der Bundesrepublik in den 1970er Jahren bis zur Auflösung der Organisation im Mai 1991

In diesem Kapitel wird die Formierung der Marxistischen Gruppe untersucht, die als politische Organisation sowohl aus der von den Roten Zellen abgespalteten Arbeitskonferenz-Fraktion in München als auch aus der von der Erlanger Marxistischen Gruppe abgelösten Theoriefraktion entstanden ist.²⁴⁶ Eine Zentralisierung hin zur Münchner Arbeitskonferenz begann bereits aufgrund der Mitwirkung der lokalen Marxistischen Gruppe Erlangen an der Herausgabe der bundesweit vertriebenen und neu aufgelegten *Marxistischen Studentenzeitung* (MSZ). Mitglieder der Erlanger Organisation arbeiteten darüber hinaus an weiteren Projekten der Arbeitskonferenz mit, beispielsweise an Beiträgen im theoretischen Organ der Gruppe. Ihre Schriften zur Transformation ökonomischer Erscheinungsformen in politische Phänomene stellten weiterhin einen bedeutenden Beitrag zur Theoriebildung der sich kontinuierlich entwickelnden Münchner Gruppierung dar.²⁴⁷ Sowohl die Erlanger Gruppe als auch alle anderen lokalen Gruppen stellten mit dem Erscheinen der neuen MSZ ihre vorher auf die jeweiligen Orte bezogenen Zeitungen ein.²⁴⁸ Neben der *Marxistischen Studentenzeitung* entstand mit der Schriftenreihe *Resultate der Arbeitskonferenz* ein weiterer bedeutender Kommunikationsort der Arbeitskonferenz. Diese 1974 erstmals aufgelegte Reihe behielt die spätere Marxistische Gruppe als theoretisches Organ bei und parallel zu diesem Forum ihrer Theoriearbeiten folgten in der Zeit ab 1980 verschiedene neu konzipierte Reihen, in denen die Gruppe Abhandlungen veröffentlichte.

In der neuen *Resultate*-Reihe sollten Theoriearbeiten der Arbeitskonferenz regelmäßig veröffentlicht werden und ab September 1974 in einem halbjährlichen Rhythmus erscheinen,²⁴⁹ doch schon die zweite Ausgabe kam erst im Dezember 1975 heraus. Über die Gründe für die späte Veröffentlichung gab es keine Hinweise, vielmehr wurde in der zweiten Nummer nun umstandslos ein unregelmäßiges Erscheinen der Reihe angekündigt.²⁵⁰ In der ersten Ausgabe der *Resultate der Arbeitskonferenz* entwickelte die Arbeitskonferenz eine Programmatische Erklärung über Inhalte, Ziele und Aufbau der Organisation, auf die ich weiter unten genauer eingehen werde. Die zweite Schrift enthielt die Fortsetzung eines *Kapital*-Kommentars aus der

²⁴⁶ In München erfolgte, wie im vorherigen Kapitel dargestellt, die Herausbildung der unmittelbaren Vorläuferorganisation der Marxistischen Gruppe unter dem bis 1979 verwendeten Namen „Rote Zellen/AK“. Die Theoriefraktion in Erlangen führte die Bezeichnung „Marxistische Gruppe/Theoriefraktion“ und nahm etwas später den vor der Spaltung verwendeten Namen „Marxistische Gruppe Erlangen“ wieder an.

²⁴⁷ Vgl. Marxistische Gruppe/Theoriefraktion, Circular 3, 1973, S.1 – 26.

²⁴⁸ Vgl. Marxistische Studentenzeitung Nr. 1/1974, S. 1.

²⁴⁹ Vgl. Rote Zellen/AK München, Resultate, 1974, vorderer Klappentext.

²⁵⁰ Vgl. Rote Zellen/AK München, Resultate, 1975, vorderer Klappentext.

ersten Publikation sowie eine Auseinandersetzung mit einer Organisation der Neuen Linken. Vier Jahre später erschien dann mit ihrer Staatstheorie die dritte Ausgabe dieser Reihe, nun als das Organ der vereinheitlichten Marxistischen Gruppe. Diese dritte Ausgabe zeigte, im Unterschied zu den vorherigen Ausgaben, den bundesweit geführten Namen der Gruppe an, der bis zur Auflösung der Organisation beibehalten wurde.²⁵¹ Im darauffolgenden Jahr veröffentlichte die Gruppe, als ausdrückliche Neufassung ihrer ersten *Resultate*-Ausgabe, eine umfangreiche Schrift, in der sie ihr damals aktuelles Konzept darstellte.

Für die Zeit ab Mitte der 1970er bis Anfang der 1990er Jahre können inhaltliche wie auch dadurch bedingte organisatorische Modifikationen in der Entwicklung der Marxistischen Gruppe ausgemacht werden. Diese spiegeln sich in den Publikationen der Gruppe wider und drückten einerseits mit dem Zusammenschluss aller lokalen Gruppen eine inhaltliche Konsolidierung, andererseits Veränderungen der Organisation aus. Genau festzulegende Daten für einen Abschluss der Umgestaltung der Roten Zellen der Arbeitskonferenz zur überregional tätigen Marxistischen Gruppe können nicht angegeben werden, da weder die neu formierte Organisation noch lokale Gruppierungen Erklärungen oder Hinweise zu einer Etablierung der vereinheitlichten Organisation veröffentlichten.

Lokale bayerische Gruppen – neben der Erlanger Organisation, die mit der Münchner Gruppierung eng zusammenarbeitete – waren auch in Regensburg und Würzburg aktiv. In Regensburg hatten sich 1970 Studierende aus Fachgruppen zu einer Roten Zelle Aufbau-Organisation vereinigt,²⁵² die Anfang der 1970er Jahre offenbar zunächst als Sozialistische Betriebsgruppe aktiv war und sich etwas später der Arbeiter-Basis-Gruppe München anschloss. Diese Gruppierung kann zu dieser Zeit neben der Marxistischen Hochschulgruppe Regensburg als stärkste Kraft der radikalen Linken im dortigen Raum bezeichnet werden.²⁵³ Die Regensburger Marxistische Gruppe gliederte sich ab Mitte der 1970er Jahre in die Münchner Organisation ein und gab zwar weiterhin lokal neben Flugblättern eine Hochschulzeitung heraus, überregionale Themen wurden allerdings über die neu gestaltete MSZ vertrieben.²⁵⁴

²⁵¹ Den Titel *Resultate der Arbeitskonferenz* änderte die Marxistische Gruppe ebenfalls mit dieser dritten Ausgabe. Die Bezeichnung ihrer Theoriewerke lautete nun einfach „Resultate“ ohne jede weitere Ergänzung.

²⁵² Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, Juni 2023, S. 200.

²⁵³ Vgl. Schröder 1990, S. 59f.

²⁵⁴ Vgl. Marxistische Studentenzeitung Nr. 1/1974, S.1. Zu Flugblättern der Regensburger Gruppe vgl. Rote Zellen und Marxistische Gruppen, Hochschulpolitik, 1977, S. 83f, S. 98f, S. 109 – 111; vgl. Marxistische Gruppe, Hochschulagitation, 1979, S. 131 – 134, S. 154f. Zur Regensburger Hochschulgruppe vgl. Schröder, Jürgen:

In Würzburg trat in den 1970er Jahren vor allem die Kommunistische Studentengruppe des Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands auf. Zugleich kooperierte der dortige AStA ab Ende 1971 mit dem AStA der LMU München, der, wie bereits gezeigt, von den Roten Zellen der Arbeitskonferenz gestellt wurde. Einige Jahre später schlossen sich Teile der Würzburger Kommunisten der vereinheitlichten Marxistischen Gruppe an.²⁵⁵ Lokal ausgerichtete Flugblätter wurden von der Marxistischen Gruppe Würzburg weiterhin ausgegeben, auch das war vergleichbar mit den Aktivitäten, die Marxistische Gruppen an anderen Orten nach der Vereinheitlichung durchführten.

Unter dem Titel „Namensänderung“ erschien im November 1974 eine Notiz in der *Marxistischen Studentenzeitung*, in der eine konzeptionelle Begründung für die organisatorische Veränderung der Würzburger Gruppe erfolgte. Das Redaktionskollektiv betonte:

Die mit den *Roten Zellen/AK* zusammenarbeitende kommunistische Gruppe in Würzburg [...] nimmt ihre Arbeit unter dem neuen Namen *Marxistische Gruppe* (MG) Würzburg auf. Der frühere Name ‚Linke Liste der Fachschaften und Basisgruppen‘ ließ schon an den Begriffen Links, Liste, Fachschaft, Basisgruppe die Entstehung und Geschichte der Gruppe erkennen und enthielt einen Hinweis auf die mangelhaften politischen Grundlagen eines losen Bündnisses ‚linker‘ Fachschaften und Basisgruppen. Der neue Name ist Ausdruck einer abgeschlossenen organisatorischen Konsolidierung auf der Grundlage der politischen Konzeption der *Roten Zellen/AK*.²⁵⁶

Diese Zeitungsmeldung war der einzige Hinweis der Münchner Organisation auf interne Veränderungsprozesse nach dem Fortfall der dortigen AStA-Ressourcen. Hier hoben die Redakteure noch einmal die bereits früher kritisierten politischen Auffassungen der Basisgruppen ausdrücklich als ein Grund der Würzburger Namensänderung hervor und vermerkten erst- und letztmals die Durchführung einer formellen Veränderung.

Bemerkenswert war diese Notiz in zweierlei Hinsicht. Zum einen, weil hier von einem Konsolidierungsprozess gesprochen wurde, der mit der konstatierten Feststellung einer vollzogenen Stabilisierung zugleich unausgesprochen auf interne nicht veröffentlichte Auseinandersetzungen hinwies. Zum anderen, weil die MSZ-Redaktion konzeptionelle Grundlagen der Arbeits-

Regensburg – Hochschulen, Berlin 2021 (03.06.2021), URL: https://www.mao-projekt.de/BRD/BAY/OPF/Regensburg_Hochschulen.shtml, letzter Zugriff 21.07.2024.

²⁵⁵ Vgl. Schröder, Jürgen: Würzburg: Von der Kommunistischen Studentengruppe (KSG) des KABD zur Gruppe Würzburger Kommunisten, Berlin 2010b (24.07.2010), URL: https://www.mao-projekt.de/BRD/BAY/UFR/Wuerzburg_KSG.shtml, letzter Zugriff 24.07.2024. Zum Würzburger AStA der damaligen Zeit vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, Juni 2023, S. 197.

²⁵⁶ MSZ Nr. 1/1974, S. 2, kursive Hervorhebungen im Original in Großbuchstaben.

konferenz erwähnten, die die Würzburger übernahmen und damit die Ausrichtung auf den Kader in München festschrieben. Eine solche durch eine in der MSZ transparent gemachte Namensänderung war beispielsweise für den gesamten Entwicklungsprozess der Marxistischen Gruppe. Die in der Folgezeit durchgeführte Konsolidierung der Roten Zellen der Arbeitskonferenz in Form einer Vereinheitlichung der Marxistischen Gruppe erfolgte zwar ebenso auf der konzeptionellen Basis der Arbeitskonferenz, wurde jedoch nie publiziert. Im Gegenteil, ein Jahr nach der Namensänderung der Würzburger Gruppe drückte die Münchner Organisation ihr kategorisches Desinteresse an jeglichen Hinweisen oder Reaktionen auf die von ihr dargelegten Inhalte oder organisatorischen Abläufe aus und setzte die begonnene Abschottung fort.²⁵⁷

Neben den bayerischen Gruppierungen gab es im Bundesgebiet zu dieser Zeit eine große Zahl regional agierender Marxistischer Gruppen,²⁵⁸ auf die ich im nächsten Abschnitt noch eingehe. Inhaltliche und organisatorische Übergänge von lokalen zur Münchner Gruppe fanden zum einen in dem Zeitraum etwa ab der zweiten Hälfte des Jahres 1974 bis etwa Mitte 1979 statt. Die *Marxistische Studentenzeitung* war weiterhin ein bedeutendes Kommunikationsmittel der Gruppe, fungierte aber konzeptionell nicht mehr als Mittelpunkt ihrer Theoriarbeiten. Neues theoretisches Organ war von Ende 1974 an die schon erwähnte *Resultate*-Reihe der Arbeitskonferenz.

Nach der Abschaffung auch des AStA der LMU München erschien die neu konzipierte MSZ, deren veränderter Name nun nicht mehr den regionalen, sondern den inhaltlichen Bezug zur politischen Ausrichtung der Organisation anzeigte.²⁵⁹ Die ebenfalls mit dem Kürzel MSZ versehene Zeitung wurde fortan nicht nur in Bayern, sondern überregional als „Hochschulzeitung der AK für die BRD und Westberlin“ vertrieben. Ab April 1980 erschien die MSZ wiederum mit einer neuen Konzeption, deren äußere Aufmachung im Wesentlichen bis zur Auflösung der Marxistischen Gruppe bis 1991 beibehalten wurde.²⁶⁰ Die *Marxistische Studentenzeitung* war eine Zeitung, in der bis 1980 ein Redaktionskollektiv, bestehend aus Mitgliedern der Roten

²⁵⁷ Vgl. Rote Zellen/AK München, *Resultate*, 1975, S. 1.

²⁵⁸ Vgl. Rote Zellen und Marxistische Gruppen, *Hochschulpolitik*, 1977, passim; vgl. auch Marxistische Gruppe, *Hochschulagitation*, 1979, passim.

²⁵⁹ Vgl. *Marxistische Studentenzeitung* Nr. 1/1974, S. 1. Die neue MSZ wurde ab 1974 von der ersten Nummer an nicht mehr jahrgangsweise, sondern bis 1980 fortlaufend bis zur vorläufig letzten Nr. 33 im Januar 1980 durchnummeriert.

²⁶⁰ Die bisherige großformatige Zeitung erschien nunmehr im DIN A 4 Format mit einem Heftumschlag und nun wieder mit einer jahrgangsweisen Nummerierung. 1980 lautete der Untertitel „Studentisches Magazin der Marxistischen Gruppe (MG)“, er wurde allerdings im Laufe der Zeit mehrfach geändert.

Zellen der AK-Fraktion und der lokalen Marxistischen Gruppen, Artikel über diverse politische Themen veröffentlichte.

Veränderungen in der Zeitspanne von Anfang 1979 bis zur Auflösung der Organisation prägten zum anderen die weiteren Entwicklungen der Marxistischen Gruppe. In dieser Zeit gab es sowohl eine inhaltliche Festigung als auch konzeptionelle Veränderungen der Gruppe, ohne dass nach Außen hin einschneidende organisatorische Korrekturen sichtbar wurden. In diesem Zeitraum entstanden zentrale Arbeiten der Organisation. Die Programmatistische Erklärung von 1974 beispielsweise wurde im Jahr 1980 durch die Herausgabe einer neuen Schrift überholt und größtenteils überflüssig gemacht. Mit dem Bezug auf die erste Nummer der *Resultate* – ihr damaliges politisches Programm – und zugleich mit der Benennung einer „Neufassung“ wies die Gruppe auf wesentliche richtungsweisende Veränderungen im Vergleich zur früheren Ausgabe hin. Der Titel „Die Bundesrepublik Deutschland 1980 – und was Marxisten in den 80er Jahren an ihr zu ändern haben“ zeigte bereits die neue Aufgabenstellung der Organisation an.

Zentrale Bedeutung für die Marxistische Gruppe hatte darüber hinaus die im Mai 1979 herausgegebene Broschüre „Der bürgerliche Staat“. Neu und auffällig war, dass von Januar 1979 an alle Veröffentlichungen, und somit auch das theoretische Organ der Gruppierung, mit der Herausgeberschaft „Marxistische Gruppe“ ohne jeden Zusatz bezeichnet wurden.²⁶¹ Damit markierte die Organisation auch in Beziehung auf ihren Theoriebildungsprozess die bundesweite Bekanntgabe ihrer Vereinheitlichung. Einzelheiten über die „neue“ Marxistische Gruppe gab es jedoch nicht. Eine Gründungserklärung der Organisation war aufgrund ihrer abschottenden Handlungsweise nicht zu erwarten. Auch erläuternde Hinweise über den vollzogenen Übergang von den lokalen Gruppierungen zur „Einheitsgruppe“ gab es nicht. Festzustellen war allerdings, dass nach 1979 keine Publikationen von lokalen Organisationen herausgegeben wurden, sondern zentral von der Marxistischen Gruppe in München.²⁶² Die an den jeweiligen Universitäten aktiven Gruppen agierten nunmehr unter dem für alle Gruppierungen geltenden einheitlichen Organisationsnamen bis zur Auflösung im Mai 1991 als *die* Marxistische Gruppe.

²⁶¹ Vgl. Marxistische Gruppe, *Resultate*, 1979c.

²⁶² Die Marxistische Gruppe Bremen gab allerdings im Juni 1979 noch eine Zeitung aus dem Fachbereich Naturwissenschaften heraus, die im Juli 1980 von der vereinheitlichten Gruppe in überarbeiteter Fassung in der Reihe „Naturwissenschaft und Technologie“ erschien (vgl. MG Bremen, Fachbereichszeitung, 1979, besonders S. 3 – 13 sowie Marxistische Gruppe, *Naturwissenschaft und Technologie*, Naturwissenschaftler, 1980, besonders S. 20 – 26).

4.1 Der Übergang von den Roten Zellen der Arbeitskonferenz in München zur bundesweit agierenden Organisation ab Mitte der 1970er Jahre

In der Bundesrepublik waren nach der Abschaffung der bayerischen verfassten Studierendenschaft 39 Marxistische Gruppen in verschiedenen Städten aktiv,²⁶³ traten allerdings inhaltlich unterschiedlich in Erscheinung. Die hier genannte Zahl listete lediglich die von der Organisation versorgten Büchertische im Bundesgebiet auf. Bei der Betrachtung der hochschulpolitischen Agitation ergibt sich ein anderes Bild. In der Zeit von 1974 bis 1979 haben sich – neben den Gruppierungen aus München und Erlangen – insgesamt etwa 16 lokale Gruppen mit eigenen Flugblättern an der Hochschulpolitik beteiligt.²⁶⁴ Davon traten einige Gruppen mit ihren Beiträgen nur ein- oder zweimal auf, sodass von der zunächst hohen Anzahl tatsächlich die folgenden lokalen Gruppen bis Ende der 1970er Jahre die Hochschulpolitik der Roten Zellen und Marxistische Gruppen inhaltlich mitgetragen haben. Das waren Gruppierungen in München und Erlangen-Nürnberg, dann in Bremen, Marburg, Frankfurt am Main, Regensburg, Tübingen, Westberlin und Würzburg. Einige der in Form von Flugblättern durchgeführten hochschulpolitischen Aktivitäten veröffentlichten weiterhin nicht namentlich genannte Autoren auch im Namen aller Marxistischen Gruppen, wobei die presserechtliche Verantwortung insgesamt beim Münchner Herbert Fertl lag. Die Flugblätter der Münchner Gruppe zeigten darüber hinaus ein phasenweises Übergehen bei der Kennzeichnung der Herausgeberschaft auf. Zunächst gaben fakultäts- oder fachschaftsbezogene Münchner Rote Zellen Flugblätter heraus, dann zeichneten die Roten Zellen der Arbeitskonferenz für die Texte verantwortlich, danach die Marxistische Gruppe München und letztendlich firmierte die Marxistische Gruppe als alleiniger Herausgeber.

Die Abschaffung der Asten in Bayern bedeutete, wie weiter oben dargelegt, für die Arbeitskonferenz in München neben dem Fortfall des über den AStA ausgebauten Kommunikationsnetzes eine erhebliche Verringerung ihrer zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel, da diese nun nicht mehr über die studentische Selbstverwaltung eingezogen und genutzt werden konnten. Zudem konnten beispielsweise allgemein politische Veranstaltungen grundsätzlich nicht

²⁶³ Vgl. Marxistische Studentenzeitung Nr. 25/1978, S. 16. Vertreten waren Marxistische Gruppen in Aachen, Augsburg, Bielefeld, Bochum, Bonn, Bremen, Darmstadt, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Erlangen, Essen, Esslingen, Frankfurt am Main, Freiburg, Gießen, Göttingen, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Hohenheim, Karlsruhe, Kassel, Kiel, Köln, Mainz, Marburg, München, Münster, Nürnberg, Oldenburg, Osnabrück, Regensburg, Reutlingen, Saarbrücken, Stuttgart, Tübingen, Würzburg, Westberlin sowie außerhalb der Bundesrepublik in Wien.

²⁶⁴ Vgl. Rote Zellen und Marxistische Gruppen, Hochschulpolitik, 1977, passim; vgl. Marxistische Gruppe, Hochschulagitation, 1979, passim.

mehr in den Räumen der LMU München stattfinden, da diese nach den Vorgaben des Bayerischen Hochschulgesetzes nur für hochschulpolitische Angelegenheiten verwendet werden durften.²⁶⁵ Eine Instrumentalisierung des AStA für die Zwecke der Roten Zellen / AK war nicht mehr möglich. Insofern bestand für die Organisation kein Interesse, studentische Gremien aufrecht zu erhalten oder zu unterstützen, aus denen weder finanziell noch anderweitiger Nutzen gezogen werden konnte.

Aufgrund der Beschränkungen durch das Bayerische Hochschulgesetz nahm die Arbeitskonferenz auch organisatorische Veränderungen vor. Anmeldungen zu Sympathisantenplenen wurden beispielsweise nunmehr nicht mehr auf öffentlichen Terminen innerhalb des AStA-Netzwerkes platziert. Über Terminhinweise in der MSZ erfuhren Interessierte lediglich vage Anmeldemodalitäten, die dann im Einzelnen in den eigenen Räumen der Organisation, im Buchladen der Roten Zellen / AK in Schwabing, kommuniziert wurden.²⁶⁶ Dort gab die Gruppe die genauen Termine und Tagungsorte der Veranstaltungen bekannt. Politisch relativ eigenständige Gremien wie die bisherigen ASten gab es in Bayern nicht mehr und einen „neuen“ AStA lediglich für politisch eingeschränkte Propagandaaktionen zu nutzen, hätte für die Gruppe Geldmittel verursacht, die die Organisation demgegenüber ausschließlich selbstbestimmt für ihre eigenen Zwecke verausgaben wollte.²⁶⁷ Für die Roten Zellen der AK-Fraktion war die Abschaffung der Asten insofern ein äußerer Anlass, ihre Politik verstärkt bundesweit zu propagieren, um Inhalte und Mitgliederwerbung zu vervielfältigen.²⁶⁸

Im Juli 1974 veröffentlichte der letzte von den Roten Zellen / AK gestellte AStA der LMU die MSZ als *Münchner Studentenzeitung* und im November des Jahres erschien die erste Ausgabe einer neuen MSZ-Zeitung. Angeblich beeinflusste nach Aussagen der Arbeitskonferenz die Abschaffung der Asten in Bayern „nicht im mindesten Inhalt und Funktion der MSZ, ebenso wenig wie sie die Politik der sie tragenden Organisation treffen kann“²⁶⁹. Tatsächlich traf nicht nur das Streichen jeglicher über die studentischen Gremien fließenden Geldmittel die Gruppe deutlich, sondern die Auflösung des AStA beeinflusste auch ihre Hochschulpolitik. Die

²⁶⁵ Vgl. BayHSchG, 21.12.1973, § 58 Abs 3.

²⁶⁶ Die genaue Bezeichnung des Buchladens lautete „Verein zur Förderung des studentischen Pressewesens e.V.“ und die Adresse des Ladens war in München-Schwabing, in der Kurfürstenstraße 35 (vgl. Marxistische Studentenzeitung Nr. 5/1975, S. 2).

²⁶⁷ Vgl. Rote Zellen/AK, Fachbereichszeitung, 1975, S. 3 ; vgl. auch Marxistische Gruppe München, Fachbereichszeitung, 1975, S. 2.

²⁶⁸ Vgl. Marxistische Studentenzeitung Nr. 1/1974, S. 1.

²⁶⁹ Münchner Studenten Zeitung Nr. 6/1974, S.1.

Inhalte der neuen MSZ waren spätestens ab 1980 kaum noch auf Münchner hochschulpolitische Themen ausgerichtet und fachspezifische Themen wiederum waren lediglich bis Ende 1979 Gegenstand verschiedener Münchner Fachbereichszeitungen.

Die neue *Marxistische Studentenzeitung* war für die Roten Zellen der AK-Fraktion weiterhin ein wichtiges politisches Kommunikationsmittel, vor allem weil die Zeitung ab Ende 1974 nunmehr bundesweit an Hochschulen vertrieben, aber konzeptionell nicht allein auf Studierende, sondern auf alle Hochschulangehörigen hin ausgerichtet wurde, wie der Untertitel der Zeitung als „Hochschulzeitung“ ankündigte. Die Münchner Arbeitskonferenz legte darüber hinaus nicht nur die neue Zeitung auf,²⁷⁰ sondern veröffentlichte in dem Zeitraum zwischen der letzten *Münchner Studentenzeitung* im Juli 1974 und der ersten *Marxistische Studentenzeitung* im September 1974 erstmals zusammenfassend ihre Vorstellungen über Inhalte, Aufgaben und Organisationsprinzipien einer kommunistischen Gruppe. Diese erschienen in der neu aufgelegten *Resultate*-Ausgabe als „Programmatische Erklärung“, die ich nun ausführlicher darstellen werde.

4.1.1 Die Programmatische Erklärung der Arbeitskonferenz

Die erste Broschüre der *Resultate der Arbeitskonferenz* enthielt ein Editorial, in dem die Organisation den Zweck und Aufbau ihres theoretischen Organs erläuterte. Die Arbeitskonferenz verstand ihre Theoriearbeiten als notwendige Elemente kommunistischer Politik, als Voraussetzung wissenschaftlich begründeter politischer Praxis. Die Gruppe konstatierte einen miserablen Zustand der damaligen kommunistischen Bewegung. Den Grund hierfür machte sie vor allem in fehlender oder mangelhafter Theoriebildung aus. Die *Resultate* sollten zur Beseitigung dieses Mangels beitragen. Die dort präsentierten Ergebnisse der Arbeitskonferenz sollten einerseits eine politische Anleitung und andererseits ein Wegweiser für Organisationen sein, „der sie aus dem Sumpf herausführen könnte, in den mangelhafte Theorie sie gebracht hat“²⁷¹. Zugleich wurde von der Gruppe unmissverständlich hervorgehoben, dass die in der Broschüre aufgezeigte Kritik an anderen kommunistischen Organisationen deutlich mache, „daß wir mit

²⁷⁰ Konzeption und Aufmachung der *Marxistischen Studentenzeitung* wurden im Laufe der Zeit mehrmals neugestaltet. Besonders auffällig waren die Veränderungen der Ausgaben vom November und Dezember 1983, die abrupt als *Marxistische Zeitung* (MZ) erschienen. Die folgenden Zeitungen, ab Januar 1984, hießen wieder MSZ, allerdings nun wie die beiden vorherigen betitelt als „Marxistische Zeitung gegen die Kosten der Freiheit“.

²⁷¹ Rote Zellen/AK München, *Resultate*, 1974, S. 1.

ihnen nichts gemein haben“²⁷². Die Arbeitskonferenz urteilte vernichtend über andere kommunistische Bewegungen, die sie als Gegner ansah. Mit ihren Ausführungen erhöhte sich die Organisation, indem sie die gegenüberstehenden Diskutanten erniedrigte, da diese vorgeblich zu einer sachgerechten Kritik gar nicht fähig seien. Die Gruppe baute einen Nimbus der Unerreichbarkeit und Unanfechtbarkeit auf, verwies von vornherein aufgrund ihrer vorgeblichen theoretischen Höhe darauf, mit anderen kommunistischen Organisationen keine Gemeinsamkeit zu haben, sah diese dennoch als Adressaten ihrer Unterweisungen an und setzte sie so in deren Theoriewertigkeit herab.²⁷³ Hier zeigte sich bereits in der Entwicklungsphase der Marxistischen Gruppe ihre theoretische Arroganz, die die Organisation in den folgenden Jahren zunehmend praktizierte und die ein eigentümliches Kennzeichen der Gruppe ausdrückte.

Die Roten Zellen der Arbeitskonferenz sahen ihre in der ersten Nummer der *Resultate* dargelegte Erklärung über den Zweck ihres theoretischen Organs in der folgenden Ausgabe allerdings als gravierenden Fehler an, da sie „einem Publikum, das von Kritik nichts wissen will, weil es an der Beseitigung von Fehlern kein Interesse hat“²⁷⁴, einen gemeinsamen wissenschaftlichen Anspruch unterstellt hätten, den sie jedoch unter Linken nicht feststellen konnten. Konsequenz dieser Einschätzung war fortan der Verzicht der Gruppe auf jedwede Erläuterung über inhaltliche oder organisatorische Vorgehensweisen der Arbeitskonferenz. Diese Einstellung dokumentierte ein weiteres Spezifikum der Organisation, sich gegenüber allen nicht zur Organisation gehörigen Personen und Gruppierungen abzuschotten.

Die Roten Zellen der Arbeitskonferenz verstanden sich als eine kommunistische Organisation besonderer Prägung, da sie ihre Politik als „Resultat wissenschaftlicher Einsicht in das Kapitalverhältnis“²⁷⁵ definierten und Theoriearbeit als vorrangig vor weiteren politischen Aktivitäten ansahen.²⁷⁶ Politische Praxis etwa in Form von Betriebsarbeit hat es bei der Gruppe nicht gegeben und die Auffassung, Theoriebildung als politische Praxis anzusehen und deren Priorisierung vor allen anderen Tätigkeiten zu betreiben, war bei keiner anderen Gruppierung der damaligen Zeit zu finden. Die Arbeitskonferenz trat zwar mit vielfältigen praktischen Aktionen hervor, die jedoch alle als Einbettungen in ihre Theoriearbeit und deren Vermittlung

²⁷² Ebd., S. 1.

²⁷³ Vgl. Gruppe Rheinische Zeitung (Hrsg.): Akademischer Kommunismus. Die Politik der AK München, in: Rheinische Zeitung Bonn, Nr. 4/5, 1976, September/Oktober 1976, S. 27 – 30, hier S. 27.

²⁷⁴ Rote Zellen/AK München, *Resultate*, 1975, S. 1.

²⁷⁵ Rote Zellen/AK München, *Resultate*, 1974, S. 6.

²⁷⁶ Vgl. ebd., S. 9.

einzuordnen sind. Das waren beispielsweise die Erstellung und Verteilung von Flugblättern oder Broschüren sowie der Verkauf ihrer Publikationen in eigenen Buchläden²⁷⁷ oder an Büchertischen²⁷⁸. Darüber hinaus veranstaltete die Gruppe Teach-Ins, um ihre Theorien auch externen Interessierten anzubieten. Weiterhin vermittelte die Organisation Ergebnisse ihrer Theoriarbeiten in intern ausgerichteten Sympathisantenplenen und Kandidatenschulungen, um Mitglieder für eine Arbeit in der Organisation zu gewinnen und aufzubauen. Die Plenen sowie Kapitalschulungen waren dabei die Organisationsformen, in denen die Gruppe Erkenntnisse über die kapitalistische Gesellschaft weitergab und die die späteren Mitglieder dazu befähigen sollten, politische Aufgaben und Funktionen innerhalb der Organisation wahrzunehmen.²⁷⁹

Die Begründung, Wissenschaft als Voraussetzung kommunistischer Politik festzulegen, entwickelte die Gruppe in ihrer Programatischen Erklärung. Die Erklärung enthielt fünf Abschnitte. In den Abschnitten eins bis drei zeigte die Gruppe Notwendigkeiten auf, Theoriearbeit zu institutionalisieren. Dabei wurde sowohl ihre Auffassung von kommunistischer Politik als auch die Charakterisierung einer kommunistischen Organisation sowie die Begründung einer Agitation an Hochschulen dargelegt. Im vierten Abschnitt formulierten die Roten Zellen / AK Aussagen zum Staat und im letzten Abschnitt einige Aussagen über Bedingungen des über den Staat vermittelten Weltmarktes. Im Folgenden geht es um die ersten Abschnitte der Programatischen Erklärung, die Untersuchungen der Gruppe zum Staat werde ich im nächsten Kapitel wieder aufnehmen.

Die Arbeitskonferenz vertrat die Auffassung, kommunistische Politik resultiere aus der Erkenntnis der kapitalistischen Gesellschaft, aus der sich eine Parteilichkeit für die Überwindung dieser Gesellschaft ergebe.²⁸⁰ Die Arbeiterklasse könne das Kapitalverhältnis aufheben, weil sie die „objektive Negation des Kapitals“²⁸¹ darstelle, so ihre abstrakt gefasste Begründung.

²⁷⁷ Bekannte Buchläden der Marxistischen Gruppe, auf die in ihren Publikationen hingewiesen wurde, waren neben dem Münchner Buchladen die Läden in Bochum, Rottstraße 31; Bremen, Herderstraße 35; Dortmund, Alter Mühlenweg 6; Erlangen, Schillerstraße 5; Frankfurt, Falkstraße 30; Hamburg, Hartungstraße 7; Hannover, Nieschlagstraße 10; Nürnberg, Imhoffstraße 14; Tübingen, Wiener Gäßle 207; Würzburg, Schillerstraße 11 (vgl. Marxistische Gruppe, Argumente, Gesundheitswesen, 1989).

²⁷⁸ Vgl. Marxistische Studentenzeitung Nr. 25/1978, S. 16.

²⁷⁹ Vgl. Rote Zellen/AK München, Resultate, 1974, S. 26.

²⁸⁰ Vgl. ebd., S. 6f. Einige Jahre später konkretisierte die Marxistische Gruppe ihre Gründe für die Unverzichtbarkeit des Kommunismus: „Es sind die Notwendigkeiten dieses Systems [Kapitalismus, W.M.], die Kommunisten abschaffen wollen [...]. Wenn die zahlreichen Ärgernisse, Unarten und Opfer des bürgerlichen Lebens eine Notwendigkeit des ‚Systems‘ sind, dann ist dessen Beseitigung angesagt - in diesem Schluß liegt die ganze Notwendigkeit des Kommunismus“ (Marxistische Streit- und Zeitschrift Nr. 6/1989, S. 27f).

²⁸¹ Rote Zellen/AK München, Resultate, 1974, S. 8.

Nach Auffassung der Arbeitskonferenz habe die Arbeiterklasse in der kapitalistischen Gesellschaft aufgrund der Trennung der Wissenschaft von der Arbeiterklasse von vornherein keinen Zugang zur Wissenschaft, die der Ort sei, in dem die für das Erkennen der Gesellschaft notwendigen systematisch angelegten Herangehensweisen entwickelt würden. Einen Zugang zur Wissenschaft schrieb die Organisation der im gesellschaftlichen Gegensatz zur Arbeiterklasse stehenden Intelligenz zu, die Träger der Wissenschaft sei. Die Arbeiterklasse müsse sich Wissen aneignen und daraus ihren politischen Weg bestimmen. Die Intelligenz, so die Aussage der Gruppe, habe die Aufgabe und die Pflicht, die kapitalistische Produktionsweise zu analysieren und das Wissen darüber der Arbeiterklasse zu vermitteln.²⁸² Woraus sich allerdings Aufgaben und Pflichten der Intelligenz begründen, wurde hier nicht erläutert. Ebenso wenig die Frage nach den Motiven und Interessen einer nicht näher bestimmten Intelligenz, diese Aufgaben und Pflichten wahrnehmen zu wollen.

Die Festlegung der Roten Zellen / AK, dass die Theoriebildung anderen Wegen politischer Praxis voranzugehen habe, führte zur Einrichtung der schon seit Anfang der 1970er Jahre prospektierten und so betitelten „Arbeitskonferenz“ als räumlicher und zeitlicher Ort ihrer theoretischen Arbeit. Die Theoriebildung war für die Organisation nunmehr „gegenwärtig *Hauptinhalt* kommunistischer Politik“²⁸³. Das Insistieren der Gruppe darauf, notwendige Theoriearbeit zu institutionalisieren, um weitergehende politische Praxis umsetzen zu können, ist nicht nur eine auffällige Besonderheit der Marxistischen Gruppierung, sondern ebenso Teil ihrer Kritik an Organisationen, „die aus mangelnder Analyse der allgemeinen Grundlagen und der historischen Situation in den Wahn verfallen, die Partei des Proletariats aus dem Boden stampfen zu können“²⁸⁴.

Die Arbeitskonferenz war bis Ende der 1970er Jahre der Kern und Drehpunkt der Gruppe. Mit ihrer Theoriearbeit beanspruchte die Organisation, die von Marx begonnene Analyse der bürgerlichen Gesellschaft weiter auszuführen. Diese Arbeitsaufgabe spezifizierten die Roten Zellen der Arbeitskonferenz im weiteren Verlauf ihrer Erklärung. Ihr Untersuchungsgegenstand wurde genauer gefasst als „Bestimmungen des Kapitalisten und der Lohnarbeit in der Konkurrenz, wie sie sich im praktischen Verhalten zu ihrer Revenuequelle, somit aber auch in

²⁸² Vgl. ebd., S. 8f.

²⁸³ Ebd., S. 11, Hervorhebung im Original.

²⁸⁴ Ebd., S. 22.

den allgemeinen Bewußtseinsformen ausdrücken“²⁸⁵. Die Untersuchung zum Begriff der Konkurrenz wurde weiter ausdifferenziert in die Arbeitsgebiete zur Konkurrenz der industriellen Kapitale und zur Konkurrenz der Lohnarbeiter sowie darüberhinausgehend zu Untersuchungen über den Staat. Die Gruppe formulierte hier nicht nur ihren eigenen Anspruch, sondern verwies in ihrer Erklärung darauf, dass Marx selbst als Schwerpunkte seiner Analyse zum Begriff des Kapitals Ausarbeitungen zur Konkurrenz, zum Staat, zum Weltmarkt geplant hatte.²⁸⁶

Adressaten der Arbeitskonferenz waren überwiegend Studierende, die ein allgemeines Interesse an Erklärungen über gesellschaftliche Phänomene hatten, aber auch solche, die bereit waren kommunistische Politik zu realisieren.²⁸⁷ Die Bedingungen einer Mitarbeit in der Organisation legte bereits im November 1973 die Marxistische Gruppe Erlangen vor, die in ihrer *Sozialistischen Hochschulzeitung* zugleich eine ausdrückliche Verbindung zur Arbeitskonferenz München formulierte, sodass auch in der Frage der Anforderungen an mögliche Mitglieder eine Gemeinsamkeit zwischen der Erlanger und der Münchner Gruppierung offenkundig wurde.²⁸⁸ Zwei Forderungen stellte die Organisation an Interessierte, die die Politik der Gruppe teilen wollten. Zum einen die Erarbeitung grundlegender Kenntnisse der Kritik der politischen Ökonomie und zum anderen die Aneignung weiterer Arbeiten, wie sie beispielsweise in den Erlanger *Circularen* vorlagen.²⁸⁹

In der Programmatischen Erklärung skizzierte die Gruppe weiterhin Prinzipien ihrer internen Vermittlungszyklen. Ihre politische Arbeit an Hochschulen basierte auf einem Konzept von Sympathisanten- und Kandidatenplen und *Kapital*-Schulungen. Während im Sympathisantenplen ausschließlich Artikel aus der MSZ Diskussionsgrundlage waren, bezog sich die Tätigkeit in Kandidatenplen neben der Diskussion aktueller Fragen auf *Kapital*-Schulungen, in denen naturgemäß das Marxsche *Kapital* sowie veröffentlichte *Kapital*-Kommentare der Gruppe Grundlagen der Arbeit waren. Als Fundament der Schulungen sollten die Bände I bis III der Ausgabe *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie* dienen,²⁹⁰ wobei die Arbeitskonferenz umstandslos diese teilweise nur fragmentarisch vorliegenden Werke von Marx als eine

²⁸⁵ Ebd., S. 14.

²⁸⁶ Vgl. ebd., S. 11. Zu den Inhalten, die Marx beabsichtigte zu erarbeiten, gab es in den 1970er Jahren mehrere Veröffentlichungen (vgl. Rosdolksy 1974; vgl. hierzu auch Schwarz, Winfried: Vom ‚Rohentwurf‘ zum ‚Kapital‘. Die Strukturgeschichte des Marxschen Hauptwerkes, Westberlin 1978).

²⁸⁷ Vgl. Rote Zellen/AK München, Resultate, 1974, S. 9.

²⁸⁸ Vgl. Sozialistische Hochschulzeitung Nr. 1_2/1973, S. 2 und 15.

²⁸⁹ Vgl. ebd., S. 15.

²⁹⁰ Vgl. ebd., S. 3 und S. 12.

inhaltlich durchgängige Einheit behauptete, ohne Probleme etwa zur Herausgabe und inhaltlichen Kontinuität der Bände zu reflektieren.²⁹¹

Die Arbeitskonferenz in München spezifizierte des Weiteren ihr Schulungsmaterial. Das Werk von Karl Marx sollte „durchgearbeitet“ werden, um Erkenntnisse über die kapitalistische Produktionsweise zu erlangen. Angekündigt wurden weitere Kommentare zum *Kapital*, die die Schulungen der Arbeitskonferenz unterstützen sollten: „In den ersten Nummern der *Resultate* werden die wesentlichen Bestimmungen und Übergänge im ‚Kapital‘, Bd. I - III, abgehandelt. [...] Die Kommentare sollen den immanenten Gang des ‚Kapital‘, Bd. I - III, verdeutlichen“²⁹². An anderer Stelle der Programmatischen Erklärung wurde ähnlich argumentiert und hervorgehoben, dass Bestimmungen aus der Abfolge der drei Bände des *Kapitals* heranzuziehen seien.²⁹³

Der in diesem Kontext erhobene Anspruch drückte einerseits aus, dass die Arbeitskonferenz einen allumfassenden Zugang zu den ökonomischen Schriften von Marx leisten wollte, um einen „immanenten Gang“ der Inhalte in den drei Bänden des *Kapitals* aufzuzeigen. Andererseits steckte die Organisation den Rahmen der ökonomischen Schriften eng, indem sie allein das *Kapital* heranziehen wollte. Die ökonomischen Schriften von Marx bestehen demgegenüber nicht nur aus den drei *Kapital*-Bänden, sondern schließen seine in den *Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie* oder *Theorien über den Mehrwert* vorliegenden Arbeiten ein. Darüber hinaus formulierte Marx Hinweise, die zeigen, innerhalb welcher Grenzen die Inhalte im *Kapital* zu betrachten sind und inwieweit beispielsweise Spezialuntersuchungen vorzunehmen wären, die die Analyse im *Kapital* konkretisieren, da diese nach Marx‘ Aussage lediglich einen idealen Durchschnitt repräsentiere.²⁹⁴ Solche Untersuchungen betreffen etwa die realen Verhältnisse der Konkurrenz oder die Analyse von Krisen. Die Aussage der Gruppe, alle wesentlichen Bestimmungen und Übergänge in „der“ Theorie von Karl Marx erfassen zu wollen, auch in der Begrenzung auf die drei Bände zum *Kapital*, kann vor dem Hintergrund des hier umris-

²⁹¹ Die Arbeitskonferenz griff beispielsweise auf die von Marx im dritten Band des *Kapitals* lediglich ansatzweise entwickelte Kategorie der Revenuequelle zurück (vgl. Rote Zellen/AK München, *Resultate*, 1974, S. 14). Diese stellten sie in der Programmatischen Erklärung schlagwortartig als Grundlage für die Entwicklung des Konkurrenzbegriffs heraus, ohne etwa den Begriff des Interesses zu erörtern, der im *Kapital* in den Kapiteln über die Revenuen nur rudimentär behandelt wurde.

²⁹² Rote Zellen/AK München, *Resultate*, 1974, S. 3, Hervorhebung im Original in Großbuchstaben.

²⁹³ Vgl. ebd., S. 12.

²⁹⁴ Vgl. MEW 25, S. 839. Die Schriften von Marx und Engels werden hier in der Kurzfassung „MEW“ zitiert. Die vollständige Zitierweise lautet: Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werkausgabe (MEW), hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED.

senen Komplexes der Kritik der politischen Ökonomie nur als Theorie-Überheblichkeit der Arbeitskonferenz bezeichnet werden.

Manche Themenbereiche im *Kapital* sind zum einen von Marx nur unvollständig bearbeitet oder gar nicht weiterverfolgt worden. Damit ist nicht allein das am Ende des dritten Bandes lediglich begonnene Kapitel über die Klassen der kapitalistischen Gesellschaft gemeint, vielmehr betrifft die Unvollständigkeit gerade solche Aussagen vor allem in den Abschnitten über die Revenuen und ihren Quellen, die sich auf Gesamtprozesse kapitalistischer Produktion beziehen und Beziehungen der Eigentümer von Einkommensquellen untereinander thematisieren. Die hierin enthaltenen Bestimmungen beispielsweise über die Interessen der Kapitaleigentümer, Grundeigentümer und Eigentümer von Arbeitskraft sind von Marx fragmentarisch bearbeitet worden und zeugen keineswegs von einem „immanenten Gang“ im Kapital.

Zum anderen ist es keineswegs so, dass von einer problemlosen Einheit der drei Bände des *Kapitals* gesprochen werden kann. Hinsichtlich der Herausgabe der Werke muss der Entwurfsscharakter Marxscher Ausarbeitungen, vor allem für die Bände zwei und drei, zusätzlich erörtert werden. Zur Frage der Publikation Marxscher Werke gilt es, die nicht vollständige Bearbeitung der Bände durch Marx und die Fertigstellung einzelner Passagen oder Abschnitte von Friedrich Engels zu beurteilen. Die veröffentlichten Bände des *Kapitals* ²⁹⁵ zeigen eine thematische Struktur auf, die mit Ausnahme des ersten Bandes in dieser Form nicht von Marx, sondern von Engels zusammengestellt wurde. Der zweite und der dritte Band sind von Engels aus verschiedenen Manuskripten erstellt, die Marx in den 1860er und 1870er Jahren geschrieben hatte. Engels veränderte an vielen Stellen Marx' Manuskripte und erstellte im dritten Band fast alle Untergliederungen und Überschriften.²⁹⁶ Inwieweit die von Engels vor allem im dritten Band des *Kapitals* vorgenommenen Textveränderungen wesentliche inhaltliche Änderungen darstellen, kann an dieser Stelle im Einzelnen nicht entschieden werden. Festzuhalten ist

²⁹⁵ Das *Kapital* sowie andere Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels sind in der oftmals als „Blaue Bände“ bezeichneten Edition der Marx-Engels-Werke (MEW) veröffentlicht, die mittlerweile 44 Bände umfasst (vgl. Marx/Engels Werkausgabe (MEW)). Seit mehreren Jahrzehnten werden darüber hinaus sämtliche Veröffentlichungen von Marx und Engels, beispielsweise einzelne Schriften, Briefe oder Manuskripte sowie ihr Nachlass, in einer historisch-kritischen Ausgabe, der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA), herausgegeben (vgl. Marx/Engels Gesamtausgabe (MEGA)). Auch die Manuskripte zum *Kapital* sind Teile der MEGA und können mit den Inhalten der MEW-Ausgabe verglichen werden, um mögliche Unterschiede zwischen den gängigen Publikationen und den Manuskripten offenzulegen.

²⁹⁶ Vgl. Heinrich, Michael: Die Marxschen Texte zur Ökonomiekritik, unveröffentlichtes Seminarmaterial, Berlin 2000, URL: <http://www.oekonomiekritik.de>, letzter Zugriff 29.01.2021, S. 4. Das dritte Buch des *Kapitals* liegt darüber hinaus in zwei Fassungen vor, die einen Vergleich der Struktur ermöglichen. Das sind zum einen der von Marx 1864/65 verfasste Entwurf und zum anderen die 1894 von Engels herausgegebene Druckfassung.

jedenfalls, dass Engels Materialien, die zur Druckausgabe des dritten Bandes des *Kapitals* führten, in der Form bearbeitete, indem er vor allem eine Entzifferung der Marxschen Manuskripte vornahm. Dabei strukturierte er den Text, stellte diesen um und nahm Fußnotentexte in den Haupttext, so dass Bearbeiter der Marx-Engels-Gesamtausgabe die Entzifferung der Manuskripte durch Engels als eine über die Handschriftübertragung hinausgehende Arbeit bezeichnen.²⁹⁷

Vor diesem Hintergrund sind die drei Bände des *Kapitals* inhaltlich einerseits in ihrer Gesamtheit zu sehen, in denen über den unmittelbaren Produktionsprozess des Kapitals hinaus die verschiedenen Stadien kapitalistischer Zirkulationsprozesse und ebenso der Gesamtprozess kapitalistischer Produktion dargestellt werden.²⁹⁸ Andererseits aber seitens der Arbeitskonferenz von einem geschlossenen Zusammenhang bei einem unvollständigen Werk zu sprechen, das zudem unterschiedlich weit bearbeitet wurde, ist überhöht und spiegelt eine politökonomische Grundlage vor, die so nicht existiert. Die Behauptung der Arbeitskonferenz, es handle sich um eine inhärente Inhaltsstruktur der drei Bände des *Kapitals*, ist insofern nicht zutreffend. Der von den Roten Zellen der Arbeitskonferenz postulierte „immanente Gang“ im dreibändigen *Kapital* war ein ideelles Konstrukt der Gruppe. Die Organisation transportierte mit ihrer Behauptung, es existiere ein immanenter Gang im *Kapital*, den Mythos einer allumfassenden Marx-Autorität, der sich mindestens in diesem Fall als brüchig ausweisen lässt.

Die Gruppierung agierte dabei mit einer Kennerschaft über Marxsche Theorie, die dogmatisch wirkte. Das zeigte sich in manchen Diskussionen, in denen Mitglieder der Gruppe eine an ihren Ausführungen vorgetragene Kritik mittels nicht ausgewiesener Behauptungen zurückwiesen – etwa mit Hinweisen, Marx habe zu Fragen der Methode alles Nötige gesagt – oder die vorgetragene Kritik in stereotyper Weise mit denselben Argumenten zunehmend lautstärker niederzuringen suchten. Das waren vor allem Aussagen, die Probleme des Aufbaus und der

²⁹⁷ Vgl. MEGA II/14 Berlin 2003, S. 463. Die vollständige Zitierweise der „MEGA“ lautet: Marx, Karl/Engels, Friedrich: Gesamtausgabe (MEGA), hg. von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung Amsterdam, Berlin 1975ff, URL: <http://telota.bbaw.de/mega/#>, letzter Zugriff 05.10.2023.

²⁹⁸ Weitere Arbeiten von Marx wie die sogenannten *Grundrisse* (vgl. MEW 42) oder die *Theorien über den Mehrwert* (vgl. MEW 26.1 bis 26.3) gehören ebenso zum Gesamtwerk der Kritik der politischen Ökonomie, werden an dieser Stelle jedoch nicht weiter erörtert, da der Rahmen der Arbeit dies nicht zulässt. Zur Diskussion über den Planaufbau und Planänderungen in den 1960er und 1970er Jahren im ökonomischen Werk von Karl Marx vgl. Tuchscheerer, Walter: Bevor ‚Das Kapital‘ entstand. Die Entstehung der ökonomischen Theorie von Karl Marx, 2., unveränd. Aufl., Köln 1968; Rosdolsky 1974; Müller, Manfred: Auf dem Wege zum ‚Kapital‘. Zur Entwicklung des Kapitalbegriffs von Marx in den Jahren 1857 – 1863, Berlin 1978; Schwarz 1978. Vgl. auch Heinrich 2002, S. 92 – 101, der einen neueren Beitrag zum Aufbauplan des Marxschen *Kapitals* lieferte und auf Brüche in der Struktur der drei *Kapital*-Bände hinwies.

finalen Bearbeitung des *Kapitals* betrafen. Die Gruppe interessierte solche Fragestellungen nicht, da sie methodologische Probleme nicht zu bearbeiten beabsichtigte.²⁹⁹

In Beziehung zum Aufbau ihrer Organisation hoben die Roten Zellen / AK hervor, dass jede kommunistische Organisation nur eine Kader- und keine Massenorganisation sein könne. Damit zusammenhängend begründete die Arbeitskonferenz in der Programmatischen Erklärung ihre politische Agitation an Hochschulen. Die Verfasser der Schrift erklärten, Wissenschaftlicher Sozialismus sei Theoriebildung und Träger von Wissenschaft eine Intelligenz, die trotz ihres in der kapitalistischen Gesellschaft grundsätzlichen Gegensatzes zur Arbeiterklasse die Voraussetzung wissenschaftlichen Arbeitens mitbringe und insofern eine bedeutende Funktion für sozialistische Politik erfülle.³⁰⁰ Die Suche nach potentiellen Mitgliedern sollte nach den Vorstellungen der Gruppe allerdings nicht im beruflichen Reproduktionsbereich der Intellektuellen liegen, sondern in einem Bereich, der einen gewissen Freiraum für die Erarbeitung des wissenschaftlichen Sozialismus zuließe, da hier die Zwänge des unmittelbaren Berufsfeldes fehlen würden. Die Hochschule war für die Organisation daher der Bereich, in dem mögliche Mitstreitende kontaktiert wurden, da Studierende sich grundsätzlich mit Wissenschaft befassten und das zunächst in einem Umfeld, das vordergründig noch keinen unmittelbaren Zwang zur beruflichen Reproduktion enthielte.

Die Arbeitskonferenz begründete ihre Hochschulpolitik mit den hier dargelegten Argumenten, um Studierende für die Mitarbeit in der Organisation zu gewinnen.³⁰¹ Mitglied einer kommunistischen Organisation könne jedoch nur die Person sein, die sich Wissen erarbeite und Disziplin mitbringe, denn diese Momente würden das Verhalten eines Mitglieds ihrer Gruppierung kennzeichnen. Die Forderung an das Mitglied bestünde demnach darin, „seine Privatinteressen als kapitalistische zu reflektieren und nicht mehr als Zweck seines Handelns gelten zu lassen“³⁰². Aufgabe der Organisation sei es, dass „dem einzelnen durch Argumente, die aus dem gemeinsamen Wissen geschöpft sind, die Notwendigkeit einsichtig gemacht wird, die Anforderungen für sich durchzusetzen“³⁰³. Das gemeinsame Wissen resultiere nach Auffassung der Arbeitskonferenz aus der Analyse kapitalistischer Verhältnisse und dem Wissen folge der Zweck, den Mitglieder kommunistischer Organisationen verwirklichen wollen, nämlich „die

²⁹⁹ Vgl. Rote Zellen/AK München, Resultate, 1974, S. 48 – 53.

³⁰⁰ Vgl. ebd., S. 23.

³⁰¹ Vgl. ebd., S. 25.

³⁰² Ebd., S. 20, vgl. auch S. 21.

³⁰³ Ebd., S. 21f.

Abschaffung dieser Gesellschaftsform. Als widersprüchliche erkannt, ist sie dem Veränderungswillen des Erkennenden unterworfen“³⁰⁴. Hier zeigte sich die Bestimmung des Willens als signifikantes Moment im politischen Konzept der Gruppe, das vor allem die Möglichkeit einer grundlegenden Veränderung gesellschaftlicher Realität durch menschliche Tatkraft betraf, sobald die Menschen dies erkennen und wollen würden.

Ein weites Feld theoretischer Bestimmungen wurde im nachfolgenden Text der Programmatischen Erklärung mit der Aussagenkette „Wissen – Erkennen – Wille – Verhalten“ angerissen, aber nicht weiter präzisiert.³⁰⁵ Den an dieser Stelle lediglich skizzierten Komplex erkenntnis- und handlungstheoretischer Zusammenhänge verfolge ich hier nicht weiter, da eine genauere Auseinandersetzung mit Fragen etwa zur Erkenntnistheorie das Konzept und den Rahmen der Arbeit weit übersteigt.

4.1.2 Inhaltliche Schwerpunkte der Arbeitskonferenz München und der Theoriefraktion Erlangen

In der Zeit bis Ende der 1970er Jahre richtete die Arbeitskonferenz die Schwerpunkte ihrer theoretischen Tätigkeit vor allem nach den in der Programmtischen Erklärung gefassten Themen aus, die die Roten Zellen der Arbeitskonferenz in Artikeln ihrer studentischen Zeitung veröffentlichten. Die von der Gruppe anvisierten Inhalte konzentrierten sich neben den in der *Marxistischen Studentenzeitung* abgedruckten Artikeln auf verschiedene andere Theoriearbeiten. Das waren zum einen Ausarbeitungen zur „Oberfläche“ des Kapitalbegriffs,³⁰⁶ womit vor allem die Bereiche über die drei Quellen von Revenue (Kapital, Boden und Arbeit), die Interessen der Revenuequellen-Eigentümer sowie allgemeine Bestimmungen über den Begriff der Konkurrenz gemeint waren.³⁰⁷ Anspruch der Organisation war es, wie bereits erwähnt, die Arbeitsgebiete zu den Bestimmungen über die Konkurrenz aufzufächern in die Konkurrenz der industriellen Kapitale und in die Konkurrenz der Lohnarbeiter.³⁰⁸ Zum anderen stellte sich für die Gruppe weiterhin die Aufgabe, eine Analyse des Staates vorzunehmen. Es sollte eine Theorie entwickelt werden, die ausging vom „Zusammenhang zwischen Ökonomie und Staat [...]“

³⁰⁴ Ebd., S. 21.

³⁰⁵ Vgl. ebd., S. 23 – 29.

³⁰⁶ Siehe hierzu meine Ausführungen im folgenden Kapitel.

³⁰⁷ Vgl. Marxistische Gruppe/Theoriefraktion, Circular 3, 1973, S. 1 – 26.

³⁰⁸ Die Gruppe veröffentlichte im Jahr 1979 zwar Entwürfe mit den Titeln „Die Konkurrenz der Kapitalisten“ und „Lohnarbeit – Konkurrenz der Arbeiter – Klassenbewußtsein“ (vgl. Marxistische Gruppe, Konkurrenz der Kapitalisten, 1979c und Konkurrenz der Arbeiter, 1979d), die allerdings in der weiteren Theoriearbeit der Organisation keine Aufnahme fanden.

als notwendiger Übergang von den Bestimmungen zur Konkurrenz zur ihr gegenüberstehenden allgemeinen Macht“³⁰⁹. Eine derart strukturierte Untersuchung sollte hinreichende Erklärungen für den von der Ökonomie abgesonderten und selbstständig existierenden Politikbereich enthalten. Für die anvisierte Analyse wurden Theorieansätze aus der ersten Ausgabe der *Resultate*-Reihe und Arbeiten aus der *Circular*-Reihe der Theoriefraktion der Marxistischen Gruppe Erlangen mit herangezogen, die damit – neben dem gleichartigen Schulungsprogramm beider Gruppierungen – einen weiteren inhaltlichen Bezug der Erlanger Organisation zur entstehenden überregionalen Marxistischen Gruppe markierten.

Die Einlösung der in der ersten Nummer der *Resultate der Arbeitskonferenz* formulierten Arbeitsansprüche begann teilweise schon in derselben Ausgabe. Zum einen setzte die Gruppe mit einem Kommentar zu den ersten Abschnitten des Marxschen *Kapitals* an. Kommentare zu weiteren Abschnitten des *Kapitals* wurden zwar in der zweiten Ausgabe der *Resultate* fortgeführt, danach allerdings in keiner Veröffentlichung der Arbeitskonferenz oder der Marxistischen Gruppe wieder aufgenommen, obwohl dies mehrfach angekündigt wurde.³¹⁰ Offenbar veränderte die Organisation ihren Anspruch, Ergebnisse ihrer Theoriearbeit anderen Personen oder Gruppen als Schulungsmaterial zur Verfügung stellen zu wollen und nutzte ihre erarbeiteten Texte ausschließlich intern. Zum anderen begann die Arbeitskonferenz in der ersten *Resultate*-Broschüre mit einer Auseinandersetzung über damalige Ansätze zur Staatstheorie. Eine Analyse des Staates legte die Gruppe dann einige Jahre später vor.

Die Fortführung der von der Gruppe in Angriff genommenen Arbeiten war insofern nicht nur lückenhaft, sondern ebenso von einigen neu aufgestellten Konzepten geprägt – vor allem mit der Ausrichtung des „Sozialistischen Studiums“³¹¹ – sodass von einer kontinuierlichen Realisierung ihrer festgelegten Vorhaben nicht gesprochen werden kann. Gewichtige Bereiche, etwa Bestimmungen zur Konkurrenz als Voraussetzung einer Untersuchung des Staates,

³⁰⁹ Rote Zellen/AK München, *Resultate*, 1974, S. 121.

³¹⁰ Kommentare zum *Kapital* sollten, so schrieb die Gruppe einige Jahre später, in zusammengefasster Form jeweils zu einem Band des *Kapitals* erscheinen (vgl. Marxistische Gruppe, *Resultate*, 1979c, Umschlagrückten).

³¹¹ Vgl. Marxistische Studentenzeitung Nr. 3/1972, S. 6; vgl. Rote Zellen/AK München und AStA LMU München, Hochschulpolitische Informationen, 1972/73, S. 3 – 8. Die Roten Zellen/AK stellten seit Anfang der 1970er Jahre in MSZ-Artikeln ihre Vorstellungen von sozialistischen Studien in verschiedenen Einzelwissenschaften vor. Vertreten waren die Bereiche Germanistik (vgl. MSZ Nr. 9/1971, S. 1 und 7 sowie MSZ Nr. 10/1972, S. 3 und 7), Naturwissenschaft (vgl. MSZ Nr. 9/1972, S. 8), Politologie (vgl. MSZ Nr. 6/1973, S. 7 und 11), Ökonomie (vgl. MSZ Nr. 5/1973, S. 4f), Soziologie (vgl. MSZ Nr. 3/1973, S. 10), Philosophie (vgl. MSZ Nr. 2/1973, S. 9f), Jura (vgl. MSZ Nr. 1/1973, S. 6f), Humanmedizin (vgl. MSZ Nr. 8/1973, S. 3f), Volkswirtschaftslehre (vgl. MSZ Nr. 9/1973, S. 8f), Geschichte (vgl. MSZ Nr. 1/1974, S. 8f), Pädagogik (vgl. MSZ Nr. 3/1974, S. 6 – 8) und Sozialwesen (vgl. MSZ Nr. 5/1974, S. 6f).

wurden, wie erwähnt, teilweise erarbeitet und im Stadium eines Entwurfs veröffentlicht, jedoch auch in späteren Arbeiten der Marxistischen Gruppe nicht wieder aufgenommen. In einem Artikel der MSZ räumte die Organisation Versäumnisse ein und konstatierte, dass von der Gruppe weder systematische Arbeiten zur Konkurrenz der Kapitalisten und Lohnarbeiter noch zum Staat veröffentlicht wurden. Zugleich entzogen sie sich dem Vorwurf, notwendige Arbeiten nicht geleistet zu haben, durch einen überraschenden Vermerk. Sie hoben hervor, dass „das eine oder andere Urteil über die ‚Oberfläche des Kapitals‘, also über seine ganz gewöhnliche Art, sich durchzusetzen“³¹² an verschiedenen – allerdings nicht weiter angeführten Stellen – in der MSZ zu finden wäre. Hier suggerierte die Gruppe, dass sie mit vereinzelt Aussagen in ihrer Zeitung einen umfangreichen Theoriekomplex sowohl erfasst als auch erklärt habe und offenbarte dadurch einmal mehr ihre theoretische Überheblichkeit.

4.1.2.1 Die *Marxistische Studentenzeitung* in der Zeit von 1974 bis 1980

Der Vorgänger der *Marxistischen Studentenzeitung*, die *Münchener Studentenzeitung*, wurde schon seit dem Beginn ihrer Herausgabe auch außerhalb Münchens gelesen, allerdings entstand mit dem Inkrafttreten des Bayerischen Hochschulgesetzes und dem damit verbundenen Fortfall aller Universitätsmittel für die Roten Zellen / AK zum einen die Notwendigkeit, eine neue Hochschulzeitung zu konzipieren, die zum anderen nun auch zielgerichtet bundesweit vertrieben werden sollte, um den Adressatenkreis der Organisation zu erweitern. Nachfolger der *Münchener* wurde somit die *Marxistische Studentenzeitung*, die ebenfalls das Kürzel MSZ trug und von den Roten Zellen der Arbeitskonferenz in Zusammenarbeit mit der Erlanger Gruppe herausgegeben wurde. Die Beendigung der Zeitungen der lokalen marxistischen Gruppen und ihre dadurch bedingte Fokussierung auf die neu konzeptionierte MSZ zeigten den Beginn der inhaltlichen Zentralisierung der regionalen Gruppen auf die Münchner Organisation an.

Die *Marxistische Studentenzeitung* der Jahre 1974 bis 1980 enthielt Artikel zu den Themenbereichen „Hochschule und Wissenschaft“, „Wirtschaft“, „Staat und Parteien“, „Imperialismus“, „Bürgerliche Presse“ und „Linke Autoren und Gruppierungen“. Nach Angaben des Redaktionskollektivs war die MSZ die bundesweit meistverkaufte Studentenzeitung in der damaligen Zeit.³¹³ Bereits 1976 waren die ersten beiden Jahrgänge vergriffen, sodass die Gruppe

³¹² Marxistische Studentenzeitung Nr. 24/1978, S. 8.

³¹³ Bis Mitte der 1980er Jahre betrug die Auflagenzahl der MSZ etwa 10.000 Exemplare (vgl. Lang 2023, S. 225), 1990 waren es etwa 18.000 Zeitungen, die verkauft wurden (vgl. Verfassungsschutzbericht Bund 1985, S. 104, vgl. Verfassungsschutzbericht Bund 1990, S. 38).

den Nachdruck bedeutender Artikel vornahm. Dieser Vorgang wiederholte sich wiederum zwei Jahre später, da auch die Ausgaben der folgenden Jahre im Nachhinein nicht mehr erhältlich waren.

Einige der nachgedruckten Artikel wurden nun zusätzlich mit Vorbemerkungen des Redaktionskollektivs versehen, die den „falschen Auffassungen der Artikel begegnen und [...] die offenen und heimlichen revisionistischen Vorstellungen bei unseren Lesern angreifen“³¹⁴ sollten. Die erneute Lektüre der Artikel sollte offensichtlich nicht mehr unvoreingenommen vonstatten gehen, sondern von Anfang an auf den Standpunkt der Arbeitskonferenz ausgerichtet werden. Ein Beispiel aus einer Vorbemerkung des MSZ-Kollektivs zum ersten Nachdruck zeigte, wie der Leser seine „falschen“ Auffassungen vor der Kenntnisnahme des Artikels beiseitelegen und den Artikel deuten sollte. In dem Artikel „Die dialektischen Umtriebe der ‚marxistisch-leninistischen‘ Wissenschaft“, einem Vorspann zum nachfolgenden Beitrag über politisch-ideologische und weltanschauliche Positionen in der ehemaligen DDR, formulierten die Redakteure ihr Fazit, das als Lesebrille für den Beitrag dienen sollte: „Der im anderen Deutschland gelehrte ML [Marxismus-Leninismus, W.M.] kennt nur ein Interesse, er bekennt sich zum revisionistischen Staat und betreibt in der eintönigen Subsumtion aller Gegenstände unter die Proletarische Weltanschauung die *Unterordnung aller übrigen Interessen unter die Staatsraison*“³¹⁵. Der MSZ-Redaktion war unübersehbar vor allem die Lesart einer staatspolitischen Fügsamkeit wichtig, die in dem Beitrag besonders beachtet werden sollte und auf diesen Standpunkt musste der Leser offenbar erst hingewiesen werden.

Das Vorwort zum zweiten Nachdruck war deutlich knapper gehalten, enthielt allerdings ebenso eine Lesehilfe, durch die ein unvoreingenommenes Verstehen der Artikel gar nicht erst aufkommen sollte: „Wo wir es für sachdienlich hielten, haben wir [...] Bemerkungen zum besseren Verständnis oder zur Aktualisierung beigegeben“³¹⁶. Gegen eine Aktualisierung veralteter Artikel gibt es sicher nichts einzuwenden, jedoch ist fraglich, weshalb beispielsweise eine allgemeine Darstellung zur Aufgabe und Funktionsweise eines Parlaments, die in hier exemplarisch ausgewählter Artikel enthalten sollte, nach kürzester Zeit auf den neuesten Stand gebracht werden musste. Die Vorgaben zu dem betreffenden Beitrag „Das Parlament“ wurden von der MSZ-Redaktion deutlich herausgestellt, um den Leser wiederum auf den passenden

³¹⁴ Rote Zellen und Marxistische Gruppen, Hochschulpolitik, 1977, S. 7.

³¹⁵ Ebd., S. 18, Hervorhebungen im Original.

³¹⁶ Rote Zellen/Marxistische Gruppen, MSZ-Nachdruck, April 1978, S. 7.

Standpunkt auszurichten: „Die Reduktion auf die bloße Zustimmung, sich auch in Zukunft regieren zu lassen, die seitens der Bürger erbracht werden muß, ist das, was der Staat braucht und was die Parlamentsdebatten [...] zwischen den Wahlen besorgen. Dies *ist* die Herrschaft des Volkswillens“³¹⁷. Die funktionale Brauchbarkeit der Bürger für den Staat konnte der unbeeinflusste Leser wohl nur standpunktgeleitet herausfinden.

4.1.2.2 Die *Resultate der Arbeitskonferenz*

Die *Resultate der Arbeitskonferenz* lösten Ende 1974 die *Münchener Studentenzeitung* als theoretisches Organ der Roten Zellen / AK ab. Regelmäßig, in einem halbjährigen Rhythmus,³¹⁸ sollten Ergebnisse gruppeninterner Theoriearbeiten publiziert werden. Allerdings hielt die Organisation ihren Anspruch nicht ein. Schon die zweite Ausgabe erschien über ein Jahr später und die dritte Ausgabe der *Resultate* erschien weitere drei Jahre danach. Gründe für das verspätete Erscheinen wurden zunächst nicht genannt. Erst im April 1979 kündigte die Marxistische Gruppe in ihrer Zeitung und in einigen Broschüren das Erscheinen der dritten *Resultate*-Nummer als ihre Analyse „Der bürgerliche Staat“ an. Der Untersuchung über den Staat kam im Theoriebildungsprozess der Arbeitskonferenz und der späteren Marxistischen Gruppe eine besondere Bedeutung zu. Da ich die Staatstheorie der Marxistischen Gruppe inhaltlich im nächsten Kapitel genauer bearbeite, gehe ich an dieser Stelle lediglich auf einige methodische Bemerkungen der Gruppe ein, die die Autoren in ihren Schriften oftmals praktizierten.

Die Autoren stellten bei der Vorstellung der dritten *Resultate*-Nummer zum einen heraus, das Werk erscheine „ein paar Jährchen zu spät“³¹⁹ und nannten zum anderen den Grund der Verspätung: „Das Ganze ohne Belege und Fußnoten, weil sie sonst auch nicht fertig und viel dicker geworden wäre, die Staatsableitung“³²⁰. Mit den wenigen Jährchen meinte die Gruppe eine Verzögerung von fast zehn Jahren, denn bereits vor der Etablierung der Arbeitskonferenz befassten sich Mitglieder der Roten Zellen in Ausschüssen mit Fragen zur Theorie des Staates und beabsichtigten eine baldige Veröffentlichung ihrer Ergebnisse, die jedoch nicht stattfand.³²¹ Den Fortfall von Belegen und Fußnoten als Begründung für eine notwendig gewordene Veröffentlichung anzugeben – „weil sie sonst nicht auch fertig und viel dicker geworden wäre“ –

³¹⁷ Ebd., S. 64, Hervorhebung im Original im Sperrdruck.

³¹⁸ Vgl. Rote Zellen/AK München, *Resultate*, 1974, vorderer Klappentext.

³¹⁹ Marxistische Studentenzeitung Nr. 28/1979, S.2.

³²⁰ Marxistische Gruppe, Kritik der bürgerlichen Wissenschaft, Politologie, April 1979, S. 63.

³²¹ Vgl. Rotes Blatt München Nr. 21/1970, S. 3.

lässt Zweifel an der wissenschaftlichen Gründlichkeit der Autoren zu, da Belege in einer Abhandlung ein erforderliches wissenschaftliches Mittel sind, um Aussagen auch anhand der Originaltexte nachvollziehen und prüfen zu können. Das trifft vor allem auf Arbeiten zu, die wie die Staatsanalyse der Marxistischen Gruppe nicht nur auf Aussagen oder Theorien anderer Autoren verweist, sondern in der die Verfasser der Staatstheorie von ihnen herangezogene Zitate kritisierten. Fehlen die Belege, können zwar Argumente anhand der von der Gruppe vorgegebenen Aussagen nachvollzogen werden – ob allerdings die aufgenommene und zu diskutierende Aussage adäquat wiedergegeben wurde, ist ohne Verweise nicht nachprüfbar, wie ich im Folgenden an dem von den Autoren kritisierten Beispiel einer „Deduktion des Staates“ aufzeige.

Darüber hinaus zeigte sich an der Schrift der Marxistischen Gruppe zum einen, dass die Autoren ihre eigene Aussage ignorierten und immer dann Belege anführten, wenn sie es für wichtig hielten.³²² Zum anderen deutet der Hinweis auf fehlende Belege und Fußnoten wiederum auf eine theoretische Überheblichkeit der Gruppe hin, da sie Verweise und Fußnoten grundsätzlich als überflüssiges Beiwerk ansahen und diesen „methodologischen Veranstaltungen“³²³ keinen Raum gaben.

Die in der Ankündigung ebenfalls vorzufindende Aussage, dass die Staatstheorie der Gruppe ohne Vorkenntnisse gelesen werden könne, war zudem irreführend, da ihre Analyse eine Vielzahl an inhaltlichen Voraussetzungen enthält, wie ich in der Untersuchung über die Staatstheorie der Marxistischen Gruppe zeigen werde.

Der von den Autoren in ihrer Staatstheorie aufgenommene und kritisierte anthropologische Ansatz einer „Deduktion des Staates aus der Menschennatur“ zeigt die Notwendigkeit von Belegen in Abhandlungen, da ohne Verweise spekulative und mehrdeutige Interpretationen möglich sind. Die Gruppe führte aus:

Die *Deduktion des Staates* aus der *Menschennatur* gehört zum Standardrepertoire jedes aufgeklärten Studienrates und Professors, wobei einmal die Gegensätze der kapitalistischen Gesellschaft bemüht werden, und nicht die liebenswerten Unterschiede. Die Deduktion übersieht, damit sie geht, den *Zwang zur Konkurrenz*, den der Staat *setzt*, samt sämtlichen ökonomischen Eigentümlichkeiten, um das schiere *Gegeneinander* zum Ausfluß der *Menschennatur* zu erklären: homo homini lupus,

³²² Vgl. Marxistische Gruppe, Resultate, 1979a, S. 9, S. 27, S. 31, S. 33, S. 51, S. 65, S. 69, S. 83, S. 104.

³²³ Ebd., S. 5.

ergo müssen ein paar Wölfe für den Frieden unter den restlichen Wölfen eintreten,
und das ist dann die notwendige staatliche Ordnung.³²⁴

Ohne zum einen anzuzeigen, in welcher Arbeit ein nicht genannter Studienrat oder Professor den Staat aus der Menschennatur deduziert, wurde zum anderen behauptet, diese Person argumentiere mit Gegensätzen der kapitalistischen Gesellschaft, die die Autoren weder bezeichnen noch erläuterten. Der Ausspruch „homo homini lupus“ („der Mensch ist dem Menschen ein Wolf“) wurde von den Autoren herangezogen, um aus der Metapher, der Mensch sei ein gefährlicher Feind des Menschen, umstandslos zu folgern, dass deshalb ein paar Menschen-Wölfe Frieden unter den sich wie Wölfe verhaltenden Menschen schaffen müssen. So konstruierten die Autoren ihre Kritik an der Begründung für eine notwendige staatliche Ordnung, die offenbar eine wiederum nicht belegte Anspielung auf Thomas Hobbes' *Leviathan* war. Ohne einen Verweis auf Hobbes' Abhandlung wurde behauptet, er habe bei seiner Herleitung des Staates, die von einem „Krieg aller gegen alle“ ausging, den Zwang zur Konkurrenz übersehen. Die „Deduktion des Staates“ formulierte Hobbes allerdings in anderer Art und Weise.³²⁵

Thomas Hobbes wollte im *Leviathan* demonstrieren, dass – in Analogie zur Kunstfertigkeit in der Natur – auch der Mensch künstliche Dinge erschaffen und sogar den von der Natur geschaffenen Menschen kunstfertig nachahmen könne. Selbst der Staat oder das Gemeinwesen – wenn auch ungleich größer und stärker als der natürliche Mensch – ist nach Hobbes nur ein künstlicher Mensch, der Leviathan, Symbol für einen allmächtigen Staat. Hobbes stellte in seiner Ausführung über das Gemeinwesen dar, dass die Teile des Staates ähnlich wie Teile eines menschlichen Körpers aufgebaut seien. Er beschrieb das Wesen des „künstlichen“ Menschen und begann dabei mit dem Menschen als „Material“, schritt dann später fort zu Verträgen, durch die der künstliche Mensch gemacht sei. Hobbes legte im *Leviathan* mit der Darstellung vom staatlichen und kirchlichen Gemeinwesen den Zusammenhang offen, der für ihn zur Entstehung eines notwendigen Herrschaftssystems führte. Der von der Marxistischen Gruppe vermisste Zwang zur Konkurrenz hat in diesem Kontext keine Bedeutung.

³²⁴ Ebd., S. 11, Hervorhebungen im Original gesperrt gedruckt.

³²⁵ Bei Thomas Hobbes heißt es: „Letzte Ursache, Zweck oder Absicht der Menschen [...] bei der Einführung jener Selbstbeschränkung (in der wir sie in Gemeinwesen leben sehen) ist die Vorsorge für ihre Selbsterhaltung und dadurch für ein zufriedeneres Leben; das heißt, daß sie jenem elenden Kriegszustand entkommen wollen, der [...] die notwendige Folge der natürlichen Gemütsbewegungen der Menschen ist, wenn es keine sichtbare Macht gibt, um sie in Schrecken zu halten und sie durch Furcht vor Strafe an die Erfüllung ihrer Verträge und die Befolgung jener Naturgesetze zu binden“ (Hobbes, Thomas: *Leviathan*. Aus dem Englischen übertragen von Jutta Schlösser, hg. von Hermann Klenner, Hamburg 1996, S. 141).

4.1.2.3 Fachbereichszeitungen und die *Circulare*

Fachbereichszeitungen waren für lokale Marxistische Gruppen geeignete Orte ihrer Veröffentlichungen mit überwiegend universitären und ortsgebundenen Themen.³²⁶ Sie erschienen in den Jahren 1975 bis 1979 und wurden mit der Einrichtung zentraler Publikationsreihen der vereinheitlichten Organisation eingestellt. Die Münchner Fachbereichszeitungen wurden in den Jahren nach der Auflösung der Studierendenschaft in Bayern bis zur Konsolidierung der Marxistischen Gruppe anfangs von den Roten Zellen der Arbeitskonferenz und später von der Marxistischen Gruppe München herausgegeben. Diese Zeitungen aus den Fachschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität in München waren Fortsetzungen der bisherigen Fachschaftsinformationen.³²⁷ Vergleichbar zur Münchner Situation gab die Theoriefraktion an der Friedrich-Alexander-Universität in Erlangen die dortigen Fachbereichszeitungen heraus, die ebenfalls die vorherigen Informationen aus den Fachbereichen ersetzten.³²⁸ Mit der Vereinheitlichung der lokalen Gruppen zur Marxistischen Gruppe richtete die Organisation ihren Fokus inhaltlich stärker auf überregional bedeutende Inhalte aus. Die Eingliederung der lokalen Gruppen war für die Organisation insofern Anlass, statt Fachbereichszeitungen nunmehr verschiedene Reihen aufzulegen, etwa die Reihe „Kritik der bürgerlichen Wissenschaft“, die zentral in München vorbereitet, herausgegeben und bundesweit vertrieben wurde.

Zwei Artikel aus Fachbereichszeitungen sollen exemplarisch einen Eindruck über Inhalt und Kommunikationsstil der Gruppierungen vermitteln. Die Rote Zelle Soziologie, Politologie und Geschichte an der LMU München behandelte in einer ihrer Fachbereichszeitungen einen 1975 in der Wochenzeitung *Die Zeit* erschienenen Artikel von Golo Mann mit dem Titel „Marxismus heute – mehr Glaube als Wissenschaft?“. Kern dieser Auseinandersetzung war zum einen die Biografie als Form der Geschichtsschreibung. Die Autoren problematisierten, inwieweit bei Biografien ein historischer Zusammenhang letztendlich mit der Fokussierung auf eine Persönlichkeit abgebildet werden könne. Der sprachliche Stil der Auseinandersetzung ähnelte einer

³²⁶ Fachbereichszeitungen der Roten Zellen/AK in München wurden beispielsweise von den Fachbereichen Soziologie, Politologie und Geschichte sowie von den Naturwissenschaften herausgegeben. Die Marxistische Gruppe Erlangen veröffentlichte Fachbereichszeitungen in den Bereichen Philosophie, Geschichte und Sozialwissenschaften sowie in den Sprach- und Literaturwissenschaften.

³²⁷ Vgl. Rote Zellen/AK, Fachbereichszeitung Soziologie/Politologie, 1975, S. 3.

³²⁸ Vgl. Marxistische Gruppe Erlangen/Institutsausschuss Soziologie/Politologie, Fachbereichszeitung Soz/Pol, 1973. Sowohl in München als auch in Erlangen wurden die Fachbereichszeitungen im Unterschied zu den zuvor ausgegebenen Fachbereichs-Informationen nicht mehr kostenlos verteilt. Aufgrund der fehlenden finanziellen Hochschulzuschüsse mussten die Organisationen eigenständig für alle Kosten zur Herausgabe ihrer Druckschriften aufkommen und verkauften nunmehr ihre Schriften.

literarischen Besprechung und gipfelte in einem fiktiven Interview zwischen den Autoren und Golo Mann. In Versform wurde Golo Mann als „fahrender Scholast“ dargestellt, der seine Stimme erhob: „Was sich mir entgegenstellt, das Etwas, diese plumpe Welt, soviel als ich schon unternommen, ich wußte nicht, ihr beizukommen“³²⁹. Charakterisiert wurde Golo Mann als „Sachverwalter irdischer Gerechtigkeit [...], Rächer der Gesellschaft, der alles attackiert, was deren Unschuld beflecken könnte“³³⁰. Zum anderen gab es lediglich zwei Punkte, die das Thema „Marxismus“ behandelten. Golo Mann beurteilte die marxistische These von der „Aufhebung des Staates“ als wissenschaftlich nicht haltbar. Dem hielten die Autoren entgegen, dass er die Begründung der Aufhebung aus den Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise nicht sehe. Weiterhin ging es um die von Golo Mann vertretene Einschätzung, der Marxsche Geist müsse bekämpft werden. Golo Mann riet nach Aussagen der Gruppe „zur wirklichen Vernichtung marxistischen Widerstands“³³¹. Die Autoren schlossen daraus, dass damit der Leitspruch „Es lebe die Demokratie“ hochgehalten werde. Die Kritik in dem Artikel war geprägt von Auffassungen, die den zu kritisierenden Aussagen plakativ entgegengestellt wurden. Das Verfahren glich einem journalistischen Stil, in dem lediglich Aussage gegen Aussage stand, wobei letztendlich keine weitergehenden Argumente aufzeigt wurden.

Das zweite Beispiel behandelt ein naturwissenschaftlich-gesellschaftlich verschlungenes Thema. Die Rote Zelle Naturwissenschaft setzte sich 1976 in einem Fachbereichsartikel mit der Naturforschung in der Geisteswelt auseinander. Die Autoren kritisierten die Vorstellungen vieler Naturwissenschaftler dahingehend, dass diese sich bei der Betrachtung ihrer Ergebnisse von ihrem eigentlichen naturwissenschaftlichen Gegenstandsbereich entfernen würden, um die Anwendung ihrer Forschungsergebnisse zu problematisieren und somit nicht nur einen Wissenschaftswechsel vornähmen, sondern dadurch beispielsweise gesellschaftliche Normen präjudizierten sowie in den Bereich von Moral und Ethik wechselten.

Den betreffenden Artikel stelle ich hier nicht im Einzelnen vor, vielmehr fasse ich die Ergebnisse des Fachbereichsartikels im Folgenden ohne weitergehende Kommentare in Form von Thesen zusammen, durch die die Auffassungen der Autoren wiedergegeben werden.³³²

³²⁹ Rote Zellen/AK, Fachbereichszeitung Soziologie/Politologie/Geschichte, 1975, S. 18.

³³⁰ Ebd., S. 18.

³³¹ Ebd., S. 20.

³³² Vgl. Rote Zellen München, Fachbereichszeitung Naturwissenschaft, 1976, S. 3 – 7.

(1) Naturwissenschaftler vergleichen ihre Resultate der Naturforschung mit denen anderer Fachgebiete (etwa Soziologie, Politologie), verlassen damit ihren Forschungsbereich (die Naturwissenschaften) und kommen mit ihrer naturwissenschaftlichen Auffassung in einen Gegensatz zu den Zielen, die sie sich gesetzt haben. Sie geraten in die Bereiche von Ethik und Moral und beurteilen dabei die Anwendungen ihrer Ergebnisse.

(2) In der Kernphysik wird Wissen über diesen naturwissenschaftlichen Bereich hervorgebracht. Weder Atombomben noch andere Anwendungen werden im Bereich der Kernphysik produziert, obwohl die Kenntnisse der Kernphysik für solche Produktionen nützlich sind. Die Konsequenzen ihrer Wissenschaft befremden manche Physiker, weil ihre Ergebnisse durch den gesellschaftlichen und staatlichen Nutzen bestimmt werden.

(3) Jede Anwendung der Naturerkenntnis enthält einen Gegensatz gegen bestimmte Menschengruppen. Eigentümer von Produktionsmitteln setzen sich für technologische Weiterentwicklungen ein, deren Anwendung und Gebrauch von den Ergebnissen der Naturwissenschaften abhängen. Maschinen oder Automaten erleichtern Arbeitern scheinbar deren Mühsal, stellen jedoch letzten Endes Kostenfaktoren dar, die in der Konkurrenz der Unternehmen durch Verbilligung und Effizienz technologischer Mittel minimiert werden.

(4) Leistungen, die in den Naturwissenschaften erbracht werden, sind für die Gesellschaft nützlich, obwohl die naturwissenschaftlichen Leistungen selbst mit den gesellschaftlichen Zielen nichts zu tun haben.

Aus den zusammengezogenen Aussagen wird deutlich, dass die Ergebnisse der Naturwissenschaften für die marxistischen Gruppierungen nicht kritikabel waren, wohl aber der Übergang, den Naturwissenschaftler beschreiten, wenn sie als Naturwissenschaftler gesellschaftliche Phänomene und deren Zusammenhänge mit ihren Ergebnissen aus der Naturforschung moralisch-ethisch begründen wollen.

Neben den Fachbereichszeitungen sind die sogenannten *Circulare* der Theoriefraktion aus Erlangen als ein Bereich der Theoriebildung der sich entwickelnden Marxistischen Gruppe zu nennen. Die *Circulare* waren das Forum, in dem die Erlanger Gruppe ihre Theoriearbeiten in den Jahren 1972 und 1973 veröffentlichte. In dem ersten *Circular* vom Juli 1972 stellte die Theoriefraktion den Verlauf und die Argumente der Diskussion dar, die zur Spaltung der

ursprünglichen Marxistischen Gruppe Erlangen geführt hatten.³³³ Weiterhin formulierte die Gruppe ihre Auffassung des Verhältnisses von Theorie und Praxis. Ähnlich wie die Roten Zellen der Arbeitskonferenz stellte die Theoriefraktion heraus, dass ohne das Wissen über die bürgerliche Gesellschaft und den Staat jedes politische Vorgehen zur grundsätzlichen Veränderung der Gesellschaft scheitern müsse.³³⁴ Die zweite Ausgabe der Reihe vom November 1972 befasste sich mit dem Verhältnis von Wissenschaft und Produktion und lieferte eine grundlegende Auseinandersetzung mit dem Bayerischen Hochschulgesetz.³³⁵ *Circular* Nummer drei erschien im Dezember 1972 und als erweiterte Neuauflage im August 1973. Behandelt wurden in der Broschüre die Themen „Zur Oberfläche des Kapitals“ und „Zum Verhältnis von sozialistischer Intelligenz und proletarischer Bewegung“. Die Abhandlung zum erstgenannten Thema war insofern bedeutend, da hier die Autoren ökonomische Oberflächenbestimmungen erstmals ausführlich diskutierten und sich dabei unter anderem mit Begriffen zum Eigentum, zu den Interessen der konkurrierenden Revenuequellenbesitzer sowie mit dem Verhältnis der Sonderinteressen zum Allgemeinwohl auseinandersetzten.³³⁶

4.1.3 Organisationsweisen der Arbeitskonferenz

In der Außenwirkung war die „Arbeitskonferenz“ in der Zeit bis Ende der 1970er Jahre der bedeutende organisatorische Rahmen der Roten Zellen / AK. Dieses Forum war Name und Symbol zugleich, es war der zentrale Raum der politischen Praxis der Gruppe.³³⁷ Theoriebildungsprozesse waren Hauptinhalt ihrer politischen Praxis, zu der auch Bestrebungen gehörten, aus der Studierendenschaft Sympathisanten für die Organisation zu gewinnen.

Die Gruppe formulierte zwei Bedingungen der Mitarbeit in ihrer Organisation. Zum einen waren dies allgemeine Kenntnisse über die Kritik der Politischen Ökonomie und zum anderen die Aneignung der von der Gruppe erarbeiteten Theorie.³³⁸ Die Bedingungen einer möglichen und langwierig angelegten Mitgliedschaft waren im Vergleich zu anderen linken Organisationen ungewöhnlich, da jene zunächst keine weiteren theoretischen Anforderungen an neu

³³³ Vgl. Marxistische Gruppe/Theoriefraktion, Circular 1, 1972a, S. 1 – 10.

³³⁴ Vgl. ebd., S. 11 – 18.

³³⁵ Vgl. Marxistische Gruppe/Theoriefraktion, Circular 2, 1972b, S. 2 – 19.

³³⁶ Vgl. Marxistische Gruppe/Theoriefraktion, Circular 3, 1973, S. 1 – 26.

³³⁷ Vgl. Rote Zellen/AK München, Resultate, 1974, S. 11.

³³⁸ Vgl. Münchner Studenten Zeitung 7/1973, S.12. Diese Anforderungen an zukünftige Mitglieder verfasste die Marxistische Gruppe in Erlangen inhaltlich identisch in ihrer *Sozialistischen Hochschulzeitung* (vgl. Sozialistische Hochschulzeitung Nr.1_2/1973, S. 15).

hinzugekommene Mitglieder stellten.³³⁹ Auch durch diese explizit hervorgehobenen Organisationsprinzipien unterschied sich die Gruppe von anderen Zusammenschlüssen und markierte damit einmal mehr ihre Besonderheit im linken Spektrum. Die in der Programmatischen Erklärung formulierte Zielsetzung, kapitalistische Verhältnisse abzuschaffen, hatte für die Sympathisanten, Kandidaten und Mitglieder der Roten Zellen der Arbeitskonferenz auch individuelle Konsequenzen. Verlangt wurde die Einordnung „partikularer“ Interessen unter die politische Zwecksetzung der Organisation.

So zeichnen sich die Mitglieder komplementär zu ihrem Wissen durch Disziplin aus. [...] Rücksichtnahme kann in einer kommunistischen Organisation nicht darin bestehen, die bürgerliche Partikularität zum Inhalt ihrer Tätigkeit zu machen, sondern nur darin, daß dem einzelnen durch Argumente, die aus dem gemeinsamen Wissen geschöpft sind, die Notwendigkeit einsichtig gemacht wird, die Anforderungen für sich durchzusetzen.³⁴⁰

Was bedeuten „Disziplin“ und „Notwendigkeit einsichtig machen“ für die Gruppe und wie ist die an gleicher Stelle stehende Aussage aufzufassen, dass die Mitglieder die Ansprüche der Organisation „aus ihrem Wissen sich selbst abverlangen müssen“³⁴¹? Diese Aussagen wurden nicht weiter ausgeführt, lassen allerdings darauf schließen, dass das von der Arbeitskonferenz postulierte einsichtige Wissen sich für Mitglieder in einen Zwang transformierte, ihre „Partikularität“ zumindest nicht öffentlich zu zeigen, sodass sich im Laufe der Zeit die Anforderungen der Organisation als eine selbst geschaffene organisatorisch-soziale Isolierung äußerte, in der die Gruppenmitglieder von Außenstehenden als eine ominöse Organisation, als sektenmäßig strukturiert oder als eine mit ähnlichen Attributen versehene Gemeinschaft wahrgenommen wurde.

Die innere Organisationsstruktur der Arbeitskonferenz und auch die der späteren Marxistischen Gruppe waren anhand der verfügbaren Quellen kaum einsehbar. Das betraf sowohl die Gliederung der Entscheidungsebenen als auch die personelle Zuordnung zu inhaltlichen Bei-

³³⁹ Eine Ein- und Unterordnung unter den von politischen Organisationen zu erfüllenden allgemeinen Aufgaben, beispielsweise das Verteilen von Flugblättern, war damit nicht gemeint. Bei der Arbeitskonferenz ging es um zu akzeptierende Eintrittsbedingungen, die bei anderen linken Gruppen in dieser Art nicht erfüllt werden mussten. Für die Kommunistische Partei Deutschlands beispielsweise, insbesondere für deren Jugend- und Studentenverbände, stellte Detlef Siegfried mit dem Blick auf Bedingungen der parteiinternen Mitarbeit zwar Disziplinierungsversuche durch Parteikader fest, die „unpolitische“ Verhaltensweisen eindämmen wollten, damit jedoch wenig Erfolg hatten (vgl. Siegfried, Detlef: ‚Einstürzende Neubauten‘. Wohngemeinschaften, Jugendzentren und private Präferenzen kommunistischer ‚Kader‘ als Formen jugendlicher Subkultur, in: Archiv für Sozialgeschichte, Band 44, 2004, S. 39 – 66, hier S. 62f).

³⁴⁰ Rote Zellen/AK München, Resultate, 1974, S. 21f.

³⁴¹ Ebd., S. 21.

trägen. Vorliegende Interviews zeigen jedoch, dass es einerseits ein scheinbar wenig ausgeprägtes Führungsgefälle in der Gruppierung gab. Eine eher flache Hierarchie war das vorgeblich grundlegende organisatorische Prinzip der Gruppe. Andererseits setzte die Gruppierung deutliche inhaltliche Anforderungen an Interessierte, die sie für die Organisation zu gewinnen suchte, sodass das Verhältnis zwischen Sympathisanten und Kandidaten sowie den Mitglieder, die Anleitungsfunktionen innehatten, eine heterogene Wissensstruktur aufwies und sich dadurch eine Art Wissens-Hierarchie innerhalb der Gruppierung zeigte.³⁴² Damit einher ging eine Unterordnung unter die im obigen Zitat mehr oder weniger unausgesprochenen disziplinarischen Anweisungen, die für Sympathisanten und Kandidaten galten und die die führenden Mitglieder der Organisation offenbar verinnerlicht hatten.

Von der Arbeitskonferenz publizierte Zeitungsartikel oder auch andere Abhandlungen entstanden überwiegend innerhalb eines Redaktionskollektivs der Arbeitskonferenz. Presserechtlich wurden die Veröffentlichungen von Herbert Fertl, Theo Ebel, Karl Held oder Theo Wentzke verantwortet. In Ausschüssen oder Arbeitsgruppen wurden, anknüpfend an Organisationsprinzipien aus den Anfängen der Roten Zellen in München, Grundsatzpapiere vorbereitet, etwa Entwürfe über Bestimmungen zum Staat, die dann in der Redaktion diskutiert und gegebenenfalls publiziert wurden.³⁴³ Namentlich zugeordnete Arbeiten gab es erst nach der organisatorischen Vereinheitlichung der Marxistischen Gruppe.³⁴⁴ Diese personalisierte Form von Veröffentlichungen führender Mitglieder der Organisation war sowohl das Anzeichen einer veränderten Bedeutung des Forums „Arbeitskonferenz“, als auch Ausdruck einer konzeptionellen Veränderung eines Teils ihrer Schriftenreihe, denn im Jahr 1983 wurde die *Resultate*-Reihe eingestellt.³⁴⁵ Die Einstellung ihres theoretischen Organs erwähnte die Gruppe zu keiner Zeit. Die hierdurch ausgedrückte inhaltlich-organisatorische Intransparenz war ein weiteres Beispiel der konsequenten Abschottung der Marxistischen Gruppe.

³⁴² Vgl. ebd., S. 21; vgl. Dapprich 2013, S. 109.

³⁴³ Vgl. Rotes Blatt München Nr. 21/1970, S. 3.

³⁴⁴ Das waren zunächst Veröffentlichungen von Karl Held, Herbert Fertl und Theo Ebel in der Reihe „Abweichende Meinungen“ (vgl. Held, *Abweichende Meinungen*, Polen, 1982; Fertl, *Abweichende Meinungen*, Israel, 1982; Ebel, *Abweichende Meinungen*, Falkland-Krieg, 1982). Die letzten Beiträge in dieser Reihe verfassten Peter Decker und Karl Held im Jahr 1990, kurz vor der Auflösung der Marxistischen Gruppe (vgl. Decker/Held, *Abweichende Meinungen*, Deutsche Einheit, 1990).

³⁴⁵ Die 1983 erschienene Broschüre „Die nationalsozialistische Herrschaft“ war die letzte aus der *Resultate*-Reihe. Konrad Hecker publizierte diese Abhandlung Jahre später im Gegenstandpunkt-Verlag. Die überarbeitete Fassung erschien 1996 unter dem Titel „Der Faschismus und seine demokratische Bewältigung“.

Der Ansatz der Gruppe, eine durch Theoriearbeit fundierte Einheitlichkeit zu schaffen und das damit verbundene Prinzip einer internen Vermittlung begann bereits innerhalb der Roten Zellen in den 1970er Jahren und entwickelte sich mit der Einrichtung der Arbeitskonferenz zu einem besonders auffälligen Merkmal der Organisation. Die mit den Roten Zellen einsetzende spezifische Theoriebildung zeigte sich in den Diskursen über das Verhältnis von Theorie und Praxis und über Erklärungen zur bürgerlichen Gesellschaft. Differenzen zwischen den Verfechtern der damaligen K-Gruppen in den Roten Zellen und den Befürwortern der Arbeitskonferenz spitzten sich letzten Endes in der von der Arbeitskonferenz durchgesetzten Entscheidung über vorrangig anzugehende Theoriearbeiten zu. Darüber hinaus zeigten sich Unvereinbarkeiten in Fragen über rigide angewendete Lehrsätze des sogenannten Marxismus-Leninismus, die seitens der Arbeitskonferenz in einer Kritik an der Ausrichtung zur Massenorganisation und an der Ablehnung einer damit verbundenen proletarischen Haltung wie „Dem Volke dienen“ gipfelte. Kontroverse Debatten innerhalb der Organisation wurden intensiv geführt und endeten entweder mit einer Einigung oder der Trennung voneinander, wie die verschiedenen Spaltungsprozesse sowohl in München als auch in Erlangen verdeutlichten.

Vorgaben und Weisungen etwa einer zentralen Direktive sollten innerhalb der Arbeitskonferenz bei Diskussionen nicht stattfinden, das einsichtige Verhalten eines jeden Mitglieds war das Credo der Organisation. So erklärte Herbert Fertl in einem Interview, mit Blick auf den Verfassungsschutz, dass einerseits die Struktur der Organisation niemanden von außerhalb zu interessieren habe. Andererseits stellte er heraus, dass die Verteilung der Aufgaben in ihrer Organisation, anders als bei Positionsbesetzungen in der bürgerlichen Politik, keine Zuordnung einer Machtzuweisung über andere Personen darstelle. Zentrales Prinzip bei der Klärung jedweder Angelegenheiten innerhalb der Organisation sei es, dass die Gruppierung zu allen anstehenden Fragen keine Zugeständnisse, Einschränkungen oder Kompromisse mache: „Es wird diskutiert, bis man sich einigt, und wenn man sich nicht einigt, dann trennt man sich. [...] Auf alle Fälle wird bei uns über die Klärung von Sachverhalten nicht abgestimmt“³⁴⁶.

Dass führende Persönlichkeiten der Arbeitskonferenz in München gegenüber lokalen Mitgliedern dennoch Entscheidungsfunktionen ausübten, ließ sich aus dem Bericht eines ehemaligen Mitglieds der Organisation ablesen, der in einer lokalen Marxistischen Gruppe mitarbeitete, die bis zur Eingliederung in die Münchner Zentrale relativ eigenständig unter ihrem Ortsnamen

³⁴⁶ Schumann/Hooffacker, Interview 1981, S. 4.

agierte. Woran sich eine eingeschränkte Eigenständigkeit zeigte, charakterisierte das ehemalige Mitglied in einer Dokumentation, aus der ersichtlich wurde, dass die Roten Zellen / AK in München für die örtlich eingebunden Marxistischen Gruppen so etwas wie inhaltliche und organisatorische Taktgeber waren.

Michael Stamm, ein ehemaliges Mitglied der Roten Zellen Marburg, berichtete zum einen von der Praxis politischer Präsentationen beispielsweise bei der Durchführung von Teach-Ins. Gängige Praxis bei solchen Veranstaltungen lokaler Gruppen war demnach die Entgegennahme schriftlicher Vorgaben aus der Münchner Zentrale, die dann auf dem Teach-In verlesen wurden. Diese von den Münchnern „Obergenossen“ verfassten Referate erschienen oftmals einige Tage später mit geringfügig verändertem Inhalt als Flugblatt oder als Artikel in der *Münchner Studentenzeitung*.³⁴⁷

Zum anderen zeigte sich in manchen Situationen eine politisch-inhaltliche „Absicherung“ der örtlichen Gruppe durch die Zentrale in München. Berichtet wurde von einer Konstellation, in der

Sympathisanten und Kandidaten der Marburger Gruppe Beschlüsse der Marburger Mitglieder nicht eingesehen haben. Akzeptieren oder Rausfliegen war die Alternative. Nachdem sie akzeptiert hatten, führte ein Gespräch der Münchner AKler mit den Marburger Mitgliedern zu einer Korrektur des Beschlusses. Ursache der Korrektur waren Argumente seitens der „Obergenossen“, die vorher schon die „Untergenossen“ vorgetragen hatten. Wer etwas sagt, nicht was gesagt wird, ist entscheidend.³⁴⁸

An diesem Beispiel zeigte sich die widersprüchliche Vorgehensweise der Münchner Gruppe in Bezug auf ihr Postulat einer Einigung bei Diskursen. Erfolgte keine Einigung, kam es durchaus vor, dass eine Entscheidung auf Kaderebene getroffen wurde.

Grundsätzlich unterschieden die Roten Zellen der Arbeitskonferenz mehrere organisatorischen Bereiche oder Ebenen ihrer hochschulpolitischen Theorie-Aktivitäten. Eine Ebene machte das sogenannte Sozialistische Studium aus. Hierzu zählten Veranstaltungen, in denen eine Kritik der „bürgerlichen“ Wissenschaft praktiziert wurde.³⁴⁹ Parallel hierzu gab es das Konzept der Sympathisanten- und Kandidatenplenen, ein mehrere Jahre dauernder Ablauf bis

³⁴⁷ Vgl. Arbeitsgruppe [Mitglieder, Sympathisanten und Kritiker der Basisgruppen Bremen] (Hrsg.): Beiträge zur Kritik der Marxistischen Gruppen (MG/AK München), Bremen, April 1978, S. 54.

³⁴⁸ Ebd., S. 56.

³⁴⁹ Vgl. Rote Zellen/AK München, Resultate, 1974, S. 27 FN 9.

hin zum Mitglied der Organisation.³⁵⁰ Die Dauer des Sympathisantenplenums betrug etwa zwei Semester und in dieser Zeit sollten Schulungen über Themen zur Kritik der Politischen Ökonomie Voraussetzungen für den Übergang vom Sympathisanten zum Kandidaten schaffen.³⁵¹ Das Sympathisantenplenum war ein breit angelegtes Forum, ein organisatorisches Gerüst, in dem die politische Arbeit der Arbeitskonferenz thematisiert und diskutiert wurde. Anfang der 1970er Jahre wurde in den Sympathisantenplenien die Broschüre *Wissenschaft und Kapital* als Grundlage herangezogen, die die Organisatoren zunehmend durch Artikel aus der MSZ oder den *Hochschulpolitischen Informationen* ergänzten.³⁵² Die Kandidatenplenien wiederum waren ein wichtiges Bindeglied auf der organisatorischen Ebene zwischen Sympathisanten und Mitgliedern im Konzept der Anwerbung. Allerdings konnten zu den Kandidatenplenien keine weiteren Quellen ermittelt werden und somit gab es keine überprüfbaren Angaben, wie diese Formen der Mitgliederqualifizierung und -gewinnung organisatorisch im Einzelnen ablaufen sollten. In jedem Fall waren für Sympathisanten und Kandidaten die Schulungen unumgängliche Bedingungen einer möglichen Mitgliedschaft in der Organisation. In den Schulungen sollten, je nach dem Wissensstand der Teilnehmenden, Bereiche der Kritik der politischen Ökonomie erarbeitet werden. Letztendlich waren für die Roten Zellen der Arbeitskonferenz die hier dargestellten Bedingungen „nicht die Identifizierung mit einer vorgegebenen Organisationshülle unter einem auswendig zu lernenden Gerüst von ‚allgemeingültigen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus‘, [...] also nicht Ausdruck eines rigiden Organisationsschematismus“³⁵³, sondern für Sympathisanten und potenzielle Kandidaten notwendig, um den Anspruch, mit Einsicht und Wissen in der Organisation mitzuarbeiten, erfüllen zu können.

An dieser Stelle greife ich die im vorherigen Kapitel charakterisierten Auseinandersetzungen zwischen den Roten Zellen der Arbeitskonferenz und dem Rektor der LMU München auf, um das Bild von politisch organisierten Aktivitäten der Gruppe zu vervollständigen. Die bereits angesprochene Fehde zwischen dem Rektor der LMU und der Marxistischen Gruppe München erreichte gewissermaßen einen Höhepunkt durch einen von Professor Lobkowicz im November

³⁵⁰ Vgl. ebd., S. 26.

³⁵¹ Vgl. Münchner Studenten Zeitung Nr. 7/1973, S.12.

³⁵² Vgl. Münchner Studenten Zeitung Nr. 3/1973, S. 11 und Münchner Studenten Zeitung Nr. 7/1973, S. 12. *Wissenschaft und Kapital* war eine Broschüre, in der die Arbeitskonferenz Kernpunkte ihrer sozialistischen Hochschulpolitik formulierten (vgl. AK-Fraktion der Roten Zellen München, *Wissenschaft und Kapital*, 1972). Die *Hochschulpolitischen Informationen* wurden von der Arbeitskonferenz und dem AStA der LMU München herausgegeben und enthielten neben der politischen Grundkonzeption der Arbeitskonferenz verschiedene Hinweise zur verfassten Studentenschaft sowie über andere politische Gruppierungen an der Universität (vgl. Rote Zellen/AK München und AStA LMU München, *Hochschulpolitische Informationen*, 1972/73).

³⁵³ Münchner Studenten Zeitung Nr. 7/1973, S. 12.

1977 veröffentlichten Brief an Herbert Fertl. Das Schreiben erregte aufgrund der Wortwahl und der damit verbundenen politischen Richtung über München hinaus Aufmerksamkeit und Aufsehen.³⁵⁴

Hintergrund war zum einen die bereits einige Jahre zurückliegende Rektorwahl von Professor Lobkowicz. Drei Versuche benötigte die Universität, um 1971 ihren einzigen Kandidaten zum Rektor zu wählen, da zweimal massive Protestveranstaltungen der Studierenden, mit dem Rote Zellen-AStA an der Spitze, die Wahl verhinderte. Der dritte Versuch gelang auch deshalb ohne weitere Störungen, weil die Wahl außerhalb der Universität stattfand.³⁵⁵ Im Mai 1974 gab es zum anderen wiederum einen außerordentlichen Zwischenfall an der Münchner Universität. Aktueller Auslöser waren studentische Protestaktionen in der LMU gegen die Entlassung Horst Holzers, einem der DKP angehörigen Professor der Universität.³⁵⁶

Ein Artikel in einer Broschüre mit Würdigungen über Rektoren der Ludwig-Maximilians-Universität befasste sich mit dem Vorfall und berichtete:

Damals besetzten etwa 300 rebellische Studenten das Hauptgebäude der LMU, es herrschte völliges Chaos, so dass sich bereits andere Studenten beschwerten, nicht vernünftig weiterstudieren zu können. Daraufhin rief Lobkowicz die Polizei, welche mit 700 Mann anrückte und die Uni räumte. Obwohl niemand zu Schaden kam, bereut der ehemalige Rektor heute nach eigener Aussage den damaligen Entschluss. Zu dieser Zeit wurde er jedoch von Anhängern einer konservativen Haltung als Held gefeiert.³⁵⁷

Das ordnungspolitische Durchgreifen des Rektors setzte sich nach dem Inkrafttreten des Bayerischen Hochschulgesetzes in der Weise fort, dass beispielsweise Raumnutzungen für Teach-Ins von Professor Lobkowicz, nunmehr Präsident der LMU, nicht genehmigt wurden. In dem oben erwähnten Brief des Professors aus dem Jahr 1977, in dem es unter anderem um Raumverbote ging, bemerkte Professor Lobkowicz, „daß der Staat den längeren Arm hat. Er kann sich allerlei Ferkl und Fertls leisten, so lange sie nicht allzu lästig sind“³⁵⁸. Der Präsident der LMU bekräftigte in dem Schreiben, dass sein Interesse, die Ordinarienuniversität zu erhalten, so groß sei, dass er „sogar fette Päpste wie Dich [Herbert Fertl, W.M.] gefördert habe“³⁵⁹.

³⁵⁴ Die *Frankfurter Rundschau* dokumentierte beispielsweise Teile des Briefes sowie die Flugblattantwort der Gruppe und kommentierte knapp den persönlichen und öffentlich ausgetragenen Streit (vgl. *Frankfurter Rundschau*, 17. Dezember 1977).

³⁵⁵ Vgl. Pachta-Reyhofen, Katharina: Nikolaus Lobkowicz, in: *Die Herren der Kette. Rektorenporträts an der LMU*, hg. von Matthias Memmel und Gabriele Wimböck, München 2011, S. 11.

³⁵⁶ Vgl. *Münchner Studenten Zeitung* Nr. 4/1974, S. 1 – 3.

³⁵⁷ Pachta-Reyhofen 2011, S. 11.

³⁵⁸ *Marxistische Gruppe, Hochschulagitation*, 1979, S. 218.

³⁵⁹ *Ebd.*, S. 217.

Mit dem Blick auf die tumultartigen Szenen im Mai 1974 formulierte Professor Lobkowicz: „Dabei brauche ich nicht einmal notwendig hinterhältig zu sein: um Dir und den Deinen langsam und genüßlich die Haut abzuziehen, benötige ich gar nicht die Polizei“³⁶⁰.

Das waren – auch unter Berücksichtigung des damaligen politischen Klimas zu Zeiten des sogenannten Deutschen Herbstes, in denen terroristische Anschläge unter anderem dazu geführt hatten, dass Aufgaben und Befugnisse der Polizei und des Verfassungsschutzes ausgeweitet wurden³⁶¹ – Formulierungen, die ein überregionales Interesse erzeugten, da sie nicht mit Sarkasmus und Spott seitens des Präsidenten der Münchner Universität zu erklären waren.

Die Marxistische Gruppe München charakterisierte den Brief als „ungewöhnlich militante Kampfansage an die MG durch den Präsidenten der LMU Nikolaus Lobkowicz“³⁶², platzierte das Schreiben als Faksimile in einer Broschüre ihrer Hochschulagitation und setzte sich in mehreren Flugblättern mit dem Umgang des Professors gegenüber der Gruppe auseinander. In einer Replik – mit der Überschrift „Magnifizenz läßt sich gehen“ – auf die brisante Passage des Briefs konstatierte die Organisation, dass sich der Präsident von persönlicher Wut leiten ließ, linke „Chaoten“ gewalttätig angehen wolle und sich dabei in die erste Reihe begäbe, „wo es um die Austrocknung des geistigen Nährbodensumpfes geht“³⁶³.

4.2 Die Konsolidierung der Marxistischen Gruppe Ende der 1970er Jahre bis zu ihrer Auflösung im Jahr 1991

In diesem Abschnitt geht der Blick auf zentrale Inhalte und strukturelle Merkmale der Marxistischen Gruppe vom Ende der 1970er bis Anfang der 1990er Jahre. Nach der Vereinheitlichung der bisherigen lokalen Gruppen zu der Marxistischen Gruppe trat die Organisation bundesweit unter ihrem bis zur Auflösung angezeigten Namen auf. Ein genaues Datum des Zusammenschlusses aller lokalen marxistischen Gruppierungen kann aufgrund der Abkapselung der Organisation nicht angegeben werden, dennoch war festzustellen, dass seit Januar 1979 die Organisation unter einer einheitlichen Namensgebung auftrat. Insofern kann dieser Zeitpunkt als faktischer Beginn der neu aufgestellten Marxistischen Gruppe gelten.³⁶⁴

³⁶⁰ Ebd., S. 217f.

³⁶¹ Vgl. Eschenhagen/Judt 2014, S. 230.

³⁶² Marxistische Gruppe, Hochschulagitation, 1979, S. 215.

³⁶³ Ebd., S. 219.

³⁶⁴ Als Beleg für den ersten öffentlich bekanntgegebenen neuen Gruppennamen steht die Reihe „Kritik der bürgerlichen Wissenschaft“, die die Marxistische Gruppe unter presserechtlicher Verantwortung von Karl Held heraus-

Für die bisherigen jeweils ortsbezogenen Gruppierungen war mit dem Fortfall ihrer Namensgebung nun auch eine inhaltliche und organisatorische Integration in die Marxistische Gruppe vollzogen. Ende der 1970er Jahre zeigte sich in fast vierzig Hochschulorten eine Präsenz der Marxistischen Gruppe, vor allem in Form von Büchertischen. Inwieweit die Ausgabe oder der Verkauf von Schriften der Organisation an Büchertischen mit weitergehenden politischen Aktivitäten der dortigen Mitstreitenden gleichgesetzt werden kann, war abschließend nicht zu belegen, da die Abschottung der Organisation – mit Ausnahme der veröffentlichten Kontaktadressen ihrer Buchläden – keine weiteren Einblicke in ihre Gruppenstrukturen zuließ. Allerdings konnten hinreichende Angaben zum einen zu den weiterhin auch lokal agierenden Gruppierungen in München und Erlangen recherchiert werden. Zum anderen waren aufgrund der von der Organisation dokumentierten Hochschulpolitik darüber hinaus Aktivitäten anderer ebenfalls weiterhin örtlich agierender Gruppen in etwa einem Drittel der angegebenen Hochschulorte feststellbar.³⁶⁵

Mit der Vereinheitlichung und Konsolidierung der Organisation war zugleich eine stärkere Fokussierung auf den Kader in München verbunden, der die Leitlinien der politischen Arbeit vorgab. Die ehemals hauptsächlich mit lokalem Bezug agierenden Gruppierungen waren auch nach der Vereinheitlichung selbstständig aktiv, allerdings fand seit dem Zusammenschluss eine weitere Ausgestaltung politischer Inhalte statt, die sich nunmehr überwiegend auf überregionale Situationen bezog und die die Münchner Zentrale erarbeitete. Dabei wurden aus situativ gegebenen Anlässen regionale Besonderheiten seitens der am jeweiligen Ort tätigen Gruppenmitglieder hinzugezogen und in der MSZ oder in den Hochschulzeitungen vor Ort veröffentlicht.³⁶⁶ Die vereinheitlichte und dadurch organisatorisch etablierte Marxistische Gruppe fokussierte sich in der Folgezeit auf ihre in den Vorjahren begonnenen Theoriearbeiten und publizierte eine

gab. Im Januar 1979 erschienen die Broschüre „Germanistik“, im Februar folgte eine Schrift mit dem Titel „Soziologie“ und im April veröffentlichte die Gruppe das Heft „Politologie“. Danach folgte noch im Mai des Jahres eine weitere Broschüre „Politologie“, in der die *Resultate*-Ausgabe zur Staatstheorie angekündigt wurde (vgl. Marxistische Gruppe, Kritik der bürgerlichen Wissenschaft, Politologie, 1979d, S. 103).

³⁶⁵ Vgl. Rote Zellen und Marxistische Gruppen, Hochschulpolitik, 1977, passim; vgl. Marxistische Gruppe, Hochschulagitation, 1979, passim.

³⁶⁶ Hochschulzeitungen der Marxistischen Gruppe erschienen in folgenden Universitätsorten: Berlin, Bochum, Bremen, Dortmund, Erlangen, Hamburg, Leipzig, München, Regensburg, Stuttgart und Tübingen. Für alle Hochschulzeitungen war Herbert Fertl presserechtlich verantwortlich (vgl. Zur Geschichte und Kritik der „Marxistischen Gruppe“ (MG). Linkliste, Materialien zur Analyse von Opposition, 2024 (letzte Änderung: 04.10.2024), URL: https://www.mao-projekt.de/BRD/ORG/MG/MG_Linkliste.shtml, letzter Zugriff 24.10.2024).

Vielzahl an Broschüren, Artikeln oder anderen Schriften und setzte ebenso die Durchführung von Vorträgen fort.

Die Arbeitspläne und Arbeitsbereiche der Marxistischen Gruppe wiesen Fortführungen der 1974 in der Programmatischen Erklärung genannten Aufgaben und Programmpunkte auf, unter anderem über die seit längerer Zeit anvisierten Bestimmungen zur Konkurrenz, zum Staat und zum Weltmarkt. Die Wiederaufnahme der Jahre zuvor geplanten Veröffentlichungen, beispielsweise ihre Broschüren zum Thema „Imperialismus“,³⁶⁷ verdeutlichen die inhaltliche Kontinuität zwischen der als Rote Zellen / AK aufgetretenen Gruppierung und der Marxistischen Gruppe. Weiterhin war eine personelle Konstanz im Kader der vereinheitlichten Organisation festzustellen. Die bisherigen Redakteure der MSZ führten nicht nur die *Marxistische Studentenzeitung* weiter, sondern waren auch für weitergehende Theoriearbeiten zuständig. So zeigten sich Karl Held, Herbert Fertl, Theo Ebel sowie die Erlanger Theo Wentzke und Peter Decker als führend und verantwortlich sowohl bei den Roten Zellen der Arbeitskonferenz und nun auch bei der Marxistischen Gruppe. Die inhaltlichen Ansprüche der Gruppe waren hoch, wurden allerdings nicht immer realisiert, wie ich im Folgenden noch genauer zeigen werde. Zwischen 1979 und 1983 brachte die Gruppe die meisten ihrer Schriften heraus, die letzte Publikation war eine Abhandlung über die deutsche Einheit, herausgegeben von Peter Decker und Karl Held im Jahr 1990.

Im April 1980 gab die Marxistische Gruppe eine neu konzipierte *Marxistische Studentenzeitung* (MSZ) heraus, die sich zum einen sowohl vom Format als auch vom Umfang her von der bisherigen Zeitung unterschied. Zum anderen wurde die neue MSZ mit einem veränderten Konzept zunächst als „Studentenmagazin der Marxistischen Gruppe“, dann ab Ende des Jahres als „Politisches Magazin der Marxistischen Gruppe“ präsentiert.³⁶⁸ Auch das theoretische Organ der Gruppe, die *Resultate*-Reihe, wurde konzeptionell verändert. Die 1975 veröffentlichte Broschüre war die letzte Ausgabe der alten *Resultate*-Reihe.

Die *Resultate* waren zwar weiterhin das theoretische Organ der Marxistischen Gruppe, allerdings legte die Gruppe parallel zu den *Resultaten* mehrere Reihen neu auf, die ebenfalls Theoriearbeiten enthielten. Das waren vor allem die Serien *Kritik der bürgerlichen Wissenschaften*,

³⁶⁷ Vgl. Marxistische Gruppe, *Resultate*, 1979c, Umschlagrücken.

³⁶⁸ Vgl. Marxistische Studentenzeitung Nr. 2/1980, S. 3 und Marxistische Studentenzeitung Nr. 6/1980, S. 3. Die formalen Veränderungen der Zeitung, die zugleich umgebildete Ausrichtungen der Zeitung zum Ausdruck brachten, greife ich später wieder auf.

dann Abhandlungen mit dem Titel *Abweichende Meinungen* und eine nicht beendete Reihe *Kritik der westdeutschen Gewerkschaften*. Diese Schriftenreihen dokumentierten den Versuch der Gruppe, ihren Adressaten relevante Inhalte abseits der *Marxistischen Studentenzeitung* oder der *Resultate*-Reihe zu präsentieren. Weiterhin versuchte die Organisation neben der MSZ mit der Verteilung einer ebenfalls neu aufgelegten Hochschulzeitung und einer *Marxistischen Arbeiterzeitung* (MAZ) sowie einer Schulzeitung Einfluss auf Personen sowohl im universitären Bereich als auch in Betrieben und Schulen auszuüben. Darüber hinaus publizierte die Organisation eine grundsätzliche Korrektur ihrer ehemaligen Programmatischen Erklärung mit nunmehr neu gefassten Aufgaben und Zielen, die ich im folgenden Abschnitt näher untersuchen werde.

4.2.1 Eine Neufassung der Programmatischen Erklärung: „Die Bundesrepublik Deutschland 1980 - und was Marxisten in den 80er Jahren an ihr zu ändern haben“

Einige Jahre nachdem die Arbeitskonferenz ihre AStA-Arbeit an der LMU München beendet hatte, legte die Marxistische Gruppe im Jahr 1980 ihre aktuellen Überlegungen zur politischen Situation in der Bundesrepublik in einem Rahmen vor, der ausdrücklich als Neufassung ihrer 1974 ausgearbeiteten Programmatischen Erklärung über kommunistischer Politik gekennzeichnet war. Angezeigt wurde die Neufassung in verschiedenen Broschüren, Zeitungen und Verlagsprogrammen der Organisation Anfang der 1980er Jahre.³⁶⁹

Die Schrift sollte zum einen, im Unterschied zur früheren Darlegung der Ziele und Aufgaben der Organisation, keine Programmatische Erklärung darstellen. Zum anderen bezog sich die Marxistische Gruppe distanzierend auf ihren früher verwendeten Namen. Hatte die Gruppierung noch bis Ende der 1970er Jahre ihren bisherigen Organisationsnamen verwendet, der mit der Bezeichnung „Arbeitskonferenz“ auch den Charakter ihrer theoretischen Tätigkeiten symbolisierte, hob sie nun hervor, dass ihnen dieser Name im Zusammenhang mit theoretischen Arbeiten mittlerweile unsinnig vorkam.³⁷⁰ Nicht nur der Name, der anzeigte, dass ihre Arbeitsergebnisse aus einem wenn auch nicht näher bestimmten Kollektiv stammten, wurde fallen gelassen, sondern die damalige Programmatischen Erklärung wurde durch die Neufassung weder ergänzt oder in irgendeiner anderen Art aufgenommen – sie wurde inhaltlich nahezu gänzlich gestrichen. Die Gruppe hob hervor: „Stattdessen macht sie [die Neufassung, W.M.] mit der

³⁶⁹ Vgl. Verein zur Förderung des studentischen Pressewesens e.V. 1980, S. 2.; vgl. Resultate GmbH 1982, S. 2.

³⁷⁰ Vgl. Marxistische Gruppe, Resultate, 1980, S. 142.

Erklärung des politischen, ökonomischen und geistigen ‚Lebens‘ der Republik die Gründe deutlich, aus denen sich dessen grundlegende Veränderung lohnt“³⁷¹.

Mit ihren neu formulierten andersartigen Aufgaben und Zielen beabsichtigte die Marxistische Gruppe im Unterschied zur ursprünglichen ersten Ausgabe somit nicht, die theoretischen und praktischen Aktivitäten der Organisation herzuleiten,³⁷² vielmehr sollten marxistisch interessierten Lesern Gründe dargelegt werden, weshalb nach Auffassung der Gruppe die Bundesrepublik fundamental umgestaltet werden müsse. Im Fokus der Broschüre standen dabei sowohl die politische Herrschaft als auch die nach Auffassung der Autoren „modernen Formen von Ausbeutung und Armut, zu denen diese Republik es mit ihrem ‚Wirtschaftswunder‘ und als ‚Modell Deutschland‘ gebracht hat“³⁷³.

Welche Bedeutung die Neufassung im Unterschied oder Gegensatz zur 1974 ausgearbeiteten Programmatischen Erklärung für die Marxistische Gruppe haben sollte, blieb unausgeführt. Eine komplette Eliminierung der ursprünglichen Ausgabe war wiederum nicht vorgesehen, da die Gruppe verschiedentlich sowohl auf Arbeiten zu den *Kapital*-Kommentaren als auch auf die in der ersten Broschüre geführte Diskussion über Staatstheorien verwies.³⁷⁴ Allerdings muss konstatiert werden, dass die ehemalige Programmatische Erklärung mit der Formulierung „Neufassung“ faktisch aufgehoben wurde. Weshalb eine Darstellung der bundesrepublikanischen gesellschaftlichen Verhältnisse ausgerechnet als neu gefasste Nr. 1 der *Resultate* gelten sollte, da die Schrift keineswegs ein expliziertes neues Programm etwa mit veränderten Strukturen und neu gefassten Inhalten der Organisation ankündigte, wurde nicht erläutert, sondern sollte sich offenbar aus dem dargebotenen Inhalt erschließen.

Bereits der Titel der Broschüre drückte das leitende Motiv der Organisation aus. Die Marxistische Gruppe wollte Änderungen an der Bundesrepublik Deutschland durchführen, beziehungsweise aufzeigen, was zu verändern wäre. Inwieweit nicht nur die Gruppe, sondern ebenso andere Marxisten an der anvisierten gesellschaftlichen Änderung teilnehmen sollten, wurde

³⁷¹ Resultate GmbH 1982, S. 4.

³⁷² Vgl. Rote Zellen/AK München, Resultate, 1974, S. 2.

³⁷³ Resultate GmbH 1982, S. 4. Die Autoren betonten, dass in der Neufassung keine Statistiken oder ähnliche Materialien zur Erklärung der gesellschaftlichen Verhältnisse herangezogen wurden, da sie der Auffassung waren, dass mit solchen Belegen das Funktionieren von Staat und Ökonomie gezeigt werde, ohne zu erklären, weshalb die Gesellschaft funktioniere.

³⁷⁴ Vgl. Marxistische Gruppe, Resultate, 1979a, S.63.

zwar nicht weiter erklärt, allerdings suggerierte der im Titel der Broschüre angezeigte Verzicht auf eine ausdrückliche Fokussierung auf die eigene Organisation ein solches Vorhaben.

Die Schrift war eine Analyse der damaligen Situation in der Bundesrepublik aus der Perspektive der Gruppe und unterschied sich auch vom Aufbau und Stil her von der 1974er Fassung. Die Neufassung wies oftmals eine deutlich plakative journalistische Diktion mit voreingenommenen Aussagen auf. Sie enthielt weder Erläuterungen zu Arbeitsgebieten noch zu organisatorischen Prinzipien der Gruppe und sollte dennoch eine Neufassung der früheren Erklärung sein. Um dies zu verstehen, nehme ich die Frage in einer Ankündigung der Broschüre auf: „Was wird den Lesern geboten?“³⁷⁵.

Die Marxistische Gruppe stellte in der Schrift die Politisierung des öffentlichen Lebens sowie wirtschaftliche Grundlagen der Politik dar, befasste sich mit der Gewerkschaft, dem Bereich der Wissenschaft und dem linken Spektrum in der Bundesrepublik. Die Abhandlung enthielt fünf Abschnitte,³⁷⁶ wobei die letzte fünfte Passage lediglich aus einer Überschrift und einer kurzen Notiz bestand, die offenbar Anspielungen aus nicht näher benannten Arbeiten von Marx darstellten.

Der erste Abschnitt – „Das Funktionieren der politischen Herrschaft“ – untersuchte gesellschaftliche Verhältnisse, die die Zwecke politischer Herrschaft enthüllen sollten. Im zweiten Abschnitt – „Die Lage der arbeitenden Klasse und ihre Gewerkschaften“ – ging es um alltägliche Situationen der Arbeitenden in der bundesrepublikanischen Wirtschaft. Die Gruppe kritisierte das Verhalten der nicht näher definierten „arbeitenden Massen“ am gesellschaftlichen Mitmachen. Dabei wurde besonders die Unterstützung der Gewerkschaft durch die „Massen“ bloßgestellt, da die Gewerkschaft eine politische Mitverantwortung für die Armut und Ausbeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen trage. Der dritte Abschnitt – „Der Geist der Intelligenz“ – enthielt mit einem Blick auf das damalige akademische Geschehen eine Kritik an Intellektuelle, die alles in der Welt problematisierten und alternativ gestalten wollten. Mit „Die Linke“ war der vierte Abschnitt überschrieben, in dem das linke Spektrum in der damaligen Bundesrepublik charakterisiert wurde. Der Titel des fünften Abschnitts und die darunter stehende einzige Notiz – „Die Linken haben das Kräfteverhältnis verschieden interpretiert ...

³⁷⁵ Marxistische Gruppe, Bremer Hochschulzeitung, April 1980, S. 3.

³⁷⁶ Vgl. Marxistische Gruppe, Resultate, 1980, S. 2.

{Hier bricht das Manuskript ab}³⁷⁷ – sollte eine Anspielung zum einen auf die von Marx nicht beendete Arbeit im letzten Kapitel des dritten Bandes des *Kapitals* sein, in dem seine Schrift am Anfang des Abschnitts über die Klassen der kapitalistischen Produktionsweise endet.³⁷⁸ Die Gruppe strich mit der Betonung des Marxschen Manuskriptendes indirekt heraus, dass sie mit dem scheinbar fehlenden Wissen beispielsweise über die Klassen der Gesellschaft ausgestattet sei. Zum anderen wurde von der Gruppe mit einer Veränderung der Marxschen elften These über Ludwig Feuerbach – „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden *interpretiert*, es kömmt drauf an, sie zu *verändern*“³⁷⁹ – und den Auslassungspunkten angezeigt, dass sie die Kräfteverhältnisse nicht nur adäquat erklärt hätten, sondern diese auch verändern wollten. Die in der Neufassung dargelegten Aussagen sollten von ihrem Standpunkt aus zeigen, was sie oder andere Marxisten an der Bundesrepublik zu ändern vorhatten.

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf zentrale Aussagen der Marxistischen Gruppe in ihrer umfangreichen Schrift, eingegrenzt auf die Bereiche von Politik und Ökonomie, um die Schwerpunkte der neu gefassten Untersuchung über die Bundesrepublik in den Blick zu bringen.

Plakativ vorgehend wurden in der Broschüre Themen des öffentlichen Lebens dargelegt, die die Autoren beispielsweise zu folgender Schlussfolgerung führten: „So wird Jahr für Jahr der Weisheit, daß das Funktionieren ‚unserer‘ freien Marktwirtschaft mit einer über das Nötige hinausgehenden ‚Bereicherung‘ der Proleten nicht vereinbar ist [...], noch eine andere hinzugefügt: die nämlich, daß Gewerkschaften andere Aufgaben haben, als für ein irgendwie geartetes Wohlergehen ihrer Mitglieder zu sorgen“³⁸⁰. Die Bezeichnung „Prolet“ (etwas später hieß es „Proletenhaushalt“) war dabei keine Abkürzung für den Klassenbegriff „Proletarier“, vielmehr, wie viele andere Bezeichnungen in der Broschüre mit ähnlicher Diktion, eine abschätzige Beschreibung für Personen aus der Arbeiterklasse, die einen „ungehobelten“, ungebildeten Menschen kennzeichnen sollten. Einen derartigen jargonartigen Stil praktizierten die Autoren nicht nur in diesem Fall. An anderen Stellen kamen Ausdrücke vor wie „politischer Häuptling“, „kapitalistischer Zirkus“, „innergewerkschaftlicher Rummel“, „moralische und patriotische

³⁷⁷ Ebd., S. 143.

³⁷⁸ Vgl. MEW 25, S. 892f.

³⁷⁹ MEW 3, S. 7, Hervorhebungen im Original.

³⁸⁰ Marxistische Gruppe, Resultate, 1980, S. 8.

Wahnsinnstaten“, „resolute akademische Unholde“,³⁸¹ oftmals mit polemisch grenzwertigen Anspielungen, die sich durch die gesamte Schrift hindurchzogen.

Die Politisierung des öffentlichen Lebens, etwa Machtkämpfe der Parteien während Wahlveranstaltungen, zeigten nach Auffassung der Marxistischen Gruppe „daß die Unterwerfung unter die politische Gewalt des Staates und sonst nichts gefragt ist“³⁸². Polemisch konstatiert wurde, dass in der Bundesrepublik „alles unter bester demokratischer Kontrolle“³⁸³ sei und dass dem kritischen Bürger, der sich nicht gleich konstruktiv äußere, der „bundesrepublikanische Zensurstempel“³⁸⁴ aufgedrückt werden würde.

In ähnlicher Art und Weise bezeichneten die Autoren ihre Geringschätzung gegenüber Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Autoren zogen beispielsweise Situationen heran, in denen Arbeitende mit staatlichen Auffassungen übereinstimmten, etwa bei Unmutsäußerungen gegenüber Studierendenprotesten. Einen solchen Konsens mit staatlichen Grundsätzen drückte die Gruppe mit „lichten Momenten proletarischer Intelligenz“³⁸⁵ aus und demonstrierte damit ihre polemisch-arrogante Auffassung von der vermeintlichen Dummheit der Arbeitenden.

Wirtschafts- und Sozialpolitik definierte die Marxistische Gruppe als „Klassenkampf von oben“³⁸⁶ und politische Willensbildung zeigte sich für die Gruppe darin, „daß das Volk seine Interessen in politische Alternativen *übersetzt* und darin *den* staatlichen Auftrag bewirkt und immer wieder erneuert“³⁸⁷. Der staatliche Auftrag finde sich in allgemeinen Prinzipien des Klassenstaats wieder als profitorientierte Konkurrenzabwicklung, die den kapitalistischen Gebrauch der arbeitenden Klasse zeige. Auf der Basis des Grundgesetzes werde die wirtschaftliche Gegensätzlichkeit der Klassen geregelt und so die jeweiligen Ansprüche gewährt oder abgelehnt.

Die schlagwortartig abkürzenden ökonomischen Bestimmungen, etwa zu den Begriffen Klassenstaat, Klassenkampf oder Konkurrenz, wurden von der Gruppe gezielt agitatorisch eingesetzt und nicht erklärt. Eine Erläuterung etwa der widerstreitenden Interessen der Klassen, die zur staatlichen Regelung von Klassengegensätzen führen, fand nicht statt, vielmehr wurden

³⁸¹ Vgl. ebd., S. 15, S. 44, S. 60, S. 80, S. 117.

³⁸² Ebd., S. 12.

³⁸³ Ebd., S. 16.

³⁸⁴ Ebd.

³⁸⁵ Ebd., S. 29.

³⁸⁶ Ebd., S. 17.

³⁸⁷ Ebd., Hervorhebungen im Original.

Begriffe unvermittelt postuliert. Unklar blieb beispielsweise, was genau den Begriff des Interesses ausmacht, worauf sich Interessen gründen oder worin Unterschiede zwischen Sonder- und Allgemeininteressen bestehen.³⁸⁸ Die Autoren führten weiterhin eine „Relativierung sämtlicher Ansprüche in der Welt der Arbeit und Politik“³⁸⁹ an, wenn es um die Verpflichtung auf das Gemeinwohl geht. Sie zeigten dabei allerdings nicht, was sie mit Benennungen wie „Relativierung“ oder „sämtliche Ansprüche“ ausdrücken wollten. Inwieweit darüber hinaus der Begriff einer „fortgeschrittenen Demokratie“ im Sinne einer Relativierung der Ansprüche verstanden wurde, blieb ebenso der wohlwollenden Deutung des Lesers überlassen, die aufgrund der stilistischen Ausdrucksweise der Autoren unverkennbar eine Deutung mit der Lesebrille der Marxistischen Gruppe sein sollte.³⁹⁰

Im weiteren Text wurde von „herrschenden“ Interessen sowie in einem Stammtischjargon von „untergebügelt“ Interessen gesprochen, ohne darauf einzugehen, wie sich die Interessen voneinander unterscheiden. Wiederum blieb unklar, etwa ob sich beispielsweise Unternehmer oder Arbeiter oder beide „unterbügeln“ lassen, in welcher Art und Weise und von wem. Die Autoren gingen weiterhin dazu über, den „Lieblingskindern der modernen Republik“³⁹¹ herrschende Interessen zuzuschreiben, ohne zu klären, wer mit „Lieblingskinder“ gemeint war und was unter einer Herrschaft der Interessen zu verstehen sei.

Die Marxistische Gruppe führte Bestimmungen über die politische Ebene an, ohne diese begrifflich zu vermitteln, da es ihnen vor allem um das Aufzeigen einer „demokratisch hergestellten Souveränität des Staates“³⁹² ging. Die für Regelungen des Staates notwendigen Herleitungen ökonomischer Voraussetzungen wurden konsequent außer Acht gelassen. Der Anspruch der Autoren, „die bundesdeutsche Wirtschaft als Grundlage einer Leistungs-, Industrie- oder Wohlstandsgesellschaft [...], die BRD-Ökonomie als Grundlage ihrer Stärke“³⁹³ analysiert und damit eine Untersuchung des Arbeitsalltags geleistet zu haben, wie in einer Ankündigung zur Broschüre zu lesen war, wurde von den Autoren nicht realisiert. Das zeigte sich auch in ihren Auslassungen über staatliche Mittel einer möglichen Krisenbewältigung, wenn festgehalten

³⁸⁸ Die Verfasser stützten sich offenbar auf Ausführungen in ihrer im Vorjahr veröffentlichten Untersuchung über den Staat. Dort hatten sie unter anderem auch Bestimmungen über Interessen dargelegt, allerdings nur unzureichend begrifflich entwickelt, worauf ich im nächsten Kapitel genauer eingehen werde.

³⁸⁹ Marxistische Gruppe, Resultate, 1980, S. 4.

³⁹⁰ Vgl. ebd., S. 4.

³⁹¹ Ebd., S. 4.

³⁹² Ebd., S. 17.

³⁹³ Marxistische Gruppe, Bremer Hochschulzeitung, April 1980, S.3.

wurde, dass jede Regierung über „ein mit hoher Produktivität gesegnetes Kapital, das auf dem Weltmarkt mit der Konkurrenz fertig wird“³⁹⁴ verfüge. Wiederum unbestimmt blieb dabei die Erklärung, in welcher Art und Weise sich beispielsweise ein Kapital auf dem Weltmarkt durchsetzt. Auch ihr zweites staatliche Krisenbewältigungsmittel, „eine ‚vernünftige Arbeiterschaft‘, die den Auswirkungen von Krise wie Aufschwung“³⁹⁵ ausgesetzt sei, setzt ökonomische Bestimmungen über Krisen, über wirtschaftliche Auf- und Abschwünge voraus, die fehlten und die dadurch vielschichtige Deutungen zuließen.

In der agitatorisch aufgemachten Broschüre zeigte sich ein methodisches Verfahren der Marxistischen Gruppe, das Erklärungen versprach, diese jedoch nicht einhielt, vielmehr einerseits mit Setzungen operierte und andererseits durch eine mit Metaphern durchzogene Umgangssprache Erläuterungen verwischte. In unbestimmter Weise wurde beispielsweise hervorgehoben, dass „das gesamte politische Getöse auf dem *Reichtum* (beruht), den sie [die politisch Herrschenden, W.M.] repräsentieren und dessen beständige Vermehrung sie verwalten“³⁹⁶. Wieder wurde ein zentraler Begriff nicht geklärt – was macht Reichtum aus, soll Reichtum identisch mit „Kapital“ oder „Vermögen“ sein, wie die Autoren im nachfolgenden Text formulierten?³⁹⁷ –, sondern mit der Formulierung „politischem Getöse“ machte die Gruppe einen gesellschaftlichen Zusammenhang unkenntlich.

Begrifflichkeiten, die die Autoren verwendeten, können mit einer solchen Vorgehensweise ohne einen vorgefassten Standpunkt, angepasst an Vorstellungen der Autoren, nicht zweifelsfrei gedeutet werden. Mit begrifflichen Setzungen können keine Vermittlungsschritte vorgenommen werden und Metaphern sind umgangssprachlich besetzte Bilder, die eine fragwürdige Deutungsvielfalt zulassen, etwa beim Ausdruck „Lieblingskinder“ oder „die Geschädigten der Nation“. Die Broschüre drückte insofern keine begriffliche Klarheit aus, die Autoren haben ihren Anspruch, die politische Herrschaft in der Bundesrepublik adäquat erklären zu wollen, nicht erfüllt.

³⁹⁴ Marxistische Gruppe, Resultate, 1980, S. 19.

³⁹⁵ Ebd., S. 19.

³⁹⁶ Ebd., S. 27, Hervorhebung im Original.

³⁹⁷ Vgl. ebd., S. 28 und S. 31.

4.2.2 Inhaltliche Schwerpunkte der Marxistischen Gruppe

Die thematische Bandbreite der Schriften der Marxistischen Gruppe umfasste politische und ökonomische Geschehnisse sowohl im nationalen als auch im internationalen Rahmen, die die Autoren vor allem in Artikeln der *Marxistischen Studentenzeitung* beziehungsweise der *Marxistischen Streit- und Zeitschrift* sowie in ihren verschiedenen Reihen publizierten. Im Fokus der Organisation stand die politische Sphäre, die die Gruppe in ihrer besonderen polemischen Art und Weise zu entschlüsseln suchte, weil sich hier nicht nur das staatliche Wirken nach Auffassung der Gruppe in allen Bereichen und zu jeder Zeit gegenwärtig zeigte, sondern weil staatliche Maßnahmen alle Interessen reguliere und diese dem Allgemeinwohl unterordne. Im unterstellten Gegensatz zum vorherrschenden Zeitungs- und Pressewesen hatte die Marxistische Gruppe den Anspruch, keinesfalls „den Standpunkt der konstruktiven Anteilnahme an allem und jedem“³⁹⁸ zu vertreten, sie wollte vielmehr klarstellen, worauf es in der Politik und Wirtschaft ankäme und welche Zwecke in der Gesellschaft herrschten. In ihren mehr theoretisch ausgerichteten Arbeiten ging es beispielsweise um Begriffe des Allgemeinwohls, des Rechts oder um Darlegungen über Gleichheit und Freiheit. Allgemeine Begriffe versuchte die Gruppe in Artikeln der MSZ zu konkretisieren und auf eine Ebene der inhaltlichen Vermittlung zu bringen, die die spezifischen Handlungsweisen der Arbeitenden beziehungsweise der Staatsbürger ausdrückte.³⁹⁹

Darüber hinaus führte die Marxistische Gruppe eine Reihe von Vorträgen durch, die auch von weniger bekannten Führungsmitgliedern der Organisation gehalten wurden. Beispielhaft können Beiträge zu den Themen „Hegel-Logik“ (Karl Held und Harald Kuhn 1982), „Kritik – Wie geht das“ (Karl Held und Harald Kuhn 1982), „Demokratische Wahlen“ (Jonas Köper 1983), „70 Jahre Sowjetmacht“ (Konrad Hecker 1987), „Theorie der Krisenvermeidung“ (Michael Horn 1988), „125 Jahre SPD“ (Rolf Röhrig 1988), „Atommacht BRD“ (Jonas Köper

³⁹⁸ Resultate GmbH 1982, S. 17.

³⁹⁹ Konkreter gefasste Beiträge behandelten Bereiche, beispielsweise zum Komplex „Gleichheit und Freiheit“, in denen wie im Artikel „Das Grundgesetz – der Boden des Rechtsstaats“ die Rechtsordnung im Einzelnen anhand der Grundrechte diskutiert wurde (vgl. Marxistische Streit- und Zeitschrift Nr. 4/1987, S. 32 – 36; vgl. Marxistische Streit- und Zeitschrift Nr. 2/1989, S. 44f und Marxistische Streit- und Zeitschrift Nr. 4/1989, S. 12f). Andere Beiträge thematisierten Fragen zur Durchsetzung des Allgemeinwohls, beispielsweise Unterschiede bei der Betrachtung von Wohlstand und Arbeitslohn. Exemplarisch hierfür stehen Artikel wie „Armut in der BRD: Der Arbeitslohn“ (vgl. Marxistische Studentenzeitung Nr. 3/1981, S. 15 – 17), oder „Haushaltspolitik: Lohn, Profit und Politik“ (vgl. Marxistische Studentenzeitung Nr. 5/1982, S. 20 – 22).

1988), „Ausbildung und Einbildung der Elite“ (Konrad Hecker 1989), „DDR-Sozialismus“ (Konrad Hecker 1989), „Kultur“ (Konrad Hecker 1989) genannt werden.⁴⁰⁰

Weitere Veröffentlichungen der Marxistischen Gruppe, etwa die Broschüren „Die Psychologie des bürgerlichen Individuums“ (1981 veröffentlicht)⁴⁰¹ oder „Kritik der ‚Kritischen Theorie‘“ (1986 erschienen), werden hier nicht besprochen, da eine Befassung mit den Bereichen Psychologie oder „Kritische Theorie“ weit über den Rahmen meiner Arbeit hinausgeht.

4.2.2.1 Die *Marxistische Studentenzeitung* alias *Marxistische Zeitung* alias *Marxistische Streit- und Zeitschrift*

Die Zeitung der Organisation war für die vereinheitlichte Marxistische Gruppe ein zentrales Kommunikationsorgan. Die von einem Redaktionskollektiv verfassten Artikel zielten überwiegend auf aktuelle Geschehnisse ab und erfassten ein breites thematisches Spektrum. Geopolitische Analysen waren ebenso vertreten wie Beiträge über Wissenschaft oder über Kultur und Zeitgeist. Die Erscheinungsweise der *Marxistischen Studentenzeitung* veränderte sich im Laufe der Jahre, die Zeitung wurde mehrfach umgewidmet, womit die Gruppe zugleich ein verändertes Konzept anzeigte.

Der vollständige Titelkopf der ersten Zeitung vom 28. April 1980 lautete „MSZ - Marxistische Studentenzeitung - Marxistische Gruppe (MG)“. Neben dem veränderten Zeitungskopf – die alte Zeitung hieß „MSZ - Hochschulzeitung der AK für die BRD und Westberlin - Marxistische Studenten Zeitung“ – stattete die Organisation ihr Organ zugleich mit einem neuen Design aus.⁴⁰² Mit der neuen Zeitung änderte sich ebenfalls deren Nummerierung.⁴⁰³ Nach vier Ausgaben entfiel der studentische Konnex im Titelkopf, die Zeitung hieß nun bis Januar 1983

⁴⁰⁰ Die hier ausgewählten Audiobeiträge sind – wie weitere Beiträge von Mitgliedern der Marxistischen Gruppe – auf dem Portal „YouTube“ (URL: https://www.youtube.com/results?search_query=Marxistische+Gruppe) zugänglich. Auf der Webseite „ArguDiss“ (Argument und Diskussion, URL: <https://www.argudiss.de/>) können ebenso verschiedene Veröffentlichungen abgerufen werden, allerdings finden sich hier vor allem *Gegenstandspunkt*-Vorträge.

⁴⁰¹ Diese Abhandlung, 1981 von der Marxistischen Gruppe publiziert, gehörte zwar formal nicht zur *Resultate*-Reihe, erscheint jedoch aktuell auf der Webseite des Gegenstandspunkt-Verlags in dieser Rubrik. Das Veröffentlichungsdatum der neu aufgelegten Broschüre wird mit 2002 angegeben, herausgegeben von Karl Held.

⁴⁰² Vgl. Marxistische Studentenzeitung Nr. 2/1980, Titelblatt. Das Magazin erschien nun in einem DIN A4-Format mit kräftigem Cover-Hochglanzpapier und den Innenseiten aus üblichem Zeitungsdruckpapier.

⁴⁰³ In den Jahren 1974 bis 1980 wurde die MSZ fortlaufend nummeriert, von Nr. 1/1974 bis Nr. 33/1980. Ab 1980, beginnend mit der Nr. 2/1980, eine Nr. 1 gab es nicht, wurden die jeweiligen Ausgaben jahrgangsweise durchnummeriert. Die Nr. 2 vom 28. April 1980 enthielt erst- und letztmals eine Jahrgangsangabe, notiert wurde der 11. Jahrgang der MSZ. Das war eine fehlerhafte Angabe, denn unter Hinzuziehung der *Münchener Studentenzeitung* wäre 1969 somit der erste Jahrgang der MSZ gewesen, der erste Jahrgang der *Münchener Studentenzeitung* erschien jedoch bereits 1967.

„MSZ - Marxistische Gruppe (MG)“ mit einem jeweils im Impressum versehenen Zusatz „Politisches Magazin der Marxistischen Gruppe (MG)“. Die fehlende Fokussierung auf Studenten sollte offenbar eine Erweiterung des Adressatenkreises ankündigen, die zukünftig verstärkt in den Blick der Gruppe rückte.

Im Jahr 1983 erschienen die Ausgaben der Monate April, Mai und Juli wiederum unter einem veränderten Titelkopf. Der bisher lediglich auf der Innenseite neben dem Impressum platzierte Untertitel rückte nun auf die Titelseite. Das Organ hieß jetzt „MSZ - Das politische Magazin der MG“. In demselben Jahr bildete die Organisation ihre Zeitung erneut um. Zum einen strich die Gruppe das Kürzel des Magazins zusammen und fügte zum anderen einen gänzlich veränderten Untertitel hinzu. Darüber hinaus änderte sich die Erscheinungsweise der Zeitung und die Gruppe nahm die neue Rubrik „Gegenstandpunkt“ in ihrem Magazin auf.

Im November 1983 erschien die Ausgabe einstweilen mit dem Titel „MZ - Marxistische Zeitung - Gegen die Kosten der Freiheit“. Die gleiche formale Aufmachung war bei der Zeitung des Folgemonats auszumachen.⁴⁰⁴ Zum einen wurde mit der Aufmachung der beiden Ausgaben der erweiterte Adressatenkreis auch im Kürzel sichtbar. Die kommunikative Ansprache durch den auffälligen bildhaften Ausdruck „MZ“ drückte die angestrebte Erweiterung über die bisher explizit angesprochene Studierendenschaft aus und richtete sich auf alle an marxistischen Erklärungen interessierte Personen. Zum anderen wurde die bisher allgemein gehaltene Kennzeichnung der Zeitschrift als politisches Magazin modifiziert. Der Untertitel „Gegen die Kosten der Freiheit“ formulierte eine Art gegenläufige Bewegung, die eingeschlagen werden sollte, eine Ausrichtung in eine nicht näher bestimmte Richtung der Kritik. Allerdings wurde nicht erläutert, was die Kosten der Freiheit ausmachen sollte und wie genau das „gegen“ aufzufassen war. Ebenso unbestimmt blieb, ob und inwieweit die Ausdehnung des Adressatenkreises organisatorische Folgen, etwa erweiterte Sympathisantenplenen, nach sich ziehen würde.

Mit der Zeitung ab Januar 1984 zeigte der Titelkopf wieder das Kürzel MSZ an, der vollständige Aufmacher lautete „MSZ - Gegen die Kosten der Freiheit“. Alle bisherigen Ausgaben zeigten mit der Zeitungskopfangabe, entweder als MSZ oder als MZ, zugleich einen auch explizit ausgeschriebenen Hinweis der politischen Ausrichtung der Zeitung als „marxistische“ an.

⁴⁰⁴ Vgl. Marxistische Zeitung, November 1983 und Dezember 1983. Die beiden MZ-Ausgaben werden derzeit in einem Digital-Archiv früherer Zeitungen als Nr. 11/1983 und Nr. 12/1983 der MSZ geführt, jedoch ohne Kommentierung der unterschiedlichen Bezeichnungen (vgl. Webseite „Gegenstandpunkt“, URL: <https://de.gegenstandpunkt.com/>, MSZ-Archiv).

Mit der Januarausgabe von 1984 platzierte die Organisation zwar die Initiale MSZ auf der Titelseite, allerdings erschien deren Bedeutung erst im Impressum des Magazins und lautete „MSZ - Marxistische Streit- und Zeitschrift - Gegen die Kosten der Freiheit“. Der verkürzte Titelkopf – „MSZ - Gegen die Kosten der Freiheit“ – war seitdem der feststehende Name der Zeitung, den die Marxistische Gruppe bis zur letzten Ausgabe beibehielt.

Die Erscheinungsweise der Zeitung variierte. Von 1980 bis Mitte 1983 gab die Gruppe das Magazin zweimonatlich heraus. Von November 1983 bis Ende 1988 erschien das Magazin monatlich, wobei jährlich einige Ausgaben Doppelnummern waren. Von 1989 an bis zur letzten Ausgabe im Mai 1991 lieferte die Organisation die Zeitung wieder zweimonatlich aus. Die Auflage der jeweiligen MSZ bewegte sich nach Angaben des Verfassungsschutzes zwischen 8.000 und 10.000 Exemplaren.⁴⁰⁵ Verlegt wurde das Magazin vom Verein zur Förderung des studentischen Pressewesens e.V. in München, verantwortlicher Redakteur war Herbert Fertl.

Die Zeitung vom Mai 1991 war die letzte „MSZ - Gegen die Kosten der Freiheit“. Herausgeber der letzten Nummer waren – im Unterschied zu allen vorherigen Nummern, die von der Marxistischen Gruppe als Kollektiv redaktionell erarbeitet wurden – mit ausdrücklicher Nennung Theo Ebel, Herbert Fertl und Karl Held. Mit dieser Ausgabe wurden sowohl das Erscheinen der Zeitschrift als auch alle weiteren politisch-praktischen Aktivitäten der Gruppe eingestellt. Die letzte Zeitung widmete sich dem Thema „Der Fall MG“ und in den Artikeln ging es ausschließlich um Maßnahmen deutscher Behörden im Zusammenhang mit der Marxistischen Gruppe. Die Ausgabe schließt mit einer Erklärung der Gruppe auf der Rückseite der Zeitschrift ab, in der die Auflösung der Organisation bekannt gegeben wurde. „Der Fall MG“ ist Thema des sechsten Kapitels meiner Arbeit, in dem ich den Auflösungsprozess der Marxistischen Gruppe untersuche.

Die Artikel in der über zehn Jahre erschienenen MSZ gliederte ich trotz einiger auszumachenden Modifizierungen in drei Bereiche auf. Zum einen ist ein systematischer Teil hervorzuheben, zum anderen fällt die Rubrik „Gegenstandspunkt“ auf,⁴⁰⁶ und drittens nahm die Rubrik

⁴⁰⁵ Vgl. Verfassungsschutzbericht Bund 1985, S. 104.

⁴⁰⁶ In dieser Rubrik publizierte die Gruppe von 1983 an regelmäßig Artikel, die sich mit Themen allgemeiner Art befassten, oftmals in Form von Essays (vgl. Lang 2023, S. 234), etwa „Vom christlichen Glauben“, oder „Die Welt der Diplomatie“. Die Artikel wurden allerdings in der folgenden Zeit nicht zusammenhängend bearbeitet oder strukturell zusammenfasst. Exemplarisch zu nennen sind die Beiträge „Die Klassen“ (vgl. Marxistische Streit- und Zeitschrift Nr. 7/1986 und Nr. 11/1986); „Von der Arbeiterklasse“ (vgl. Marxistische Streit- und Zeitschrift Nr. 6/1990); „Die Bauern“ (vgl. Marxistische Streit- und Zeitschrift Nr. 6/1986).

„Porträts“ einen breiten Raum in der MSZ ein. Der systematische Teil lässt sich in folgende Unterabschnitte gliedern: BRD (darin unter anderem Innen- und Außenpolitik, Öffentlichkeit, Gewerkschaft, Bundeswehr, Opposition) ; Europa ; USA ; Sozialistische Staaten (darin unter anderem Sowjetunion, DDR) ; Mittel- und Südamerika ; Afrika ; Naher Osten ; Asien ; Kultur/Zeitgeist/Wissenschaft ; Geschichte. Die Rubrik „Gegenstandspunkt“ enthielt unter anderem Beiträge grundsätzlicher Art zu den Themen Meinungsfreiheit, Menschenrechte, Gewalt, Klassen der Gesellschaft, Wähler und Kultur. In der Kategorie „Porträts“ charakterisierte die Gruppe Personen aus verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Bereichen, beispielsweise Wolfgang Abendroth, Willy Brandt, Friedrich Engels, Jürgen Habermas, Helmut Schmidt oder Fritz Teufel, um nur einige von den weit über einhundert Einträgen zu nennen.

Eine politisch-ideologische Leitlinie der Marxistischen Gruppe, die auch in vielen Artikeln der MSZ deutlich wurde, habe ich bereits im Zusammenhang mit der neugefassten Erklärung der Organisation über das politische und ökonomische Leben in der Bundesrepublik weiter oben in dieser Arbeit herausgestellt und bewertet. Die Direktive der Gruppe greife ich an dieser Stelle wieder auf, da viele Beiträge in ihrer Zeitung von dem folgenden zusammengefassten Inhalts-Muster durchzogen waren.

Die Organisation konstatierte in ihren Artikeln – hier in Beziehung auf bundesrepublikanische Verhältnisse der 1980er Jahre herausgestellt – moderne Ausbeutungs- und Armutsformen in der Gesellschaft und schrieb der Gewerkschaft eine unterstützende Leistung und somit eine politische Mitverantwortung für die damals bestehenden Armuts- und Ausbeutungsverhältnisse zu. Im alltäglichen politischen Leben zeige sich nach Auffassung der Organisation, dass allein eine umfassende Unterordnung unter die Staatsgewalt gefragt sei. Die Bürger lebten konstruktiv politische Alternativen aus und drückten damit, so die polemische Kommentierung der Gruppe, beste demokratische Verhaltensweisen aus. Der staatliche Auftrag, eine profitorientierte Konkurrenzabwicklung zu gewährleisten, werde insofern, so das Resümee der Autoren, auf Kosten der arbeitenden Klasse abgesichert.⁴⁰⁷

⁴⁰⁷ Jürgen Lang hat einen roten Faden ausgemacht, der sich in den Artikeln der MSZ ausdrücke. Seiner Auffassung nach sieht die Marxistische Gruppe in ihren Beiträgen den Staat als ein alle gesellschaftlichen Verhältnisse beeinflussendes Instrument, das spezielle Interessen vor allem durch die Regulierung kapitalistischer Interessen sichert (vgl. Lang 203, S. 229f).

4.2.2.2 Die *Marxistische Arbeiterzeitung*

Die Betriebszeitung der Roten Zellen / AK erschien erstmals im Oktober 1977 unter dem Namen *Marxistische Arbeiterzeitung* (MAZ), der auch später als Betriebszeitung der Marxistischen Gruppe bis zu ihrer Auflösung beibehalten wurde.⁴⁰⁸ Die MAZ der Marxistischen Gruppe erschien 14tägig, überwiegend als vierseitige Schrift im Format eines gefalteten Flugblattes, presserechtlich verantwortlich war Theo Ebel. Die Artikel der MAZ befassten sich mit aktuellen Vorkommnissen aus den Bereichen Politik und Wirtschaft, die den Inhalten der MSZ entsprachen. Die Artikel der ersten Nummer behandelten beispielsweise das zur damaligen Zeit zentrale Thema „Terrorismus“. Die Autoren befassten sich unter anderem sowohl mit der Geiselnahme Hanns Martin Schleyers durch die RAF, als auch mit der Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut“ durch palästinensische Terroristen sowie mit der Befreiungsaktion durch die GSG 9.⁴⁰⁹ Darüber hinaus wurden in der Zeitung, wie auch in der MSZ, Sympathisantentreffen der Gruppe in Bremen, München und Erlangen-Nürnberg angekündigt, die zwei Jahre später als Diskussionstermine eingerichtet wurden, zu denen sich Arbeiter und Angestellte über das Münchner Büro anmelden konnten.⁴¹⁰ Die MAZ wurde allerdings von den Arbeitenden nicht in dem Maße gelesen und akzeptiert, wie die Organisation erwartet hatte. Die Marxistische Gruppe München hatte 1978, während eines bundesweiten mehrwöchigen Druckerstreiks, Extrablätter der MAZ verteilt. Die Gruppe versuchte Arbeiter und Arbeiterinnen davon zu überzeugen, Zeitungen der Gruppe zu lesen, da in diesen, anders als beispielsweise in der *BILD*-Zeitung, Wahrheiten über wirtschaftliche und politische Verhältnisse zu lesen seien. Die Resonanz dieser Aktion war erfolglos. Die Gruppe resümierte: „Dabei hat sich wieder einmal herausgestellt, daß die Wahrheit, selbst wenn sie kostenlos zu haben ist, die wenigsten überzeugt“⁴¹¹.

4.2.2.3 Die *Resultate* der Marxistischen Gruppe

Die *Resultate* waren das Theorieforum der Marxistischen Gruppe. In den Schriften dieser Reihe sollten Antworten gegeben werden „über die Prinzipien von Politik und Ökonomie [...] in der

⁴⁰⁸ Vgl. *Marxistische Arbeiterzeitung* (München), 17. Oktober 1990. Bereits 1976 erschien eine von den Roten Zellen München herausgegebene *Marxistische Arbeiterzeitung* für den Großraum München über gewerkschaftliche Themen, etwa zur Tarifrunde 1976 und über eine Vertrauensleuteversammlung der IG Metall (vgl. *Marxistische Arbeiterzeitung* (München), 1976).

⁴⁰⁹ Vgl. *Marxistische Arbeiterzeitung*, Nr. 1/1977, S. 1 – 4.

⁴¹⁰ Vgl. *Marxistische Arbeiterzeitung* (München), 05. Dezember 1979, S. 2 und *Marxistische Arbeiterzeitung*, Nr. 1/1977, S. 4.

⁴¹¹ *Marxistische Gruppe München, Zeitungslose Zeit*, 1978.

heutigen Staatenwelt“⁴¹². Mit ihren Abhandlungen in den *Resultaten* wollte die Marxistische Gruppe einige der von Marx geplanten, aber nicht ausgeführten Arbeiten zur Kritik der politischen Ökonomie realisieren. Erklärt werden sollten zum einen die Konkurrenz der Klassen, „deren Mitglieder ihre Interessen mit den ihnen eigentümlichen Mitteln durchsetzen, dabei in Gegensatz zueinander geraten und dabei so lange die Gesetze der Akkumulation von privatem Reichtum exekutieren [...], wie die arbeitende Klasse nicht bewußt den Klassenkampf gegen ihre rücksichtslose Benutzung führt“⁴¹³. Zum anderen sollte die politische Herrschaft analysiert und dabei gezeigt werden, wie „der bürgerliche Staat das Privateigentum zum Zwecke seines Wachstums sichert und als demokratischer Klassenstaat das Florieren der Ausbeutung gewalt- sam garantiert“⁴¹⁴. Weiterhin waren Broschüren zur Konkurrenz auf dem Weltmarkt und zum realen Sozialismus vorgesehen. Die Notwendigkeit ihrer Arbeiten sah die Marxistische Gruppe in den vorgeblich ideologisch gefassten Theorien der „bürgerlichen“ Wissenschaft, die unwahre Deutungen und lediglich Glaubensstandpunkte hervorbrächten. Anspruch und Verwirklichung der Vorhaben der Gruppe klappten allerdings deutlich auseinander, denn insgesamt die Hälfte aller anvisierten Projekte der *Resultate*-Reihe wurden von der Gruppe nicht realisiert. Gründe hierfür nannte die Organisation nicht.

Anfang der 1980er Jahre hatte die Gruppe einen Arbeitsplan erstellt, der aufzeigte, welche Themen in der *Resultate*-Reihe publiziert werden sollten, um Erklärungen über staatliche Maßnahmen in politischen und ökonomischen Bereichen zu liefern. Alle Abhandlungen sollten systematisch angelegt sein und methodisch in der Form von Ableitungen erscheinen. Vorgesehen waren Broschüren zu den Themen „Die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften“ und „Die Konkurrenz der Kapitalisten und die Lohnarbeit“. Eine andere seit längerer Zeit geplante Arbeit erschien 1983 zum Thema über nationalsozialistische Herrschaft. Weitere zur Veröffentlichung vorgesehene Broschüren waren betitelt mit „Spontaneismus und Anarchismus“ und „Der reale Sozialismus“.⁴¹⁵ Ebenso sollte die 1974 begonnene Artikelserie zum *Kapital* beendet und zukünftig als *Kapital*-Kommentar außerhalb der *Resultate*-Reihe aufgenommen werden. Einem Hinweis in einer Broschüre war zu entnehmen, dass die Gruppe, anders als ursprünglich vorgesehen, bereits Ende 1979 beabsichtigte, jeweils einen Band des *Kapitals* als einen geschlos-

⁴¹² Resultate GmbH 1982, S. 2.

⁴¹³ Ebd., S. 2.

⁴¹⁴ Ebd., S. 2.

⁴¹⁵ Vgl. Marxistische Gruppe, Resultate, 1979c, Klappentext Rückseite; vgl. auch Resultate, 1983, Klappentext Rückseite.

senen Kommentar zu veröffentlichen,⁴¹⁶ auch dieses Vorhaben wurde nicht umgesetzt. Die von den Autoren frühzeitig festgelegte Nummerierung der *Resultate* sah Ausgaben bis zur Nr. 12 vor – allerdings sind die Nummern 7, 8, 10, 11 und 12 nie erschienen. Die Nr. 9 des Jahres 1983 war die letzte Ausgabe der *Resultate*-Reihe und dokumentierte die faktische Einstellung dieses Formats, denn nach 1983 erschienen lediglich Einzelveröffentlichungen führender Gruppenmitglieder, überwiegend als Analysen über aktuelle Situationen in Deutschland .

Die namentliche Veränderung im Untertitel der *Resultate* ab Mitte 1979 – „Theoretisches Organ der Marxistischen Gruppe“ – war keine bloß nebensächliche Begleiterscheinung, die lediglich das Layout der Broschüre veränderte, sondern eine konzeptionelle Aussage der Marxistischen Gruppe, die mit dem neuen Organisationsnamen – nun auch auf dem bedeutenden Theoriejournal sichtbar – sozusagen im Vorübergehen den Status ihrer Vereinheitlichung ausdrückte, ohne eine nach Außen dringende Konstituierung zu verkünden. Bis auf diesen Namen änderte die Gruppe das Erscheinungsbild der Broschüre im Vergleich zu den Ausgaben der ersten beiden Nummern zunächst nicht. Der Titel lautete weiterhin „AK Resultate der Arbeitskonferenz“. Nach 1979 entfiel jedoch das ehemals hervorgehobene „AK“ im Titel, das Organ hieß nun nur noch „Resultate“. Die Bezeichnung „Arbeitskonferenz“ war dem Redaktionskollektiv wortwörtlich zu „blöd“⁴¹⁷, allerdings wurde der Fortfall des Gruppennamens von der Organisation an keiner Stelle erklärt.

Die Bezeichnung „Marxistische Gruppe“ stand nunmehr seit Anfang des Jahres 1979 als Kennzeichnung für alle ehemals unter lokalen Namen auftretenden Gruppen. Die Marxistische Gruppe hatte offenbar auch nach ihrer neuen Namensfestsetzung kein Interesse, ihr dahinterstehendes Konzept zu erklären. Ihrem eigenen Verständnis nach sollten organisatorische Entscheidungen keinesfalls öffentlich erklärt werden – solche internen Angelegenheiten drangen nicht nach Außen, sie waren vielmehr ein nachdrückliches Zeichen innerer Geschlossenheit, die zugleich die Abschottung der Gruppe zementierte.

Die Organisation war in der Zeit des Übergangs der lokalen Gruppen zur vereinheitlichten Marxistischen Gruppe offenbar auch mit Fragen zur thematischen Abfolge ihrer Publikationen

⁴¹⁶ Vgl. Marxistische Gruppe, *Resultate*, 1979c, Klappentext Rückseite. Auf der Rückseite waren weiterhin alle bisher erschienenen Ausgaben der *Resultate* notiert sowie sechs geplante Veröffentlichungen dieser Reihe. Diese Informationen gab es knapp ein halbes Jahr später, mit der Veröffentlichung der neu gefassten *Resultate* Nr.1, nicht mehr.

⁴¹⁷ Marxistische Gruppe, *Resultate*, 1980, S. 142.

befasst, wie Unstimmigkeiten zu geplanten Veröffentlichungszeitpunkten der *Resultate* nahelegten. Im Juli 1977 hatte die Münchner Gruppierung beispielsweise angekündigt, dass einen Monat später die dritte Ausgabe der *Resultate* erscheinen würde. Als Inhalte dieser Nummer waren angegeben „Wissenschaft und Teleologie. Der Fehler bürgerlicher Geistes- und Gesellschaftswissenschaft“ sowie eine Fortsetzung der in den ersten *Resultate*-Bänden begonnenen Kommentare zum *Kapital*. Tatsächlich erschien die ehemals als vierte Nummer der *Resultate* angekündigte Broschüre „Der bürgerliche Staat“ nunmehr als dritte Folge und die Ausgabe zum Thema „Geistes- und Gesellschaftswissenschaft“ wurde nie publiziert, sodass von mehrfachen Planänderungen in dieser Zeit ausgegangen werden kann.⁴¹⁸ Zu dem zunächst fallen gelassenen Thema „Wissenschaft“ erschienen Anfang bis Mitte des Jahres 1979 einzelne Abhandlungen in der Reihe *Kritik der bürgerlichen Wissenschaft* und zwar zu den Bereichen Germanistik, Soziologie und Politologie.⁴¹⁹

Im Mai 1979 hatte die Marxistische Gruppe ihre Ableitung „Der bürgerliche Staat“ herausgegeben. Die Schrift war für die Organisation von zentraler Bedeutung und soll deshalb im nächsten Kapitel ausführlicher behandelt werden. Etwa ein Jahr nach der Veröffentlichung ihrer Theorie des Staates kündigte das Redaktionskollektiv eine weitere Ausgabe der *Resultate* über „Die Konkurrenz der Kapitalisten und die Lohnarbeit“ an.⁴²⁰ Diese Ankündigung war aus mehreren Gründen bemerkenswert. Zum einen sollten in den schon früher als Konspekte vorgestellten Arbeiten über die Konkurrenz der Kapitalisten und die Konkurrenz der Arbeiter geklärt werden, welche Gesetze die Konkurrenz regeln, allerdings wurden auch diese Schriften nie publiziert.⁴²¹ Zum anderen war auch eine Auseinandersetzung mit dem Begriff der „Oberfläche“ der bürgerlichen Gesellschaft vorgesehen, der eine wesentliche Rolle bei der Herleitung des Staates spielt. Folgerichtig hielt die Arbeitskonferenz in einem einige Jahre vorher festgelegten Plan ihr Vorgehen fest: „Aus dem Nachvollzug der drei Bände des ‚Kapital‘ ergeben sich die Arbeitsgebiete der AK: Konkurrenz des industriellen Kapitals, Konkurrenz der Lohnarbeit, Staat“⁴²².

⁴¹⁸ Vgl. Rote Zellen/Marxistische Gruppen, *Kritik der bürgerlichen Wissenschaft*, Linke Kritiker, 1977, S. 87; vgl. Marxistische Gruppe, *Kritik der bürgerlichen Wissenschaft*, Linke Wissenschaft vom Staat, 1979, S. 62f.

⁴¹⁹ Vgl. Marxistische Gruppe, *Kritik der bürgerlichen Wissenschaft*, Münchner Germanistik, 1979, S. 74. Eine angekündigte Arbeit über die Volkswirtschaftslehre (vgl. ebd., S. 74) ist ebenfalls nie erschienen.

⁴²⁰ Vgl. Marxistische Gruppe, *Resultate*, 1980, S. 45.

⁴²¹ Vgl. Marxistische Gruppe, *Konkurrenz der Kapitalisten*, 1979a und *Konkurrenz der Arbeiter*, 1979b.

⁴²² Rote Zellen/AK München, *Resultate*, 1974, S. 3.

Begründet wurde die Befassung mit Bestimmungen zur Konkurrenz mit dem Argument, dass die Konkurrenz die wirkliche Entwicklung des Kapitals darstelle und dass es darauf ankäme, „aufzuweisen, wie sich die Gesetze des Kapitals in den verwandelten Formen der Oberfläche und in den Handlungen der Privatsubjekte durchsetzen“⁴²³. Ein solcher Nachweis auf der Ebene des allgemeinen Kapitalbegriffs sollte dementsprechend klären, um welche Gesetze es sich handelt, die die Verlaufsformen der Konkurrenz bestimmen und wie im Unterschied hierzu konkretere Formen der Konkurrenz zu erfassen sind.

Eine Analyse des Staates setzt einerseits grundsätzlich Bestimmungen der Konkurrenz der Kapitale und die Behandlung der Konkurrenz der Lohnarbeiter voraus, ist andererseits dennoch eigenständiger Teil einer Untersuchung zur politischen Sphäre der kapitalistischen Produktionsweise. In der Politiksphäre vermittelt der Staat die Reproduktion der bürgerlichen Gesellschaft, die unter anderem in Formen der ökonomischen Konkurrenz abläuft. Der Übergang vom ökonomischen zum politischen Bereich erfordert somit vor der Analyse des Staates die Klärung der Konkurrenz sowohl der Kapitalisten als auch der Lohnarbeiter. Insofern wird sich im folgenden Kapitel zeigen, inwieweit in der Staatstheorie der Marxistischen Gruppe notwendige Bestimmungen zur Konkurrenz und in welcher Art und Weise abgehandelt werden, da eine eigenständige Untersuchung zur Konkurrenz von der Gruppe zu keiner Zeit veröffentlicht wurde.

4.2.2.4 Schriftenreihen der Marxistischen Gruppe

Im Verlauf der Vereinheitlichung ihrer Organisation brachte die Gruppe neue Schriftenreihen heraus.⁴²⁴ Die Reihe *Kritik der bürgerlichen Wissenschaft* enthielt Beiträge zu den Bereichen „Germanistik“ (Januar 1979), „Soziologie“ (Februar 1979), „Politologie“ (April 1979), „Politologie“ (Mai 1979), „Die linken Kritiker“ (Juli 1979), „Die Mikroökonomie“ (1987), „Die Münchner Philosophie“ (1987) und „Martin Heidegger“ (1988).

In der Reihe *Abweichende Meinungen* wurden sowohl bedeutende nationale als auch internationale politische Vorkommnisse untersucht. Die Ergebnisse der Analysen standen, so die allgemeine Aussage der Marxistischen Gruppe, im Gegensatz zu vorherrschenden öffentlichen

⁴²³ Ebd., S. 13, Hervorhebung im Original.

⁴²⁴ Die in Klammern notierten Jahreszahlen geben das jeweilige Veröffentlichungsdatum der Schriften an. Zu den hier aufgelisteten Reihen siehe die jeweiligen Angaben im Quellenverzeichnis, Kapitel 8.1.3.

Auffassungen und würden sich „allemaal aus der analysierten Sache“⁴²⁵ ergeben. Die Beiträge wurden nicht vom Redaktions-Kollektiv, sondern von führenden Kadermitgliedern abgefasst. Das waren im einzelnen Karl Held: „Abweichende Meinungen zu Polen“ (1982), Ludwig Fertl: „Abweichende Meinungen zu Israel“ (1982), Theo Ebel: „Abweichende Meinungen zum Falkland-Krieg“ (1982), Karl Held / Theo Ebel: „Abweichende Meinungen zur ‚Nachrüstung‘“ (1983), Karl Held / Theo Ebel: „Abweichende Meinungen zur ‚Wende‘“ (1984), Peter Decker / Karl Held: „Abweichende Meinungen zur ‚deutschen Frage‘“ (1989).

Die Gruppe untersuchte in den Abhandlungen über Gewerkschaften, wie es den Lohnabhängigen mit dem DGB erging, „was diese ‚gesellschaftliche Kraft‘, die ‚Säule der Demokratie‘ eigentlich taugt“⁴²⁶. In der Reihe *Kritik der westdeutschen Gewerkschaften* erschienen lediglich zwei Ausgaben. Die Titel lauteten „Rationalisierung & Humanisierung. Vom modernen Umgang mit dem Arbeiter“ (Nr. 1/1979) sowie „Der Deutsche Gewerkschaftsbund. Die Partei der Arbeit im Dienste von Wirtschaft und Nation“ (Nr. 2/1982). Weitere Ausgaben wurden angekündigt, aber nicht veröffentlicht.⁴²⁷

Lediglich zwei Ausgaben erschienen in der Reihe *Naturwissenschaft und Technologie*. Das waren die Broschüren „Warum reden Naturwissenschaftler solchen Unsinn?“ (Juli 1980) und „Atomtechnologie und Atompolitik“ (Dezember 1980).

Die 1984 begonnene Reihe *Argumente* bestand aus zwei- oder vierseitigen Flugblattaussagen zu den Bereichen Medizin, Pädagogik, Philosophie, Politologie, Soziologie, BWL und VWL sowie zu anderen Themen, beispielsweise zur Friedensbewegung oder zum Gesundheitswesen. Die *Argumente* wurden bundesweit an Hochschulen ausgegeben und erschienen unregelmäßig.

Herausgeber und Verlag der gesamten Reihen war die Resultate Gesellschaft für Druck und Verlag wissenschaftlicher Literatur GmbH in München. Gedruckt und vertrieben wurden die Schriften von der MHB Gesellschaft für Druck und Vertrieb wissenschaftlicher Literatur mbH in München. Der Verlag inserierte die Reihen, indem er unter anderem hervorhob: „Die Fehler,

⁴²⁵ Resultate GmbH 1982, S. 15.

⁴²⁶ Ebd., S. 12.

⁴²⁷ Vgl. Verein zur Förderung des studentischen Pressewesens e.V. 1980, S. 26. Angezeigt wurden vier weitere Ausgaben: Nr. 3 „Ausbeutung – demokratisch mitbestimmt. Der Kampf des DGB gegen den Klassenkampf“, Nr. 4 „Die alternative Wirtschaftspolitik des DGB. Mehr Arbeit für mehr Konjunktur“, Nr. 5 „Gewerkschaftliche Tarifpolitik. Von der ‚Lohnmaschine‘ zum Sozialpartner“ und Nr. 6 „Sozialpolitik des DGB. Das soziale Netz als gewerkschaftliche Masche“.

die das Denken hierbei macht [gemeint sind die Disziplinen der Geistes- und Gesellschaftswissenschaft, W.M.] und mit denen es sein Verfahren rechtfertigt, werden in den Veröffentlichungen [...] kritisiert, ihre Methoden erklärt“⁴²⁸.

4.2.3 Strukturelle Besonderheiten der Marxistischen Gruppe

Die Konsolidierung der Marxistischen Gruppe seit dem Ende der 1970er Jahre zeigte sich zum einen in der Konzentration der Organisation auf eine intensive theoretische Arbeit. Ausdruck hiervon war die Vielfalt an Publikationen in den 1980er Jahren sowie die zunehmenden Vermittlungstätigkeiten innerhalb der Organisation, die damit zugleich auf verstärkte Agitationsbemühungen der Gruppe hinwiesen. Wie in den Jahren zuvor, richtete die Organisation in den 1980er Jahren weiterhin neue Sympathisantenplenen und Schulungen ein. Die Themen blieben grundsätzlich ähnlich wie in den vergangenen Jahren, allerdings waren die Sympathisantenplenen vornehmlich auf Artikel in der neuen MSZ ausgerichtet, da die Teilnehmenden vor allem „mit den Gegenständen, Zwecken und Schwierigkeiten kommunistischer Politik vertraut gemacht“⁴²⁹ werden sollten.⁴³⁰

Zum anderen war eine deutliche Zunahme der Anhängerschaft der Marxistischen Gruppe festzustellen, die nach Berichten des Verfassungsschutzes am Ende der 1980er Jahre auf angeblich über zehntausend Personen anwuchs.⁴³¹ Diese Zahlen lassen sich nicht überprüfen, allerdings ist hervorzuheben, dass sich ein Großteil der Mitstreitenden der Organisation in den 1980er Jahren der Marxistischen Gruppe anschloss, wobei die meisten einen akademischen Hintergrund hatten.⁴³² Die Theoriebildung war der Bezugspunkt und Zusammenhang von Sympathisanten, Kandidaten und Mitgliedern, der zum einen die Attraktivität der Organisation ausmachte und offensichtlich zum anderen einen wichtigen Faktor benennt, der die Stabilität und auch die Bedeutung der Gruppe erklären kann.

⁴²⁸ Resultate GmbH 1982, S. 9.

⁴²⁹ Marxistische Studentenzeitung Nr. 5/1975, S. 2.

⁴³⁰ Ankündigungen zu Sympathisantenplenen erfolgten auch über verschiedene Fachbereichszeitungen, in denen als Grundlage der politischen Arbeit nicht nur die MSZ, sondern auch andere, nicht weiter ausgewiesene Veröffentlichungen der Organisation genannt wurden (vgl. Marxistische Gruppe Erlangen 1976, Fachbereichszeitung Philosophie, Geschichte und Sozialwissenschaften und Fachbereichszeitung Sprach- und Literaturwissenschaften, S. 13).

⁴³¹ Vgl. Verfassungsschutzbericht Bund 1990, S. 38.

⁴³² Vgl. Verfassungsschutzbericht Bund 1987, S. 56f und Verfassungsschutzbericht Bund 1988, S. 64f; vgl. Langguth 1983, S. 17 – 19; vgl. Kühn 2005, S. 25 – 28.

Die Priorisierung von Theoriearbeit war ein eigentümliches Merkmal der Marxistischen Gruppe im Kreis der Neuen Linken und bewirkte eine Distanzierung der Organisation von einer ihrer Auffassung nach ungenügend begründeten politischen Praxis. Eine vorgeblich egalisierte Hierarchie der Gruppe kennzeichnete darüber hinaus den Organisationsrahmen der Marxistischen Gruppe, der aufgrund einer umfänglichen Abschottung der Gruppe – einer weiteren Eigentümlichkeit der Organisation – nach Außen nur bruchstückhaft erkennbar war.

Gegensätzliche Auffassungen, die sich am Beispiel der weiter oben dargestellten Marburger Situation zeigten, wurden – falls es nicht zur Trennung der Beteiligten von der Organisation kam – offensichtlich innerhalb der Gruppe ausgetragen. Konfliktträchtig waren Dispute inhaltlich-organisatorischer Natur, beispielsweise die geschilderte Ablehnung von Beschlüssen nach Auseinandersetzungen oder eklatante Unstimmigkeiten in Bezug auf Modalitäten zu Veröffentlichungen verschiedener geplanter Arbeiten. Vermittlungsprozesse im Inneren der Organisation waren offenbar durch bestimmte Rangordnungsverhältnisse geprägt, die für die Marxistische Gruppe nicht ausgeschlossen werden können. Insofern ist das Strukturmerkmal einer Wissens- und Kompetenzhierarchie innerhalb der Marxistischen Gruppe durchaus zutreffend.⁴³³

Die vorrangige theoretische Ausrichtung, die die Gruppe verfolgte und die sie zugleich mit ihrer bedingungslosen destruktiven Kritik verband, war ein besonderes Merkmal, das auch zu ihrer Kennzeichnung als elitäre Organisation führte.⁴³⁴ Zudem koppelte die Gruppe ihre Theoriediskussionen an das Prinzip von „Zustimmung oder Trennung“. Auch dieses Dogma trug dazu bei, die Organisation als sektenmäßig organisierte Gruppe anzusehen.

Die knappe Darstellung eines juristischen Konflikts, in dem der Verfassungsschutz von ihm beobachtete und bewertete Verhaltensweisen von Mitgliedern der Organisation benennt, verdeutlicht die öffentliche Wahrnehmung der Gruppe.

In einer Verwaltungsangelegenheit des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen war die Klage einer Privatperson Gegenstand eines Verfahrens. Die Person wollte ihrer Auffassung nach unrichtige Daten über eine vorgeworfene Mitgliedschaft in den 1970er und 1980er Jahren in der Marxistischen Gruppe löschen lassen, die sich in den Akten des

⁴³³ Matthias Dapprich spricht in diesem Zusammenhang von einer epistokratischen Struktur („the epistocratic structure of the MG“) innerhalb der Organisation (vgl. Dapprich 2013, S. 109).

⁴³⁴ Vgl. Koenen 2011, S. 312.

Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) befanden. In das Verfahren hatte sich das BfV als damals mitwirkende Behörde eingeschaltet und mitgeteilt, dass sehr wohl Erkenntnisse für die Mitgliedschaft in der Marxistischen Gruppe sprächen,

da die Angehörigen dieser Gruppe erfahrungsgemäß persönliche Bekanntschaften nur mit anderen Gruppenangehörigen aufrechterhielten und Kontakte zu nicht der Gruppe angehörenden Personen regelmäßig abbrächen. [...] Die ‚Marxistische Gruppe‘ [...] binde ihre Mitglieder an sich wie eine Sekte und arbeite streng konspirativ wie ein Geheimbund. Ihre besondere Binnenstruktur führe dazu, dass die lebenslang fest eingebundenen Anhänger - Austritte kämen nicht vor - nach Abschluss ihrer Ausbildung als Akademiker zunehmend in wichtige Positionen in Staat und Gesellschaft vorrückten. Sie bildeten dort verdeckt arbeitende Einflussnetze und Seilschaften, in die jüngere Genossen kontinuierlich nachgezogen würden.⁴³⁵

Bemerkenswert an den Aussagen des Verfassungsschutzes ist neben der Charakterisierung der Organisation als Sekte und Geheimbund, dass nach 1979, dem Jahr des Auftretens der Organisation als einheitliche Marxistische Gruppe, keine Austritte bekannt geworden seien. Tatsächlich ist festzuhalten, dass wesentliche personelle sowie organisatorische Veränderungen seit 1979 bis zur Auflösung der Marxistischen Gruppe nicht erkennbar waren.

Die Ausführungen in diesem Kapitel schließen zunächst die Darstellung der Entstehung und Entwicklung der Marxistischen Gruppe und ihrer Vorläuferorganisationen ab. Die von der Marxistischen Gruppe vorgenommene Auflösung ihrer Organisation sowie den weiteren Übergang führender Mitglieder der Gruppe in ein Redaktionskollektiv der Zeitschrift *Gegenstandspunkt* erörtere ich im übernächsten Kapitel. Zuvor untersuche ich in den folgenden Abschnitten die Staatstheorie der Marxistischen Gruppe.

Eine umfassende Bewertung des gesamten Wandlungsprozesses der über Jahrzehnte wirkenden Organisation – von ihren Anfängen Ende der 1960er Jahre bis Mitte 1991 – stelle ich in einem diese Arbeit abschließenden Fazit im letzten Kapitel dar.

⁴³⁵ OVG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 15.04.2005 - 21 A 4183/03, URL: <https://openjur.de/u/105854.html>, letzter Zugriff 03.02.2024.

5. Die Staatstheorie der Marxistischen Gruppe

Die im Jahr 1979 publizierte Untersuchung der Marxistischen Gruppe „Der bürgerliche Staat“ hatte und hat auch heute noch eine besondere Bedeutung. Für die Organisation markierte sie einerseits den Abschluss ihrer Theoriarbeiten über den Staat, die bereits Anfang der 1970er Jahre mit Vorstellungen der Roten Zellen zur Staatstheorie einsetzten. Die Theoriefraktion in Erlangen legte 1973 mit der Veröffentlichung ihrer Arbeit „Zur Oberfläche des Kapitals“ ebenfalls Erklärungen und Zusammenhänge über das Privateigentum, das Allgemeininteresse, die besonderen Interessen der Revenuequellenbesitzer und den Staat dar.⁴³⁶ Im Jahr 1974 setzten mit Diskussionen über damals neuere Arbeiten zur Staatstheorie⁴³⁷ – auch unter Rückgriff auf früher verfasste Bestimmungen zum Staat und der sogenannten gesellschaftlichen Oberfläche⁴³⁸ – erste systematische Bearbeitungen der Marxistischen Gruppe beziehungsweise ihrer Vorläuferorganisation über den Staat ein.⁴³⁹ In der ersten der *Resultate*-Ausgabe – und sporadisch auch in der zweiten Broschüre von 1975 – trafen die Roten Zellen der Arbeitskonferenz München grundlegende Aussagen zum Staat innerhalb ihrer Diskussion über vorliegende Staatstheorien.

Die Analyse des Staates durch die Marxistische Gruppe hat andererseits insofern eine weitere Bedeutung, da die Gruppe beanspruchte, mit ihrer Arbeit die Debatte über den Staat ein für alle Mal beendet zu haben. Auch diese Behauptung muss geprüft werden. Ein Indiz für den hohen Stellenwert, den die Gruppe ihrer Analyse zuschrieb, mit der sie „Grund, Zweck und Verlaufsformen der politischen Herrschaft im Kapitalismus“⁴⁴⁰ darlegen wollte, ist die immer wiederkehrende Aufnahme in ihren Verlagsprogrammen. Die Marxistische Gruppe präsentierte und empfahl ihre Untersuchung über den Staat kontinuierlich seit 1980 bis zu ihrer Auflösung

⁴³⁶ Vgl. Marxistische Gruppe/Theoriefraktion, Circular 3, 1973, S. 1 – 26.

⁴³⁷ Vgl. Rote Zellen/AK München, Resultate, 1974, S. 120.

⁴³⁸ Begrifflichkeiten der „Oberfläche“, sowohl der einfachen als auch der erweiterten oder entfalteten Form, werden weiter unten erörtert.

⁴³⁹ Verschiedene Vorhaben, Arbeiten über den Staat anzufertigen, begannen mit der von den Roten Zellen angefertigte Skizze „Zur Funktion des Staates“. Diese ersten Überlegungen zeigten den theoretischen Anspruch der Gruppe an, hatten in diesem Stadium der Theoriarbeit allerdings lediglich den Status eines Entwurfs zu einer von der Organisation noch zu leistenden Darstellung über den Staat. Über vorhandene Probleme der Theoriarbeit hieß es damals: „Die Schwierigkeit dieser Arbeit lag darin, daß darüber kaum eine zusammenhängende Darstellung existiert, [...] daß wir überall nur Ansatzpunkte, aber kaum je eine konsequente Fortführung des Themas finden konnten“ (Rotes Blatt München Nr. 21/1970, S. 3).

⁴⁴⁰ Marxistische Gruppe, Resultate, 1979a, S. 5.

1991.⁴⁴¹ Darüber hinaus ist die Analyse inhaltlich unverändert im Rahmen der aktuellen Buchveröffentlichungen der Zeitschrift *Gegenstandspunkt* bis heute vertreten.⁴⁴²

5.1 Marxistisch geprägte Untersuchungen über den Staat in den 1970er Jahren der Bundesrepublik

Seit etwa Anfang der 1970er Jahre begann in der Bundesrepublik eine Debatte über Theorien des Staates, deren ausdrücklicher Bezug die Marxsche Theorie war. Im Folgenden sollen die damals geführten Debatten nicht nachgezeichnet werden, vielmehr geht es hier um prägnante Punkte, die herausgestellt werden müssen, um eine Einordnung und Einschätzung der Staatstheorie der Marxistischen Gruppe vorzunehmen zu können. Ein Bezug zu den damaligen repräsentativen Theorieansätzen in der Bundesrepublik ist vor allem deshalb notwendig, um besondere begriffliche Elemente herauszustellen, die für die Analyse der Gruppe von Bedeutung waren. Das betrifft insbesondere den Ansatz, den Staat aus der sogenannten Oberfläche der Gesellschaft abzuleiten.

Mit der Fokussierung auf die westdeutsche „Staatsableitungsdebatte“ ist zugleich eine Beschränkung vorgegeben. Arbeiten etwa der französischen marxistischen Autoren Louis Althusser oder Nicos Poulantzas werden hier nicht erörtert.⁴⁴³ Die überblickartige Skizzierung des Kontextes der damaligen Auseinandersetzungen über Theorien des Staates erfasst im Folgenden daher weder alle Schriften der damaligen Diskussion, noch können einzelne Analysen des Staates im Detail erläutert werden. Insofern beziehe ich mich zum einen auf neuere Darstel-

⁴⁴¹ Vgl. MHB GmbH 1980; vgl. Resultate GmbH 1982. Annonciert wurde die Broschüre beispielsweise noch 1990 in einer MSZ-Ausgabe (vgl. Marxistische Streit- und Zeitschrift Nr. 3/1990, S. 5).

⁴⁴² Im Verlagsprogramm der Zeitschrift wurde die Broschüre erstmals 1996 wieder erwähnt (vgl. Gegenstandspunkt Verlag 1996). Die Schrift wird gegenwärtig als siebte unveränderte Neuauflage vertrieben – sie wurde 1993 ins Englische übersetzt – und erscheint nunmehr mit Karl Held als Herausgeber.

⁴⁴³ In diesem Zusammenhang weise ich auf eine 2022 erschienene Schwerpunktausgabe der PROKLA-Zeitschrift (ehemals „Probleme des Klassenkampf“) hin. John Kannankulam konstatierte im Rahmen einer Diskussion über staatliche Eingriffe in den ökonomischen Bereich, dass sowohl das Verhältnis von Staat und kapitalistischer Produktionsweise als auch der Begriff „Staatskapitalismus“ einer Klärung bedürfen. Er griff unter anderem auf Nicos Poulantzas‘ Differenzierung zwischen Normal- und Ausnahmezustand zurück und befürwortete eine Analyse vermeintlicher oder tatsächlicher staatskapitalistischer Systeme (vgl. Kannankulam, John: Staatskapitalismus? Anmerkungen zum Verhältnis von Kapitalismus und Staat aus der Perspektive materialistischer Staatstheorie, in: PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft, Heft Nr. 208, 2022, S. 373 – 384, URL: <https://doi.org/10.32387/prokla.v52i208.2011>, letzter Zugriff 04.08.2024).

lungen über die früheren bundesrepublikanischen Debatten, zum anderen greife ich auf Aufrisse marxistischer Staatstheorien zu jener Zeit zurück.⁴⁴⁴

Untersuchungen über den Staat waren während und seit der Studierendenbewegung in der Bundesrepublik ein zentrales Thema in linken akademischen Kreisen. Zu Beginn der 1970er Jahre war das in der marxistischen Theoriebildung vorzufindende Staatsverständnis sehr heterogen und fragmentarisch zusammengesetzt. Wolfgang Müller und Christel Neusüß hatten in ihrer Arbeit „Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital“ einen Bereich Marxistischer Theorie aufgenommen, der als Beginn einer erneuten Diskussion zur Theorie des bürgerlichen Staates angesehen werden kann.⁴⁴⁵

Wolfgang Müller und Christel Neusüß grenzten sich zum einen von Theorien ab, die eine relative Selbständigkeit des Staates gegenüber den Widersprüchen in der Gesellschaft behaupteten – vorzufinden in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus – und die daraus die Möglichkeit einer staatlichen umfassenden Regulierung ökonomischer Prozesse begründeten. Die Autoren wollten zeigen, dass solche als „revisionistische Theorien“ bezeichneten Ansätze eine Sozialstaatsillusion begründen. Sie wiesen auf, dass diese Theorien glauben machen wollen, der bürgerliche Staat könne – auf der Grundlage der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft – nach seiner allmählichen Übernahme durch die Arbeiterklasse zum Subjekt sozialistischer Veränderungen werden. Zum anderen beabsichtigten Wolfgang Müller und Christel Neusüß den bürgerlichen Staat als besondere Instanz neben der kapitalistischen Gesellschaft aus dem Kapitalverhältnis selbst herzuleiten und seine Absonderung als eine nur dem Schein nach selbständige auszuweisen.

⁴⁴⁴ Zur „Staatsableitungsdebatte“ gibt es eine Fülle an Literatur. Einen Überblick über damals geführte marxistische Diskussionen erstellte Norbert Kostede (vgl. hierzu Kostede, Norbert: Die neuere marxistische Diskussion über den bürgerlichen Staat. Einführung - Kritik - Resultat, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 8/9, hg. von Hans-Georg Backhaus u.a., Frankfurt a.M. 1976a, S. 150 – 196). Spezifika der Debatte erarbeitete auch Gerd Rudel (vgl. Rudel 1981, S. 97 – 141). Helmut Reichelt befasste sich mit Aussagen über den Staat, die überwiegend die frühen Schriften von Marx betreffen (vgl. Reichelt, Helmut: Zur Staatstheorie im Frühwerk von Marx und Engels, in: Karl Marx / Friedrich Engels. Staatstheorie, Materialien zur Rekonstruktion der marxistischen Staatstheorie, hg. von Eike Hennig u.a., Frankfurt a.M. / Berlin / Wien 1974, S. XI – LVIII). Eine neuere Abhandlung mit dem Titel „Marx im Westen“ verfasste Ingo Elbe, in der das hier interessierende Thema ausführlich bearbeitet wurde (vgl. Elbe 2010, S. 319 – 443).

⁴⁴⁵ Vgl. Elbe 2010, S. 319. Theorien über den Staat aus den 1920er Jahren – etwa von Max Adler, Herbert Sultan oder Heinrich Cunow – bleiben hier unberücksichtigt, da diese zwar auch eine Neuaufnahme marxistischer Staatsdiskussionen markierten, aber für die Auseinandersetzungen in den 1970er Jahren keine Rolle gespielt haben (vgl. Adler, Max: Die Staatsauffassung des Marxismus. Ein Beitrag zur Unterscheidung von soziologischer und juristischer Methode, Darmstadt 1973; Sultan, Herbert: Gesellschaft und Staat bei Karl Marx und Friedrich Engels, Den Haag 1973; Cunow, Heinrich: Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie. Grundzüge der Marxschen Soziologie, Band 1 und Band 2, Berlin 1920/1921).

Die Auflösung eines falschen Bewusstseins über den Staat sahen Wolfgang Müller und Christel Neusüß in der Verlagerung von der absoluten zur relativen Mehrwertproduktion im kapitalistischen Produktionsprozess begründet. Damit einher ginge eine „Zurücknahme der Funktionen des Staates in die Gesellschaft“⁴⁴⁶, weil sich der Arbeitsprozess und damit auch der Schutz und die Sicherung der Arbeitskraft zunehmend der allgemeinen Regelung entzöge, so dass wegen der Verminderung sozialstaatlicher Eingriffe auch der Sozialstaatsillusion die Basis fehle. Allein mit der Behauptung einer Zurücknahme von Staatsfunktionen in die Gesellschaft gerieten die Autoren in Widerspruch zu ihrem eigenen Anspruch, nämlich eine Bestimmung des allgemeinen Verhältnisses von Kapitalverwertung und bürgerlichem Staat leisten und gerade keine Realanalyse des Sozialstaates vornehmen zu wollen. Kritisiert wurde der Ansatz von Wolfgang Müller und Christel Neusüß auch aufgrund seiner Voraussetzungen, da sozialpolitische Funktionen des kapitalistischen Staates bereits unterstellt wurden, bevor die Autoren überhaupt die Notwendigkeit des Staates aus der Gesellschaft begründen konnten. Demgegenüber sahen nachfolgende Autoren, dass das spezifische Verhältnis von ökonomischer und politischer Struktur der Gesellschaft dargestellt sein müsse, bevor Funktionen des Staates oder Möglichkeiten und Grenzen seines Wirkens erklärt werden können. Der Versuch, den Staat aus einer bestimmten Funktion abzuleiten, konnte darüber hinaus nicht erklären, warum ausgerechnet aus dieser bestimmten Funktion der Staat erklärt werden solle und nicht aus einer anderen, es bliebe bei einer Beliebigkeit in der Auswahl der zu bestimmenden Funktion.⁴⁴⁷

Im Folgenden gehe ich zunächst zurück auf die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die zwar im weiteren Verlauf der Diskussion, den Staat aus Oberflächenphänomenen der Gesellschaft zu begründen, keine weiterführende Rolle spielte, allerdings im Anschluss an Debatten über Sozialstaatsillusionen zur Frage führte, „inwieweit die Einschätzung des Verhältnisses von Politik und Ökonomie im staatsmonopolistischen Kapitalismus als Bezugsrahmen für eine materialistisch-dialektische Staatsanalyse des entwickelten Kapitalismus gelten

⁴⁴⁶ Müller, Wolfgang/Neusüß, Christel: Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, in: PROKLA. Probleme des Klassenkampfes, Sonderheft Nr. 1, 1971, S. 7 – 70, hier S. 69.

⁴⁴⁷ Vgl. Kostede 1976a, S. 161f.

kann“⁴⁴⁸. Eine knappe Ausführung zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus muss an dieser Stelle genügen, Varianten der Theorie werden nicht aufgegriffen.⁴⁴⁹

Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (StamoKap) versuchte zum einen aus den damaligen kapitalistischen Verhältnissen Anfang der 1970er Jahre eine Theorie über den Kapitalismus zu entwickeln, um zum anderen daraus eine Strategie zu begründen, wie die Arbeiterklasse kapitalistische Verhältnisse überwinden könne. Gestützt auf die Imperialismustheorie von Wladimir Iljitsch Lenin beinhaltete die StamoKap-Theorie als Element vor allem das ökonomische Monopol, welches das im Kapitalismus geltende Wertgesetz aufhebe und dadurch Formen der Konkurrenz abschaffe, die durch Gewaltmaßnahmen ersetzt werden würden.⁴⁵⁰

Ein entscheidender Unterschied zur Leninschen Theorie war allerdings die von der StamoKap-Theorie vollzogene Festlegung einer neuen kapitalistischen Epoche. Bestand bei Lenin kein qualitativer Unterschied zwischen Monopolkapital und staatsmonopolistischem Kapitalismus, bezeichnete die StamoKap-Theorie staatsmonopolistische Verhältnisse als deutlich veränderte gesellschaftliche Verknüpfungen. Die im ökonomischen Bereich über den Staat erfolgten Regulierungen würden eine neue Form kapitalistischer Verhältnisse begründen, „der imperialistische Staat [werde] nunmehr voll vom Monopolisierungsprozeß erfaßt und unmittelbar in den Produktions- und Reproduktionszusammenhang einbezogen“⁴⁵¹. Es würde eine gesellschaftliche Phase entstehen, die sich weiterentwickle und die auch zur Konkurrenz zwischen kapitalistischen und sozialistischen Systemen führe.

Mit ihren Ausführungen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus entfernten sich die StamoKap-Theoretiker zum einen von Lenins Theorie, der „Klassiker“ diene vielmehr zur

⁴⁴⁸ Esser, Josef: Einführung in die materialistische Staatsanalyse, Frankfurt a.M. 1975, S. 91. In ähnlicher Weise äußerte sich Norbert Kostede, der für die „Staatsableitung“, eine Besonderheit westdeutscher Debatten, festhielt, dass eine „begriffliche Entwicklung politischer Grundstrukturen aus der ökonomischen Formation der bürgerlichen Gesellschaft“ (Kostede 1976a, S. 156, im Original alles hervorgehoben) anstand.

⁴⁴⁹ Einschlägige Publikationen zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus nennt Wolfgang Rudzio (vgl. Rudzio, Wolfgang: Politische Perspektiven der ‚Stamokap‘-Theorie, in: Gewerkschaftliche Monatshefte Nr. 30, 1979, S.228 – 241, URL: <https://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1979/1979-04-a-228.pdf>, letzter Zugriff 28.11.2023. , S. 228) und Hinweise auf Varianten gibt Josef Esser (vgl. Esser 1975, S. 165 FN 55).

⁴⁵⁰ Vgl. Esser 1975, S. 99; zu den Schriften Lenins vgl. ebd., S. 176. An dieser Stelle wird die philosophische Implikation der Leninschen Imperialismustheorie, gefasst als „Dialektischer Materialismus“, nicht aufgenommen, da dies weit über den Rahmen eines Überblicks über Staatstheorien hinausginge. Ich verweise hier auf Grundlagentexte der philosophischen sowie ökonomischen Elemente der Leninschen Imperialismustheorie (vgl. Lenin 1975 und 1977: Lenin, Wladimir Iljitsch: Materialismus und Empiriokritizismus, W.I. Lenin Werke, Band 14, Berlin 1975; Lenin, Wladimir Iljitsch: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß, in: W.I. Lenin Werke, Band 22, S. 189 – 309, Berlin 1977).

⁴⁵¹ Röhrich, Wilfried: Marx und die materialistische Staatstheorie. Ein Überblick, Darmstadt 1980, S. 61.

Legitimation einer konstruierten Epoche.⁴⁵² Zum anderen prognostizierten die Autoren mit dem ökonomischen Wirken des Staates – in Form gemeinsamer vom Monopol und vom Staat vorgenommenen Eingriffe – nicht nur eine Brüchigkeit des inneren Zusammenschlusses des kapitalistischen Systems,⁴⁵³ sondern sie schrieben dem staatsmonopolistischen Kapitalismus Voraussetzungen zu, die einen sozialistischen Übergang aus kapitalistischen Verhältnissen möglich machen würden. Eine solche Möglichkeit der Transformation sei mit der neuen Qualität des Verhältnisses von Politik und Ökonomie entstanden.⁴⁵⁴ Nach der StamoKap-Theorie war der Staat wesentlich bestimmt einerseits als Herrschaftsinstrument und andererseits als Klassenstaat, somit charakterisiert als ein bedienbares Element in den Händen der Kapitalistenklasse, die zur Konzentration einer ökonomischen und politischen Macht führe. Die Möglichkeit der Instrumentalisierung des Staates war wiederum der theoretische Ansatzpunkt für die StamoKap-Theoretiker, der Arbeiterklasse prinzipiell eine Eroberung des Staates zuzuschreiben, um langfristig angelegte sozialistische Ziele erreichen zu können.⁴⁵⁵

Hinsichtlich der Frage, inwieweit eine relative Selbständigkeit des Staates im Verhältnis zu Monopolen existiere, erfasste die StamoKap-Theorie folgende Aspekte. Zum einen zeige sich in der Verbindung zwischen Monopolen und Staat eine Übereinstimmung in den grundsätzlichen Zielen zur Sicherung des kapitalistischen Systems. Das gelte insbesondere im Wettbewerb mit sozialistischen Gesellschaftsordnungen sowie im Festhalten an Abhängigkeiten sogenannter Dritt-Welt-Länder gegenüber kapitalistischen Verhältnissen. Zum anderen ergäben sich trotz gemeinsamer Vorstellungen Unstimmigkeiten zwischen Monopolen und Staat aus den Strategien bei der Verfolgung ihrer Ziele. Prinzipiell seien Maßnahmen offener Gewalt sowie Vorgehensweisen in Form von Versprechungen oder Zugeständnissen möglich. Weiterhin ergäben sich Dissonanzen aus Interessenunterschieden zwischen Monopolen und Staat, da sich die einen an einer auch kurzfristigen Profitmaximierung orientierten, während der Staat die langfristige Sicherung der Ordnung im Blick habe. Darüber hinaus zeige sich aufgrund unterschiedlicher staatlicher Konfliktlösungsstrategien gegenüber Monopolen unterschiedliche Instrumentalisierungsversuche seitens verschiedenartiger Monopole, die dazu führen würden, dass Interessen ökonomisch mächtiger Monopole letztendlich zum Tragen kämen. Insofern

⁴⁵² Vgl. Esser 1975, S. 99f.

⁴⁵³ Die Schlussfolgerung in der StamoKap-Theorie, immanente Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise würden durchbrochen, wenn nicht gar aufgehoben, beruht auf einer fehlenden Vermittlung zwischen der Ebene des „Kapital im Allgemeinen“ und der Ebene der „Oberfläche“ (vgl. Esser 1975, S. 121).

⁴⁵⁴ Vgl. Esser 1975, S. 104.

⁴⁵⁵ Vgl. ebd., S. 108.

gäbe es in der Gesamtbetrachtung keine Autonomie des Staates, vielmehr zeige sich seine relative Selbständigkeit als Unterordnung unter kapitalistisch bestimmte Ziele.⁴⁵⁶

Die relative Selbständigkeit des Staates war innerhalb der StamoKap-Theorie einerseits eine Voraussetzung für staatliche Regulierungsmaßnahmen. Andererseits entsprach die relative Selbständigkeit keineswegs der in der Ableitungsdebatte verfolgten Auffassung einer Heraussetzung oder Besonderung des Staates neben oder über der Gesellschaft in Form einer Trennung der politischen von der ökonomischen Sphäre. Die Analyseebene, die den Formbestimmungen auf der „Oberfläche“ der Gesellschaft mit Begriffen wie Revenuen und ihren Quellen zugrunde liegt, war in der StamoKap-Theorie nicht enthalten, sondern wurde umstandslos vorausgesetzt. Insofern enthielt die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in Unterschied zur Arbeit von Wolfgang Müller und Christel Neusüß, keine Weiterführungen für nachfolgende Staatstheorien.

Trotz wesentlicher Kritikpunkte, die der Ansatz von Wolfgang Müller und Christel Neusüß über Sozialstaatsillusionen enthielt, war diese Arbeit ein bedeutender Anknüpfungspunkt für weitergehende Diskussionen dieses Bereichs politischer Theorie. Ein zentrales Problem, aus dem sich verschiedene Themenkomplexe der Staatsanalyse herausbildeten, war die Frage nach dem Ausgangspunkt der Untersuchung, letztendlich zu kennzeichnen als Bezugspunkt der Staatstheorie zur Theorie oder zu den Theorieebenen der Kapitalanalyse bei Marx.⁴⁵⁷ Mit der Feststellung eines Ausgangspunktes hing die Frage nach der Besonderung, der Herausstellung oder der Trennung von Gesellschaft und Staat eng zusammen, somit die Frage, welche Begründung zur Verdoppelung der Gesellschaft in Gesellschaft und Staat, in ökonomische und politische Sphäre führt.

Im Verlauf der Debatte entwickelten sich zum einen Staatstheorien, die sich in ihrer Analyse auf ökonomische Staatsfunktionen konzentrierten.⁴⁵⁸ In solchen ökonomisch orientierten Theorieansätzen stellten Autoren die Besonderung des Staates aufgrund spezifischer Defizite oder Mängel in der Konkurrenz der Kapitale in den Mittelpunkt ihrer Untersuchungen. Sie argumentierten, dass die als Gesamtkapital anzusehenden einzelnen Kapitale allgemeine Produktionsbedingungen – beispielsweise Infrastrukturen oder Vorkehrungen im Bildungs- oder Gesund-

⁴⁵⁶ Vgl. ebd., S. 112 – 114.

⁴⁵⁷ Vgl. Kostede 1976a, S. 157; vgl. Rudel 1981, S. 102; vgl. Elbe 2010, S. 342 – 352.

⁴⁵⁸ Zu nennen sind hier Abhandlungen von Elmar Altvater oder Joachim Hirsch (vgl. Kostede 1976a, S. 170 – 175; vgl. Rudel 1981, S. 103 – 113; vgl. Elbe 2010, S. 331 – 334).

heitswesen – nicht erstellen könnten, etwa mangels Gewinnträchtigkeit oder wegen der enormen Größenordnung, sodass mit dem Staat eine besondere Instanz nötig sei, die nicht notwendig profitorientiert agiere und die Vernachlässigungen oder Defizite in der Konkurrenz der Kapitale übernehme. Mit der staatlichen Übernahme der Herstellung allgemeiner Produktionsbedingungen entstünde einerseits zugleich eine Schranke bei der Verwertung des Kapitals, da alle einzusetzenden staatlichen Ressourcen als Finanzmittel des Staates vom kapitalistischen Akkumulationsprozess abhingen und diesen zugleich einengten. Andererseits zeigten sich bei der Wahrnehmung staatlicher ökonomischer Aufgaben grundsätzliche Grenzen seiner Regulierungspolitik, die der Staat mit den aus kapitalistischen Widersprüchen resultierenden und nunmehr von ihm selbst übernommenen Funktionen nicht überwinden könne.

Die Argumentation zeigte, dass solche ökonomisch orientierten Theorieansätze die Analyse politischer Momente auf ökonomische Funktionszusammenhänge reduzierten. Staatliche Regulierungsmaßnahmen, darin eingeschlossen alle Reproduktionsprozesse der Gesellschaft, gingen allerdings über den von den Autoren in den Mittelpunkt gestellten Akkumulationsprozess hinaus, sodass das Verhältnis von Staat und Gesellschaft nicht mit den Bestimmungen seiner ökonomischen Funktionen allein zu identifizieren war und solche Theorieansätze insofern eine Vereinseitigung auf ökonomistische Prozesse darstellten.⁴⁵⁹

Zum anderen befassten sich Autoren in ihren Untersuchungen über den Staat mit den Verkehrsformen der Warenbesitzer – auf der sogenannten einfachen Oberfläche der Gesellschaft – und den darin eingebundenen Rechtsformen, die einer staatlichen Sicherung bedürfen.⁴⁶⁰ Auf diese Theorien gehe ich im nächsten Abschnitt genauer ein.

Weiterhin entwickelten sich zum methodologischen Bereich der Staatstheorie, mit der Betitelung „Historische oder logische Analyse“, Diskussionen, in denen beispielsweise Positionen vertreten wurden, die staatstheoretische Mängel auf eine Nichtbeachtung des historischen Konstitutionsprozesses des Staates bezogen.⁴⁶¹ In solchen Debatten beanspruchten Autoren die

⁴⁵⁹ Vgl. Kostede 1976a, S. 173f. Der hier dargestellte Ansatz kann, wie auch die folgenden Theorien, im Rahmen einer knapp gehaltenen Übersicht weder detailliert erläutert noch hinsichtlich verschiedenartiger Ausprägungen differenziert werden. Daher verweise ich auf die angegebene einschlägige Literatur bei Norbert Kostede, Josef Esser, Gerd Rudel und Ingo Elbe.

⁴⁶⁰ Das waren beispielsweise Arbeiten des Projekts Klassenanalyse, von Dieter Läßle oder Bernhard Blanke/Ulrich Jürgens/Hans Kastendiek (vgl. Kostede 1976a, S. 162 – 170, S. 193; vgl. Rudel 1981, S. 113 – 118, S. 123 – 130; vgl. Elbe 2010, S. 327 – 331, 334 – 342, 353 – 365, 427 – 430).

⁴⁶¹ Beiträge von Heide Gerstenberger sowie Hunno Hochberger waren Ansätze, die die Konstitutionsbedingungen des Staates als das historische Aufeinanderfolgen staatlicher Elemente analysierten und so einen theoretischen

historische Aufeinanderfolge von Phasen der Staatsentstehung als vorrangig vor der begrifflichen Herleitung des Staates zu analysieren und widersprachen der Auffassung, dass Untersuchungen über den Staat zeigen, inwiefern der Staat sowohl logisch das Resultat der Konkurrenzverhältnisse als auch eine historische Voraussetzung der gesellschaftlichen Verhältnisse darstelle.⁴⁶² Der hier angesprochene Komplex kann an dieser Stelle zwar nicht vertiefend bearbeitet werden, dennoch möchte ich auf einen diesen Bereich unterscheidende wie zusammenführende Bemerkung hinweisen. Die Darstellung der historischen Entwicklung des Staates beinhaltet, dass dieser gemäß der Reihenfolge seines wirklichen Werdens aufgezeigt wird – es ist eine Argumentation zur Begründung eben der historischen Entstehungsverhältnisse, somit des zeitlichen Aufeinanderfolgens der Momente des Gegenstandes „Staat“. Mit der Darstellung der begrifflichen Entwicklung des Staates wird dieser gemäß seinem inneren systematischen Zusammenhang erklärt – es ist die Argumentation zur Begründung der logischen Gegenstandsentwicklung – und diese Darlegung muss nicht mit der wirklichen historischen Entwicklung zusammenfallen, es können beispielsweise historisch frühere Herausbildungen in ihrem systematischen Zusammenhang erst an späterer Stelle zur Geltung gebracht werden.⁴⁶³

Im Anschluss an die bisher skizzierten Ansätze bildeten sich darüber hinaus Staatstheorien aus, die – sowohl im Unterschied zu den Ansichten, die politische Verläufe als ökonomisch bestimmend ansahen, als auch differenziert zu Vorstellungen, die die Instanz Staat aus Bedingungen der Rechtsverhältnisse innerhalb des einfachen Warenaustausches folgerten – den Ausgangspunkt der Besonderung des Staates aus Konkurrenzverhältnissen der Individuen und Klassen auf der begrifflich weiter aufgefächerten Oberfläche der Gesellschaft ansahen.⁴⁶⁴

Gegenpol zur begrifflichen Analyse des Staates bildeten (vgl. Kostede 1976a, S. 184 – 189; vgl. Elbe 2010, S. 393 – 401).

⁴⁶² Vgl. Kostede 1976a, S. 188.

⁴⁶³ Vgl. Gulyga, Arseni: Die klassische deutsche Philosophie. Ein Abriss, Leipzig 1990, S. 301f. Beispielsweise beginnt die Analyse des kapitalistischen Produktionsprozesses in der Kritik der politischen Ökonomie mit der Ware als Elementarform. Eine begriffliche Bezugnahme etwa auf staatliche Bedingungen der Warenproduktion ist an dieser Stelle der Darstellung nicht geboten, obwohl Rechtsformen Voraussetzungen kapitalistischer Produktion sind. Die begriffliche Herleitung des Staates beginnt ähnlich mit einer Elementarform der politischen Sphäre, deren Grundlage einerseits der ökonomische Bereich ist und insofern eine modifizierte Analysebedingung des politischen Bereichs markiert. Andererseits setzt die Untersuchung der politischen Sphäre mit der Kategorie des Willens an, genauer mit dem abstrakt freien Willen, ohne dass eine Darstellung historisch vorausgesetzter Formen des Willens, etwa der nicht anerkannte Wille in vorbürgerlichen Herrschaftsverhältnissen angebracht wäre.

⁴⁶⁴ Das waren die Theorieansätze von Sybille von Flatow/Freerk Huiskens, die der Roten Zellen/Arbeitskonferenz und der Marxistischen Gruppe (vgl. Kostede 1976a, S. 175 – 184; vgl. Rudel 1981, S. 119 – 123).

Insofern ist es notwendig, im Folgenden genauer auf den Begriff der gesellschaftlichen Oberfläche einzugehen.

5.2 Die Ableitung des Staates aus Bestimmungen der sogenannten Oberfläche der Gesellschaft

Der Grundgedanke, Bestimmungen des Staates aus der in der Marxschen Theorie so bezeichneten Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft zu entwickeln,⁴⁶⁵ war der Versuch, die Mängel der bisherigen Ansätze zu überwinden und dennoch die Absonderung des Staates ausgehend vom ökonomischen Bereich zu erklären. Damit wurde auf eine Deutung abgezielt, die zu einer begrifflich notwendigen Verdoppelung der Gesellschaft in Gesellschaft und Staat führte. In Beziehung zur ökonomischen Sphäre der bürgerlichen Gesellschaft stellte sich die Problemstellung, auf welcher Theorieebene es zur Differenzierung der Interessen der Gesellschaftsmitglieder kommen kann, sodass eine Trennung des ökonomischen und politischen Bereichs notwendig werde.⁴⁶⁶ Dabei gab es prinzipiell zwei Varianten, den Staat aus Phänomenen der Oberfläche der Gesellschaft zu erklären.

Der in der Marxschen Theorie enthaltene Begriff „Oberfläche“ wurde einmal in einer abstrakteren Fassung verwendet, die die einfache Warenzirkulation in ihrer Form als Tauschverkehr gleicher und freier Warenbesitzer kennzeichnet.⁴⁶⁷ Die andere Variante benutzte einen weiter entwickelten Begriff auf der Theorieebene der Wertbestandteile der kapitalistischen Produktion, die mit den Revenuen und ihren Quellen – der Trinität von Kapital, Boden und Arbeitskraft sowie deren Einkommensarten Profit, Grundrente und Arbeitslohn – charakterisiert ist.⁴⁶⁸

Die „Oberfläche“ ist eine Kategorie, in der Verkehrungen oder Verdrehungen ökonomischer Bestimmungen ausgedrückt sind. Damit werden begriffliche Formen bezeichnet, in denen die Subjekte der bürgerlichen Gesellschaft die sich ihnen darstellende Realität in einer bloß äußeren Fassung aufnehmen, etwa in Form der formellen Gleichheit, und diese als inneres wesentliches

⁴⁶⁵ Ökonomische Verhältnisse werden in der Marxschen Theorie auf zwei Ebenen charakterisiert. Einmal mit den Elementen, die auf der gesellschaftlichen „Oberfläche“ vorfindbar sind, wiederum differenziert in einfache gegenüber weiter entwickelten Formen gesellschaftlicher Verhältnisse. Demgegenüber sind Momente einzuordnen, die die „Kerngestalt“, das Innere der Verhältnisse ausmachen (vgl. MEW 25, S. 219; vgl. auch MEW 42, S. 180).

⁴⁶⁶ Zu den verschiedenartigen Ansätzen und Varianten vgl. Elbe 2010, S. 319 – 365.

⁴⁶⁷ Vgl. MEW 29, S. 317f und MEW 42, S. 417.

⁴⁶⁸ Vgl. MEW 25, S. 33 und S. 837 – 839.

Moment gesellschaftlicher Realität identifizieren. Die einfache Zirkulation und die entwickelteren Verhältnisse der Trinität sind dabei unterschiedliche Abstraktionsstufen des gesellschaftlichen Gesamtprozesses.

Die einfache Zirkulation bezeichnet eine Form gesellschaftlicher Verhältnisse, in der die dahinter liegenden Umstände nicht erkennbar sind, da diese verklärt als Dinge und nicht als Beziehungen von Personen erscheinen. Die Eigentümer der materiellen Elemente der gesellschaftlichen Produktion treten in der einfachen Zirkulation als bloße Waren- und Geldbesitzer in Beziehungen zueinander. Die Transformation der beteiligten Akteure in Kapitalisten, Grundbesitzer und Lohnarbeiter sowie deren Zusammenschlüsse in verschiedenen Klassen ist hier zwar angelegt, aber auf dieser Theorieebene sind gesellschaftliche Klassenunterschiede nicht ableitbar.⁴⁶⁹ Die einfachen Tauschverhältnisse bloßer Waren- und Geldbesitzer werden auf der entwickelteren Oberfläche über Konkurrenz- und Klassenverhältnisse vermittelt, die sich in Formen der jeweiligen Revenuen und ihren Quellen ausdrücken. Erst auf dieser Ebene sind die konkurrierenden Gegensätze der ökonomischen Subjekte bestimmbar.⁴⁷⁰

Aus der Betrachtung der einfachen Zirkulation sind die gesellschaftlichen Beziehungen der Subjekte als lediglich über Sachen oder Dinge vermittelt. Der Inhalt ihres Austausches, die über die Bedürfnisse der Subjekte vermittelte natürliche oder stoffliche Verschiedenheit der Waren, bildet das Motiv ihrer Beziehungen als Austauschende.⁴⁷¹ Die Gleichheit und Freiheit der Individuen ist Voraussetzung des Austauschprozesses und beinhaltet, dass die Individuen als Austauschende nur die Personifizierungen von Ware und Geld sind. In dieser Eigenschaft als bloße Verkörperung des Tauschwertes werden die Individuen zu Rechtspersonen. Sie müssen sich als Gleiche und Freie anerkennen, damit es überhaupt zum Austausch kommt.⁴⁷² Insofern bestimmen sich auch die Interessen der gleichberechtigten Waren- und Geldbesitzer, die sich im freiwillig verfassten gemeinsamen Willensakt äußern, dem Vertrag. Unter den Bedingungen der einfachen Zirkulation herrscht in jeder Beziehung Gleichheit und Freiheit. Die tatsächlich gleichen und freien Rechtspersonen vermitteln über den Austauschprozess die zugrunde

⁴⁶⁹ Die einfache Zirkulation charakterisiert den Austausch von Äquivalenten, der das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital zwar begründet, das in dieser Oberflächenform jedoch verschlüsselt enthalten ist und undurchdringlich erscheint: „Aber diese Zirkulation ist ein Nebel, unter dem sich noch eine ganze Welt versteckt, die Welt der Zusammenhänge des Kapitals“ (MEW 42, S. 539; vgl. auch MEW 29, S. 317).

⁴⁷⁰ Vgl. MEW 42, S. 651.

⁴⁷¹ Vgl. MEW 42, S. S. 169f.

⁴⁷² Vgl. MEW 23, S. 99f und MEW 42, S. 166 – 168.

liegenden Eigentumsverhältnisse, in denen Ungleichheit und Zwang festgeschrieben sind.⁴⁷³ Das gesellschaftliche Verhältnis der Subjekte zueinander als Freie und Gleiche wird auf der Grundlage scheinbar ökonomisch gleicher und tatsächlich rechtlich freier Akteure freiwillig aufrechterhalten und zugleich unter einem offenkundigen Reproduktionszwang weiter vervielfältigt.

Die Konkurrenzverhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft auf der begrifflich weiter entwickelten Oberfläche schließen im Umgang der Akteure miteinander die Beziehungen der einzelnen Akteure als Waren- und Geldbesitzer ein. In der Konkurrenz vermitteln sich die Bestimmungen der einfachen Zirkulation als Resultat der entwickelten Konkurrenz- und Klassenverhältnisse und drücken Verwandlungen der ihr zugrundeliegenden Operationen aus. Ware und Geld werden auf dieser Ebene der Oberfläche zu Revenuequellen, die den jeweiligen Eigentümern zukommen. Die Revenuequelleneigentümer repräsentieren die drei großen Klassen der Gesellschaft. In den Handlungen der Akteure, die den Willen der jeweiligen Eigentümer zum Ausdruck bringen, zeigen sich die ökonomischen Bestimmungen dieser Oberflächenformen, die zugleich den gesamten Reproduktionsprozess der Gesellschaft ausdrücken. In der Trinität, den Verhältnissen, in denen die Beziehung von Eigentumsquelle und Eigentumsertrag zum Tragen kommt (Kapital erzielt Profit, Boden erbringt Grundrente, Arbeit wird mit Arbeitslohn abgegolten), sind alle wesentlichen Momente der kapitalistischen Produktionsweise enthalten, in denen die gesellschaftlichen Verhältnisse als verdinglichte Momente erscheinen, als Mystifikationen in verdrehten ökonomischen Formen.⁴⁷⁴

Die entfaltete Oberflächenbestimmung enthält im Sinne einer konkreten Ausformung die Analyse der Revenuen, der Klassen und die allgemeinen Bestimmungen zur Konkurrenz und geht mit diesen Momenten über zur Sphäre der Politik, in der dann die politischen Bestimmungen, auch hinsichtlich der Klärung von Bewusstseinsformen, einsetzen. Dort geht es dann vor allem um Analysemomente zum Wollen und Handeln der Subjekte und genau die Charakterisierung dieser miteinander verknüpften Momente macht den Übergang von der Ökonomie zur Politik aus.⁴⁷⁵

⁴⁷³ Vgl. MEW 42, S. 539.

⁴⁷⁴ Vgl. MEW 25, S. 33.

⁴⁷⁵ In dem Versuch, von der entwickelteren Oberfläche ausgehend weitere Bedingungen der Konkurrenz, die Revenuen und ihre Quellen zu entschlüsseln und das Dasein notwendig verkehrten Bewusstseins aufzuzeigen, blieben in der Marxschen Theorie Momente wie die Entwicklung der Marktpreise, der industrielle Zyklus und die Entfaltung des auswärtigen Handels und des Weltmarktes ausgespart. Es wurden von Marx weder die Gesamtheit

Die hier skizzierten Momente markieren den theoretischen Übergang von der Ökonomie zur Politik. In diesem begrifflichen Entwicklungsgang von der einfachen zur weiter entwickelten Ebene erfolgt eine Klärung, wie sich Gesetzmäßigkeiten des Kapitals in den verwandelten Formen der Oberfläche und in den Handlungen der Agierenden durchsetzen, das heißt inwieweit sich die Akteure durch ihre Interessen und Handlungen als Charaktermasken von Lohnarbeit und Kapital erweisen.⁴⁷⁶

Mit Blick auf Untersuchungen zum Staat komme ich nun zurück auf Theorien, in denen aus den Bestimmungen der einfachen Warenzirkulation die Absonderung des Staates von der Gesellschaft dargestellt wurde.⁴⁷⁷ Die Notwendigkeit des Staates wurde in diesen Ansätzen aus den Kategorien von Ware und Geld beziehungsweise dem Verhältnis zwischen Waren- und Geldbesitzern gefolgert. Die gleichen und freien Waren- und Geldbesitzer, die zueinander ins Tauschverhältnis treten und damit auch Rechtsformen bilden, sollen gegenüber den ihnen zugehörigen Interessen geschützt werden, das heißt die Gesetze des Tausches sollen gesichert werden. Niemand innerhalb der Tauschbeziehungen soll sich beispielsweise durch Geschick oder Betrug auf Kosten eines anderen einen Vorteil verschaffen. Da diese Aufgabe der Sicherung der Rechtsformen nicht von den Waren- und Geldbesitzern selbst vorgenommen werden kann, sie verfolgen allein ihr Tauschinteresse, soll eine abgesonderte Macht oder Gewalt neben und über der Sphäre der Warenbesitzer erforderlich sein, die Gleichheit und Freiheit sicherstellt. Insofern wurde aus den einfachen und abstrakten Momenten der Warenzirkulation die Heraussetzung des Staates gefolgert.⁴⁷⁸

Die Notwendigkeit der Absonderung des Staates kann jedoch auf dieser Ebene der Abstraktion nicht erklärt werden, denn mit der Annahme der Äquivalenz als Voraussetzung für den Tauschverkehr, kann eine Ungleichheit oder Gegensätzlichkeit nicht mehr in den Bestimmungen des Tauschverkehrs enthalten sein. Die Interessen der Subjekte in ihren Funktionen als Tauschende kommen hier nicht in der Form gegensätzlicher Eigentümer von Kapital und Arbeitskraft zum Tragen. Diese Interessengegensätze ergeben sich nicht aus dem Tauschverkehr als Tausch, weil in diesem Bereich der Tausch als Äquivalententausch vorherrschendes Prinzip

der Formen an der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft noch die gesamte wirkliche Bewegung der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion bestimmt. In seiner Analyse ging es um die Darstellung kapitalistischer Verhältnisse im idealen Durchschnitt (vgl. MEW 25, S. 839).

⁴⁷⁶ Vgl. Rote Zellen/AK München, Resultate, 1974, S. 12.

⁴⁷⁷ Vgl. exemplarisch Läßle, Dieter: Staat und allgemeine Produktionsbedingungen. Grundlagen zur Kritik der Infra-strukturtheorien, Berlin 1973; vgl. Elbe 2010, S. 362f.

⁴⁷⁸ Vgl. Kostede 1976a, S. 169.

ist. Damit ist ein Verweis auf Momente gegeben, die nicht mehr in den einfachen, abstrakten Formen der Oberfläche der Gesellschaft liegen.

Begründungen dieser Art, die den Ausgangspunkt von der einfachen Zirkulation als nicht ausreichend ansahen, nahmen andere Autoren auf und lieferten Theorieansätze,⁴⁷⁹ in denen sie davon ausgingen, dass sich aus der Betrachtung der einfachen Oberfläche die Charaktere der gesellschaftlichen Beziehungen der Individuen zwar als über Sachen vermittelte ergeben, jedoch noch keine inhaltliche Differenzierung der Individuen in konkurrierende Revenuequellenbesitzer, die sich in Klassen transformieren, möglich ist. Daraus wurde gefolgert, daß die Absonderung des Staates von der Gesellschaft nicht aus den Bestimmungen der einfachen Warenzirkulation hergeleitet, sondern nur aus den weiter entwickelten Formen des ökonomischen Verkehrs der Akteure untereinander erschlossen werden kann.

Den Ansatz, die Notwendigkeit der Trennung von Staat und Gesellschaft aus Bestimmungen der entwickelten Oberfläche der Gesellschaft aufzuzeigen, verfolgten die Roten Zellen der Arbeitskonferenz in ihren Ausführungen zum Staat Mitte der 1970er Jahre. Dabei handelte es sich um Aussagen, die zum einen programmatische Momente der Gruppierung betrafen und dadurch eher den Anspruch einer noch zu leistenden Theoriearbeit ausdrückten und weniger die Darstellung einer systematischen Entfaltung von Begriffen erfüllen sollten.⁴⁸⁰ Zum anderen waren es Aussagen im Zusammenhang einer Kritik an bestehenden Theorieansätzen, in denen die Arbeitskonferenz zentrale Bestimmungen zur Ableitung des bürgerlichen Staates benannten.⁴⁸¹ Auch diese Ausführungen waren keine eigenständige Analyse des Staates, zeigten allerdings wesentliche Anhaltspunkte auf, die eine Theorie über den Staat enthalten müsse.

Im Folgenden stelle ich staats-theoretische Auffassungen der Arbeitskonferenz dar und im Anschluss daran wird zu prüfen sein, inwieweit die Marxistische Gruppe – deren führende Mitglieder identisch mit denen der Roten Zellen der Arbeitskonferenz waren – in ihrer Untersuchung „Der bürgerliche Staat“ an diese früheren Ausführungen anknüpft und die Trennung des

⁴⁷⁹ Vgl. Von Flatow, Sybille/Huisken, Freerk: Zum Problem der Ableitung des Bürgerlichen Staates. Die Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft, der Staat und die allgemeinen Rahmenbedingungen der Produktion, in: PRO-KLA. Probleme des Klassenkampfes, Heft Nr. 7, 1973, S. 83 – 153; vgl. Rote Zellen/AK München, Resultate, 1974.

⁴⁸⁰ Vgl. Rote Zellen/AK München, Resultate, 1974, besonders S. 12 – 15 und S. 30 – 38.

⁴⁸¹ Vgl. ebd., S. 120 – 170.

Staates von der Gesellschaft begrifflich vermittelt sowie den Staat als die politische Macht im Kapitalismus begründet.

5.3 Der staats-theoretische Ansatz der Arbeitskonferenz

In den Jahren vor der Veröffentlichung der Staatsanalyse der Marxistischen Gruppe hatten Redaktionsmitglieder der Arbeitskonferenz dargelegt, welche Momente in einer Untersuchung über den Staat enthalten sein sollten. In verschiedenen Texten stellten sie Theorieelemente vor, die notwendige Voraussetzungen für die Analyse des Staates markierten. Das waren vor allem Untersuchungen über „Bestimmungen des industriellen Kapitalisten und der Lohnarbeit in der Konkurrenz“⁴⁸², denn der „Konkurrenz entspringt die Konstitution des allgemeinen Willens, der im bürgerlichen Staat realisiert wird“⁴⁸³. Wie der allgemeine Wille begrifflich zu entwickeln sei, hatte die Arbeitskonferenz deutlich gemacht, indem sie herausstellte, dass die „konkrete Entwicklung des bürgerlichen Staates aus der *Konkurrenz* der Revenuequellenbesitzer zu erfolgen“⁴⁸⁴ habe.

Die Autoren hielten fest, dass ein notwendiger Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Produktionsweise und den Formbestimmungen des Staates bestehe, einfacher gesagt, der Staat leite sich aus der Ökonomie ab. Die politische Sphäre sei einerseits ein von der Ökonomie abgesonderter Bereich, in dem der Staat zwar von der Ökonomie bestimmt werde, aber andererseits als selbständiger Gegenstand der wissenschaftlichen Analyse behandelt werden müsse. Eine Anfangsbestimmung der Staatstheorie sei somit aus dem Übergang von den Bestimmungen der Konkurrenz zu der der Konkurrenz gegenüberstehenden allgemeinen Macht zu entwickeln.⁴⁸⁵ In der Konkurrenz liege der Grund für die Entstehung des allgemeinen Willens, der

⁴⁸² Ebd., S. 14.

⁴⁸³ Ebd., S. 15.

⁴⁸⁴ Ebd., S. 106, Hervorhebung im Original. Den ökonomischen Inhalt der Rechtsverhältnisse auf der Ebene der Akteure des Austausches, in dem sich Kapitalist und Arbeiter gegenüberstehen, skizzierte die Arbeitskonferenz in ihrer zweiten Resultate-Ausgabe. Auf dieser Ebene, in der die besonderen Interessen durch eine allgemeine Macht gesichert wird, findet eine wechselseitige Beschränkung der Sonderinteressen statt. (vgl. Rote Zellen/AK München, Resultate, 1975, S. 16f).

⁴⁸⁵ Vgl. Rote Zellen/AK München, Resultate, 1974, S. 121.

im Staat seinen Ausdruck findet.⁴⁸⁶ Insofern waren die Autoren eindeutig in ihren Aussagen, dass der Staat aus der Darstellung der Konkurrenz systematisch zu entwickeln sei.⁴⁸⁷

Eine Konkretisierung dieser Auffassung trafen sie dahingehend, dass die „Notwendigkeit des Staates [...] aus der Form, in der sich die konkurrierenden Individuen im universellen Prozeß der Zirkulation gegenüber treten“⁴⁸⁸, bestimmt werden müsse. Die Zirkulation sei dabei die allgemeine Form, in der die sich Entwicklung des bürgerlichen Staates auf der Grundlage konkurrierender Revenuetquellenbesitzer vollziehe. Die Beziehung auf die einfache Zirkulation erfolge, um zu zeigen, dass das Verhältnis von Waren- und Geldbesitzern eine Formveränderung erfährt, die sich auf entwickelterer begrifflicher Ebene in Eigentumsformen zeige, die „die Revenuetquellenbesitzer in ihrem praktischen Bezug aufeinander annehmen und als solche Form den Schluß auf ihre Verdopplung in besondere Interessen Verfolgende einerseits, in abstrakt allgemeine Personen, Privateigentümer andererseits zu ziehen gestattet“⁴⁸⁹.

Deutlich wurde, dass die Vermittlung von der einfachen zur weiter entwickelten Oberfläche der Gesellschaft in den Formverwandlungen der Waren- und Geldbesitzer hin zu den Revenuetquellenbesitzern erfolgen müsse, da sich in den Strukturen von Kapital, Boden und Arbeit andere soziale Inhalte als in den Beziehungen der Waren- und Geldbesitzer untereinander verkörpern.

Die Existenz des Staates begründete die Arbeitskonferenz aus den Bestimmungen der Konkurrenz, weil nach ihrer Auffassung in solchen Beziehungen gezeigt werden kann, dass „jeder nur auf sein Sonderinteresse aus ist [...] so daß die wechselseitige Anerkennung der Konkurrerenden, die Sicherung ihres Eigentums einer allgemeinen Macht bedarf, die sie selbst zur Verfolgung ihres Sonderinteresses benötigen und mit Gewalt über sich ausstatten müssen“⁴⁹⁰. Die allgemeine Macht ist dabei in einem von den Konkurrerenden abgesonderten Bereich angesiedelt, da die konkurrierenden Akteure nicht zugleich ihr Sonderinteresse und das allgemeine Interesse, die Sicherung ihres Eigentums und ihrer Person, verfolgen können. Der neben der Ökonomie agierende Staat vermittelt die Reproduktion der Konkurrenz- und Klassen-

⁴⁸⁶ Mit der Bestimmung, dass der Staat den allgemeinen Willen ausdrückt, wird zugleich der Wille als Prinzip der Politik hervorgehoben (vgl. MEW 1, S. 402).

⁴⁸⁷ Vgl. Rote Zellen/AK München, Resultate, 1974, S. 88. So sprechen sie an anderer Stelle von „den Bewegungsformen der Konkurrenz, aus welchen der Staat abgeleitet werden muß“ (ebd., S.127).

⁴⁸⁸ Ebd., S. 106.

⁴⁸⁹ Ebd.

⁴⁹⁰ Ebd., S. 126.

gesellschaft und seine Verselbständigung drückt die Verdopplung der Gesellschaft in eine ökonomische und eine politische Sphäre sowie die Verdopplung des Individuums in „Bourgeois“ und „Citoyen“ aus.⁴⁹¹

Die Selbständigkeit des Staates ist dabei eine formelle Unabhängigkeit neben und über der Gesellschaft. Der Staat ordnet sich in den Inhalten seiner Tätigkeit den gesellschaftlichen Voraussetzungen unter, denen er entspringt. Er verhilft dem kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozess zur Durchsetzung der ihm eigentümlichen Gesetze.⁴⁹² Dennoch ist der Staat gegenüber der Bewegung der Gesellschaft souverän, er ist die verselbständigte Macht und übt Gewalt gegenüber den Konkurrierenden aus. Das kommt im Verhältnis des Staates zu den Staatsbürgern in der Weise zum Ausdruck, dass die konkurrierenden Privatsubjekte sich praktisch auf den Staat als Bedingung ihrer Reproduktion beziehen müssen und dabei auf vielfältige vom Staat durchgesetzte Regulierungsmaßnahmen eingehen. Das im Staat gegebene Zwangs- oder Gewaltverhältnis nimmt dabei die Form des Rechts an.⁴⁹³

Zusammengefasst ergibt sich nach dem Theorieansatz der Arbeitskonferenz die Notwendigkeit der Trennung von Staat und Gesellschaft aus der Existenz ökonomischer Gegensätze, die sich aus dem Dasein des Privateigentums begründen. Das Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft ist ein auf sein privates Interesse, ein auf sein Sonderinteresse bestimmtes Individuum, das seinen Willen und sein Handeln diesem Interesse entsprechend ausrichtet. In ihrer Gesamtheit sind die konkurrierenden Gesellschaftsmitglieder nach ihrer Klassenzugehörigkeit, nach der Art und Weise ihrer gesellschaftlichen Reproduktion verschieden. In der Verfolgung ihrer Sonderinteressen bestreiten sich die ökonomischen Subjekte wechselseitig die Teilnahme am geschaffenen Wert, dem gesellschaftlichen Reichtum. Diese gegensätzliche Interessen gefährden das Allgemeinwohl, da die Akteure der jeweiligen Klassen von Privateigentümern in der Realisierung ihrer Sonderinteressen nicht mehr zugleich ein allgemeines Interesse verfolgen können. Das besondere und das allgemeine Interesse kann aufgrund dieser Interessengegen-

⁴⁹¹ Vgl. ebd., S. 15 und S. 123. Die Begriffe „Bourgeois“ und „Citoyen“ benutzte die Arbeitskonferenz in Anlehnung an Marx, der in frühen Schriften Differenzen zwischen „sozialer Mensch“ und „Staatsbürger“ – Bourgeois und Citoyen – charakterisierte (vgl. MEW 1, S. 65 und S. 241; vgl. ebd., S. 355). Immanuel Kant hatte bereits im achtzehnten Jahrhundert in einer Auseinandersetzung über Stimmrechte in der Gesetzgebung eine Gegenüberstellung von Staatsbürger und Stadtbürger – ebenfalls mit den Begriffen „Citoyen“ und „Bourgeois“ – hervorgehoben (vgl. Kant, Immanuel: Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis, in: Kants Werke, Akademie-Textausgabe, Band VIII, S. 273 – 313, Berlin 1968, hier S. 295).

⁴⁹² Vgl. Rote Zellen/AK München, Resultate, 1974, S. 122.

⁴⁹³ Vgl. ebd., S. 123 und S. 131; vgl. Rote Zellen/AK München, Resultate, 1975, S. 16f.

sätze nicht mehr zusammenfallen, es entsteht die Notwendigkeit einer Verdoppelung der Individuen in ökonomisch Handelnde und in Staatsbürger. Die Konkurrenzsubjekte der Gesellschaft sind auf eine Macht angewiesen, die getrennt vom ökonomischen Leben die Anerkennung von Eigentum und Person garantiert, da die konkurrierenden Akteure diese Sicherstellung nicht innerhalb ihres ökonomischen Bereichs durchführen können. Die allgemeine Macht ist der von der Gesellschaft abgesonderte Staat. Der Staat regelt Konkurrenzbedingungen mit der Gewalt des Rechts gegen die Konkurrierenden, weil sonst die in der Konkurrenz verfolgten Interessen durch die in der ökonomischen Sphäre stattfindenden gegensätzlichen und einander ausschließenden Verläufe vereitelt würden. Die rechtausübende Instanz Staat ist nicht in der Konkurrenz selbst angesiedelt, sie wirkt vielmehr für den Bereich, indem sie außerhalb der Ökonomie agiert. Die Mitglieder der kapitalistischen Gesellschaft können sich in ihrer Besonderheit nur reproduzieren, sofern sie auch von ihren privaten Sonderinteressen absehen. Diese Abstraktion, die Relativierung ihrer privaten Interessen, ist ihnen Mittel zum Zweck und drückt sich in der Herausstellung des Staates von der Gesellschaft aus. Im Staat konstituiert sich das Allgemeinwohl im Gegensatz zum materiell-ökonomischen Leben der Individuen und ist eine bloß formelle Allgemeinheit.

Die Konkurrenz auf der Ebene der Trinität ist dabei der theoretische Punkt, aus dem sich die Notwendigkeit des Staates als selbständige Instanz neben und über der Gesellschaft ergibt. Die aus der Konkurrenz entspringende Form des anerkannt freien Willens bildet die Grundlage des bürgerlichen Staates. In der Herleitung des bürgerlichen Staates aus den Bestimmungen der weiter entwickelten Oberfläche der Gesellschaft kann nach Auffassung der Arbeitskonferenz aufgezeigt werden, wie sich die Zugehörigkeit des Staates zur Sphäre der Politik in seinen eigenen selbständigen Bestimmungen ausdrückt und zugleich kann daran der Zusammenhang des Staates mit seiner ökonomischen Grundlage aufgezeigt werden.

Im Folgenden gilt es zu untersuchen, inwieweit die Marxistische Gruppe die selbst gestellten Bedingungen einer Herleitung des Staates aus der Sphäre der Ökonomie erfüllt. Genauer gesagt ist damit gemeint, ob und inwieweit die Gruppe erklärt, auf welcher Theorieebene der Konkurrenz es zur Verdoppelung der die Subjekte leitenden Interessen in besondere und allgemeine kommen kann und wie der Verlauf der gegensätzlichen Sonderinteressen der Individuen zu dem Widerspruch führt, der die notwendige Verdoppelung der Gesellschaft in Gesellschaft und Staat sowie die Verdopplung der Subjekte in ökonomische Akteure und Staatsbürger zum Resultat hat.

5.4 „Der bürgerliche Staat“ – eine Kritik der Staatstheorie der Marxistischen Gruppe

Das Erscheinen der Broschüre über den Staat wurde von der Marxistischen Gruppe in ihren Schriften und Zeitungen mehrfach angekündigt. Im April 1979 beispielsweise pries die Marxistische Gruppe an, in ihrer Broschüre „kann man die gesammelten Respektlosigkeiten über unser herrliches Gemeinwesen lesen: warum es da ist, wieso es funktioniert und weshalb alle [...] sich mit ihm abgefunden haben. [...] Vorkenntnisse sind nicht erforderlich, um diese [...] Schrift zu genießen“⁴⁹⁴. In ironischer Art drückte die Gruppe ihr Urteil über den Staat aus und behauptete, die Begründung für die Existenz des Staates sowie sein Funktionieren erklären zu können, ohne auf Vorkenntnisse beim Leser zurückgreifen zu müssen. Da die Gruppe an anderer Stelle zugleich hervorgehoben hatte, dass ihre Staatstheorie *die* Erklärung des Staates ist,⁴⁹⁵ müssen demnach alle theoretischen Grundlagen auch in ihrer Analyse des Staates zu finden sein. In der von mir vorgenommenen Untersuchung erbringe ich demgegenüber den Nachweis, dass das Fehlen von Bestimmungen – vor allem die nicht geleistete Herleitung des Staates aus der weiter entwickelten Oberfläche der Gesellschaft – zu Ungenauigkeiten, Unstimmigkeiten und letztendlich zu einer nicht adäquat entwickelten Staatstheorie der Marxistischen Gruppe führen.

Die noch heute unverändert vertriebene Schrift enthält einen Vorspann sowie die etwa einhundert Seiten umfassende Analyse des Staates. Die Untersuchung selbst ist in zehn Paragraphen gegliedert, die durch verschiedene Zusätze – beispielsweise Hinweise auf ideologische oder historische Momente – ergänzt werden. In der Abhandlung werden folgende Themen in den Paragraphen behandelt: Freiheit und Gleichheit, Privateigentum und abstrakt freier Wille (§ 1), Souveränität, Volk und Grundrechte (§ 2), Gesetz und Demokratie (§ 3), Recht und Schutz von Person und Eigentum (§ 4), Ideeller Gesamtkapitalist (§ 5), Steuern (§ 6), Finanzpolitik und Staatshaushalt (§ 7), Allgemeinwohl (§ 8), Wahlen, Parlament und Regierung (§ 9) sowie Bürgerliche Öffentlichkeit (§ 10).

Die Gruppe stellte zu Beginn der Broschüre heraus, dass die Abhandlung in Form einer Ableitung präsentiert werde, in der die begriffliche Entwicklung des Staates entsprechend ihres logischen Zusammenhanges geordnet werde und nicht in einer historischen Abfolge erscheine.

⁴⁹⁴ Marxistische Gruppe, Kritik der bürgerlichen Wissenschaft, Linke Wissenschaft vom Staat, 1979, S. 63; vgl. Marxistische Studenten Zeitung Nr. 28/1979, S.2.

⁴⁹⁵ Die Gruppe behauptete eine alleingültige Analyse des Staates vorgelegt zu haben, in der „Grund, Zweck und Verlaufsformen der politischen Herrschaft im Kapitalismus“ (Marxistische Gruppe, Resultate, 1979a, S. 5) objektiv erklärt werde.

Der formale Aufbau der Ableitung setzte sich einerseits aus Paragrafen zusammen, in denen die Autoren Bestimmungen des Staates analysierten. Andererseits wurden Zusätze dargelegt, die Verlaufsformen des Staates am Beispiel der Bundesrepublik sowie Verweise auf historische und ideologische Vorkommnisse enthalten.⁴⁹⁶

Die Auseinandersetzung mit der Staatstheorie der Gruppe führe ich überwiegend am ersten Paragrafen, da dieser die explizit ausgewiesene Grundlage und den Ausgangspunkt der Ableitung darstellt, an die die folgenden Paragrafen anknüpfen. Im Auftaktparagrafen erfasste die Marxistische Gruppe nach eigener Auskunft die Anfangsbestimmung des Staates, die „sein abstrakter Begriff“⁴⁹⁷, somit die Elementarform der politischen Sphäre sein soll. Die Aussagen der Gruppe untersuche ich im Zusammenhang mit den Zusätzen daraufhin, ob und inwieweit Erklärungen zureichend waren und inwieweit „abgeleitet“ wurde. Aus den Bestimmungen der Elementarform oder der Anfangsbestimmung des Staates sollen sich nach Auffassung der Autoren die weiteren konkreteren Bestimmungen der politischen Sphäre erschließen lassen.

Ein von der Marxistischen Gruppe im Zusatz zum ersten Paragrafen angeführtes Zitat von Marx aus der *Kritik des Hegelschen Staatsrechts* verdeutlicht, worauf die Marxistische Gruppe in ihrer Analyse abzielte.

Die Trennung der bürgerlichen Gesellschaft und des politischen Staates erscheint notwendig als eine Trennung des *politischen* Bürgers, des Staatsbürgers, von der bürgerlichen Gesellschaft, von seiner eignen wirklichen, empirischen Wirklichkeit, denn als Staatsidealist ist er ein *ganz anderes*, von seiner Wirklichkeit *verschiedenes*, unterschiedenes, entgegengesetztes *Wesen*.⁴⁹⁸

Marx hatte in der zitierten Schrift dargestellt, dass der Staatsbürger einerseits und der private Bürger in seiner Rolle als Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft andererseits getrennt voneinander zu bestimmen seien. Das Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft müsse sich seine Existenz in zwei Sphären denken und somit in sich selbst eine gedankliche Trennung vollziehen.

⁴⁹⁶ Vgl. Marxistische Gruppe, Resultate, 1979a, S. 6.

⁴⁹⁷ Ebd., S.9.

⁴⁹⁸ Ebd., S. 9, Hervorhebungen im Original; zitiert nach MEW 1 (*Kritik des Hegelschen Staatsrechts*), S. 281f. Die *Kritik des Hegelschen Staatsrechts* war eine Ausarbeitung von Marx über Georg Wilhelm Friedrich Hegels *Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse*. Zwar beabsichtigte Marx eine umfassende Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie zu schreiben, hat dies jedoch nie ausgeführt. Das Manuskript *Kritik des Hegelschen Staatsrechts* befasste sich mit dem dritten Abschnitt des Hegelschen Werkes, der den Untertitel „Der Staat“ trägt (vgl. Hegel, Georg Wilhelm Friedrich: *Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse*, in: Theorie-Werkausgabe, Werke 7, Frankfurt a.M. 1970, S. 398 – 503). Marx interpretierte und kommentierte den Hegeltext in einer Art Dialogform, indem er Hegels Aussagen darstellte und seine eigene Position hierzu gegenüberstellend charakterisierte.

Diese Trennung stellte sich nach Marx einmal dar als bürokratische Organisation des Staates und zum anderen als ein Bereich der bürgerlichen Gesellschaft, der privat und auf ökonomischer Grundlage strukturiert ist. Als Staatsbürger muss die Privatperson quasi aus seiner ökonomisch-bürgerlichen Situation heraustreten, er muss davon abstrahieren. In diesem Sinn erklärte Marx die Verdopplung der Gesellschaft in Gesellschaft und Staat und die Trennung des Staates von der Gesellschaft.⁴⁹⁹

Der erste Paragraf in der Broschüre der Gruppe ist Ausgangspunkt ihrer Ableitung und nimmt eine Schlüsselstellung ein, da die Inhalte der Staatstheorie hier in elementaren Begriffen dargelegt und in den darauffolgenden Paragrafen entsprechend ihres systematischen Zusammenhangs weiterentwickelt werden sollen.⁵⁰⁰ Die Bestimmungen am Anfang der Analyse sind Begründungen für die folgenden, insofern haben die eröffnenden Begriffe der Staatstheorie zentrale Bedeutung. Den Beginn der Ableitung gebe ich daher – mit einer von mir vorgenommenen Nummerierung der einzelnen Sätze – ungekürzt wieder, er lautet:

- (1) Der bürgerliche Staat ist die politische Gewalt der kapitalistischen Gesellschaft.
- (2) Er unterwirft die Agenten der kapitalistischen Produktionsweise unter Absehung von allen natürlichen und gesellschaftlichen Unterschieden seiner Herrschaft und gewährt ihnen damit die Verfolgung ihrer gegensätzlichen Sonderinteressen: *Gleichheit & Freiheit*.
- (3) Er verpflichtet sie, die ökonomische Konkurrenz unter Respektierung des *Privateigentums* abzuwickeln: jeder wird gezwungen, die ausschließende Verfügung über den Reichtum der Gesellschaft anzuerkennen und zum Prinzip seines ökonomischen Handelns zu machen.
- (4) Weil die Mitglieder der kapitalistischen Gesellschaft in der Verfolgung ihres individuellen Nutzens die Schädigung der anderen betreiben, sind sie auf eine Macht angewiesen, die getrennt vom ökonomischen Leben die Anerkennung von Eigentum und Person garantiert.
- (5) Ihren negativen Bezug aufeinander ergänzen sie um ihre gemeinsame Unterwerfung unter eine Gewalt, die ihre Sonderinteressen beschränkt.
- (6) *N e b e n* ihren ökonomischen Geschäften sind sie politische Bürger, sie wollen die staatliche Herrschaft, weil sie ihren Sonderinteressen nur nachgehen können, indem sie von ihnen auch abstrahieren.
- (7) Der bürgerliche Staat ist also die Verselbständigung *i h r e s abstrakt freien Willens*.⁵⁰¹

Die Schlussfolgerung aus dem ersten Paragrafen stellt der letzte Satz dieser kompakt formulierten Aussagen dar: „Der bürgerliche Staat ist also die Verselbständigung *i h r e s abstrakt*

⁴⁹⁹ Vgl. MEW 1, S. 281f sowie S. 232 – 235, S. 246 – 249 und S. 275 – 277.

⁵⁰⁰ Vgl. Marxistische Gruppe, Resultate, 1979a, S. 6 und S. 80.

⁵⁰¹ Ebd., S. 8. Hervorhebungen im Original.

freien Willens“. Gemeint sind die Mitglieder der kapitalistischen Gesellschaft, die als politische Bürger eine selbständige Instanz wollen, sich aus diesem Grund neben ihrer ökonomischen Tätigkeit einen politischen Bereich schaffen, weil sie ihre ökonomischen Geschäfte nur erledigen können, indem sie zugleich hiervon absehen und dadurch die Verselbständigung des Staates konstituieren. Wie aber verläuft die begriffliche Entwicklung des Staates im Einzelnen? Um dies zu klären, werde ich zunächst textimmanent fragliche Momente der Ableitung aufnehmen und genauer behandeln.

5.4.1 Begrifflicher Übergang von der Ökonomie zur Politik

Der erste Satz der Analyse lautet: „Der bürgerliche Staat ist die politische Gewalt der kapitalistischen Gesellschaft“. Mit dieser Aussage behauptete die Marxistische Gruppe zum einen die Trennung von Staat und Gesellschaft, von politischer Gewalt und der kapitalistischen Gesellschaft. Sie bezog dabei die Gegenstände Staat und Gesellschaft bereits unterscheidend aufeinander, ohne systematisch entwickelt zu haben, ob diese getrennt existieren oder auch nicht. Zum anderen wurde der Staat als „bürgerlicher“ und die Gesellschaft als „kapitalistische“ charakterisiert, ohne weder im Paragrafen noch im Zusatz Differenzen oder Übereinstimmungen dieser Charakterisierung zu benennen. Demgegenüber wurden bürgerlicher Staat und kapitalistische Gesellschaft in der Weise zueinander ins Verhältnis gesetzt, dass der bürgerliche Staat die politische Gewalt der kapitalistischen Gesellschaft sein soll. Die Gruppe klärte beispielsweise nicht, was das Bürgerliche am Staat oder das Kapitalistische an der Gesellschaft ausmacht.

Die Autoren hatten in der ersten Ausgabe der *Resultate* formuliert, dass eine systematisch entwickelte Staatstheorie nicht nur aus den Bestimmungen der Konkurrenz zu erfolgen habe, sondern dass der Zusammenhang zwischen dem ökonomischen und dem politischen Bereich als Übergang von der Konkurrenzebene zu ihr gegenüberstehenden politischen Macht darzustellen sei und dass dieser Übergang den Anfang der Bestimmungen des Staates ausmache.⁵⁰² Das von der Gruppe in ihrer Staatsanalyse nunmehr lediglich ins Verhältnis setzen von kapitalistischer Gesellschaft und bürgerlichem Staat verdeutlicht demgegenüber, dass in der Broschüre kein begrifflicher Übergang von den Bestimmungen der Konkurrenz zur ihr gegen-

⁵⁰² Vgl. Rote Zellen/AK München, *Resultate*, 1974, S. 88 und S. 121.

überstehenden allgemeinen Macht erfolgte, vielmehr wurden Setzungen oder Behauptungen statt Erklärungen vorgenommen.

In einem Zusatz zum achten Paragraphen über das Allgemeinwohl bezogen sich die Autoren auf ihre formulierten Anfangsbestimmungen und hoben hervor, dass die Prinzipien, die sie in den ersten Paragraphen entwickelt hatten, „der gewaltsamen Absicherung der F o r m der Konkurrenz“⁵⁰³ dienen und dass diese Bestimmungen „Mittel sind, durch die der bürgerliche Staat den Z w e c k der Konkurrenz gegen die ihm immanenten Schranken durchsetzt. Getrennt von der Gesellschaft herrscht er ihr die A k k u m u l a t i o n d e s K a p i t a l s auf“⁵⁰⁴. In dieser Passage werden wiederum unentwickelte Behauptungen vorgenommen und können die Unzulänglichkeiten aus dem ersten Paragraphen nicht korrigieren. Weder finden sich Erklärungen, weshalb und womit der Staat Konkurrenzformen absichert – Formen der Konkurrenz werden gar nicht erläutert – noch gibt es Hinweise darauf, was den Zweck der Konkurrenz ausmacht und welchen immanenten Schranken der Staat unterliegt.

Vormals hieß es, dass der Staat eine mit Rechtsgewalt ausgestattete Instanz darstellt, die Bedingungen der Konkurrenz gegen die Konkurrierenden regelt, weil sonst die innerhalb der Konkurrenz verfolgten Zwecke durch die Konkurrierenden selbst vereitelt würden.⁵⁰⁵ Insofern ist der Staat nicht innerhalb der Konkurrenz angesiedelt, sondern wirkt für die Konkurrenz, aber außerhalb des ökonomischen Bereichs. Diese in früheren Schriften der Arbeitskonferenz enthaltene Einsicht, den Staat aus den Konkurrenzhandlungen der Revenuequellenbesitzer herzuleiten, hatte die Gruppe durch eine Vielzahl von Äußerungen zum Ausdruck gebracht, jedoch in ihrer aktuellen Staatstheorie nicht realisiert.

5.4.2 Darlegungen über Interessen der Gesellschaftsmitglieder

Der Paragraph wurde fortgesetzt mit der Aussage im zweiten Satz: „Er unterwirft die Agenten [...] seiner Herrschaft und gewährt ihnen damit die Verfolgung ihrer gegensätzlichen Sonderinteressen: *Gleichheit & Freiheit*.“ Der Staat agiert, er unterwirft die „Agenten“ unter seine

⁵⁰³ Marxistische Gruppe, Resultate, 1979a, S. 80, Hervorhebung im Original.

⁵⁰⁴ Ebd., S. 80, Hervorhebungen im Original. Dass der Komplex „Akkumulation des Kapitals“ wie selbstverständlich hingesetzt wurde, verwundert nicht bei dem Verfahren der Marxistischen Gruppe, eine Behauptung nach der anderen zu setzen.

⁵⁰⁵ Die „Zwecke der Konkurrenz“ erklärte die Gruppe in der Broschüre über den Staat ebenfalls nicht, sondern setzte die Bedeutung des Begriffs stillschweigend voraus. Die Autoren erläuterten nicht, inwieweit die Zwecke beispielsweise darin bestehen, die gegensätzlichen Interessen der in der Konkurrenz agierenden Gesellschaftsmitglieder durchzusetzen.

Macht und gewährt ihnen damit zugleich Etwas. Der Begriff „Agenten“ wurde von den Verfassern der Broschüre wiederum hingesetzt, ohne dies inhaltlich zu explizieren.⁵⁰⁶ Angenommen, mit Agenten der kapitalistischen Produktionsweise sind Kapitalisten und Lohnarbeiter gemeint und als solche die Personifizierungen von Lohnarbeit und Kapital. Unter dieser Prämisse legten die Autoren dar, dass Agenten Interessen, genauer gesagt Sonderinteressen und sogar gegensätzliche haben – aber warum haben die Agierenden gegensätzliche Interessen, warum keine gemeinschaftlichen Interessen? Die Marxistische Gruppe weist den Agenten der kapitalistischen Produktionsweise Interessen zu, ohne eine Herleitung des Begriffs aus den Besonderheiten des jeweiligen Eigentums vorzunehmen, die den Grund für besondere Interessen der Eigentümer abgeben. Den Agenten der kapitalistischen Produktionsweise werden somit umstandslos „gegensätzliche Sonderinteressen“ zugesprochen.

Demgegenüber hatte die Erlanger Theoriefraktion herausgestellt, dass den Mitgliedern der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer Besonderheit als Kapitalist, Grundeigentümer und Lohnarbeiter besondere Interessen bezüglich der Realisierung ihres Eigentums zukommen. Als konkurrierende Mitglieder der kapitalistischen Produktion, in ihrer Funktion als Privateigentümer in der Konkurrenz, verfolgen sie grundsätzlich drei Interessen. Diese Interessen, die auf das ökonomische Verhältnis Privateigentum abzielen, das sich im willentlichen Umgang der Akteure mit ihrem Eigentum ausdrückt, sind: Erstens das Interesse, eine möglichst hohe Revenue zu erzielen, zweitens das Interesse, eine kontinuierliche Revenue abzusichern und drittens das Interesse, die Revenuequelle grundsätzlich zu erhalten.⁵⁰⁷

Um ihre besonderen Interessen realisieren zu können, müssen Kapitalisten, Grundeigentümer und Lohnarbeiter auch von ihren jeweiligen Interessen abstrahieren, sie relativieren, da sie ihre Sonderinteressen nicht absolut durchsetzen können. Nicht nur, weil alle Revenuequelleneigentümer aufeinander angewiesen sind, um das sogenannte gesellschaftliche Gesamtprodukt im Zusammenwirken von Kapital, Arbeit und Grundeigentum herzustellen, sondern weil die absolute Durchsetzung eines Interesses der Vernichtung aller anderen gleichkäme, sodass kein Gesamtprodukt entstehen könnte, vielmehr die gesellschaftliche Produktionsgrundlage als

⁵⁰⁶ Nicht nur in der Abhandlung über den Staat, auch in anderen Veröffentlichungen bezog sich die Gruppe vielfach auf Elemente der Marxschen Theorie. Der hier verwendete Begriff „Agenten“ charakterisiert dort zentrale Gesellschaftsmitglieder: „Die Hauptagenten dieser Produktionsweise selbst, der Kapitalist und der Lohnarbeiter, sind als solche nur Verkörperungen, Personifizierungen von Kapital und Lohnarbeit; bestimmte gesellschaftliche Charaktere, die der gesellschaftliche Produktionsprozeß den Individuen aufprägt“ (MEW 25, S. 887).

⁵⁰⁷ Vgl. Marxistische Gruppe/Theoriefraktion, Circular 3, 1973, S. 2f, S. 5, S. 7f, S. 12f, S. 16 – 18.

Ganzes zerstört wäre. Daher verdoppeln sich die Interessen der Gesellschaftsmitglieder in besondere und allgemeine, die Mitglieder selbst in Privatsubjekte und Staatsbürger. Diese Gegensätzlichkeit ihrer Sonderinteressen ergibt sich aus der Unterschiedlichkeit ihrer Eigentumssorten, mit der sie in die Konkurrenz eintreten.

Die Autoren der Staatstheorie entwickelten die jeweiligen Interessen der Gesellschaftsmitglieder nicht, vielmehr setzten sie Ergebnisse unvermittelt hin, in diesem Zusammenhang den Begriff „gegensätzliche Sonderinteressen“, der inhaltlich nicht aufgelöst wurde. Was erst noch hergeleitet werden sollte – die Erklärung des Staates aus den Konkurrenzhandlungen der Individuen und weiterhin deren Interessenverdoppelung – wurde ohne transportierte Zwischenelemente als fertiges Resultat präsentiert. Der Übergang von der ökonomischen zur politischen Ebene wurde durch die begriffliche Unklarheit zwischen den Handlungen der Konkurrenzsubjekte und denen der politischen Bürger verwischt.

Demgegenüber hatte die Gruppe in der Diskussion damaliger staatstheoretischer Ansätze kritisiert, dass „ausgerechnet den unterschiedenen Klassen als solchen ein gleiches gemeinsames Interesse“⁵⁰⁸ unterstellt werde und nicht die gegensätzlichen Sonderinteressen als Grund für die „wechselseitige Anerkennung als Person (*abstrakt* freier Wille)“⁵⁰⁹ dargestellt werde. Diese Kritik war zutreffend, aber wo entwickelt die Marxistische Gruppe in ihrer Staatsableitung den Umgang der Klassen mit ihren Revenuequellen, wo leitet sie die Interessen beziehungsweise die Gegensätzlichkeit der Sonderinteressen ab? Die von der Gruppe geäußerte Kritik fällt somit auf sie selbst zurück.

In der Ableitung des Staates durch die Marxistische Gruppe ist ein Merkmal auffällig. Die beabsichtigte Erklärung einer Sache wurde oftmals nicht geleistet, vielmehr ersetzte ein Doppelpunkt ihre begriffliche Entwicklung. In der Aussage, der Staat „gewährt ihnen damit die Verfolgung ihrer gegensätzlichen Sonderinteressen: *Gleichheit & Freiheit*“, suggeriert der Doppelpunkt eine Entfaltung der nachfolgenden Begriffe, die dann allerdings nicht erläutert werden. Eine solche „Doppelpunktmethode“ der Marxistischen Gruppe stellte eine extreme Verkürzung begrifflicher Entwicklungen dar und kann keine Erklärung leisten.⁵¹⁰ Als Stilmittel

⁵⁰⁸ Rote Zellen/AK München, Resultate, 1974, S.151.

⁵⁰⁹ Ebd., S. 151, Hervorhebung im Original.

⁵¹⁰ Doppelpunkte im Sinne einer Verkürzung statt Erklärungen setzte die Gruppe vielfach ein (vgl. Marxistische Gruppe, Resultate, 1979a, S. 11, S. 12, S. 15, S. 21, S. 24, S. 25, S. 27, S. 33, S. 36f, S. 38, S. 42, S. 44f, S. 65, S. 72, S. 92, S. 95, S. 108). Nicht alle der hier angeführten Verkürzungen können im Einzelnen zitiert werden, ein Beispiel muss genügen. Im Zusatz zum § 4, in dem es um das Recht geht, heißt es im Abschnitt über Zivil-

eingesetzt, erzeugt der Doppelpunkt einerseits einen Bruch beim Lesen und andererseits dadurch eine besondere Betonung. Wird die Aussage der Marxistischen Gruppe im Sinn einer Betonung gelesen, bedeutet dies, dass die Individuen ihren Sonderinteressen in bestimmter Weise nachgehen, genauer gesagt, sie gehen „Gleichheit und Freiheit“ nach. Der Doppelpunkt weist als stilistisches Werkzeug auf eine nachfolgende Aufzählung hin und die Gleichung „Sonderinteressen entsprechen Gleichheit und Freiheit“ kann Folgendes bedeuten. Lohnarbeiter müssten nach der Logik der Gruppe in der Verfolgung ihrer Sonderinteressen somit Arbeitsverträge abschließen, deren Inhalt darin besteht, dass sie für die Verrichtung von x Arbeitsstunden nicht y Euro bekämen, sondern „Gleichheit und Freiheit“. Solch merkwürdige Deutungen können aus unterlassenen Erklärungen der Autoren entstehen.⁵¹¹

Der dritte Satz im Paragraphen lautet: „Er verpflichtet sie, die ökonomische Konkurrenz unter Respektierung des *Privateigentums* abzuwickeln: jeder wird gezwungen, die ausschließende Verfügung über den Reichtum der Gesellschaft anzuerkennen und zum Prinzip seines ökonomischen Handelns zu machen.“ Warum verpflichtet der Staat die Agenten zur Respektierung des Privateigentums und was ist unter „ökonomischer Konkurrenz“ zu verstehen? Wodurch unterscheidet sie sich von einer politischen Konkurrenz, da es in einem späteren Paragraphen heißt: „[Die] *Parteien* konkurrieren durch *politische Willensbildung* um die Stimmen der Wähler und damit um die Führung der Staatsgeschäfte.“⁵¹²

Und weiter heißt es, dass der Staat eine Anerkennung der ausschließenden Verfügung über den Reichtum der Gesellschaft erzwingt, aber warum übt der Staat diesen Zwang aus? Wer verfügt über den Reichtum der Gesellschaft und wer schließt wen aus? Was ist das Charak-

recht, dass der Staat Bedingungen bestimmt, etwa „unter welchen jemand als Rechtssubjekt gilt und als solches Rechtsgeschäfte abschließen kann, d.h. wann und wie weit der Wille eines Menschen von anderen respektiert werden muß, was also in der bürgerlichen Gesellschaft nicht zu den Selbstverständlichkeiten zählt : *Personenrecht*“ (Marxistische Gruppe, Resultate, 1979a, S. 25, Hervorhebung im Original). Offenkundig ist, dass dieser eine Satz weder eine seriöse Erläuterung noch eine Skizzierung des Personenrechts darstellt. Die Autoren beabsichtigten auch keineswegs, etwa eine Unterscheidung von natürlichen und juristischen Personen vorzunehmen, vielmehr kam es ihnen darauf an, mit dem verkürzenden Hinweis auf das Personenrecht ihre Deutung staatlichen Wirkens zu präsentieren. Die staatlich erzwungene gegenseitige Respektierung des Willens war der alleinige Fokus, auf den es der Gruppe ankam.

⁵¹¹ Ein weiteres Beispiel der theoretischen Arroganz der Gruppe zeigte sich in der Verknüpfung von inhaltsleeren Hinweisen mit der Doppelpunktmethode. In einem Zusatz zum § 4 über historische Entwicklungen wurden philosophische Komplexe umstandslos mit ein paar Worten gekennzeichnet. Die Autoren schrieben: „Die Aufklärungsphilosophie und Literatur propagierte den bürgerlichen Staat mit der Deduktion seiner moralischen Prinzipien : praktische Philosophie Kants/Fichtes“ (Marxistische Gruppe, Resultate, 1979a, S. 27). Hier verzichte ich auf eine weitere Kommentierung und konstatiere lediglich die wiederholte und an dieser Stelle besonders auffällige theoretische Anmaßung der Gruppe.

⁵¹² Marxistische Gruppe, Resultate, 1979a, S. 87.

teristische von Reichtum? Welche Kennzeichen bestimmen das Prinzip des ökonomischen Handelns der Subjekte? Wiederum werden Begriffe nicht erklärt und offenbar der Deutung des Lesers überlassen. Mit einem wohlwollenden Verständnis kann sich der Leser die Behauptungen der Marxistischen Gruppe beispielsweise über ökonomische Bestimmungen möglicherweise erklären, allerdings müssen Erklärungen in einer Analyse des Staates allein aus der vorgelegten Untersuchung zweifelsfrei erfolgen, soll diese doch „ihrem Inhalt nach von wissenschaftlicher Argumentation“⁵¹³ geprägt sein. Eine zweifelsfreie Erläuterung durch die Gruppe erfolgte jedoch nicht. Das Gegenteil ist der Fall, da viele Aussagen argumentativ nicht schlüssig sind.

Auch die zweite Funktion des Staates – „Er verpflichtet sie, die ökonomische Konkurrenz unter Respektierung des *Privateigentums* abzuwickeln: jeder wird gezwungen, die ausschließende Verfügung über den Reichtum der Gesellschaft anzuerkennen und zum Prinzip seines ökonomischen Handelns zu machen“ – wird nur benannt und nicht aus dem Begriff des Staates entwickelt. Zum „Unterwerfen“ durch den Staat kommt nun das „Verpflichten“ auf die Konkurrenz. Warum werden die Agenten vom Staat verpflichtet und warum sollen sie die ökonomische Konkurrenz unter Respektierung des *Privateigentums* abwickeln? Die Marxistische Gruppe setzt wiederum Begriffe, ohne sie erklärt oder hergeleitet zu haben. So ist in der Broschüre die Rede von „ökonomischer Konkurrenz“, von „freier Konkurrenz“ und nur von „Konkurrenz“.⁵¹⁴ Charakteristika wie „ökonomisch“ oder „frei“ werden dem Konkurrenzbegriff unvermittelt vorangestellt, aber keine Bestimmungen über allgemeine oder spezielle Formen der Konkurrenz ausgeführt.

5.4.3 Darlegungen über das Eigentum

Das Privateigentum, sein Begriff und die Vermittlung der aus den verschiedenen Eigentumsarten resultierenden Interessen der jeweiligen Eigentümer hin zu Handlungen der Akteure werden ebenfalls nicht entfaltet. Ein Fortschritt gegenüber früheren Ansätzen wurde nicht erreicht, obwohl die Autoren als Anspruch formulierten: „Der Begriff des Staates aber setzt logisch die

⁵¹³ Ebd., S. 6.

⁵¹⁴ Vgl. ebd., S. 8f.

Klassen als die Klassen von besonderen Privateigentümern voraus, die besonderen Interessen und das Privateigentum überhaupt wie es erst aus den Revenuequellen zu entwickeln ist“⁵¹⁵.

Weil die Bestimmungen des Privateigentums nicht hergeleitet, sondern nur gesetzt werden, verwundert es nicht, dass dieses Verfahren der Marxistischen Gruppe dazu führt, dass im Fortgang der Broschüre die Kategorie des Eigentums widersprüchlich gebraucht wird. Einerseits wird in der Broschüre von verschiedenen Formen des Eigentums gesprochen, nämlich vom Kapital als das produktive Eigentum,⁵¹⁶ vom Boden als das Eigentum an Grund und Boden,⁵¹⁷ und vom Eigentum der Lohnarbeiter an ihrer Arbeitskraft⁵¹⁸. Andererseits wird nur das produktive Eigentum als Eigentum gekennzeichnet.⁵¹⁹

Zum einen wurde darauf verwiesen, dass Lohnarbeit ein Eigentumsverhältnis impliziert, weil „das Kapitalverhältnis auf dem freien Arbeiter als *Eigentümer* seiner Arbeitskraft beruht“⁵²⁰, zum anderen hieß es, dass Lohnabhängige „nützliche Dienste für das Eigentum anderer verrichten“⁵²¹ und dass sie „mit den Konsequenzen ihres Diensts am Eigentum“⁵²² zurechtkommen müssen. Die undifferenzierte begriffliche Verwendung des Begriffs Eigentum wurde durch eine weitere Aussage deutlich: „Da der Arbeiter kein Eigentum hat, muß er eine Wohnung mieten“⁵²³. Hier hatte die Gruppe die Funktion des Eigentums im Blick und nicht den Begriff. Das Eigentum an Arbeitskraft, das funktional für das Erzielen von Einkommen ist, wurde in ihrer Aussage ausgeblendet. Die Folgerung, wegen fehlenden Eigentums Wohnraum mieten zu müssen, ist darüber hinaus nicht schlüssig, da ein Mietverhältnis nicht notwendig Eigentumsbezüge unterstellt, sondern beispielsweise auch unentgeltlich ohne Rückgriff auf materielle Bedingungen abgeschlossen werden kann. Die Klärung des Begriffs Eigentum blieb bei der Marxistischen Gruppe ebenso unklar wie der Übergang von den Agenten zu den Eigentümern der Revenuequellen inhaltlich nicht eingelöst, vielmehr wieder nur durch einen Doppelpunkt ersetzt wurde.

⁵¹⁵ Marxistische Gruppe/Theoriefraktion, Circular 3, 1973, S. 26.

⁵¹⁶ Vgl. Marxistische Gruppe, Resultate, 1979a, S. 14, S. 32.

⁵¹⁷ Vgl. ebd., S. 36.

⁵¹⁸ Vgl. ebd., S. 31, S. 80.

⁵¹⁹ Vgl. ebd., S. 30.

⁵²⁰ Rote Zellen/AK München, Resultate, 1974, S.152 FN 21, Hervorhebung im Original.

⁵²¹ Marxistische Gruppe, Resultate, 1979a, S. 38.

⁵²² Ebd., S. 51.

⁵²³ Ebd., S. 48.

Bemerkenswert ist, dass die Gruppe etwa ein Jahr zuvor auf einem Teach-In erklärt hatte, dass der Begriff des Eigentums sowohl auf das Eigentum an Produktionsmitteln als auch auf das Eigentum an Arbeitskraft anzuwenden sei.⁵²⁴ Diese dargelegte Einsicht über die Bestimmung des Eigentums war in dieser Eindeutigkeit in der aktuellen Staatstheorie nicht zu finden. Bemerkenswert ist andererseits, dass die Marxistische Gruppe Arbeiten über Konkurrenzbestimmungen, die sie im Jahr 1979 verfasst und deren Herausgabe noch 1980 angekündigt hatte, weder veröffentlicht noch in anderer Art und Weise wieder aufgenommen hat.⁵²⁵ In den Entwürfen zu diesen Arbeiten, die zum einen die Konkurrenz der Kapitalisten und zum anderen die Konkurrenz der Arbeiter behandelten, trafen sie Aussagen, die als vermittelnde Begriffsentwicklungen in ihrer Staatstheorie fehlen. Das betraf vor allem Bestimmungen zur Konkurrenz, aber auch zum Eigentum.

Hinsichtlich des Eigentums an Kapital hielten die Autoren in dem Konspekt fest, dass „das Privateigentum, die ausschließliche Verfügung über eine Portion des gesellschaftlichen Reichtums dem Kapitalisten auch die Benützung fremden Eigentums [gestattet]“⁵²⁶. In Beziehung zum Lohnarbeitsverhältnis definierten sie ebenfalls das Eigentum des Arbeiters. Die Autoren bestimmten das Eigentum des Lohnarbeiters als „Eigentumsquelle Arbeitskraft“⁵²⁷ und erörterten Aussagen über die „Lohnarbeiterklasse, [...] die ihren Lebensunterhalt [...] durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft verdient“⁵²⁸. In der Ableitung des Staates operierte die Gruppe gegenüber diesen deutlich herausgestellten Erklärungen mit nicht weiter entwickelten und unvermittelt eingesetzten Begriffen über das Eigentum und erzeugte dadurch Unklarheiten.

5.4.4 Darlegungen über Beziehungen der Gesellschaftsmitglieder aufeinander

Im vierten Satz des ersten Paragraphen heißt es: „Weil die Mitglieder der kapitalistischen Gesellschaft in der Verfolgung ihres individuellen Nutzens die Schädigung der anderen betreiben, sind sie auf eine Macht angewiesen, die getrennt vom ökonomischen Leben die Anerkennung von Eigentum und Person garantiert.“ Hier ist wieder von nicht näher bestimmten Mitgliedern der kapitalistischen Gesellschaft die Rede. Im Zusatz des Paragraphen erscheint unvermittelt und

⁵²⁴ Vgl. Mein Staat, dein Staat, unser Staat, Protokoll des Teach-ins vom 2. Mai 1978 in Bremen, o.O. [Bremen], 02.05.1978, S. 2.

⁵²⁵ Vgl. Marxistische Gruppe, Konkurrenz der Kapitalisten 1979a und 1979b; vgl. Marxistische Gruppe, Resultate, 1980, Rückseite.

⁵²⁶ Marxistische Gruppe, Konkurrenz der Kapitalisten 1979a, S. 10.

⁵²⁷ Marxistische Streit- und Zeitschrift Nr. 6/1990, S. 32.

⁵²⁸ Ebd., S. 34.

auch nicht weiter erläutert der Begriff der Klasse, sodass weitere Fragen entstehen: In welcher Beziehung stehen die Gesellschaftsmitglieder zu den Klassen der Gesellschaft? Inwiefern verfolgen Gesellschaftsmitglieder der Klassen ihren individuellen Nutzen und warum ist das zugleich eine Schädigung der anderen Mitglieder der Gesellschaft? Woher kommt die Trennung der politischen Macht vom ökonomischen Leben? Warum garantiert der Staat die Anerkennung von Eigentum und Person? Wiederum bleibt die Marxistische Gruppe ihrem methodischen Prinzip treu, Begrifflichkeiten hinzusetzen, ohne sie entwickelt oder unmissverständlich charakterisiert zu haben. Die Agenten haben „gegensätzliche Sonderinteressen“, die Mitglieder der Gesellschaft verfolgen ihren „individuellen Nutzen“ und sollen andere dadurch schädigen. Was aber ist der individuelle Nutzen der ökonomischen Subjekte und wodurch unterscheidet sich dieser von den gegensätzlichen Sonderinteressen?

Die gehäuft auftretenden Fragestellungen ergeben sich aus ungeklärten Aussagen der Gruppe. Die Kontinuität in ihren Setzungen und Behauptungen hat zur Folge, dass die Bewertung ihrer Aussagen oftmals beliebig ist und nach dem jeweiligen Kenntnisstand des Lesers ausfallen kann. Die Behauptungen der Autoren entsprechen keiner wissenschaftlichen Argumentation, die Marxistische Gruppe fällt hinter ihre formulierten Ansprüche zurück.

Die Folgerung der Gruppe, dass die Gesellschaftsmitglieder auf eine Macht angewiesen sind, die losgelöst von der Ökonomie die Anerkennung von Eigentum und Person garantiert, ist anhand ihrer Aussagen nicht haltbar, weil nicht ausgewiesen wird, inwiefern der Nutzen des einen der Schaden des anderen ist. Mit der Behauptung „der Nutzen des einen impliziert den Schaden des anderen“ kann die Distributionskonkurrenz gemeint sein oder auch nicht. Die nicht weiter ausgeführte Aussage führt zu einer Beliebigkeit der Deutung. Die Notwendigkeit der Trennung von Staat und Gesellschaft wird von der Gruppe nicht expliziert, wiederum nur behauptet, denn die Verdoppelung der Individuen in Privatsubjekte und Staatsbürger ist nicht aus Hinweisen wie „Nutzen und Schaden“ ableitbar. Es fehlt der Nachweis, inwiefern die Mitglieder der verschiedenen Klassen in der Verfolgung ihrer besonderen Interessen – die sich aus den jeweiligen Spezifika der Revenuequelle erklären – nicht mehr das allgemeine Interesse verfolgen können und dieses sich in Form des Staates heraussetzt.

Im fünften Satz – „Ihren negativen Bezug aufeinander ergänzen sie um ihre gemeinsame Unterwerfung unter eine Gewalt, die ihre Sonderinteressen beschränkt.“ – wird das Ergebnis der Beziehungen der Gesellschaftsmitglieder, der jeweilige Nutzen und Schaden, als ein nega-

tiver Umgang der Individuen miteinander gekennzeichnet. Die vorhergehenden Aussagen lassen diesen Schluss nicht zu, da nicht geklärt ist, weshalb sich die Individuen überhaupt aufeinander beziehen. Ob damit die Notwendigkeit des Zusammenwirkens aller kapitalistischen Produktionselemente (Kapital, Boden, Arbeitskraft) gemeint ist oder ob sich ökonomische Akteure in der Konkurrenz gegenüberstehen, blieb unklar. Der „negative Bezug“ wurde nicht systematisch entwickelt, sonst wären Fragestellungen dieser Art nicht erforderlich. Bislang wurde behauptet, Mitglieder der Gesellschaft verfolgen „gegensätzliche Sonderinteressen“ aufgrund nicht näher definierter „Prinzipien ihres ökonomischen Handelns“. Weiterhin wurden „ökonomische Interessen“ der Subjekte festgemacht, die zu „ökonomischen Geschäften“ führen, so dass sowohl individuelle „Nutzen“ als auch „Schäden“ entstehen. Diese beispielhaft aufgeführten ungeklärten Begrifflichkeiten in der Ableitung führten zu zweifelhaften Schlüssen und zu nicht eindeutigen Bestimmungen in der Staatstheorie der Marxistischen Gruppe.

Der sechste Satz lautet: „N e b e n ihren ökonomischen Geschäften sind sie politische Bürger, sie wollen die staatliche Herrschaft, weil sie ihren Sonderinteressen nur nachgehen können, indem sie von ihnen auch abstrahieren“. Zum einen wurde der Begriff „politischer Bürger“ nicht definiert, vielmehr lediglich einem Zitat von Marx entlehnt. Zum anderen wurden die Kennzeichnungen „neben“ und „abstrahieren“ benannt. Die hiermit ausgedrückte Vermittlung zwischen dem Abstraktionsprozess der konkurrierenden Subjekte, ihr besonderes Interesse zu relativieren, um genau dieses Sonderinteresse in der Konkurrenz weiter verfolgen zu können, und der Folge aus dieser Abstraktion, die einen getrennten politischen Bereich neben dem ökonomischen hervorhebt, haben die Autoren nicht geleistet. Sie setzten die Verdoppelung der Gesellschaft in bürgerliche Gesellschaft und politischer Staat, ohne die Notwendigkeit der Trennung zu systematisieren. Einerseits stellte die Gruppe fest, dass es ein Fehler sei, bei der Ableitung des Staates die Bewegungsformen der Konkurrenz zu ignorieren, da aus diesen der Staat abzuleiten sei. Andererseits wurden in der Broschüre diese Bewegungsformen nicht zur Darstellung gebracht und der Staat somit aus ihnen nicht abgeleitet, sondern nur die Trennung von Gesellschaft und Staat behauptet.

In den Zusätzen zum ersten Paragraphen wurden die mehrfach aufgezeigten Fehler und Mängel der Autoren kontinuierlich reproduziert. „Verfolgung ihrer Interessen“, „Befriedigung eines Sonderinteresses“ oder „ökonomische Interessen“ sind beispielhafte Setzungen, durch die weder Unterschiede noch Gemeinsamkeiten erläutert wurden. Eine Ableitung der Interessen

erfolgte nicht und auch keine Erklärung der Handlungen der Individuen auf der Grundlage des Privateigentums.

5.4.5 Anfangsbestimmungen über den bürgerlichen Staat

Der in ihrer Staatstheorie im ersten Satz gesetzte Begriff des Staates als politische Gewalt wurde von den Autoren im letzten Satz des ersten Paragraphen modifiziert, in dem sie den Staat als „Verselbständigung des abstrakt freien Willens“ der Gesellschaftsmitglieder kennzeichneten. Die in Verbindung zum ersten Satz enthaltene Abstraktionsleistung der konkurrierenden Mitglieder der Gesellschaft, ihren ökonomisch orientierten Willen zu relativieren und damit zugleich zugunsten eines allgemein-politischen Willens von ihren ökonomischen Interessen partiell abzusehen, blieb unentwickelt.

Die im ersten Paragraphen gesetzte Bestimmung des bürgerlichen Staates ist insofern nicht eindeutig. Was ist die erste Bestimmung des Staates – soll der Staat die politische Gewalt der kapitalistischen Gesellschaft sein oder soll der Staat die Verselbständigung des abstrakt freien Willens der Gesellschaftsmitglieder sein? Oder gibt es eine Vermittlung zwischen beiden Momenten? Bei einer als allein gültig apostrophierten Staatsableitung wäre die Anfangsbestimmung des Staates ohne wenn und aber bestimmbar. Die Gruppe suggerierte mit einem „also“ im letzten Satz eine Schlussfolgerung, die nicht ausgewiesen ist. Der Begriff des Staates ist kein Resultat einer systematischen Darstellung des Überganges von der Sphäre der Ökonomie zur Sphäre der Politik, vielmehr handelt es sich wiederum um eine nicht ausgewiesene Bestimmung.

In dem an späterer Stelle dargestellten Paragraphen über das Allgemeinwohl erläuterten die Autoren einen Zusammenhang zwischen dem ökonomischen und dem politischen Bereich. Sie hielten fest, dass der Staat als politische Institution in der Ökonomie agiert, daher „fällt der Grund des bürgerlichen Staates – die freie Konkurrenz – unmittelbar zusammen mit seinem Zweck: er ist bewußter Agent des Inhalts der Konkurrenz, die bekanntlich nicht die Individuen, sondern das Kapital in Freiheit setzt“⁵²⁹. Diese Feststellung blieb wiederum unvermittelt stehen. Weder wurde erläutert, inwieweit die freie Konkurrenz den Grund für die Existenz des Staates darstellt, noch wurde näher erklärt, wodurch das Zusammenfallen von Grund und Zweck des Staates charakterisiert ist. Die Tatsache, dass

⁵²⁹ Marxistische Gruppe, Resultate, 1979a, S. 74, Hervorhebungen im Original.

Auseinandersetzungen der konkurrierenden Akteure stattfinden und der Zweck des Staates in der Erhaltung der Gesellschaft vermittels des Schutzes von Person und Eigentum besteht, hatte die Gruppe im vierten Paragraphen über das Recht dargelegt,⁵³⁰ hier jedoch nicht vermittelt.

Im Zusatz zum ersten Paragraphen zeigten die Autoren darüber hinaus, dass sie mit Begriffen operierten, die sie mit nicht ausgewiesenem Bezug auf Marx – „Zur Sache mit den vielen Einzelwesen, die einen Staatsvertrag eingehen, steht bei Marx alles Wichtige“⁵³¹ – ohne Vermittlungselemente einsetzten. Ihre Orientierung an Marxscher Theorie hinderte sie allerdings nicht daran, die Behauptung hervorzuheben: „Auch ohne Betrachtung der Ökonomie [...] steht fest, dass er [der Staat, W.M.] Klassenstaat ist: durch die gleiche Unterwerfung aller garantiert er den Fortbestand aller kleinen und großen Unterschiede“⁵³². Ohne Betrachtung der Ökonomie, somit auch ohne begriffliche Entwicklungen der Übergänge von Geld- und Warenbesitzern zu den Eigentümern von Kapital, Boden und Arbeitskraft, soll herauskommen, dass der Staat „Klassenstaat“ ist. Erklärt wurde der „Klassenstaat“ allerdings mit dem Hinweis auf kleine und große Unterschiede, deren Fortbestand der Staat garantierte. Wird die Aussage ihrem eigenen Gehalt nach gedeutet, kann nur herauskommen, dass der Staat den Fortbestand aller kleinen und großen Unterschiede garantiert und dass er somit „Unterschiedsstaat“ ist. Der von der Gruppe konstatierte Klassencharakter des bürgerlichen Staates wird von ihr äußerlich an den Staat herangetragen, statt Erklärungen finden sich wiederum nur Behauptungen in den Aussagen der Gruppe zum „Klassenstaat“.

Die Autoren wiesen in früher geführten Diskussionen darauf hin, dass es ein Fehler sei, bei der Ableitung des Staates gegenüber den Bewegungsformen der Konkurrenz ignorant zu sein.⁵³³ Nun aber praktizierte die Marxistische Gruppe diese Ignoranz in ihrer eigenen Ableitung des Staates. Die Herleitung des Staates als Klassenstaat ersetzte die Gruppe durch einen Doppelpunkt. Die Marxistische Gruppe verspricht dem Leser etwas, was sie nicht einlöst. Sie hat nicht nachgewiesen, dass es einen Klassenstaat gibt, sie hat nicht hergeleitet, was „Klassen“ sind, wie diese in der Konkurrenz agieren und spricht dennoch von verschiedenen Klassen. Das Vorhaben der Marxistischen Gruppe, den Klassencharakter des bürgerlichen Staates „ohne Betrachtung der Ökonomie“ nachzuweisen, enthüllt sich ihrer früheren Kritik nach „als Konfron-

⁵³⁰ Vgl. ebd., S. 24.

⁵³¹ Ebd., S. 12.

⁵³² Ebd., S. 9.

⁵³³ Vgl. Rote Zellen/AK München, Resultate, 1974, S. 127.

tation allgemeiner Kategorien der Politischen Ökonomie mit den Durchsetzungsformen an der Oberfläche“⁵³⁴. Die Kritik der Gruppe gegenüber anderen staats-theoretisch Arbeiten trifft insofern auf sie selbst zu, da sie es unterlassen hat, Oberflächenphänomene der bürgerlichen Gesellschaft zu entschlüsseln und als Erscheinungsformen kapitalistischer Entwicklungen auszuweisen.

Auch ein Sprung zum fünften Paragraphen – in den Ausführungen zum ideellen Gesamtkapitalisten heißt es: „Indem die Sicherung des Eigentums die seiner Unterschiede ist, was Sonderrechte erforderlich macht, erhält der Staat die *Klassengesellschaft*“⁵³⁵ – führt nicht zur Antwort, was Klassen sind. Die Marxistische Gruppe erfasst dort Funktionen, durch die der Staat die Klassengesellschaft erhält, der Begriff der Klasse und was eine Klassengesellschaft ausmacht, wurde nicht geklärt. Vielmehr stellte sich in ihren Aussagen unvermittelt ein nicht erläutertes „Verhältnis des Staates zur herrschenden Klasse“⁵³⁶ ein.

Der erste Paragraph der Staatsanalyse sollte nicht nur die erste Bestimmung des Staates erfassen, vielmehr auch als abstrakter Begriff die Ausführung konkreterer Formen in den folgenden Paragraphen ermöglichen, sodass auf beiden Theorieebenen der Grund und der Zweck des Staates erkennbar wird. Der erste Paragraph war nach Aussage der Autoren Ausgangspunkt und Grundlage aller weiteren Ausführungen der Staatstheorie, sie hoben hervor: „[Die] einzelnen Momente des erklärten Gegenstandes erscheinen als Grund füreinander, und jede Bestimmung des Staates nimmt die Stelle vor derjenigen anderen ein, welche sie *notwendig* macht“⁵³⁷. In der Staatstheorie der Gruppe zeigten sich demgegenüber fehler- oder mangelhafte Ausführungen im ersten Paragraphen, der mit seinen Begriffen Erklärungen aller weiteren Bestimmungen ermöglichen sollte. Die hier festgestellten Ungenauigkeiten oder nicht hinreichend entwickelten Begriffe wurden von den Autoren in den nachfolgenden Paragraphen fortgeführt, insofern erscheinen sie in den konkreteren Bestimmungen als transportierte Mängel vorheriger Ausführungen. Aus diesem Grund sehe ich von einer genaueren Auseinandersetzung mit den weiteren Paragraphen und deren Bezügen zu den ersten Bestimmungen des Staates ab, zumal eine ausführliche Behandlung der Folgeparagraphen den Rahmen dieses Kapitels übersteigt.

⁵³⁴ Ebd., S. 19 FN 4.

⁵³⁵ Marxistische Gruppe, Resultate, 1979a, S. 30, Hervorhebung im Original.

⁵³⁶ Ebd., S. 37.

⁵³⁷ Ebd., S. 6, Hervorhebung im Original.

5.5 Würdigung der Staatstheorie der Marxistischen Gruppe

In der Ableitung „Der bürgerliche Staat“ wurden nicht nur mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet, sondern die Verfasser der Staatstheorie stellten bei der Entfaltung der Theorie Behauptungen auf, die Erklärungen ersetzen. Bereits im ersten Paragraphen der Broschüre erweist sich das Postulat der Marxistischen Gruppe, die Analyse des bürgerlichen Staates voraussetzungslos lesen zu können, als Trugschluss, da die Autoren hier voraussetzungsvolle ökonomische Bestimmungen verwendeten, diese aber nicht erläuterten. Der für das Lesen der Broschüre gegebene Hinweis „Vorkenntnisse sind nicht erforderlich“⁵³⁸ ist insofern irreführend und trägt den Anspruch eines wohlwollenden Akzeptierens der von den Autoren vorgelegten Behauptungen in sich.

In der Broschüre wurden darüber hinaus Aussagen hingestellt, die nicht überprüfbar sind, weil sie einen leeren Verweis enthielten, wie der von den Verfassern vorgenommene Bezug auf Marx verdeutlicht, wenn es heißt: „Zur Sache mit den vielen Einzelwesen, die einen Staatsvertrag eingehen, steht bei Marx alles Wichtige“⁵³⁹. Hier wurde Marx als Autorität hochgehalten, seine staatstheoretischen Veröffentlichungen im Ganzen kritiklos akzeptiert und so ein Wechsel von sachlich argumentativer Erklärung zu einem nicht zu hinterfragenden Personenkult vorgenommen. Ähnliches ist in den Bemerkungen über methodische Verfahren zu finden. Dort hieß es: „Zum Verdacht idealistischer Konstruktion hat Marx das Nötige gesagt“⁵⁴⁰. Was aber ist denn „das Nötige“? Offenbar meinten die Autoren Marx' sehr knappe Aussagen im Nachwort zur zweiten Auflage des *Kapitals* über den Unterschied zwischen dem Darstellungs- und dem Forschungsprozess. Sie gingen jedoch nicht weiter darauf ein, welche Bestimmungen über das Ideelle und Materielle die „idealistische Konstruktion“ einschließt.⁵⁴¹ Weiterhin wurde Hegel als Kronzeuge für eine nicht ausgewiesene Herleitung herangezogen. Die Gruppe sprach von der „Deduktion des Werts bei Hegel“⁵⁴², die so hingeworfen keinen Erklärungswert besitzt, vielmehr ebenso einen inhaltsleeren Hinweis darstellt. Wie erklärt Hegel denn die Darstellung des Werts? Sind die Argumente schlüssig, seine Erklärungen nachvollziehbar und widerspruchsfrei?

⁵³⁸ Marxistische Studentenzeitung, Nr. 28/1979, S.2.

⁵³⁹ Marxistische Gruppe, Resultate, 1979a, S. 12.

⁵⁴⁰ Ebd., S. 6.

⁵⁴¹ Vgl. MEW 23, S. 25 – 28; vgl. MEW 13, S. 8f.

⁵⁴² Marxistische Gruppe, Resultate, 1979a, S. 31, „Hegel“ im Original in Großbuchstaben.

Grundsätzlich sind Angaben in einer wissenschaftlichen Abhandlung, die aufgrund fehlender Verweise nicht geprüft werden können, argumentativ wertlos. Die Rechtfertigung der Autoren der Staatstheorie hinsichtlich fehlender Anmerkungen zur Herkunft inhaltlicher Anknüpfungspunkte – „Das Ganze ohne Belege und Fußnoten, weil sie sonst auch nicht fertig und viel dicker geworden wäre, die Staatsableitung“⁵⁴³ – ist wenig hilfreich, jedenfalls wissenschaftlich nicht seriös. Ihre Erklärungen blieben darüber hinaus oft nebulös, wie das Beispiel über die nicht hinreichende Bedingung zum Begriff des Eigentums mittels „kleiner und großer“ Unterschiede verdeutlicht hat.

Die Verfasser der Schrift „Der bürgerliche Staat“ charakterisierten diese als *die* Staatsableitung und beanspruchten, eine systematisch entwickelte Erklärung dargelegt zu haben. Der von der Gruppe genannte grundlegende Begriff des Staates ist der abstrakt freie Wille und soll nicht auf einen anderen Begriff der politischen Sphäre zurückzuführen sein. Diese elementare Formbestimmung ist in der Tat grundlegend für den Bereich der Politik, muss jedoch aus den Formen der Konkurrenz hergeleitet werden, da die Ebene der Konkurrenz das verbindende Moment zwischen der Sphäre der Ökonomie und der Sphäre der Politik ausdrückt. Der abstrakt freie Wille resultiert aus den Konkurrenzhandlungen der Eigentümer an Kapital, Boden und Arbeitskraft und ist zugleich erste Bestimmung der politischen Sphäre. Die Ableitung der Marxistischen Gruppe setzte zwar mit dem Begriff des verselbständigten abstrakt freien Willens ein, aber eine systematische Herleitung der elementaren Bestimmung des Staates erfolgte nicht.

Auch wenn die Ableitung des abstrakt freien Willens aus den Konkurrenzhandlungen erst den Anfang einer Staatsableitung charakterisiert, kann dies kein Grund sein, den Übergang nicht systematisch zu entwickeln, um aufzuzeigen, an welchen Theorieelementen die Herleitung der politischen Sphäre anknüpft. Demgegenüber wurde die erst zu entwickelnde Notwendigkeit der Trennung von Staat und Gesellschaft als Resultat ohne weitere Vermittlungsschritte festgeschrieben.

In der Schrift vollzog die Gruppe keinen Übergang von den Bestimmungen der Konkurrenz zur ihr gegenüberstehenden allgemeinen Macht, insofern fand keine Ableitung der Notwendigkeit des Staates als selbständige Instanz neben und über der Gesellschaft aus den Handlungen der Konkurrenzsubjekte statt. Die Verdoppelung der Individuen der bürgerlichen Gesellschaft

⁵⁴³ Ebd., S. 63.

in Privat- und Staatsbürger beziehungsweise die Verdoppelung ihrer Interessen in besondere und allgemeine wurde von der Gruppe inhaltlich nicht eingelöst.

Die von der Organisation an anderen staats-theoretischen Ansätzen geäußerte Kritik gilt ebenso für die Gruppe, da sie keineswegs Bestimmungen des Staates durch begriffliche Übergänge aus der Ökonomie erschlossen hat. Die ehemals hervorgehobene Einsicht der Autoren, den Staat aus den Formen des ökonomischen Verkehrs der Individuen untereinander abzuleiten, wurde von der Marxistischen Gruppe nicht realisiert, Oberflächenbestimmungen wurden nicht entschlüsselt. Die Charakterisierung der politischen Sphäre als eine selbständige beinhaltet, dass die elementaren Bestimmungen des Staates trotz ihrer Abhängigkeit von der Ökonomie der politischen Sphäre zugehörig sein müssen, andernfalls wird die aus den Konkurrenzbestimmungen notwendig gewordene Trennung von Gesellschaft und Staat gedanklich zurückgenommen.

Aus den elementaren Bestimmungen des Staates müssen sich die weiteren konkreteren Bestimmungen im Bereich der Politik erschließen lassen und an ihnen der Zusammenhang des Staates mit seiner ökonomischen Grundlage aufgezeigt werden. Der abstrakt freie Wille ist nicht nur zu setzen, weil sich für die Kategorien der politischen Sphäre die entscheidende Modifikation im Verhältnis zur Sphäre der Ökonomie dadurch ergibt, daß die politische Entwicklung auf der ökonomischen beruht und eine Positionierung der Elementarform bereits sie einschließende Voraussetzungen beinhaltet. Die Gruppe substituierte die von ihr beanspruchte Ableitung durch eine „Doppelpunkt“-Methode und formulierte widersprüchliche Begriffe. Die Analyse der Marxistischen Gruppe beendet somit keineswegs die Debatte über Erklärungen zum bürgerlichen Staat.

6. Die Auflösung der Marxistischen Gruppe im Mai 1991 und die Gründung der Zeitschrift *Gegenstandpunkt* im März 1992

Einen letzten radikalen Schnitt vollzog die Marxistische Gruppe mit ihrer selbstbestimmt vorgenommenen Auflösung im Mai 1991. Alle bestehenden politisch-organisatorischen Zusammenhänge der Gruppe wurden in kürzester Zeit beendet. Mit der Abschaffung des organisatorischen Rahmens der Marxistischen Gruppe wurde zugleich der Anfang eines neuen Abschnitts politischer Arbeit eingeleitet. Grundlegende personelle Führungs-Konstellationen blieben weiterhin bestehen und auch das Festhalten an marxistischen Inhalten war erklärtes Ziel bei der Eröffnung eines politisch-journalistischen Neuanfangs. Dieser fand 1992 mit der Herausgabe der Zeitschrift *Gegenstandpunkt* statt, die bis heute vertrieben wird.

In diesem Kapitel werden Umstände und Anlässe behandelt, die zur Auflösung der Marxistischen Gruppe führten. Die Gruppe selbst hatte 1991 erklärt: „Wir lösen uns auf, weil uns der freiheitliche demokratische Rechtsstaat mit seinem Verfolgungswahn keine Wahl läßt“.⁵⁴⁴ Ein Jahr zuvor hatte das Bayerische Fernsehen unter Mitwirkung des Verfassungsschutzes einen Beitrag gesendet, der sich mit politischen Hintergründen von Mitgliedern der Marxistischen Gruppe auseinandersetzte, die in einer Bildungseinrichtung der Region angestellt waren.⁵⁴⁵ Als Folge dieses Fernsehbeitrags drohten Entlassungen von Mitarbeitern der Bildungsinstitution, da die Einrichtung keine marxistisch orientierten Lehrkräfte in ihren Reihen beschäftigen wollte. Darüber hinaus veröffentlichte das Bundesministerium des Innern im März 1991 eine Broschüre zum Thema der inneren Sicherheit, in der die Marxistische Gruppe hinsichtlich ihrer Ideologie, Ziele und Methoden bewertet wurde. Welche Rolle die intensivierten Aktivitäten des Verfassungsschutzes in Beziehung zur Auflösung der Gruppe gespielt haben, soll im Folgenden untersucht werden. Festzustellen war demgegenüber, dass bereits vor den Maßnahmen des Verfassungsschutzes, etwa seit Ende der 1980er Jahre, offenbar innerhalb der Marxistischen Gruppe über organisatorische Veränderungen debattiert wurde,⁵⁴⁶ jedoch ohne dass erkennbare gruppeninterne Umbildungen stattfanden. Einige Zeit später folgte dann „der abrupte Kollaps“⁵⁴⁷, die Auflösung der Organisation, die nach Angaben der Gruppe aufgrund staatlicher Überwachungsmaßnahmen und den weiteren Auswirkungen auf Gruppenmitglieder vollzogen

⁵⁴⁴ Marxistische Streit- und Zeitschrift Nr. 4/1991, Rückseite.

⁵⁴⁵ Die Sendung wurde im Bayerischen Fernsehen im Rahmen eines Magazins ausgestrahlt, das Umstände zu aktuellen Ereignissen in Bayern thematisierte.

⁵⁴⁶ Vgl. Fülberth, Georg: Ein Fall von Panik, in: Konkret, Nr. 7, 1991, Juli 1991, S. 24 – 25, hier S. 24.

⁵⁴⁷ Ebd.

wurde. Inwieweit die Handlungen des Verfassungsschutzes Anlass zur Auflösung der Gruppe waren, beziehungsweise inwieweit das Ende der Marxistischen Gruppe als Ausdruck eines Scheiterns politisch-praktischer Vorhaben der Organisation zu bewerten sind, versuche ich zu klären.

6.1 Beobachtungen und Bewertungen der Roten Zellen, der Arbeitskonferenz und der Marxistischen Gruppe durch den Verfassungsschutz

Dem Verfassungsschutz in Deutschland kommt bei einer Gefährdung rechtsstaatlicher Grundsätze, deren Bestimmungen in der geltenden Grundordnung gefasst sind, eine besondere Rolle zu. Es geht dem Verfassungsschutz darum, „Bedrohungen für den Kernbereich unseres Wertesystems zu identifizieren und zu bekämpfen“⁵⁴⁸. Die Behörden auf Bundes- und Landesebene beobachten die jeweilige aktuelle gesellschaftspolitische Situation, legen die geltenden Gesetze aus und damit zunächst auch fest, welche Auffassungen abweichend und nicht zu dulden sind, bis eine anderslautende höchstrichterliche Entscheidung vorliegt.⁵⁴⁹ Um die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund im Bereich des Verfassungsschutzes zu gewährleisten,⁵⁵⁰ wurde beispielsweise in Bayern das Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) errichtet, das dem Bayerischen Innenministerium nachgeordnet war und auch heute immer noch ist. In Bayern regelt das Bayerische Verfassungsschutzgesetz (BayVSG) die Aufgaben und Befugnisse des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz, die im Wesentlichen mit denen des Bundesamtes identisch sind.⁵⁵¹

Berichte des Verfassungsschutzes über Vorstellungen oder Aktionen politisch aktiver Organisationen sind einerseits behördliche Grundlage zur Beurteilung politischer Gruppierungen, die staatlicherseits nicht zu dulden gesamtliche Veränderungen anstreben und geben

⁵⁴⁸ Bundesamt für Verfassungsschutz Juni 2019, S. 6.

⁵⁴⁹ Der Artikel 21 Absatz 2 des Grundgesetzes hat heute die gleiche Gültigkeit wie vor 50 Jahren: „Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig“ (Art. 21 Abs. 2 GG; vgl. Bundesministerium des Innern 1969f, S. 64). Als verfassungswidrige Parteien wurden 1952 die Sozialistische Reichspartei und 1956 die Kommunistische Partei Deutschlands verboten (vgl. BVerfG, 23.10.1952, 1 BvB 1/51 und BVerfG, 17.08.1956, 1 BvB 2/51).

⁵⁵⁰ Die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund war eine Forderung nach § 2 des BVerfSchG vom September 1950.

⁵⁵¹ Rechtsgrundlagen für den bayerischen Verfassungsschutz sind das Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) und das Bayerische Verfassungsschutzgesetz (BayVSG) in den jeweils geltenden Fassungen. Aktuell gelten die Fassungen des BVerfSchG vom 20. Dezember 1990 (letzte Änderung vom 06. Mai 2024) und die des BayVSG vom 12. Juli 2016 (letzte Änderung vom 24. Juli 2023).

andererseits Auskunft über die amtliche Bandbreite des zeitgeistigen politischen Wohlwollens im Hinblick auf Veränderungen demokratischer Prozesse. Politische Organisationen in Deutschland, die sich das Ziel gesetzt haben, die bestehende Gesellschaftsordnung so zu verändern, dass die geltende Rechts- und Werteordnung betroffen ist, sind qua Gesetz Gegenstand und Objekt des Verfassungsschutzes.⁵⁵² Das gilt heute und galt ebenso in früheren Jahren. Die behördlichen Berichte sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene sind jedoch nicht unproblematisch, da der Verfassungsschutz keine neutrale Instanz darstellt und die Frage, was beispielsweise eine extreme politische Ansicht ausmacht, verschieden gedeutet werden kann. Es stellen sich immer wieder Probleme der Rechtmäßigkeit ein, die den Verfassungsschutz im Zusammenhang mit der Beobachtung von Personen und Organisationen betreffen.⁵⁵³

6.1.1 Verfassungsschutzberichte über die Roten Zellen

Mit Aufmerksamkeit beobachtete der Verfassungsschutz gegen Ende der 1960er Jahre Auflösungsprozesse des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, die unter anderem zur Bildung von Roten Zellen geführt hatten. Insofern gerieten neue politische Gruppierungen in den Fokus des Verfassungsschutzes, die als „linksradikale“ oder „linksextremistische“ Bewegungen in ihren Berichten geführt wurden. In den behördlichen Bewertungen wurden die Begriffe „Extremismus“ und „Radikalismus“ zunächst undifferenziert und oft synonym gebraucht, erst 1974 erfolgte eine Klärung dieser Begriffe.⁵⁵⁴

⁵⁵² Zu der bereits erwähnten, im BVerfSchG festgeschriebenen Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu sichern, kommen weitere mögliche Informationsverwertungen durch die Behörde hinzu, etwa hinsichtlich fremder geheimdienstlicher Tätigkeiten (vgl. BVerfSchG vom 20. Dezember 1990, § 3 Abs. 1).

⁵⁵³ Vgl. Filter, Johannes: Über was informiert der Verfassungsschutz? o.D., URL: <https://verfassungsschutzberichte.de>, letzter Zugriff 22.07.2023; vgl. Murswiek, Dietrich: Der Verfassungsschutzbericht – das scharfe Schwert der streitbaren Demokratie. Zur Problematik der Verdachtsberichterstattung, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 7, 2004, 25.07.2004, S. 769 – 778. In einer neueren Arbeit setzt sich Dietrich Murswiek beispielsweise mit der Frage auseinander, inwieweit Meinungen und Handlungen als Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen zu bewerten sind (vgl. Murswiek, Dietrich: Verfassungsschutz und Demokratie. Voraussetzungen und Grenzen für die Einwirkung der Verfassungsschutzbehörden auf die demokratische Willensbildung, Berlin 2020, S. 5, sowie S. 37 – 63).

⁵⁵⁴ Der Verfassungsschutz definierte Mitte der 1970er Jahre, was als „radikal“ und „extremistisch“ im Sinne der Behörde galt: „Der Begriff ‚extremistisch‘ trägt demgegenüber [zum Begriff ‚radikal‘, W.M.] der Tatsache Rechnung, daß politische Aktivitäten oder Organisationen nicht schon deshalb verfassungsfeindlich sind, weil sie eine bestimmte nach allgemeinem Sprachgebrauch ‚radikale‘, das heißt eine bis an die Wurzel einer Fragestellung gehende Zielsetzung haben. Sie sind ‚extremistisch‘ und damit verfassungsfeindlich im Rechtssinne nur dann, wenn sie sich gegen den oben umschriebenen Grundbestand unserer freiheitlich rechtsstaatlichen Verfassung richten“ (Verfassungsschutzbericht Bund 1974, S. 4). Das Bremer Landesamt für Verfassungsschutz präziserte den Begriff einer radikalen politischen Einstellung: „Nicht extremistisch dagegen sind radikale politische Auffassungen. Diese können zwar eine Kritik an der Struktur unserer Gesellschafts- und/oder Wirtschaftsordnung beinhalten, sind aber im Sinne unserer pluralistischen Gesellschaftsordnung legal, solange sie die Kernprinzipien

Im Jahr 1968 wurden in einem Bericht des Bundesministeriums des Innern (BMI) linksradikale Aktivitäten erstmals umfassend bewertet. Nach Aussagen der Behörde war, besonders in Westberlin, eine neue radikale linke Bewegung entstanden, die „die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland, die Verfassungs- und Staatsorgane, die Parteien sowie andere Träger der demokratischen Gesellschaft unmittelbarer und gewalttätiger angegriffen [hat] als andere radikale Kräfte je zuvor“⁵⁵⁵. Verschiedene Organisationen der Neuen Linken wurden in den darauffolgenden Jahren auf Bundesebene beobachtet und bewertet. Hervorgehoben wurde, dass die Bewegung der Neuen Linken aus sehr unterschiedlichen Gruppierungen bestand und nach dem Zerfall des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes eine uneinheitliche Organisationsstruktur aufwies. Die Gruppen, genannt wurden neben marxistisch-leninistisch orientierten Kräften auch Rote Zellen und Basisgruppen, würden oft unabhängig voneinander arbeiten und nur wenige Mitglieder zählen. Die Roten Zellen wurden zwar als eine Organisation aus dem Umfeld der Neuen Linken erwähnt, aber nicht weiter charakterisiert.⁵⁵⁶ Einige Jahre später änderte sich die Bewertung durch das BMI. Die Behörde kam zu dem Schluss, dass die Anzahl selbständiger Gruppen der Neuen Linken zurückgegangen sei: „An den Hochschulen haben sich die meisten ‚Roten Zellen‘, Basis-, Projektgruppen und Kollektive aufgelöst und sind in den größeren kommunistischen Studentenorganisationen aufgegangen“⁵⁵⁷.

Insgesamt gesehen fiel die Beurteilung der jeweiligen politischen Lage und die Einschätzung einer Gefährdung der Sicherheit der Bundesrepublik in den Verfassungsschutzberichten des Bundes sehr unterschiedlich aus. Einerseits hieß es, dass die öffentliche Ordnung erheblich gestört sei,⁵⁵⁸ andererseits stellten die Behörden fest, dass eine ernst zu nehmende Gefährdung der Sicherheit der Bundesrepublik durch linksradikale Kräfte nicht wahrnehmbar wäre. In ihrer politisch-inhaltlichen Bedeutung wiederholte sich diese abgeschwächte Beurteilung der Verfas-

der freiheitlichen Demokratie anerkennen und in deren Rahmen agieren. [...] Wird allerdings zur Zielerreichung die Beseitigung von Teilen der demokratischen Verfassung gefordert und somit die Schwelle zum Extremismus übertreten, dann werden wir als Verfassungsschutz aktiv“ (Landesamt für Verfassungsschutz (Freie Hansestadt Bremen) 1976).

⁵⁵⁵ Verfassungsschutzbericht Bund 1968, S. 105.

⁵⁵⁶ Vgl. Verfassungsschutzbericht Bund 1969/70, S. 29 – 32.

⁵⁵⁷ Verfassungsschutzbericht Bund 1973, S. 78; vgl. Verfassungsschutzbericht Bund 1971, S. 69.

⁵⁵⁸ Vgl. Verfassungsschutzbericht Bund 1968, S. 107.

sungsschutzbehörde in den Jahren von 1971 bis 1974 mit Formulierungen wie „nicht ernsthaft bedroht“ oder „keine gegenwärtige Gefahr“.⁵⁵⁹

In Bayern lagen Berichte des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz öffentlich zugänglich erst ab 1976 vor. Für die Zeit vor 1976 sind für die Öffentlichkeit bestimmte Berichte über den Verfassungsschutz nach Angaben des Landesamtes nicht verfügbar.⁵⁶⁰ Beim Bundesamt für Verfassungsschutz beantragte ich vor einigen Jahren die Nutzung von Akten über die Roten Zellen der Arbeitskonferenz und über die Marxistische Gruppe. Als Antwort erhielt ich nach längerer Zeit ein Konvolut über die Gruppierungen. Geliefert wurden diverse deklassifizierte Schreiben des BfV, des BayLfV und anderer Landesämter für Verfassungsschutz sowie Kopien von Flugblättern oder Zeitungsausschnitten oder ähnlichen Materialien.⁵⁶¹ Inhaltlich befassten sich die Akten mit Anfragen des BfV über Rote Zellen und andere politische Organisation der Jahre 1969 bis 1971 sowie Antworten des BayLfV. Besonders hervorzuheben sind folgende Berichte.

Eine Akte enthielt die Antwort des BayLfV auf eine Anfrage des BfV nach dem Auftreten von Roten Zellen in Bayern anhand verschiedener Kriterien. Das BfV forderte eine Aufstellung an, die den Ort und die Bezeichnung der Roten Zellen, deren Mitgliederzahl, den Zeitpunkt der Gründung oder des ersten Auftretens sowie den aktiven oder passiven Status der Roten Zellen enthalten sollte. Die Bayerische Behörde lieferte unter dem Titel „Rote Zellen“ Daten über Rote Zellen in München, Erlangen und Nürnberg mit einigen Anlagen, beispielsweise Kopien von Flugblättern und Gründungserklärungen,⁵⁶² die ich weiter oben untersucht habe. Ein weiterer Vorgang betraf einen vom BMI Bonn angeforderten Bericht mit dem Titel „Rote Zellen‘ an Hochschulen der BRD einschließlich Berlins“. Von einem Landesamt als Absender wurde eine Vorlage über Rote Zellen einschließlich Anlagen geliefert, mit Angaben über die Entwicklung, die Organisation und die verfassungsfeindlichen Ziele verschiedener Gruppierungen. Die Daten enthielten gruppenbezogene Angaben über Struktur (Entwicklung und Organisation), Zielsetzungen, Tätigkeiten und Entwicklungsaussichten der Organisationen. Darüber hinaus wurde

⁵⁵⁹ Vgl. Verfassungsschutzbericht Bund 1969/70, S. 24; vgl. Verfassungsschutzbericht Bund 1971, S. 48; Verfassungsschutzbericht Bund 1972, S. 3.

⁵⁶⁰ Vgl. Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz, München, Schreiben 04. Oktober 2021.

⁵⁶¹ Deklassifizierung bezeichnet die Aufhebung von in bestimmten Kategorien eingeordneten Informationen. Informationen, die eines besonderen Schutzes gegen Zugriff durch Unbefugte bedürfen, werden in sogenannten Klassifizierungsstufen eingeordnet, die abgestuft als „Streng geheim“, „Geheim“, „VS (Verschlussache)-Vertraulich“, „VS-Nur für den Dienstgebrauch“ in behördlichen Schreiben verwendet werden.

⁵⁶² Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz 05. Juni 2023, S. 4 – 42.

die Zweckmäßigkeit eines Verbots skizziert sowie Angaben über eine Vielzahl an Dokumentenkopien übermittelt.⁵⁶³ Weitere hervorzuhebende Dokumente sind Skizzen über Rote Zellen in München und Erlangen-Nürnberg einschließlich einer Analyse über politische Aktivitäten an der Universität München.⁵⁶⁴

Nach Auskunft des Bundesamtes für Verfassungsschutz existiert derzeit eine Lücke in der Bearbeitung der Akten über die Marxistische Gruppe und deren Vorläuferorganisationen. Das betrifft den Zeitraum der Jahre 1975 bis 1990, für den ich keine Informationen über die Roten Zellen der Arbeitskonferenz und die Marxistische Gruppe erhalten habe. Gründe seien die für die Aktenaufarbeitung fehlenden personellen Kräfte sowie eine Priorisierung auf Arbeiten über aktuelle Geschehnisse. Insofern sind für diesen Zeitraum keine anderen als die öffentlich verfügbaren Quellen zugänglich.

6.1.2 Verfassungsschutzberichte über die Arbeitskonferenz und die Marxistische Gruppe

Das Bundesministerium des Innern beobachtete über viele Jahre Aktivitäten der Neuen Linken und listete verschiedene Gruppierungen auf. Im Fokus standen der KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland), die KPD (Kommunistische Partei Deutschlands), die KPD/ML (Kommunistische Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten), der KABD (Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands), der AB (Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD), der KB (Kommunistische Bund) sowie trotzkistisch orientierte und sogenannte undogmatische Gruppen.⁵⁶⁵ Die Marxistische Gruppe wurde bundesweit erstmals im Jahr 1978 in den Verfassungsschutzberichten innerhalb des Spektrums der undogmatischen Neuen Linken erwähnt.⁵⁶⁶

Das Bayerische Landesamtes für Verfassungsschutz bewertete ab 1976 das Auftreten der Roten Zellen / AK und der damals noch vielerorts lokal bestehenden Marxistischen Gruppen in einem längeren Abschnitt über Extremismus im Hochschulbereich. In dem Bericht verdeutlichte das BayLfV seine Einschätzung über die Marxistischen Gruppen als revolutionäre, marxistisch-kommunistisch orientierte Organisationen. Die Behörde ging auf die Gründung und Spaltung der Roten Zellen in München ein, auf das Wirken der Roten Zellen / AK im AStA der

⁵⁶³ Vgl. ebd., S. 109 – 179.

⁵⁶⁴ Vgl. ebd., S. 206 – 228.

⁵⁶⁵ Vgl. Verfassungsschutzbericht Bund 1974, S. 11. Ab 1977 wurden KBW, KPD, KPD/ML und KB als „dogmatische“ Neue Linke eingestuft (vgl. Verfassungsschutzbericht Bund 1977, S. 11).

⁵⁶⁶ Vgl. Verfassungsschutzbericht Bund 1978, S. 107.

Universität München und auf die Zusammenarbeit der Marxistischen Gruppe in Erlangen-Nürnberg mit der Münchner Organisation.⁵⁶⁷ In den folgenden Jahren erfasste und ergänzte das BayLfV seine Angaben vor allem zu den Mitgliederzahlen der Marxistischen Gruppen in Bayern und hob hervor, dass die Münchner Gruppe nunmehr auch außerhalb Bayerns Einfluss an Hochschulen erlangte und ihre Ziele strikt durchsetzen würde.⁵⁶⁸ Die Gruppen „genießen aufgrund ihres vergleichbar hohen Niveaus in Argumentation und Stil bei den Studenten ein gewisses Ansehen. Das intellektuelle Niveau der MG-Verlautbarungen zieht gelegentlich sogar Mitglieder des universitären Lehrkörpers in die Veranstaltungen der Marxistischen Gruppen“⁵⁶⁹.

Auf Bundesebene charakterisierte das Bundesamt für Verfassungsschutz die Marxistische Gruppe ähnlich wie das bayerische Landesamt als eine „größere revolutionär-marxistische Vereinigung [...] an 39 Hochschulorten“⁵⁷⁰ mit einer relativ hohen Zahl an Mitgliedern sowie Sympathisanten und Kandidaten.⁵⁷¹ Das BMI konstatierte im Bereich der undogmatischen Neuen Linken einerseits eine gewisse Ermüdungserscheinung, stellte andererseits fest, dass die mittlerweile bundesweit agierende Marxistische Gruppe aufgrund ihrer stabilen Organisationsstruktur eine besondere Stellung in diesem Kreis einnahm. Die Gruppe zeigte nach Auffassung des Verfassungsschutzes eine kontinuierliche Zunahme ihrer Mitglieder, die sich vor allem aus Studenten und Akademiker zusammensetzten, sowie eine zunehmend dogmatisch ausgerichtete Ideologie.⁵⁷² 1980 betrug die Mitgliederzahl der Organisation etwa 500 Personen und 1988 waren es bereits etwa 3.000 Personen.⁵⁷³ Ein Jahr später zählte der Verfassungsschutz etwa 5.000 Mitglieder bei der Marxistischen Gruppe und im Jahr 1990 mehr als 10.000 Personen, die fest in der Organisation eingebunden waren.⁵⁷⁴

⁵⁶⁷ Vgl. Verfassungsschutzbericht Bayern 1976, S. 48f.

⁵⁶⁸ Vgl. Verfassungsschutzbericht Bayern 1977, S. 95.

⁵⁶⁹ Verfassungsschutzbericht Bayern 1978, S. 104.

⁵⁷⁰ Verfassungsschutzbericht Bund 1978, S. 107; vgl. Verfassungsschutzbericht Bund 1979, S. 97.

⁵⁷¹ Inwieweit die Präsenz der Organisation an 39 Hochschulorten eine entsprechende Aussagekraft hinsichtlich der politischen Aktivitäten lokaler Gruppierungen bezeichnet, habe ich weiter oben erörtert und festgestellt, dass beispielsweise der Verkauf von Schriften an Büchertischen nicht mit weitergehenden Agitationen an Hochschulen gleichgesetzt werden kann und sich insofern die hohe Zahl politisch aktiver lokaler Marxistischer Gruppen relativiert.

⁵⁷² Vgl. Verfassungsschutzbericht Bund 1980, S. 53, S. 100f; vgl. Verfassungsschutzbericht Bund 1983, S. 83.

⁵⁷³ Vgl. Verfassungsschutzbericht Bund: 1984, S. 95; 1985, S. 104; 1986, S. 109; 1987, S. 57 und 1988, S. 65.

⁵⁷⁴ Vgl. Verfassungsschutzbericht Bund 1989, S. 60 und Verfassungsschutzbericht Bund 1990, S. 38. Die hohe Zahl der in der Organisation eingegliederten Personen im Jahr 1990 habe ich bereits in der Einleitung problematisiert und bemerkt, dass diese Größenordnung aufgrund der gruppeninternen Auswahlmodalitäten nicht zu treffen kann.

Seit 1980 vermerkte des BMI einerseits eine Zunahme linksextremistischer Aktivitäten, andererseits ein Nachlassen der Gefährdungen. Veränderungen sowohl in der Organisationsstruktur der Neuen Linken als auch Ermüdungserscheinungen hätten zu verminderten Aktivitäten geführt, wobei der Verfassungsschutz zugleich vor allem bei undogmatischen Neuen Linken weiteres Potential vermutete.⁵⁷⁵ In den Jahren bis 1986 stellte die Behörde sowohl Tendenzen der Zersplitterung unter der Neuen Linken fest als auch eine Verlagerung der politischen Arbeit verschiedener Gruppen in örtliche Initiativen oder alternativen Wahlbewegungen. Allerdings hob das BMI auch hervor, dass eine Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung weiterhin von Linksextremisten angestrebt werde.⁵⁷⁶

Die Beobachtung und Bewertung der Marxistischen Gruppe wurde in den folgenden Jahren fortgesetzt, auch über den Zeitpunkt der Auflösung der Gruppe hinaus. Ende der 1980er Jahre bewertete der Verfassungsschutz die Marxistische Gruppe ausführlich. Die Behörde hielt fest, dass die Gruppe wie bisher in den meisten Bundesländern an Hochschulorten agiere und dass die interne Schulungsarbeit, die Durchführung von Sympathisantenplenen sowie die Verteilung von Agitationsmaterial die Arbeitsschwerpunkte der Organisation seien. Intellektuelle sollten in die Lage versetzt werden, der Arbeiterklasse ein revolutionäres Bewusstsein zu vermitteln. Sowohl die für diese Vermittlung notwendigen Agitationsschriften als auch alle anderen Publikationen der Gruppe würden in eigenen Druckereien gedruckt, die beispielsweise unter der Bezeichnung „Verein zur Förderung des studentischen Pressewesens“ firmierten. In eigenen zahlreichen Buchläden oder an Büchertischen in den Hochschulen verkaufe die Gruppe ihre Schriften.⁵⁷⁷ Der Verfassungsschutz vermerkte, dass sich die Gruppe der revolutionären politischen Arbeit verschrieb. Die Mitglieder der Marxistischen Gruppe leisteten finanzielle Unterstützung und verzichteten weitgehend auf Außenkontakte.⁵⁷⁸

Ergänzend zu den bisherigen Einschätzungen verglich der Verfassungsschutz die Marxistische Gruppe nunmehr mit einem Geheimbund und einer Sekte. Mitglieder der Organisation waren nach Erkenntnissen der Behörden in großen Industrieunternehmen, in Einrichtungen der Erwachsenenbildung oder im öffentlichen Dienst beschäftigt und bemühten sich, Genossen

⁵⁷⁵ Vgl. Verfassungsschutzbericht Bund 1980, S. 53.

⁵⁷⁶ Vgl. Verfassungsschutzbericht Bund: 1981, S. 6; 1982, S. 4; 1983, S. 17f; 1984, S. 3; 1985, S. 3f; 1986, S. 3.

⁵⁷⁷ Vgl. Verfassungsschutzbericht Bund 1988, S. 64 – 66; vgl. Verfassungsschutzbericht Bund 1989, S. 62; vgl. Verfassungsschutzbericht Bund 1990, S. 39f; vgl. Verfassungsschutzbericht Bayern 1981, S. 118.

⁵⁷⁸ Die Marxistische Gruppe finanzierte sich nach Aussagen der Behörde neben den Erlösen aus verkauften Publikationen vor allem durch Beiträge und Spenden (vgl. Verfassungsschutzbericht Bayern 1979, S. 98 und Verfassungsschutzbericht Bayern 1988, S. 66).

dorthin nachfolgen zu lassen. Öffentlich träte nur ein kleiner Kreis von Führungskadern auf. In den Berichten des Verfassungsschutzes wurde oftmals von einer strikten Abschirmung der Organisation nach außen gesprochen. Das bedeutete wiederum, dass aufgrund der Abgeschlossenheit der Marxistischen Gruppe Informationen über das Innere der Gruppe nur über Erkenntnisse des Verfassungsschutzes erlangt werden konnten, beispielsweise aufgrund von Aussagen verdeckt agierender Ermittler, die somit als anonyme Quellen fungierten.⁵⁷⁹

Nach Einschätzung des BayLfV waren die Gruppen der Neuen Linken Ende der 1980er Jahre „geprägt von mangelnden Aktivitäten, Mitgliederschwund, finanziellen Schwierigkeiten, Auflösungserscheinungen und Fusionsverhandlungen untereinander, um den drohenden Zerfall aufzuhalten. Die Ausnahme [...] bildete nach wie vor die Marxistische Gruppe (MG), die ihren an sich schon hohen Mitgliederstand weiter festigen konnte“⁵⁸⁰. Im Jahr 1987 griff das BayLfV darüber hinaus seine im Vorjahr erstmals geäußerte Einschätzung auf, die Marxistische Gruppe schliesse „revolutionäre Gewalt“ in ihren Aktivitäten ein. Das Bekenntnis der Gruppe zur sozialistischen Revolution schließe auch die Anwendung von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele ein. Um die Revolution im Sinne der Organisation zu lenken, sei es für die Marxistische Gruppe erforderlich, die Schaltstellen des Staates und des Kapitals mit „eigenen Leuten“ besetzt zu haben. Die Besetzung wichtiger Positionen in Staat und Wirtschaft war somit nach Aussagen der Behörden weiterhin erklärtes Ziel der Marxistischen Gruppe.⁵⁸¹

Diese Bewertung war ein Vorstoß, der etwas später zu einer erweiterten Auseinandersetzung der bayerischen Behörden mit der Organisation führte. Im Dezember 1989 wurde im Bayerischen Fernsehen ein Beitrag gezeigt, in dem von einer Infiltration einer Bildungsstätte in Regensburg durch Mitglieder der Marxistischen Gruppe die Rede war. Das Bayerische Landesamt berichtete über diese Aktion, die in Zusammenarbeit des Bayerischen Fernsehens mit dem Verfassungsschutz zustande kam. Ziel der Behörde war es, die Mitglieder der Marxistischen Gruppe öffentlich bekannt zu machen. Der Verfassungsschutzbericht vermeldete, dass es nach

⁵⁷⁹ Informationen verdeckter Ermittler finden sich in den mir vorliegenden nicht veröffentlichten Unterlagen des Verfassungsschutzes. In einigen Fällen handelte es sich um Informationen über Personen, mit Angaben über Geburtsdaten und Anschriften, die jedoch in der vorliegenden Arbeit nicht verwendet worden sind. Solche Aussagen lauteten beispielsweise: „In den Berichten der Quelle des Landesamtes für Verfassungsschutz [...] über den ‚Termin M‘ der Marxistischen Gruppe [...] ist mehrfach auch ein [(Name der Person)] genannt worden“ (Bundesamt für Verfassungsschutz 15. Dezember 2023, S. 430; der hier nicht aufgeführte Name ist lesbar). Etwas weiter heißt es: „Nach den Aussagen der Quelle ist er befreundet mit der MG-Angehörigen [...] geb. [...] 1962 in [...]“ (ebd., S. 430; hier sind die Daten geschwärzt).

⁵⁸⁰ Verfassungsschutzbericht Bayern 1989, S. 37.

⁵⁸¹ Vgl. Verfassungsschutzbericht Bayern 1987, S. 72.

der Ausstrahlung der Sendung beeinträchtigende Folgen für die Beteiligten der Gruppe gegeben habe: „Aus Furcht vor Nachteilen am Arbeitsplatz traten zahlreiche MG-Angehörige in Regensburg im Zusammenhang mit ihrer Organisation nicht mehr öffentlich in Erscheinung“⁵⁸². Offenbar zeigten die Aktivitäten des Verfassungsschutzes Wirkung. Die Gruppe selbst reagierte auf die Fernsehsendung in einem Artikel der MSZ, auf den ich noch eingehen werde. Schwerwiegender war für die Marxistische Gruppe allerdings die Veröffentlichung einer Broschüre des BMI zum Thema der inneren Sicherheit, die ich im folgenden Abschnitt genauer untersuche. Der Titel der Schrift lautete „Die ‚Marxistische Gruppe‘ (MG). Ideologie, Ziele und Arbeitsmethoden eines kommunistischen Geheimbundes“.⁵⁸³

6.2 „Die ‚Marxistische Gruppe‘ (MG). Ideologie, Ziele und Arbeitsmethoden eines kommunistischen Geheimbundes“ – eine Erklärung des Bundesministeriums des Innern im März 1991

Die Verfassungsschutzbehörden traten Ende der 1980er Jahre offensiver gegenüber der Marxistischen Gruppe auf, offenbar aufgrund des kontinuierlichen Anstiegs der Sympathisanten- und Mitgliederzahlen der Gruppe, wodurch sich für die Behörden eine potentielle Gefährdung durch die Organisation erhöhte. Bereits einige Jahre vorher legte das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz eine schwerwiegende Bewertung der Gruppe in ihren Berichten vor. Die Behörde schrieb, „[das] Bekenntnis der MG zur sozialistischen Revolution schließt auch die Anwendung von revolutionärer Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele ein“⁵⁸⁴. Ein Jahr später ergänzte das Landesamt erneut ihre Erkenntnisse über die Gruppe: „Um die Revolution im Sinne der MG zu lenken, sei es erforderlich, die Schaltstellen des Staates und des Kapitals (Industrie) mit ‚eigenen Leuten‘ besetzt zu haben“⁵⁸⁵.

In dem Verfassungsschutzbericht von 1989 vermerkte die Bayerische Behörde zunächst unter anderem, dass die Organisation die Demokratie bekämpfe und sich dafür aussprache, „den Staat auf dem Weg über die sozialistische Revolution abzuschaffen“⁵⁸⁶. Das waren zwar keine neuen Erkenntnisse für die Behörde, denn ähnliche Aussagen hatte sie schon in früheren Berichten hervorgehoben, allerdings verfestigte sich nunmehr ein der Marxistischen Gruppe zuge-

⁵⁸² Verfassungsschutzbericht Bayern 1990, S. 40.

⁵⁸³ Vgl. Bundesminister des Innern, März 1991.

⁵⁸⁴ Verfassungsschutzbericht Bayern 1985, S. 84.

⁵⁸⁵ Verfassungsschutzbericht Bayern 1987, S. 72.

⁵⁸⁶ Verfassungsschutzbericht Bayern 1989, S. 38.

sprochener Plan, ihre Mitglieder in Institutionen von Staat und Wirtschaft festzusetzen – das wollte der Verfassungsschutz unterbinden. Die Bundesbehörde beschritt in der folgenden Zeit den Weg, das verborgene Wirken der Organisation öffentlich zu machen und schrieb in ihrer Erklärung über die Gruppe:

In Bayern flog Ende 1989 ein MG-Netz auf, das sich ausgerechnet in den ‚Beruflichen Fortbildungszentren der bayerischen Arbeitgeberverbände‘ (bfz) eingenistet hatte. Zunächst unbemerkt hatte die Gruppe einzelne Mitarbeiter in die bfz einschleusen können. Diese hatten nach und nach immer mehr Genossen nachgezogen. In einzelnen bfz-Niederlassungen war das ‚normale‘ Personal bereits in die Minderheit geraten, als eine Sendung des bayerischen Fernsehens am 13. Dezember 1989 den Fall publik machte.⁵⁸⁷

Das BayLfV stellte in seinem Bericht über den Beitrag des Bayerischen Fernsehens eine Verunsicherung der Marxistischen Gruppe fest, die durch die Fernsehsendung ausgelöst worden war: „Nicht ohne negative Folgen für die MG blieb eine [...] Sendung, die über eine ‚MG-Unterwanderung‘ einer bayerischen Bildungseinrichtung in Regensburg berichtete“⁵⁸⁸.

Etwa ein Jahr nach der in Bayern verbreiteten Fernsehsendung veröffentlichte das Bundesministerium des Innern eine umfangreiche Broschüre mit dem Titel ‚Die ‚Marxistische Gruppe‘ (MG). Ideologie, Ziele und Arbeitsmethoden eines kommunistischen Geheimbundes‘. Im Zusammenhang mit dem bayerischen Fernsehbeitrag war die Publikation des BMI nunmehr offenbar der Anlass für die Marxistische Gruppe, ihre Organisation aufzulösen.

In der Schrift charakterisierte die Behörde die Gruppe durch organisatorische und inhaltliche Merkmale, die überwiegend in den Publikationen der Organisation zu finden waren. Die Politisierung der Marxistischen Gruppe bezeichneten die Verfasser als ein „originäres ‚Entmischungsprodukt‘ der Studentenrevolte von 1967/68“⁵⁸⁹ und skizzierten deren Entwicklung bis in die 1980er Jahre. Die Behörde kennzeichnete die Organisation als eine extremistische Gruppe, die seit mehr als zwanzig Jahren zahlenmäßig ständig gewachsen war und ungewöhnlich stabil sei. Die Gruppe wurde als kommunistische Geheimloge charakterisiert, die konspirativ agiere und eine „Unterwanderung der demokratischen Institutionen“⁵⁹⁰ verfolge, um die Demokratie revolutionär zu beseitigen. Dabei verfare sie ausgesprochen diffizil, denn die „MG

⁵⁸⁷ Bundesminister des Innern, März 1991, S. 68.

⁵⁸⁸ Verfassungsschutzbericht Bayern 1990, S. 40.

⁵⁸⁹ Bundesminister des Innern, März 1991, S. 13.

⁵⁹⁰ Ebd., S. 5.

will die Revolution, aber sie legt keine Brandsätze, wirft keine Steine auf Polizisten, besetzt keine Häuser. Ihre revolutionären Konzepte sind von anderer Art“⁵⁹¹.

Die Organisation verbreite eine kommunistische Ideologie, wobei die Schulungstätigkeiten der Gruppe als deren wirksamer Kern angesehen wurden. In den Schulungen würden feststehende Wahrheiten verkündet: „Die MG beansprucht für ideologische Fragen ein Erkenntnismonopol“⁵⁹², das sich in ihren zahlreichen Publikationen widerspiegele.⁵⁹³ Die Kommunikationsart der Gruppe wurde als ein „unverwechselbarer, von beißendem Zynismus und belehrender Überheblichkeit geprägter Stil“⁵⁹⁴ gekennzeichnet. Die Organisation propagiere als ihr Ziel die Abschaffung des bürgerlichen Staates und lehne eine gewaltsame Beseitigung demokratischer Institutionen nicht ab.⁵⁹⁵ Mit der Abschaffung des Staates einhergehend solle die Schaffung kapitalistischen Reichtums bekämpft werden, da dieser nur vermittels Armut anderer vonstatten gehe. So soll „die Besetzung gesellschaftlich bedeutender Posten [...] der MG Schlüsselpositionen eröffnen, aus denen im Revolutionsfall die Zersetzung des ‚bürgerlichen Staates‘ betrieben werden soll“⁵⁹⁶.

In den Berichten der Verfassungsschutzbehörden wurde die Marxistische Gruppe als links-extremistische Organisation eingestuft. Diese Klassifizierung ermöglichte sowohl eine offene als auch eine verdeckte Informationsbeschaffung durch staatliche Sicherheitsbehörden. Im Bundesverfassungsschutzgesetz heißt es dazu: „Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf Methoden, Gegenstände und Instrumente zur heimlichen Informationsbeschaffung, wie den Einsatz von Vertrauensleuten und Gewährspersonen, Observationen, Bild- und Tonaufzeichnungen, Tarnpapiere und Tarnkennzeichen anwenden“⁵⁹⁷. Das verdeckte Aufspüren von Informationen ist für den Verfassungsschutz exakter und verlässlicher, wie eine Landesbehörde offenlegte:

Extremisten lassen sich abseits ihrer öffentlichen Agitation und Propaganda nicht gerne in die Karten schauen. [...] Der Versuch, allein mit Mitteln der offenen

⁵⁹¹ Ebd., S. 10.

⁵⁹² Ebd., S. 18.

⁵⁹³ Vgl. ebd., S. 35 – 39.

⁵⁹⁴ Ebd., S. 42.

⁵⁹⁵ Vgl. ebd., S. 47f. Zur Frage, ob und falls Gewalt anzuwenden sei, hatte die Gruppe verschiedentlich Stellung bezogen. So stellte die Organisation heraus, „daß die Herrschaft von Privateigentum und Freiheit überall auf der Welt eine Gewaltangelegenheit *ist*, gegen die man sich nur mit Gewalt zur Wehr setzen kann. [...] Soll man denn deshalb, weil man mit den Vertretern von Kapital und Demokratie eine Auseinandersetzung zu bestehen hat, die Sache lieber gleich lassen?“ (Marxistische Zeitung Nr. 2/1985, S. 5, Hervorhebung im Original).

⁵⁹⁶ Bundesminister des Innern, März 1991, S. 65.

⁵⁹⁷ BVerfSchG, § 8 Abs. 2.

Informationsbeschaffung hinter die Kulissen zu schauen, würde scheitern. [...] Der Verfassungsschutz darf Informationen auch heimlich (verdeckt) durch den Einsatz sogenannter nachrichtendienstlicher Mittel beschaffen. [...] Zu diesen Mitteln zählen beispielsweise der Einsatz von Vertrauenspersonen, die Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs, die akustische Überwachung außerhalb von Wohnungen mit technischen Mitteln oder die Erhebung und Verarbeitung von Daten aus digitalen Medien.⁵⁹⁸

Durch die verdeckte Ermittlung gelangten die Verfassungsschutzbehörden zu weitreichenden Erkenntnissen, etwa dass einem Kandidaten der Marxistischen Gruppe beim „Aufstieg in die nächsthöhere Hierarchieebene [...] Einblick in eine ihm bis daher verborgene Organisationsebene“⁵⁹⁹ gewährt werde. Auch Informationen, die die Kommunikation der Mitglieder untereinander betrafen, ermittelte der Verfassungsschutz: „So sind ihre Mitglieder angewiesen, Fahrzeuge bei Zusammenkünften der Gruppe weitab vom Versammlungsort abzustellen [...]. Bei telefonischen Kontakten sollen MG-Angehörige Gespräche nur von Telefonzellen aus führen“⁶⁰⁰. Insofern erklärten die Verfasser des BMI das von den Behörden vorgenommene Aufbrechen der Abschottung der Organisation gegenüber Außenstehenden mit dem Versuch der Gruppe, sich vor Anfeindungen zu schützen, um ihr Ziel, die Bekämpfung der Werte der demokratischen Grundordnung, verfolgen zu können – dieses Bestreben sollte verhindert werden.⁶⁰¹

6.3 „Der Fall MG“ – eine Auseinandersetzung der Marxistischen Gruppe mit dem Verfassungsschutz und die Erklärung der Marxistischen Gruppe im Mai 1991 zur Auflösung ihrer Organisation

Bereits im Jahr 1984 setzte sich die Marxistische Gruppe in ihrer Zeitung mit dem Verfassungsschutz, dem militärischen Abschirmdienst und dem Bundesnachrichtendienst auseinander.⁶⁰² Deren Aufgaben bezeichnete die Gruppe als „Gesinnungsschnüffelei“⁶⁰³ und die Verfassungsschützer als „Saubermänner der Demokratie“⁶⁰⁴. Für die Gruppe war schlüssig, dass Erkenntnisse über staats- und verfassungsfeindlich agierende Personen oder Gruppierungen vom Verfassungsschutz zusammengetragen, ausgewertet und auf mögliche Konsequenzen hin unter-

⁵⁹⁸ Ministerium des Innern und für Sport (Rheinland-Pfalz) Dezember 2020, S. 22 und 26f.

⁵⁹⁹ Bundesminister des Innern, März 1991, S. 63.

⁶⁰⁰ Ebd., S. 64.

⁶⁰¹ Vgl. ebd., S. 61.

⁶⁰² Der Titel des MSZ-Artikels lautete „Die Geheimdienste Ihrer Majestät, der Demokratie“ (vgl. Marxistische Zeitung Nr. 3/1984, S. 12 – 16).

⁶⁰³ Marxistische Streit- und Zeitschrift Nr. 3/1984, S. 13.

⁶⁰⁴ Ebd., S. 14.

sucht und an entsprechende behördliche Stellen weitergeleitet wurden. Verfassungsschützer behandeln „eben jedermann [...] entsprechend den politischen Konjunkturen als *Gefahr für den Staat*“⁶⁰⁵.

Einige Jahre später – als Folge der 1989 durchgeführten Aktion des Bayerischen Fernsehens und des Verfassungsschutzes – befasste sich die Gruppe im April 1990 „in eigener Sache“ wiederum mit Tätigkeiten der Staatssicherheitsbehörden. Die Organisation erklärte:

Wir haben uns daran gewöhnt, Tag und Nacht observiert zu werden. Die Anwerbung von Spitzeln ist uns auch seit Jahren vertraut. Daß so etwas zur Demokratie gehört, haben wir immer gesagt [...] Zumal es der Demokratie zusteht, mit allen aufzuräumen, die ihre Geschäftsgrundlagen in Zweifel ziehen oder gar bestreiten.⁶⁰⁶

Grenzwertig war für die Gruppe offenbar eine solche „Normalität“ dann, wenn die Verfassungsschutzbehörden „uns als marxistischer Organisation ein ‚Überlebensproblem‘ aufmachen, indem sie den Mitgliedern den Lebensunterhalt streichen lassen“⁶⁰⁷. Eine Grenze war für die Gruppe offenbar aufgrund der Folgen des Fernsehberichts im Dezember 1989 erreicht, als Gruppenmitglieder aus ihren Arbeitsverhältnissen entlassen werden sollten.⁶⁰⁸ Die Organisation erwartete von ihren Mitgliedern grundsätzlich keinen inszenierten Zusammenstoß mit der Staatsgewalt, vielmehr ermöglichte sie ihren Anhängern durch die strikte Abgrenzung nach Außen eine „bürgerliche“ Existenz zu bewahren.⁶⁰⁹ Allerdings sollte der äußere Schein auch nicht aufgrund erweiterter Beobachtung und Bewertung durch den Verfassungsschutz derart durchbrochen werden, dass Mitgliedern eine existenzielle Gefährdung drohe. Insofern war die Abschottung offensichtlich eine Maßnahme der Organisation, die die Auswirkungen der Verfassungsschutzmaßnahmen in bestimmten Schranken halten sollten.⁶¹⁰ Stellvertretend für die Marxistische Gruppe stellten Theo Ebel, Herbert Fertl und Karl Held das Verhältnis zwischen der Organisation und dem Verfassungsschutz deutlich heraus:

Die MG macht kommunistische Politik; der Verfassungsschutz paßt darauf auf; die MG deckt nach Kräften ihre Leute; der Verfassungsschutz spioniert sie mit überlegenen Mitteln aus: So weit, so normal in unserer FDGO. [...] *Tatsächlich*

⁶⁰⁵ Ebd., S. 16, Hervorhebungen im Original.

⁶⁰⁶ Marxistische Streit- und Zeitschrift Nr. 2/1990, S. 3.

⁶⁰⁷ Ebd., S. 2 und S. 4.

⁶⁰⁸ Vgl. Marxistische Streit- und Zeitschrift Nr. 4/1991, S. 18f.

⁶⁰⁹ Vgl. Bundesminister des Innern, März 1991, S. 58f.

⁶¹⁰ In diesem Sinn äußerte sich Herbert Fertl in einem Interview, als er davon sprach, der Verfassungsschutz hätte Interesse an der Aufdeckung der personellen Struktur der Organisation, die Außenstehenden grundsätzlich nicht vermittelt werden würde (vgl. Schumann/Hooffacker, Interview 1981, S. 4).

„befassen“ sich die demokratischen Stasi-Behörden schon ein paar entscheidende Jähr-chen länger mit uns, als wir ihrem Wirken und vor allem dessen Wirkungen Rechnung zu tragen versuchen.⁶¹¹

Die Gruppe vermutete mit den offensiv ausgerichteten Aktionen des Verfassungsschutzes, dass dieser auf eine Auflösung der Gruppe abzielte. Insofern hob sie in einer Bewertung des 1989 gezeigten Fernsehberichts hervor: Die „Auflösung der MG [...], auf die der Angriff auf die berufliche Existenz zielt, soll auch noch als Akt der Freiheit erscheinen, den wir vollziehen. [...] Leckt uns am Arsch“⁶¹². Die Wiedergabe des Götz von Berlichingen-Zitats sollte vermutlich zeigen, dass der ausgeübte behördliche Druck die Organisation nicht interessiere.

Scheinbar unbeeinflusst vom Wirken der Verfassungsbehörden agierte die Gruppe im Verlauf des Jahres 1990 etwa durch die Fortsetzung der *Argument*-Reihe oder mit ihrer Veröffentlichung der Broschüre „Glaubenssätze und Methoden der nationalökonomischen Weltanschauung“ im Mai 1990. Anfang des Jahres 1991 gab es keine offensichtlichen Anzeichen vonseiten der Marxistischen Gruppe, dass die Tätigkeiten des Verfassungsschutzes die Gruppe zur Auflösung veranlassen würden. Auch die Fortführung der MSZ deutete auf eine Ignorierung der behördlichen Aktionen hin. In den Zeitungen der Gruppe wurden, wie bisher, allgemein-politische Themen behandelt, ohne in irgendeiner Form das Thema „Verfassungsschutz“ aufzugreifen. Die Ausgaben wurden im bekannten Rhythmus vertrieben und noch in der Anfang Mai 1991 erschienenen Ausgabe der MSZ wurde die nächste reguläre Nummer zum 13. Juni 1991 angekündigt.⁶¹³

Tatsächlich löste sich die Marxistische Gruppe ohne jeden Übergang Mitte Mai 1991 auf – erklärter Anlass war der behördlich ausgeübte Druck auf die Organisation. Insofern ist in Bezug auf das Ende der Organisation die Veröffentlichung des Bundesministeriums über die Marxistische Gruppe als kommunistischer Geheimbund als ein inhaltlicher Katalysator zu betrachten.

Die Organisation erklärte sich zur Auflösung, indem sie in ihrer letzten Zeitung ausschließlich Maßnahmen des Verfassungsschutzes darstellte und bewertete. Die MSZ war betitelt mit „Der Fall MG“ und in dem Magazin ging es durchweg um das Verhältnis deutscher Sicherheitsbehörden zur Organisation. Herausgeber dieser Nummer der *Marxistischen Streit- und*

⁶¹¹ Marxistische Streit- und Zeitschrift Nr. 4/1991, S. 15, Hervorhebung im Original.

⁶¹² Marxistische Streit- und Zeitschrift Nr. 2/1990, S. 4.

⁶¹³ Vgl. Marxistische Streit- und Zeitschrift Nr. 3/1991, S. 3.

Zeitschrift waren – im Unterschied zu allen vorherigen Ausgaben, die von einer namentlich nicht weiter ausgeführten Redaktionsgruppe publiziert wurden – mit ausdrücklich personeller Nennung die führenden Mitglieder der Organisation: Theo Ebel, Herbert Fertl und Karl Held. Die Autoren bezogen sich vor allem auf die im März 1991 erschienene Schrift des Bundesministeriums des Innern über die Marxistische Gruppe.⁶¹⁴ Diese letzte Ausgabe der *Marxistischen Streit- und Zeitschrift* vom 20. Mai 1991 schloss mit einer Auflösungserklärung der Marxistischen Gruppe auf der Rückseite des Blattes ab. Danach wurde das Erscheinen der Zeitschrift eingestellt.

Die Autoren befassten sich in mehreren Abschnitten mit den Ausführungen des Bundesministeriums des Innern. Die Tätigkeiten des BMI verglichen sie mit Methoden der Staatssicherheit der ehemaligen DDR, insbesondere mit denen des Geheimdienstes und der Geheimpolizei. Als „Der Fall MG“ bezeichneten sie die Handhabung ihrer Organisation durch die Behörde. Das BMI bezwecke mit der Veröffentlichung der Broschüre die Marxistische Gruppe als Feinde staatlicher Werte herauszustellen. Die Maßnahmen der Behörde, die Gruppe auszuschalten, solle gerechtfertigt werden.⁶¹⁵ Verschiedene gesellschaftliche Instanzen sollten „dazu aufgerufen werden, mit der ihnen kraft ihres Amtes verliehenen Macht an der Kommunistenverfolgung mitzuwirken“⁶¹⁶. Nach Angaben der Verfasser erschien das Feindbild der Organisation in der Broschüre als „das sorgsam zusammengetragene Elaborat von Vorwürfen gegenüber einer Gruppe, der die Verkehrsformen des bürgerlichen Oben und Unten zuwider sind“⁶¹⁷. Kritiker des bürgerlichen Staates verfolge der Verfassungsschutz bedingungslos, da dieser der freiheitlich demokratischen Grundordnung umfassend verpflichtet sei.⁶¹⁸

Die Behördenschrift beruhte nach Aussagen der Autoren nicht nur auf den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes über Namen der Mitglieder, sondern ebenso auf Angaben „über das Alter, das Geschlecht, [...] über die elternhäusliche Herkunft und über die Berufe der MG-Anhänger“⁶¹⁹. Diese Erkenntnisse waren offenbar durch verdeckte Ermittlungen entschlüsselt worden.⁶²⁰ Für die Marxistische Gruppe waren die Maßnahmen des Ministeriums, ähnlich wie

⁶¹⁴ Eine erweiterte Ausgabe der Broschüre, die sich mit der aufgelösten Organisation befasste, erschien im Januar 1995. Hierauf gehe ich im Kapitel über die Zeitschrift *Gegenstandspunkt* ein.

⁶¹⁵ Vgl. Marxistische Streit- und Zeitschrift Nr. 4/1991, S. 2.

⁶¹⁶ Ebd., S. 2.

⁶¹⁷ Ebd., S. 4.

⁶¹⁸ Vgl. ebd., S. 8.

⁶¹⁹ Ebd., S. 4.

⁶²⁰ Vgl. ebd., S. 16.

in früheren Jahren die Berufsverbote, der Anfang einer Beschneidung ihrer Existenzsicherung, da nach Behördenauffassung „die bürgerliche Existenz von MGLern eingerissen gehört, um ihren lebensunwerten Kommunismus zu treffen“⁶²¹. Das war nach Einschätzung der Autoren „der neue Typus von Kommunistenverfolgung“⁶²². Der Staat solle dafür, dass eine Beschäftigung von Mitgliedern der Marxistischen Gruppe geschäftsschädigend sei und liefere damit für jedes Gericht einen stabilen Entlassungsgrund gleich mit.⁶²³ Die Verfasser beendeten ihre Ausführungen mit der Feststellung, dass ein „liberaler Umgang mit solchen wie uns in einer Demokratie wie der unseren überhaupt nicht in Betracht [kommt]“⁶²⁴, da die Beseitigung der Marxistischen Gruppe das Ziel der Behörde sei. Einen „liberalen Umgang“ mit ihrer Organisation konnte die Gruppe allerdings auch zu keiner Zeit erwarten, denn die Marxistische Gruppe war vom Verfassungsschutz schon seit Jahren als „extremistisch“ eingestuft worden und die Gruppe hatte sich, wie sie selbst betonte, auf Bspitzelungen durch die Behörden eingestellt.⁶²⁵

Mitte der 1980er Jahre traf das Bundesverwaltungsgericht in einem Disziplinarverfahren eine Entscheidung gegen einen jahrzehntelang dienstleistenden Postbeamten, der Mitglied in der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) war. Der Beamte wurde wegen seiner Zugehörigkeit zur DKP aus dem Staatsdienst entlassen und büßte damit auf Lebenszeit aufgrund seiner politischen Überzeugung die ehemals zugesicherte Existenzgrundlage ein. Mit ironischem Ton schrieb die Marxistische Gruppe, mit Blick auf die beruflichen Nachteile und Gefährdungen der materiellen Existenz, die ihre Mitglieder Theo Ebel und Herbert Fertl Mitte der 1970er Jahre erfahren hatten: „Natürlich hat der demokratische Staat das Recht und die Pflicht, allen Kritikern, die sich hier störend bemerkbar machen, die Existenzgrundlage zu zerstören. [...] Berufsverbot für jeden, der praktisch stört“⁶²⁶. Offenbar war es der Gruppe klar, dass Behörden ungleiche Maßstäbe und kaum tolerante Verhaltensweisen bei der Beurteilung von Mitgliedern der Marxistischen Gruppe anwenden würden, wenn es etwa um Arbeitsplatzauseinandersetzungen wie die am Ende der 1980er Jahre ging. Im Gegenteil, die Gruppe musste davon ausgehen, dass in Fällen einer vermuteten Verfassungsfeindlichkeit der Verfassungsschutz oftmals weiter-

⁶²¹ Ebd., S. 13.

⁶²² Ebd., S. 5.

⁶²³ Vgl. ebd., S. 19.

⁶²⁴ Ebd.

⁶²⁵ Vgl. ebd., S. 10.

⁶²⁶ Marxistische Zeitung Nr. 11/1984, S. 8; vgl. Marxistische Streit- und Zeitschrift Nr. 4/1991, S. 16.

gehende praktisch-politische Kriterien anlegte, auch ohne eine detaillierte juristische Abklärung.⁶²⁷

Die Marxistische Gruppe schätzte die Maßnahmen des Verfassungsschutzes für ihre Mitglieder offenbar als schwerwiegend existenzbedrohend ein. Nach Aussage der bayerischen Verfassungsschutzbehörde reagierte die Gruppe auf die vom BMI verfasste Schrift sehr schnell, denn Mitte Mai 1991, einige Wochen nach dem Erscheinen der Behördenschrift, „teilte die MG-Führung auf kurzfristig einberufenen außerordentlichen Sympathisanten-, Kandidaten- und Mitgliederterminen in München, Nürnberg und Regensburg ihren Angehörigen die bundesweite Auflösung der Organisation mit“⁶²⁸.

Die Gruppe verfasste in ihrer letzten Ausgabe der MSZ, im Kontext der Auseinandersetzung mit den Sicherheitsbehörden, eine Erklärung zur Auflösung der Organisation und stellte zugleich ein Festhalten an ihrer politischen Überzeugung heraus:

Die Angriffe des demokratischen Staates und seiner Sicherheitsbehörden auf unsere Organisation und auf die berufliche Existenz der Befürworter unserer Sache nötigen uns dazu, die Marxistische Gruppe aufzulösen. Nein, wir nehmen nichts zurück von der kommunistischen Kritik, die wir verbreitet und immer vertreten haben.⁶²⁹

Sämtliche geplanten Veranstaltungen der Organisation wurden kurzfristig abgesagt, die Herausgabe von Publikationen eingestellt sowie alle Buchläden gekündigt und geschlossen. Einen Monat nach der verkündeten Auflösung startete die Vertriebsgesellschaft der Gruppe, die MHB Gesellschaft für Druck und Vertrieb wissenschaftlicher Literatur mbH, einen Räumungsverkauf aller Bücher, Zeitungen und Schriften.⁶³⁰ Mit der totalen Abwicklung aller praktisch-organisatorischen Zusammenhänge vollzog die Marxistische Gruppe ihre faktisch-materielle Auflösung. Ideell bestand die Gruppe fort, denn die Theoriearbeit der beendeten Organisation setzten ehemalige Gruppenmitglieder auf journalistischer Ebene mit der Gründung des politischen Magazins *Gegenstandspunkt* im März 1992 fort.

⁶²⁷ Zum Verhältnis der Maßnahmen des Verfassungsschutzes zu den rechtlichen Grundlagen vgl. Murswiek 2020, S. 23 – 25 und S. 78 – 80.

⁶²⁸ Verfassungsschutzbericht Bayern 1991, S. 30.

⁶²⁹ Marxistische Streit- und Zeitschrift Nr. 4/1991, Rückseite.

⁶³⁰ Vgl. Schreiben MHB 24.06.1991. Die MHB-Gesellschaft wurde im Juli 1994 aus dem Amtsregister gelöscht (vgl. Bayern Amtsgericht München HRB 54986, URL: https://www.handelsregister.de/rp_web/charge-info.do, letzter Zugriff 28.10.21).

Einerseits war der Anlass zur Auflösung der Marxistischen Gruppe erklärtermaßen die Forcierung der Maßnahmen des Verfassungsschutzes. Andererseits war die Ausrichtung der Organisation „auf den gesellschaftlichen Ort, die kapitalistische Produktion, von wo die revolutionäre Veränderung auszugehen hat“⁶³¹ fehlgeschlagen. Die Gruppe scheiterte mit ihrem jahrelang aufrechterhaltenen politisch-praktischen Vorhaben. In der Auseinandersetzung mit der Broschüre des BMI räumte die Gruppe ihre Misserfolge, ihre mangelhafte Agitation der Arbeiter und Arbeiterinnen ein.

Die Autoren der letzten MSZ stellten heraus, dass die Behörde die Marxistische Gruppe beseitigen wollte, „auch wenn das, was sie [die MG, W.M.] mit der Befürwortung des Kommunismus meint und will, in ihrer Erfolgsbilanz gar nicht auftaucht. Eine Arbeiterbewegung, der sich die MG dienstbar macht, ist nämlich hinten und vorne nicht zu sehen“⁶³². An anderer Stelle wurden die Autoren deutlicher. Sie charakterisierten die Gesellschaftskritik ihrer Organisation als Darstellung abweichender Meinungen, die so lange abweichend sind, bis sie Übereinstimmungen erfahren. Allerdings sei es eine „betrübliche Tatsache, daß der MG letzteres [mit ihrer Auffassung Interesse und Zustimmung finden, W.M.] bislang nicht gelungen ist“.⁶³³

Theo Ebel, Herbert Fertl und Karl Held resümierten alle politischen Anstrengungen der Marxistischen Gruppe:

Die gesamte Politik der MG hat in dem Versuch bestanden, auf die öffentliche Meinung der Nation und auf die Überzeugungen von Studenten und Arbeitnehmern einzuwirken mit ihren ‚unwertigen‘ Gedanken. Ihre Anstrengungen haben der Agitation vor Betrieben, Schultoren und in Universitäten gegolten. Und weil sie von der organisierten öffentlichen Meinung [...] stets souverän ignoriert worden ist, hat sie sich auch in dieser Sphäre mit der MSZ und Büchern und Flugblättern ihr Publikum gesucht. Mit mehr als solcher ‚Öffentlichkeitsarbeit‘ ist die MG überhaupt nie angetreten.⁶³⁴

Der nahezu einseitige Bezug auf eine besondere Theoriearbeit, verbunden mit dem Kommunikationsstil der Gruppe, bewirkte beim angesprochenen Publikum offenbar eine spürbare Interesselosigkeit – die immer wieder mit enormem materiellem Aufwand kontaktierten Adressaten wollten kaum etwas von der Marxistischen Gruppe wissen. Beispielsweise versuchte die Organisation etwa ab Ende der 1970er Jahre über die *Marxistische Arbeiterzeitung*, Arbeiter

⁶³¹ Rote Zellen/AK München, Resultate, 1974, S. 29.

⁶³² Marxistische Streit- und Zeitschrift Nr. 4/1991, S. 5.

⁶³³ Ebd., S. 12.

⁶³⁴ Ebd., S. 13f.

und Arbeiterinnen davon zu überzeugen, Artikel der Gruppe zu lesen. Die Akzeptanz dieses Versuchs blieb aus, wie die Gruppe feststellte, da die Zeitung wenig gelesen wurde.⁶³⁵

Letzten Endes brachten die politisch-praktischen Einsätze ein negatives Ergebnis für die Gruppe hervor, wie sie selbst einräumte. Die Politik der Organisation war mit den Worten von Theo Ebel, Herbert Fertl und Karl Held ein „*Scheitern* aller Bemühungen der MG, sich wenigstens als eine Stimme im vielgepriesenen Pluralismus des nationalen Geistes Gehör zu verschaffen“⁶³⁶.

Die Misserfolge der Gruppe zeichneten sich spätestens Ende der 1980er Jahre ab und führten zu internen Diskussionen, deren Ergebnisse nicht nach Außen gelangten. Offenbar ging es darum, inwieweit – zunächst ohne Beeinflussung durch mögliche Wirkungen des Verfassungsschutzes – organisatorische Konsequenzen aus der relativ deutlichen Nichtbeachtung in der Öffentlichkeit gezogen werden sollten. Sichtbar war eine Schwerpunktverlagerung der Theoriearbeit der Marxistischen Gruppe, die sich beispielsweise durch die Zunahme von MSZ-Artikeln in der Rubrik „Gegenstandspunkt“ ausdrückte. Ihre Auffassung, einen gegenläufigen Standpunkt im Vergleich zur vorherrschenden Betrachtungsweise einzunehmen, hatte die Organisation Anfang der 1980er Jahre mit ihrer Vereinheitlichung zur Marxistischen Gruppe und der Benennung ihres politischen Magazins als „Streit- und Zeitschrift“ noch einmal bekräftigt.⁶³⁷ Auffällig war weiterhin die im Laufe der Jahre feststellbare Abweichung von der Verantwortlichkeit eines Redaktionskollektivs hin zu namentlich genannten Autoren bei verschiedenen Veröffentlichungen sowie eine zunehmende Durchführung von Vorträgen.⁶³⁸

Die Auflösung der Organisation war – unter Berücksichtigung des umfangreichen Rahmens der politisch aktiven Marxistischen Gruppe – keine kollektiv getroffene Maßnahme aller Sympathisanten, Kandidaten und Mitglieder, vielmehr die Entscheidung eines Führungsgremiums der Organisation. Unter Einbeziehung aller Sympathisanten, Kandidaten und Mitgliedern

⁶³⁵ Vgl. Marxistische Gruppe München, *Zeitungslose Zeit*, 1978, S. 1; vgl. Fülberth 1991, S. 25.

⁶³⁶ Marxistische Streit- und Zeitschrift Nr. 4/1991, S. 14, Hervorhebung im Original.

⁶³⁷ Vgl. Resultate GmbH 1982, S. 17. Den „Gegenstandspunkt“ als Benennung einer Rubrik nahm die Organisation, wie erwähnt, 1983 erstmals in der MSZ auf (vgl. Marxistische Zeitung Nr. 12/1983, S. 22).

⁶³⁸ Zu den Vorträgen in der Zeit von 1980 bis 1990 vgl. die Auflistung von Audiodokumenten auf der Webseite „ArguDiss“ (Argument und Diskussion). Themen der Vorträge waren: „Kritik der Psycho-analyse“; „Der bürgerliche Staat“; „Vom christlichen Glauben“; „Die Psychologie des bürgerlichen Individuums“; „Kritik der bürgerlichen Wissenschaft: Hegel“; „Dummheit - Vom berechnenden Gebrauch der Intelligenz“; „Kritik der bürgerlichen Wissenschaft: Was ist Dialektik?“; „Der Lehrer und seine Berufsmoral“; „Die Kritik der Toleranz“; „Kritik des Humanismus“; „Wer verdient warum wie viel?“; „Beruf: Elite“; „Kritik - wie geht das?“; „Was ist und wie geht Rassismus?“.

waren Anfang der 1990er Jahre mehrere tausend Personen in der Marxistischen Gruppe aktiv.⁶³⁹ Die 1991 vollzogene freiwillige Organisationsauflösung war vor dem Hintergrund dieser Zahlen nicht nur der Versuch, Mitglieder vor einem erweitertem Zugriff durch Sicherheitsbehörden zu schützen, sondern ebenso Ausdruck einer Gleichgültigkeit gegenüber andersdenkenden Gruppenzugehörigen zur Frage des Zerfallens oder der Aufrechterhaltung der Organisation. Anhänger der Gruppe, die sich ihr ursprünglich zugewendet hatten, um beispielsweise adäquate Theoriearbeit zu leisten, wurden nunmehr mit der Auflösung der Marxistischen Gruppe vor vollendete Tatsachen gestellt. Da – bei der hohen Zahl von Gruppenangehörigen – mutmaßlich nicht alle zur Organisation gehörenden Personen mit einer Auflösung übereinstimmten, war entsprechend des Anspruchs der Gruppe eine Erörterung über das Ende der Organisation eine notwendige Folge. Insofern drückten die im Mai 1991 kurzfristig organisierten Diskussionsprozesse einerseits das Vorhandensein unterschiedlicher Vorstellungen aus, die andererseits innerhalb eines derart eng gefassten Zeitraumes weder vereinheitlicht werden konnten, noch in der Lage waren zu überdecken, dass ein Kaderkreis die Entscheidung zur Auflösung der Marxistischen Gruppe vollzogen hatte.⁶⁴⁰ Das von Herbert Fertl formulierte Prinzip – „Es wird diskutiert, bis man sich einigt, ...“ – war in dieser Hinsicht obsolet geworden, die Konsequenz traf zu – „... dann trennt man sich“ – und löst schlussendlich die Organisation auf.

Nach der Auflösung definierten sich Mitglieder der ehemaligen Marxistischen Gruppe mit der Herausgabe der Zeitschrift *Gegenstandspunkt* neu. Dieser Wechsel von einer politischen Organisation zur Redaktion einer Zeitschrift ist Thema im nächsten Abschnitt.

6.4 Der Übergang der Marxistischen Gruppe zur Zeitschrift *Gegenstandspunkt* im Jahr 1992 – ein Rückzug und ein Neuanfang

In der Erklärung zur Auflösung der Marxistischen Gruppe hatten Theo Ebel, Herbert Fertl und Karl Held im Namen der Gruppe betont: „Nein, wir nehmen nichts zurück von der kommunistischen Kritik, die wir verbreitet und immer vertreten haben“⁶⁴¹. Diese Ankündigung wurde ein Jahr nach der Auflösung der Marxistischen Gruppe umgesetzt. Mit dem Ende der Organisation verschwand zwar der gesamte politisch-praktische Rahmen der Gruppe, die inhaltliche Ausrichtung der ehemaligen Marxistischen Gruppe blieb allerdings nicht nur bestehen, sondern

⁶³⁹ Vgl. Verfassungsschutz Bund 1992, S. 57.

⁶⁴⁰ Vgl. Verfassungsschutz Bayern 1991, S. 30.

⁶⁴¹ Marxistische Streit- und Zeitschrift Nr. 4/1991, Rückseite.

fand mit der Gründung der Zeitschrift *Gegenstandpunkt* auch einen personellen Übergang, wie Karl Held in einem Interview festhielt: „Die MG ist zu. Es gibt keine Organisation mehr. ‚Gegenstandpunkt‘ ist eine Neugründung. Das Einzige, was an Kontinuität existiert, sind die Gedanken derer, die die Zeitschrift machen. [...] Die personelle Identität und die Identität der theoretischen Auffassungen. Sonst nichts“⁶⁴².

Die Namensgebung der Zeitschrift als „Gegenstandpunkt“ geht offensichtlich zurück auf die bereits in der *Marxistischen Streit- und Zeitschrift* erstmals aufgenommene Rubrik mit demselben Titel. In dieser unregelmäßig erschienenen Kolumne veröffentlichte das MSZ-Kollektiv bis Ende 1990 unabhängig vom aktuellen Zeitgeschehen allgemein-politische Themen wie „Meinungsfreiheit“ oder Serien über „Schulden“.⁶⁴³

Gegründet wurde die Zeitschrift *Gegenstandpunkt* im März des Jahres 1992. Finanziert wird sie seitdem von einer Verlagsgesellschaft, der Gegenstandpunkt Verlags Gesellschaft mbH mit Sitz in München, die ebenso alle mit der Zeitschrift verbundenen Tätigkeiten und Geschäftsabläufe organisiert. Zweck der Gesellschaft ist der Vertrieb wissenschaftlicher Werke und politischer Literatur.⁶⁴⁴ Der Verlag kündigte die erste Ausgabe der Zeitschrift in einem Schreiben an, in dem es hieß, die Vierteljahresschrift *Gegenstandpunkt* sei ein politisches Magazin wie jedes andere, „nur anders. [...] Die Zeitschrift bietet stattdessen Klarstellungen, wie die Welt des Herrschens und Geldmachens aussieht, wenn man sie sich nicht – nur weil man davon abhängig ist – gleich als ‚unser aller‘ Angelegenheit ans Herz legen läßt“⁶⁴⁵. In dem Magazin sollte nach Aussagen des Verlages objektiv berichtet und „mehr Wissen als Standpunkt“⁶⁴⁶ geboten werden. Der Zweck der Zeitschrift soll die „Erklärung des real existierenden

⁶⁴² Interview, Karl Held 1991, URL: <https://www.contradictio.de/blog/archives/7844>, 06.07.2023.

⁶⁴³ Vgl. exemplarisch weitere Themen: MSZ Nr. 12/1983, S. 22: „Deutsche Demokratie 1983“; MSZ Nr. 7_8/1984, S. 33 – 46: „Vom christlichen Glauben“; MSZ Nr. 7_8/1985, S. 39 – 43: „Die Welt der Diplomatie“; MSZ Nr. 7_8/1986, S. 27 – 29: „Die Klassen“; MSZ Nr. 11/1986, S. 36 – 38: „Die Klassen (II)“; MSZ Nr. 12/1986: „Der Wähler“, S. 17 – 20; MSZ Nr. 6/1990, S. 26 – 36: „Die Klassen (III)“.

⁶⁴⁴ In einer Firmenauskunft wird die Gesellschaft folgendermaßen skizziert: „[Die] Gegenstandpunkt Verlags Gesellschaft mbH mit Sitz in München ist im Handelsregister mit der Rechtsform Gesellschaft mit beschränkter Haftung eingetragen. Das Unternehmen wird beim Amtsgericht 80333 München unter der Handelsregister-Nummer HRB 97949 geführt. Das Unternehmen ist wirtschaftsaktiv. Die letzte Änderung im Handelsregister wurde am 05.12.2022 vorgenommen. Das Unternehmen wird derzeit von 2 Managern (2 x Geschäftsführer) geführt. Es sind 3 Gesellschafter an der Unternehmung beteiligt“ (URL: https://firmeneintrag.creditreform.de/81675/8170294372/GEGENSTANDPUNKT_VERLAGS_GESELLSCHAFT_MBH, letzter Zugriff 19.04.23). Vermerke in der Handelsregisterbekanntmachung vom 02. April 1992 zeigten Karl Held und Bruno Schumacher als Geschäftsführer sowie Christian Knödler als Prokuristen an. Die Geschäftsführer wechselten im Laufe der Zeit, gegenwärtig sind es Werner Schweikert und Christiane Pflüger (vgl. URL: <https://www.northdata.de/Gegenstandpunkt+Verlags+GmbH,+M%C3%BCnchen/HRB+97949>, letzter Zugriff 19.04.23).

⁶⁴⁵ Gegenstandpunkt Verlags GmbH 1992.

⁶⁴⁶ Ebd.

Kapitalismus“⁶⁴⁷ sein und die in dem Magazin vertretene politische Position hebe sich von anderen ab, „weil die Weltwirtschaft ebenso wie die deutsche nicht einmal in unserer Einbildung die unsere ist“⁶⁴⁸.

In der Zeitschrift soll ausdrücklich marxistisch argumentiert werden. Die Autoren waren sich offenbar darüber im Klaren, dass sie mit ihrer Kritik an Staat und Marktwirtschaft eine Auseinandersetzung mit staatlichen Behörden herausfordern würden. Mit dem Blick auf die im Vorjahr aufgelöste Organisation bezogen sie sich auf das Wirken des Staates gegenüber Mitgliedern der ehemaligen Marxistischen Gruppe: „Sein Argument gegen Kritik ist der Verfassungsschutz, der stets von neuem festlegt, ab wann die Verbreitung abweichender Meinungen zu weit geht. Dann geht er gegen diejenigen, die so etwas vertreten, vor; mit Berufsverboten z.B., offiziellen und solchen, die bei [...] der Stasi ‚Zersetzungskampagne‘ geheißen hätten“⁶⁴⁹.

Der Verfassungsschutz, der die Marxistische Gruppe über Jahrzehnte hinweg beobachtete, setzte auch nach der Auflösung der Organisation die Beobachtung von Personen fort, die der Gruppe bis 1991 angehört hatten. Darüber hinaus veröffentlichte das Bundesamt für Verfassungsschutz eine Neuauflage der früheren Broschüre über die Marxistische Gruppe. Die Publikation enthielt neben einem Zusatz zur Entwicklung der Organisation seit ihrer Auflösung – das waren Auszüge aus Verfassungsschutzberichten der Jahre 1991 bis 1993 – lediglich den Nachdruck der im Jahr 1991 veröffentlichten Broschüre.⁶⁵⁰ Die Behörden stellten insgesamt fest, dass die Marxistische Gruppe ihre Auflösung nur vorgetäuscht habe, um weitere Beobachtungen zu verhindern.⁶⁵¹

Die faktisch aufgelöste Marxistische Gruppe wurde vom bayerischen Verfassungsschutz nach ihrer Auflösung weiterhin unter ihrem ursprünglichen Namen geführt und ihre Anhängerschaft wurde 1992 in Bayern auf etwa 4.200 Personen geschätzt, von denen ungefähr 700 Personen zum engeren Kreis der Gruppe gehören sollten.⁶⁵² Die Behörden stellten einen Zusammenhang zur Zeitschrift *Gegenstandpunkt* her und bewerteten die Auflösung der Marxistischen Gruppe als ein taktisches Vorgehen, das lediglich der Einstellung ihrer bisherigen Öffentlichkeitsarbeit diene. Mit der Aufnahme einer neuartigen journalistischen Tätigkeit führender

⁶⁴⁷ Gegenstandpunkt Nr. 1/1992, S. 176, Hervorhebung im Original.

⁶⁴⁸ Ebd., S. 176.

⁶⁴⁹ Ebd., vorderer Klappentext.

⁶⁵⁰ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz 1995.

⁶⁵¹ Vgl. Verfassungsschutzbericht Bund 1991, S. 62f.

⁶⁵² Vgl. Verfassungsschutzbericht Bayern 1992, S. 81.

ehemaliger Kadermitglieder hätten diese ihre bisherige inhaltliche Arbeit im Rahmen eines neu-gegründeten Verlags fortgeführt.⁶⁵³

In den Jahren nach der Auflösung der Marxistische Gruppe wurden sowohl in den Berichten des bayerischen Verfassungsschutzes als auch in den Berichten der Bundesbehörden, im Vergleich zu den Bewertungen der Organisation in den vorangegangenen Jahren, keine neuen Erkenntnisse über die Zeitschrift *Gegenstandpunkt* veröffentlicht. Festgehalten wurde immer wieder, dass die Auflösung der Gruppe eine Täuschung gewesen sei und dass die im Kreis der Zeitschrift tätigen Personen mit denen der früheren Gruppenkader nahezu identisch seien.⁶⁵⁴ Der Verfassungsschutz beurteilte noch 1995 die seit vier Jahren aufgelöste Marxistische Gruppe als „eine der größten linksextremistischen Organisationen in Deutschland. [...] Die ‚Politische Vierteljahreszeitschrift *Gegenstandpunkt*‘ mit einer Auflage von ca. 7.000 Exemplaren blieb das wichtigste Medium für die ideologisch politische Ausrichtung der Anhänger“⁶⁵⁵. Die bayerische Behörde erwähnte die Zeitschrift *Gegenstandpunkt* im Zusammenhang mit der ehemaligen Marxistischen Gruppe letztmalig in ihrem Bericht des Jahres 2015.⁶⁵⁶ Bundesweit wurde die Zeitschrift bis 2018 vom Verfassungsschutz beobachtet, wobei deren Anhänger zu der Zeit mit etwa 3.000 Personen beziffert wurden.⁶⁵⁷

Zurückkommend auf die Zeitschrift *Gegenstandpunkt* war festzustellen, dass Karl Held, Peter Decker, Theo Ebel, Herbert Fertl, Harald Kuhn, Wolfgang Möhl und Herbert Scholler, alle Mitglieder der ehemaligen Marxistischen Gruppe, die Redaktionsmitglieder des ersten *Gegenstandpunkt*-Magazins ausmachten.⁶⁵⁸ Insofern kann nicht nur von einer personellen Kontinuität von den Roten Zellen der Arbeitskonferenz zur Marxistischen Gruppe in den 1980er Jahren, sondern auch von einem personellen Übergang zur Zeitschrift *Gegenstandpunkt* gesprochen werden. Die Hinweise der Autoren hinsichtlich einer möglichen Überprüfung durch den Verfassungsschutz waren in Anbetracht der offenkundigen personellen Übereinstimmung einerseits zutreffend, da eine Beobachtung durch die Behörden nicht nur wahrscheinlich war, sondern auch stattgefunden hat.

⁶⁵³ Vgl. ebd., S. 81.

⁶⁵⁴ Vgl. Verfassungsschutzbericht Bund 1995, S. 69 – 71.

⁶⁵⁵ Ebd., S. 70f, Hervorhebung im Original in Großbuchstaben.

⁶⁵⁶ Vgl. Verfassungsschutzbericht Bayern 2015, S. 170.

⁶⁵⁷ Vgl. Verfassungsschutzbericht Bund 2018, S. 154.

⁶⁵⁸ Vgl. *Gegenstandpunkt* Nr. 1/1992, S. 2. Für die gegenwärtigen Ausgaben trägt Peter Decker die redaktionelle Verantwortung.

Andererseits markierte die Neugründung einer „bloß“ politischen Zeitschrift eine Distanzierung der Autoren von politisch-programmatisch konstituierten Zusammenschlüssen, eine Abkehr von Zielen und Aufgaben einer politischen Organisation hin zur Mitarbeit in einer Redaktion und erzeugte dadurch möglicherweise eine geringere Aufmerksamkeit seitens der Behörden. Hatten sich die Arbeitskonferenz und die Marxistische Gruppe noch als eine politische Organisation mit explizit politischem Veränderungswillen verfasst, beispielsweise ausgedrückt in der Programmatische Erklärung von 1974, so wollten die *Gegenstandpunkt*-Redakteure nach eigenem Bekunden mit den Inhalten der Zeitschrift über die Verhältnisse in Wirtschaft, Politik und anderen Bereichen ausschließlich aufklären. Von politisch weitergehenden Kampfansagen, etwa einer revolutionären Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft, war keine Rede.⁶⁵⁹ Ein politischer Journalismus sollte ohne den abgesteckten Rahmen einer politischen Organisation betrieben werden, insofern drückte die Gründung der Zeitschrift einen politisch-organisatorischen Rückzug der Marxistischen Gruppe mit politisch-inhaltlicher und personeller Kontinuität in journalistischer Form aus. Der „Gegenstandpunkt“ als Verlagskomplex ist weder wie eine politische Organisation mit Merkmalen etwa eines Parteiprogramms oder eines theoretischen Organs strukturiert, noch richtet er Sympathisanten- und Kandidatenschulungen aus. Allerdings kennzeichnen den Gegenstandpunkt-Verlag neben den zum Kauf angebotenen Publikationen auch Formen wie Vortragsreihen oder Jour Fixe Termine, die das Redaktionskollektiv eingerichtet hat und kontinuierlich durchführt.⁶⁶⁰

In der Zeitschrift wurden die in den 1980er Jahren begonnenen Arbeiten fortgesetzt, wie einer Übersicht des Verlages zu entnehmen war. Unter der Rubrik „Konspekt der Arbeiten“ beispielsweise listete der Verlag über eine längere Zeit Themen unter anderem zur Kritik der politischen Ökonomie, zum bürgerlichen Staat, zum Imperialismus, zum Faschismus und zur Kritik bürgerlicher Wissenschaft auf.⁶⁶¹ Innerhalb einer weiteren Rubrik mit dem Titel „Kritik

⁶⁵⁹ In diesem Sinn war auch die Ankündigung im Verlagsprogramm zu verstehen: „Es liegt also gar nicht an einem besonders extravaganten Standpunkt der Redaktion, dass im GegenStandpunkt ein paar sehr abweichende Auffassungen und Argumente nachzulesen sind. Es geht uns gerade nicht darum, die behandelten ‚Themen der Zeit‘ neu, witzig und einmal ganz anders zu sehen. Unsere Zeitschrift bemüht sich um *Erklärungen*; und die laufen, wenn sie richtig sind, allemal auf den Beweis hinaus, dass die wirklichen Verhältnisse ein wenig anders sind, als die amtierenden Fachleute für Wirtschaft, Politik, Moral & Weltanschauung sie sich und ihrem Publikum zurechtlegen“ (Gegenstandpunkt VerlagsGmbH 1996, Hervorhebung im Original).

⁶⁶⁰ Vgl. Hinweise zu Veranstaltungen auf der Webseite des Verlages (siehe Quellenverzeichnis, Kapitel 8.1.8).

⁶⁶¹ Die Übersicht „Konspekt der Arbeiten“ veröffentlichte der Verlag bis zum Jahr 2017, danach war diese Webseite nicht mehr aufzurufen. Gleiches gilt für die bereits weiter oben erwähnten 1979 erstellten Typoskripte „Die Konkurrenz der Kapitalisten“ und „Die Konkurrenz der Lohnarbeiter“. Auch diese Entwürfe wurden von der Internetseite entfernt (siehe meine Angaben im Quellenverzeichnis, Kapitel 8.1.8). Offenbar stand das Entfernen der

an den Klassikern“ erschienen MSZ-Artikel aus den 1980er Jahren, in denen beispielsweise die von Marx und Engels verfasste Schrift „Die deutsche Ideologie“ problematisiert und der von ihnen vorgetragene Materialismus als eine Form der Weltanschauung kritisiert wurde. In einem anderen wieder aufgenommenen Artikel der MSZ wurde Lenins Abhandlung „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ als ein falscher Klassiker eingeordnet und Engels Arbeit „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ als eine teleologische Propaganda Marxscher Theorie beurteilt.

Ebenso übernahm der Verlag einige Schriften in sein Programm, die noch von der Marxistischen Gruppe veröffentlicht wurden.⁶⁶² Im Unterschied zu den Veröffentlichungen der Marxistischen Gruppe vertreibt der Verlag seit 1992 alle Publikationen nicht nur über das Internet, die Zeitschrift auch über Abonnentenverträge, sondern gleichfalls über den allgemeinen Buchhandel. Insofern kann davon gesprochen werden, dass der Gegenstandpunkt-Verlag mit seinen unternehmerischen Formen wie Prokurist und Geschäftsführer die organisatorisch-finanzielle Zentrale der Gesellschaft „Gegenstandpunkt“ darstellt, strukturell vergleichbar mit der Funktion des AStA der LMU München für die Arbeitskonferenz Mitte der 1970er Jahre, allerdings mit dem Unterschied, dass der Verlag alle Vorhaben selbst finanziert – damals hatten die Roten Zellen der Arbeitskonferenz finanzielle Universitätsressourcen mithilfe eines AStA-Netzwerkes ausgeschöpft.

In Beziehung zum Zweck, den eine politische Zeitschrift verfolgt, indem sie vor allem Auffassungen einer bestimmten politischen Richtung verbreitet, fanden – im Vergleich zur Marxistischen Gruppe – redaktionell-organisatorische Veränderungen statt. Die Fokussierung auf eine journalistische Tätigkeit drückt sich zum einen in der Festlegung auf eine turnusmäßige Erscheinungsweise der Zeitschrift aus. Das Magazin wird sowohl in gedruckter Form als auch in verschiedenen elektronischen Formaten vertrieben. In dem Magazin werden beispielsweise aktuelle Geschehnisse in einem zeitlichen Nachgang von drei Monaten dargelegt und theoretische Grundlagen erscheinen in zeitlich nicht festgelegten Folgen, beziehungsweise werden außerhalb der Zeitschriftenreihe in Buchform angeboten. Zum anderen präsentiert der Verlag auf

Arbeiten im Zusammenhang mit einem veröffentlichten Konzept neuer Arbeiten zur Kritik der politischen Ökonomie, das ab 2017 in Angriff genommen wurde.

⁶⁶² Das waren „DDR kaputt - Deutschland ganz“ (Band 1 und 2, Auflage von 1989/1990), „Der bürgerliche Staat“ (Auflagen von 1979 und 2024), „Die Mikroökonomie“ (Auflagen von 1987 und 2005), „Die Psychologie des bürgerlichen Individuums“ (Auflagen von 1981 und 2021), „Imperialismus 1“ (Auflagen von 1979 und 2022), „Imperialismus 2“ (Auflagen von 1979 und 2024), „Imperialismus 3“ (Auflage von 1981 vergriffen, digital: Webseite Gegenstandpunkt), „Martin Heidegger“ (Auflagen von 1988 und 2020).

der Webseite unter anderem eine Rubrik „Aus aktuellem Anlass“, die vom Mainstream abweichende Meinungen der Autoren enthält und mit weiteren Angeboten des Verlages verlinkt ist. Die Internetseite des Verlages enthält darüber hinaus Verknüpfungen innerhalb ihres internen Strukturrahmens, führt aber auch zu Links anderer Gruppierungen.⁶⁶³ Verschiedene Buttons führen beispielsweise zu den käuflich zu erwerbenden Publikationen oder zu geplanten Veranstaltungen des Verlages.⁶⁶⁴

Von der Zeitschriftenredaktion sind für den Zeitraum von 1992 bis 2024 eine große Anzahl von Schriften oder Artikeln als grundlegende Texte hervorgehoben worden.⁶⁶⁵ Das waren Abhandlungen beispielsweise über die Europäische Gemeinschaft (EG) und die Europäische Union (EU), über das kapitalistische Verhältnis von Arbeit und Reichtum, über die USA, über Landwirtschaft im Kapitalismus, über Weltmarkt und Weltmacht oder über das Finanzkapital mit Abschnitten zum Kreditsystems, zum fiktiven Kapital, zum Staat und Finanzsektor sowie zum globalen Finanzmarkt.

Ein Komplex, der hier beispielhaft skizziert werden soll, ist der Schwerpunkt „Die Konkurrenz der Kapitalisten“, den die Zeitschrift eingerichtet hat. Die Fokussierung auf diesen Themenschwerpunkt seitens der Redaktion, etwa seit 2017, ist insofern bemerkenswert, da sich nunmehr eine konzeptionell veränderte Herangehensweise – im Vergleich mit früheren Arbeiten der Marxistischen Gruppe – an das mit der Analyse des Staates verbundene Thema ausdrückt. Die Autoren schließen zum einen an die in ihrer früheren Abhandlung vorgenommenen Behauptung an, die Erklärung des Staates geleistet zu haben, indem sie unter Bezug auf ihre Broschüre „Der bürgerliche Staat“ und ihren Imperialismus-Schriften wiederum behaupten: „Die wissenschaftliche Lücke [gemeint ist damit die „Erklärung der kapitalistischen Produktionsweise mit der Ableitung des bürgerlichen Staates, der Konkurrenz der Nationen und der

⁶⁶³ Beispielsweise verweist ein Link auf die Webseite „Farbe Rot – Marxistische Hochschulgruppe Frankfurt am Main“, auf der wiederum Links zu anderen politischen Gruppen zu finden sind, die sich überwiegend auf Publikationen des Gegenstandpunkt Verlages beziehen.

⁶⁶⁴ Der Button „Publikationen“ beispielsweise verweist zum einen auf alle Artikel der vorliegenden Zeitschriften ab 1992, die erworben werden können oder die teilweise kostenlos zur Verfügung stehen. Zum anderen werden hier die vom Verlag produzierten Bücher zum Verkauf angeboten. Unter „Artikelarchiv“ stehen neben einem systematischen Katalog, der durchsucht werden kann, Dossiers zur Verfügung, etwa „Zur Wohnungsfrage im Kapitalismus“. Der Schalter „Veranstaltungen“ verweist darüber hinaus auf geplante Vorträge oder sogenannte Jour Fixe Termine etwa in Frankfurt oder München, die auch als Audiowebkonferenzen durchgeführt werden. Der Button „Sonstiges“ beinhaltet Verweise auf ausgewählte Vorträge und ältere Publikationen einschließlich früherer MSZ-Artikel.

⁶⁶⁵ Vgl. die Verweise unter der Rubrik „Empfehlungen“ auf der Webseite des Verlages.

Schaffung des Weltmarkts“ (ebd.), W.M.] ist mit einem Jahrhundert Verspätung zwar ausgefüllt worden. [...] Doch das hat [...] bislang kein öffentlich wahrnehmbares Echo gefunden“⁶⁶⁶.

Die Autoren heben zum anderen hervor, dass die Erklärung der Revenuequellen als Oberflächenphänomene „eine Fortsetzung: *die Durchführung der Kritik* an den herrschenden Interessen und den dazu gehörigen falschen Vorstellungen“⁶⁶⁷ erfordere. Untersuchungen über die Interessen der Gesellschaftsmitglieder will die Redaktion somit zukünftig vorlegen. Bisher veröffentlichten die Autoren eine Artikelreihe über die Konkurrenz der Kapitalisten, die allerdings noch nicht abgeschlossen ist.⁶⁶⁸

Die Autoren gliedern dabei die Herleitung der Konkurrenz der Kapitalisten in erstens „Zweck des Kapitalisten und seine Mittel“, zweitens „Der Markt“, drittens „Staat und Konkurrenz“, viertens „Kredit“, fünftens „Staat und Kredit“ und sechstens „Ideologien“.⁶⁶⁹ Inwieweit die Ausführungen der Redaktion in den bisher vorgelegten Artikeln inhaltlich zutreffend sind, kann an dieser Stelle nicht genauer untersucht werden.

Im Fokus einer Auseinandersetzung mit den Abhandlungen über die Konkurrenz beziehungsweise über die Konkurrenz der Kapitalisten werden beispielsweise solche Punkte zu diskutieren sein, an denen sich sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten in den Bestimmungen von Freiheit und Gleichheit sowie in den Erklärungen zu Person und Eigentum im Vergleich zu den Ausführungen in ihrer früheren Staatsanalyse zeigen. Geklärt werden muss dabei unter anderem die Frage, mit welcher Begründung und in welcher Art und Weise Erklärungen über die Konkurrenz vor den Ausführungen zum Staat vorzunehmen sind, da der Staat in Konkurrenzhandlungen eingebundenen ist, die die Kapitalisten- sowie die Lohnarbeiterklasse bereits auf der Ebene ihrer Revenuequellen betreffen.

In diesem Kontext muss ebenso geklärt werden, welchen logischen Stellenwert die Konkurrenz der Lohnarbeiter im gesamten Gefüge der Konkurrenz innehat. Gemeint ist damit, welche konzeptionellen Bestimmungen zu den Formen der Durchsetzung der Konkurrenz vorliegen,

⁶⁶⁶ Gegenstandspunkt Nr. 3/2017, S. 104.

⁶⁶⁷ Ebd., S. 106, Hervorhebungen im Original.

⁶⁶⁸ Vgl. Gegenstandspunkt Nr. 3/2017, Nr. 1/2018, Nr. 1/2019, Nr. 3/2019, Nr. 3/2020, Nr. 2/2021, Nr. 4/2022 und Nr. 4/2023.

⁶⁶⁹ Die einzelnen Gliederungspunkte sind wiederum auf fünf Ebenen differenziert (Elementare Bestimmungen, Kapitalvermehrung, Wachstumssteigerung, Zentralisation von Kapital und imperialistische Erfolge als Wachstumsgarantie (vgl. Übersicht „System der freien Konkurrenz“, 2017 – 2023, URL: <https://de.gegenstandspunkt.com/archiv/dossiers/konkurrenz-kapitalisten>, letzter Zugriff 17.10.2024).

denn offenbar umfasst die Untersuchung über Bestimmungen zur Konkurrenz sowohl die Klasse der Kapitalisten als auch die Klasse der Lohnarbeiter, wie die Autoren bemerken: „Da [in einer später darzulegenden Abhandlung über die „Konkurrenz der Lohnarbeiter“, W.M.] geht es dann um den theoretischen Nachvollzug der Notwendigkeiten, denen die abhängige Klasse im Kapitalismus so alternativlos unterworfen ist“⁶⁷⁰. Eine Befassung auch mit diesem Thema der Zeitschrift muss einer weiteren Untersuchung vorbehalten sein, um entscheiden zu können, ob und inwieweit die Herleitungsschritte der Verfasser schlüssig sind.

⁶⁷⁰ Gegenstandspunkt Nr. 3/2017, S. 109.

7. Die Marxistische Gruppe – ein Fazit

Die gegen Ende der 1970er Jahre in Erscheinung getretene Marxistische Gruppe, eine Organisation aus dem Kreis der Neuen Linken, entstand aus den Roten Zellen an der Ludwig-Maximilians-Universität München, die sich 1970 zunächst im Fachbereich Philosophie gebildet hatten. In Abgrenzung zum auseinandergefallenen Sozialistischen Deutschen Studentenbund formulierten die Roten Zellen ihren Anspruch, sowohl politökonomische Bereiche wissenschaftlich neu aufzustellen als auch eine einheitliche Intellektuellenorganisation aufzubauen. Die Gründung der Roten Zellen, zunächst noch unter Einbeziehung der Basisgruppen, war Ausdruck eines Theorieverständnisses, das in Abgrenzung zu einer diffusen Theorie des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes stand und damit bereits den Keim einer Distanzierung zu den Basisgruppen enthielt. Insofern entstanden schon in der Entstehungsphase der Roten Zellen Konflikte, die auf verschiedene Theorieauffassungen innerhalb einzelner Gruppierungen der Roten Zellen zurückgingen. Vor allem der politische Aktivismus der Basisgruppen sowie ihr idealisierender Ansatz wurde von den Aktiven der Roten Zellen, die die spätere Arbeitskonferenz unterstützten, in Frage gestellt. Vorstellungen über vorrangig zu erarbeitende Erkenntnisse über den Kapitalismus vonseiten der Roten Zellen deuteten auf unüberwindbare Gegensätze hin. In der Entwicklungsphase der Roten Zellen in München, die eine Loslösung von antiautoritären Orientierungspunkten der damaligen Studierendenbewegung markierte, zeigten sich darüber hinaus bei den Mitgliedern, die später die Marxistische Gruppe prägten, widersprüchliche Auffassungen. Einerseits unterstützten sie praktisch-politische Positionen der Basisgruppen, andererseits richteten sie ihre politische Arbeit konsequent auf Theoriebildungsprozesse aus, die Anfang 1971 zur Spaltung der Roten Zellen führten und die die Münchner Arbeitskonferenz hervorbrachte.

Die Organisation der Arbeitskonferenz beinhaltete als politische Arbeit eine Theoriebildung, die eine Eigentümlichkeit der Gruppe charakterisierte und die sowohl die Priorisierung ihrer Theoriearbeit als auch deren Inhalte betraf. Die Arbeitskonferenz, Symbol und Synonym für Theoriebildungsprozesse der entstehenden Marxistischen Gruppe, verfolgte mehrere Ziele. Einmal eine umfassende Analyse des Verhältnisses zwischen Kapital und Lohnarbeit und zum anderen eine Reflexion über das Politikverständnis der Roten Zellen in den Bereichen Hochschule und Produktion. Darüber hinaus war der Gruppe die Analyse des bürgerlichen Staates ein wichtiges Anliegen, in der die Interessen der Gesellschaftsmitglieder herausgearbeitet werden sollten.

Bis 1974 waren die Roten Zellen der Arbeitskonferenz in den Fachschaften sowie im Allgemeinen Studierendenausschuss der Ludwig-Maximilians-Universität München politisch bestimmend und bauten eine marxistisch-theorieorientierte Organisation auf. Dabei stellte die Arbeitskonferenz über studentische Wahlen die Inbesitznahme wichtiger Positionen im universitären Rahmen sicher, um materielle wie personelle Ressourcen für die wissenschaftliche Arbeit ihrer Gruppierung abzuschöpfen. An der Friedrich-Alexander-Universität in Erlangen-Nürnberg entwickelten sich, parallel zu den Gründungsprozessen in München, ähnliche theoretische Ansätze, die von einer Basisgruppe Germanistik ausgingen, die Kontakte zu den Roten Zellen in München hatte. Vergleichbar zu den Münchner Gründungs- und Spaltungsprozessen erfolgte im Jahr 1971 die Gründung einer Marxistischen Gruppe in Erlangen-Nürnberg und ein Jahr später vollzog sich deren Spaltung mit der Entstehung der Erlanger Theoriefraktion. Ähnlich wie in München erfolgte in Erlangen-Nürnberg die Auftrennung der Organisation aufgrund der Festlegung der Theoriefraktion, politische Praxis als essenzielle Theoriearbeit zu verfolgen. Im Unterschied zur Münchner Arbeitskonferenz beherrschte die Erlanger Theoriefraktion den dortigen Studierendenausschuss jedoch nicht und kommunizierte ihre politische Arbeit über selbst verlegte Schriften.

Die Bedingung, eine theoretische Einheit als Basis ihrer politischen Organisation hervorzu- bringen, hatte die sich entwickelnde Arbeitskonferenz bereits im Zusammenhang mit der Gründung der Roten Zellen formuliert und letztendlich mit deren Spaltung durchgesetzt. Die Arbeitskonferenz war die organisatorisch und inhaltlich bestimmende Ausgangslage für die eigentümliche Entwicklung der Marxistischen Gruppe. Die Roten Zellen der Arbeitskonferenz verfolgten den Anspruch, eine politische Intellektuellenorganisation durch eine einheitliche Theoriebildung zu schaffen. Begründet wurde die Priorisierung von Theoriearbeit damit, dass das Ziel, kapitalistische Verhältnisse umwälzen zu können, nur gelänge, wenn sich Intellektuelle systematisch Inhalte und Bewegungsformen des Kapitalismus sowie die mit der bürgerlichen Gesellschaft einhergehenden Ideologien und ein umfassendes Verständnis der marxistischen Bewegung kritisch erarbeiten würden. Eine Klärung, weshalb und in welcher Art und Weise Intellektuelle diese Stellung einnehmen sollten, erfolgte in den Ausführungen der Arbeitskonferenz nicht.

Bereits am Anfang des Entstehungsprozesses der Marxistischen Gruppe zeigten die Roten Zellen der Arbeitskonferenz zunehmend eine Distanzierung von plakativen stereotypen Kampfausdrücken und versuchten gesellschaftstheoretisch adäquate Erklärungen zu finden. Mit Publi-

kationen wie *Wissenschaft und Kapital*, *Kapitalistische Hochschulreform* oder der Schriftenreihe *Circular* hatten offenbar Intellektuelle an Hochschulen Argumente der Kritik der politischen Ökonomie und die Priorisierung von Theoriearbeit als stimmig für ihre politische Entwicklung angesehen. Mit dem Ansatz der Marxistischen Gruppe, die Theorie in den Vordergrund zu stellen, konnte zumindest formell eine strenge Organisationshierarchie vermieden werden, da der Anspruch der Gruppe, Theorien adäquat zu erarbeiten und weiterzugeben, grundsätzlich einen Vermittlungsprozess unterstellte, der sich auf Einsicht und nicht auf Lehrsatzgläubigkeit stützte. Allerdings konnte sich die Organisation gruppeninternen Abhängigkeiten nicht entziehen. Formen theoretischer Nachrangigkeit von weniger geschulten Anhängern gegenüber wissenschaftlich und rhetorisch geübteren Mitgliedern waren vorhanden und erzeugten eine fortwährende wissensgebundene Rangfolge. Darüber hinaus enthielt das für die Gruppe geltende Prinzip, in Fragen der Theorie eine einheitliche Auffassung herstellen zu wollen, ein letztendliches Entscheidungsmoment, das seinen Maßstab am Kenntnisstand der Beteiligten ausrichtete. Insofern kann davon gesprochen werden, dass einem Führungskader in der Organisation eine gewichtige Rolle zukam.

Die Auflösung der Studierendenausschüsse in Bayern im Jahr 1974 war für die Roten Zellen der Arbeitskonferenz der Verlust ihrer finanziell-organisatorischen Grundlage und ein konzeptioneller Neuanfang zugleich. Die Gruppierung baute in den Folgejahren eine einheitlich strukturierte politische Organisation auf, indem lokale Gruppen, etwa die Erlanger Theoriefraktion, inhaltlich-organisatorisch in die Münchner Arbeitskonferenz integriert wurden. Insofern wirkte das Bayerische Hochschulgesetz sowohl als äußerer Anlass und Beschleunigungsmoment für einen Zentralisierungsprozess der Marxistischen Gruppe, als auch als ein von der Organisation nicht eingestandenes Korrektiv für eine notwendig gewordene Veränderung der Gruppierung, die zukünftig auf finanzielle Mittel aus dem Netzwerk der Studierenden verzichten musste.

Mit einer neu konzeptionierten *Marxistischen Studentenzeitung*, der *Resultate*-Reihe und weiteren Veröffentlichungen verstärkte sich das bundesweite Agieren der Organisation. Schulungskurse wurden neu eingerichtet und dauerhaft durchgeführt. Einen hohen Stellenwert nahmen weiterhin Sympathisanten- und Kandidatenplenen ein, die mit einer stetig zunehmenden Anzahl von an der Politik der Gruppe Interessierten einherging. In den Jahren nach 1974 fanden Konsolidierungen und der Prozess der Vereinheitlichung der Marxistischen Gruppe statt, die erst nach mehreren Jahren abgeschlossen waren. Neu konzipiert wurden verschiedene theoretisch ausgerichtete Schriftenreihen, die *Marxistische Studentenzeitung* wurde zur *Marxistischen*

Streit- und Zeitschrift umgestaltet und eine *Marxistische Arbeiterzeitung* herausgegeben. Zugleich muss konstatiert werden, dass wiederholt festgelegte Ansprüche, etwa Analysen zur Konkurrenz der Kapitalisten und Lohnarbeiter, von der Organisation nicht realisiert wurden.

Die vereinheitlichte Marxistische Gruppe zeigte Merkmale auf, die sich in ihren Vorläuferorganisationen ausgebildet hatten und die sich im Verlauf der Weiterentwicklung der Gruppierungen als gefestigte Besonderheiten der Marxistischen Gruppe charakterisieren lassen. Ein eigentümliches Merkmal der Gruppe zeigte sich zum einen in ihrer bedingungslos destruktiven Kritik gesellschaftlicher Verhältnisse sowie in der Kommunikation ihrer Ergebnisse, die oftmals das Polemische überstieg und in persönlich angreifende Äußerungsformen überging. Markantes Kennzeichen der Gruppe war ihr Theoriebildungsprozess, der durch eine inhaltliche Kontinuität von den Roten Zellen der Arbeitskonferenz bis zur Marxistischen Gruppe bestimmt war. Vor allem das Festhalten an der priorisierten Theoriearbeit war eine exponierte Eigentümlichkeit im Erscheinungsbild der Marxistischen Gruppe, die dazu beitrug, dass der Gruppe ein hohes intellektuelles Niveau zugeschrieben wurde. Die personelle Konstanz in der Organisation drückte sich vor allem durch die Kadermitglieder Karl Held, Herbert Fertl, Theo Ebel, Theo Wentzke und Peter Decker als führende Theoretiker der Organisation aus. Die Autoren ermöglichten der Organisation nach ihrer Vereinheitlichung einen Aufschwung an Veröffentlichungen, deren Grundlagen bereits durch die Arbeitskonferenz gelegt worden waren. Der Theoriebildungsprozess wurde dabei maßgeblich von diesen Personen beeinflusst, wodurch die Theoriearbeit der Marxistischen Gruppe nicht nur eine Eigentümlichkeit der Gruppe, sondern ein Schlüssel für die Herausbildung eines eigenständigen marxistischen Gedankenguts in diesen Jahren war. Der kontinuierliche Prozess ihrer Theoriearbeit war ebenso ein Garant für den relativen Erfolg der Organisation.

Dem Führungskader wurden von Außenstehenden, trotz einer oftmals gleichzeitigen ablehnenden Haltung der Organisation gegenüber, Attribute wie „scharfsinnige Kritiker“ zugeschrieben. Darüber hinaus waren weitere Mitglieder der Marxistischen Gruppe ebenfalls intern und öffentlich tätig, indem sie Schulungen anleiteten oder Vorträge durchführten. Die Gruppe insgesamt zeichnete sich dadurch aus, dass sie gesellschaftstheoretisch Wesentliches angestoßen und erarbeitet hatte. Zugleich gab es Anzeichen für innerorganisatorisch nicht vereinheitlichte Kommunikationen, etwa Unstimmigkeiten bei der Bewertung gruppeninterner Prozesse oder bei der Festlegung der zu veröffentlichenden Schriften. Solche von der Gruppe nicht erklärte

Kontroversen lassen darauf schließen, dass es innere Gruppendifferenzierungen oder vorrangige Entscheidungsträger gab, die bestimmte nicht zu vereinheitlichende Situationen lösten.

Diskrepanzen innerhalb der Organisation zeigten sich insofern sowohl hinsichtlich des Umgangs mit Disputen auf inhaltlich-organisatorischer Ebene als auch bezüglich der erwartungsgemäßen Unterschiede zwischen geringer geschulten Sympathisanten oder Kandidaten und langjährig mit Theorie befassten Mitgliedern. Der Anspruch, vorrangig Theoriearbeit als politische Praxis zu betreiben und angeleitete Diskussions- oder Schulungsplenen durchzuführen, schloss keinesfalls Formen von Autorität aus, insofern kann von einer Wissens- und Kompetenzhierarchie im Prozess der Theoriebildung der Marxistischen Gruppe gesprochen werden.

Inhaltliche Widersprüche zeigten sich bei der Marxistischen Gruppe beispielsweise durch ihre wiederholt undifferenzierten Aussagen zum Werk von Karl Marx. So verstand die Gruppe die Inhalte der drei Bände des *Kapitals* als Zusammenhang der Bestimmungen einzelner Kapitalmomente zum Gesamtprozess kapitalistischer Produktion, ignorierte jedoch andererseits Hinweise, die eine mangelhafte Geschlossenheit oder Einheit der drei Bände ausdrückten. Die wissenschaftliche Kompetenz war dennoch eine Eigentümlichkeit der Gruppe, die sich im Anspruch und einer jedoch nicht immer durchgeführten Realisierung ihrer Theoriearbeiten zeigte. Die Marxistische Gruppe überschritt Prämissen und Grenzen bisheriger marxistischer Theorien, indem sie in ihren Schriften über die Deutung der sogenannten Klassiker des Marxismus hinausging. In Beziehung zu anderen kommunistischen Gruppen bemängelte sie unter anderem deren Festhalten am nicht hinterfragten Standpunkt des Historischen Materialismus und kritisierte das unumstößliche Befolgen marxistischer Lehrmeinungen. Für die Gruppe schloss Kritik nicht nur die Prüfung auch Marxscher Theorieelemente ein, vielmehr setzte die Gruppe konzeptionell theoretische Schwerpunkte, die in der bisherigen marxistischen Literatur kaum oder nur unzureichend bearbeitet vorlagen. Das waren insbesondere Untersuchungen über die Klassen und deren Konkurrenz im Kapitalismus, den bürgerlichen Staat, den Weltmarkt und den imperialistischen Umgang der Staaten miteinander. Damit nahm die Gruppe einerseits Elemente des Marxschen Arbeitsplans auf und versuchte, fehlende Analysen über die kapitalistische Gesellschaft fortzuführen. Andererseits ließ sie, etwa hinsichtlich angekündigter Arbeiten zur Geistes- und Gesellschaftstheorie, solche Pläne ohne weitere Begründungen fallen. In der *Resultate*-Reihe gab es darüber hinaus seit 1983 keine veröffentlichten Theoriearbeiten, stattdessen wurde in der *Marxistischen Streit- und Zeitschrift* die Rubrik „Gegenstandspunkt“ eingerichtet, in der Themen allgemeiner Art abgehandelt wurden.

Eine zentrale Bedeutung für die Marxistische Gruppe hatte ihre Abhandlung „Der bürgerliche Staat“. Die Organisation erklärte, mit ihrer Analyse über den bürgerlichen Staat die umfassende und abschließende Herleitung des Staates vollbracht zu haben. Sie kritisierte alle anderen vorgebrachten Staatstheorien als unzulänglich und beanspruchte, mit dem „abstrakt freien Willen“ den grundlegenden Begriff des Staates hergeleitet zu haben. Die Gruppe entwickelte allerdings entgegen ihren eigenen Vorgaben die elementare Formbestimmung des Staates weder aus Theorieelementen des Konkurrenzbegriffs – obwohl der Bereich der Konkurrenz von den Autoren einige Jahre vorher als das verbindende Element zwischen der ökonomischen und der politischen Sphäre ausgemacht wurde – noch entwickelte sie zentrale Bestimmungen, etwa den Begriff des Eigentums oder den des Interesses, die für Erklärungen des Staates notwendig waren. Stattdessen operierten die Autoren mit Setzungen, die sie ohne Vermittlungselemente positionierten, sodass sich die von der Gruppe beanspruchte Ableitung in eine „Doppelpunkt“-Methode übersetzte, in der mittels eines Doppelpunktes keine Erklärung eingeleitet, sondern gesetzte Behauptungen präsentiert wurden. Die für die Herleitung des Staates ehemals fokussierte zentrale Bestimmung einer Verdopplung der Gesellschaftsmitglieder in Privat- und Staatsbürger sowie das Verdoppeln derer Interessen in besondere und allgemeine wurde inhaltlich nicht eingelöst, insofern beendet die Analyse der Marxistischen Gruppe keineswegs Erklärungen über den bürgerlichen Staat.

Die Theoriebildung der Marxistischen Gruppe erzeugte eine Aura, einen Nimbus der Unfehlbarkeit. Bei genauer Untersuchung erwies sich an manchen Arbeiten der Gruppe das wissenschaftliche Niveau jedoch als eine Überhöhung, die die vorgegebene theoretische Unfehlbarkeit als Mythos entschlüsselte. Es zeigte sich ein Wechselspiel zwischen wissenschaftlicher Leistung und exponiert vorgetragener Theoriehybris, in dem die herausgestellten scheinbar fehlerfreien Kritiken dogmatisch wirkten.

Eigentümlich war die Gruppe auch darin, dass sie sich von Außenstehenden abschottete. Ihre Struktur- und Organisationsprinzipien konnten nur bruchstückhaft ausgemacht werden, sodass die Gruppe oft als eine geheimbündnerische Organisation angesehen wurde. Der innere Zusammenhalt der Gruppe, ihre Beständigkeit, erklärt sich auch über diese Form der absoluten Distanzierung. Sympathisanten, Kandidaten und Mitglieder der Organisation sahen sich als Mitglied einer Elite besonderer Qualität, die über ein Führungswissen verfüge, mit dem sie gegen alles in der Welt kämpfen könne. Die bewusste Abgrenzung gegenüber „der Masse“ war darüber hinaus ein weiteres Merkmal für die Angehörigen der Organisation, sich einer selbst-

ernannten Upperclass zugehörig zu fühlen. Die Theoriebildung war dabei der besondere Bezugspunkt und charakterisierte den Zusammenhang von Sympathisanten, Kandidaten und Mitgliedern, der die Attraktivität der Organisation ausmachte. Die Abschottung war offenbar auch ein Zeichen eines Schutzes, sich nicht permanent von und vor Anderen in Frage stellen zu müssen. Die gegenüber Außenstehenden praktizierte räumliche und zeitliche Distanz, etwa in Form von gruppenzugehörig zusammengesetzten Wohngemeinschaften, war eine Lebensform, um tiefer gehende Kritiken ausblenden und Bestätigungen im Kreis ähnlich Denkender und Handelnder einholen zu können. Eine Form der Abwendung und massiven Abgrenzung gegenüber Andersdenken und -handelnden war auch das gelegentlich lautstarke „argumentative Niederreden“ beispielsweise auf Teach-Ins, das eine Form der Einschüchterung darstellte.

In organisatorischer Hinsicht waren der nicht erklärte Fortfall der Bezeichnung „Arbeitskonferenz“ und die Aufnahme einer neuen Namensgebung als „Marxistische Gruppe“ besonders auffällig. Inwieweit die darüber hinaus äußerlich erkennbaren Veränderungen seit 1979, etwa die Konzeptänderungen an der *Marxistischen Streit- und Zeitschrift* und der *Resultate*-Reihe, interne Diskussionsergebnisse ausdrückten, war aufgrund der Abgeschlossenheit nach innen nicht zu ergründen. Weder in der neu aufgelegten Zeitschrift noch in anderen Publikationen gab es Hinweise beispielsweise auf veränderte Theoriekonzepte. Auch der Übergang der bisherigen lokal organisierten Gruppen zur Münchner Organisation wurde ohne weitere Erläuterungen vollzogen und war ein Indiz für das Verdecken ihrer intern beschlossenen Maßnahmen, die zu strukturellen Umwandlungen führten.

Die Marxistische Gruppe war eine kommunistische Organisation, aber keine Vereinigung, in die jemand, der die gleiche Auffassung vertrat, ohne Bedingungen eintreten konnte. Voraussetzungen war der einsichtige Nachvollzug politisch vorgegebener Inhalte, der auf Sympathisantenplen von den Interessenten zu erarbeiten war, um auf die nächste Statusebene der Organisation zu gelangen. Theorieelemente der Kritik der politischen Ökonomie waren darüber hinaus Inhalte der Schulungen, die nachfolgend stattfanden. Über den inhaltlich-organisatorischen Gang von der Position eines Sympathisanten zu der Stellung eines Kandidaten, der vollzogen werden musste, um Mitglied der Marxistischen Gruppe zu werden, standen – über die thematische Struktur hinaus – keine relevanten Aussagen zur Verfügung. Grundsätzlich wurde von Sympathisanten und Kandidaten im Fortgang des gruppeninternen Aufstiegs erwartet, neben der inhaltlichen Arbeit, eine kontinuierliche Geldleistung zur finanziellen Unterstützung der Organisation zu entrichten.

Aus dem Anliegen der Gruppe, eine umfassende Erarbeitung sowohl vorliegender Theorieelemente der Kritik der politischen Ökonomie leisten zu wollen als auch weitergehende Arbeiten anzugehen, erklärt sich das Interesse vieler Linken an einer Mitarbeit in der Organisation. Es gab theoretische Bezugspunkte, die die Organisation für marxistisch orientierte Intellektuelle interessant machte, da die Gruppe Arbeiten in den Blick nahm, die wissenschaftlichen Ansprüchen entsprach. Der relative Erfolg der Marxistischen Gruppe im akademischen Umkreis lässt sich mit ihrem Anspruch und den darin enthaltenen Anforderungen an Interessierte, eine kompetente Kapitalismuskritik zu erarbeiten, erklären. Die Sympathisanten, Kandidaten und Mitglieder der Marxistischen Gruppe suchten nach Antworten auf Fragen, die sich viele in der „68er“-Zeit gestellt hatten und deren Erfahrungen auch mit der eher dogmatischen politischen Praxis anderer kommunistischer Gruppen negativ besetzt waren. Die mit der Marxistischen Gruppe Verbundenen schlossen sich aus einer Art Theorieverwandtschaft zusammen und stifteten so ein Gefühl oder eine subjektive Gewissheit der inhaltlichen wie organisatorischen Zusammengehörigkeit. Der Habitus der Gruppe, sowohl ein überheblich wirkendes Auftreten als auch der im Ausdruck einerseits außerordentlich abgewogene Stil mit andererseits polemisch und zynisch stark misslichen Tönen sowie die oftmals verwickelte Schreibweise in ihren Publikationen waren markante und besondere Kennzeichen der Marxistischen Gruppe. Ein auffälliges Charakteristikum ihrer Kommunikation war allerdings ihre oftmals übergriffige Polemik, ihr häufig penetranter Zynismus, mit dem sie alle Themen einer destruktiven Kritik unterzog.

Die Marxistische Gruppe erfuhr über die Inhalte und ihren Agitationsstil, gerichtet an Personen, denen Argumente nahegebracht und gesellschaftliche Situationen erläutert werden sollten, sowohl Zuspruch als auch Ablehnung. Mit Akzeptanz wurde die Gruppe vor allem aufgrund ihrer gegen den Mainstream ausgerichteten Erklärungen zu politischen Ereignissen oder zu Weiterentwicklungen Marxscher Theoriebereiche bedacht. Missbilligung und manchmal heftige Abweisung widerfuhren der Gruppe und ihren agierenden Mitgliedern oder Vortragenden besonders durch einen überheblichen Stil im Umgang mit Andersdenkenden. Die Ausdrucksweise vieler Akteure der Organisation war häufig gekennzeichnet durch eine schroffe, abfällige, die Angesprochenen brüskierende Form, die keineswegs versuchte, an Denk- oder Handlungsformen der Adressaten anzusetzen, denen nach dem Anspruch der Gruppe Erkenntnisse überzeugend vermittelt werden sollten.

Die Gruppe betrieb eine Verabsolutierung ihrer Ergebnisse, einen Dogmatismus ihrer destruktiven Kritik. Das Eigentümliche der Marxistischen Gruppe drückte sich in dieser Hinsicht

in einer Symbiose von Inhalt und Form aus. Das Inhaltliche zeigte als Kritik oftmals eine wissenschaftliche Prägnanz einerseits, die sich andererseits als arrogante Zurechtweisung erwies. Der Form nach zeigte sich ein Habitus der Be- und Absonderung, eine Abschottung, ein Inselstatus, der als Abgrenzungskriterium über Polemik hinaus ein Lächerlich-Machen der Kritisierten beinhaltete. Die Akteure verkehrten oftmals sachliche Argumente in erniedrigende persönliche Angriffe, die etwa auf Namenszufällen oder physiognomischen Eigenschaften der Kritisierten beruhten. Insofern waren Inhalt und Form bezeichnend für ihre rücksichtslose intellektuelle Arroganz. Organisatorisch drückte sich diese Korrelation in vollzogenen Trennungsprozessen von den Kritisierten aus, wenn diese keine Übereinstimmung mit den gruppeneigenen Positionen zeigten.

Die Beständigkeit der Organisation und der nachhaltige Anstieg sowohl der Mitgliederzahlen als auch der Zuwachs von Sympathisanten in den Jahren ab etwa 1980 begründet sich im Anspruch der Gruppe, den von Marx erstellten Arbeitsplan zu realisieren und ihre Anhänger entsprechend theoretisch zu schulen. Das Interesse vieler intellektueller Linker, sich mit Arbeiten von Marx auseinanderzusetzen, wurde durch die Prozesse der Theoriebildung, wie sie in der Marxistischen Gruppe geführt wurden, insofern zufriedengestellt, da ihnen die politische Arbeit anderer marxistisch orientierten Gruppen oftmals nicht genügte, etwa durch eine Herangehensweise mit dem Blick auf einen „revolutionären Standpunkt der Arbeiterklasse“. Zentrale Publikationen der Organisation – Analysen über den Staat und über Imperialismus, Abhandlungen zur Psychologie oder über Gewerkschaften – hatten eine Anziehungskraft, sodass sich die Organisation in den 1970er und 1980er Jahren als größte Organisation der Neuen Linken entwickelte.

Ein großer Teil der mit der Organisation Sympathisierenden kam zwischen 1980 und 1990 zur Gruppe und hatte einen akademischen Hintergrund. Die Ansprache an interessierte Personen erfolgte über Flugblätter, Vorträge, Hinweise in der *Marxistischen Streit- und Zeitschrift* sowie über andere Publikationen oder über an den in Hochschulen aufgestellten Büchertischen der Gruppe. Das Interesse an der Marxistischen Gruppe richtete sich am theoretisch-politischen Programm der Gruppierung aus – vor allem diese besondere Theoriearbeit machte die Attraktivität der Organisation aus.

Ein aus den Schriften der Marxistischen Gruppe erkennbares Merkmal war ihre Distanzierung von einer mangelhaft begründeten politischen Praxis. Diese Auffassung und die bean-

sprachte flache Organisationshierarchie der Gruppe spiegelte sich in ihrem erklärten Prinzip „Diskussion und Einigung oder Trennung“ wider, das als ein Postulat ihrer Kommunikations- und Vermittlungsarbeit bezeichnet werden kann. Die flach erscheinende Organisationshierarchie der Marxistischen Gruppe war einerseits ein wichtiges Erklärungsmoment für die Stabilität und Bedeutung der Gruppe. Abstimmungen sollten in Arbeitskreisen nicht stattfinden, vielmehr Diskussionen gleichgestellter Teilnehmenden, die sich letztendlich einigen oder voneinander trennen. Inwieweit andererseits von einer flachen Hierarchie bei einer hohen Zahl von Gruppenzugehörigen mit naturgemäß verschiedenen Kenntnisständen gesprochen werden kann, muss infrage gestellt werden. Inwieweit darüber hinaus ein solcher Grundsatz bei der Auflösung der Marxistischen Gruppe praktiziert wurde, kann aufgrund der Beendigung aller organisatorischen Bereiche innerhalb kürzester Zeit und in Anbetracht der hohen Mitglieder- sowie Kandidatenzahl ebenfalls bezweifelt werden, da der gravierende Entschluss, die Organisation selbst abzuschaffen, offenbar einen längeren Zeitraum für eine vorgeblich vereinheitlichende Diskussion erfordert hätte. Dieser Prozess wurde vom Führungskader abrupt mit der Auflösung der Gruppe beendet.

Die Auflösung der Organisation bedeutete keineswegs, dass die Akteure der Marxistischen Gruppe nunmehr in anderen politischen Organisationen auftauchten. Die Mitglieder der Gruppe waren zunächst nirgendwo erkennbar aktiv, erklärende Aussagen oder Erzählungen über die nicht mehr existierende Organisation waren nicht fassbar – auch das war eine Besonderheit, die den Auflösungsprozess kennzeichnete. Nach der organisatorischen Auftrennung der Gruppe zeigte sich ein Jahr später ein charakteristischer Weg von personeller und theoretisch-inhaltlicher Entsprechung beim Übergang der ehemals führenden Mitglieder zur redaktionellen Mitarbeit in einem politischen Magazin.

Die im Mai 1991 von der Gruppe vollzogene Auflösung – aufgegeben wurden sämtliche strukturell aufgebauten organisatorischen Elemente einer zuvor ausdrücklich programmatisch ausgerichteten politischen Gruppe – war sowohl das eingestandene Scheitern der Marxistischen Gruppe als politische Organisation mit einer nahezu ausschließlichen Konzentration auf Theoriearbeit, als auch ein offensichtliches Ausweichen vor möglichen Sanktionen vonseiten staatlicher Institutionen, die eine Gefährdung der materiellen Reproduktion der Organisationsmitglieder wahrscheinlich machten. Der Anlass und die Umstände, die zur selbst vorgenommenen Beendigung der Marxistischen Gruppe führten, drückten insofern einerseits die Rolle aus, die der Verfassungsschutz innehatte und charakterisierte andererseits das Scheitern und Ende der

Gruppe als politische Organisation, das zugleich mit der Gründung der Zeitschrift *Gegenstandspunkt* den Anfang einer neuen politischen Arbeit mit personeller Konstanz und inhaltlicher Fortführung einleitete. Der Brückenschlag zu einer marxistisch ausgerichteten Zeitschrift und einer Redaktionsarbeit als alleinige politische Tätigkeit waren für die involvierten Akteure insofern ein schlüssiger Neuanfang, da nunmehr Kommentierungen gesellschaftlicher Situationen sowie Theoriebildungen ohne jede Rücksichtnahme auf Bedingungen oder programmatische Ziele einer politischen Organisation eingegangen werden konnten.

Die vorliegenden Ergebnisse meiner Untersuchung verdeutlichen die Relevanz dieses Forschungsbeitrags und weisen darüber hinaus auf Sachverhalte hin, die nicht abschließend diskutiert werden konnten, die jedoch einen Ausblick auf weiterführende Untersuchungen eröffnen.

Bedingungen der Untersuchung – einerseits der Zeitraum von der Entstehung bis zur Auflösung der Marxistischen Gruppe und andererseits die Fokussierung auf zentrale Inhalte und Entwicklungslinien der Organisation – hatten sich aus dem historischen Verlauf und der Schwerpunktbildung der Gruppe ergeben. Eine Schwierigkeit meiner Arbeit bestand darin, die außerordentlich umfangreichen Quellen so auszuwählen und zu strukturieren, dass wesentliche Momente des Entstehungs- und Entwicklungsprozesses der Marxistischen Gruppe sowie deren Eigentümlichkeiten aufgearbeitet werden konnten. Über diese Strukturierung hinaus galt es, zentrale Aussagen der Organisationen quellenmäßig in einem für den Rahmen der Arbeit vertretbaren Ausmaß zu präsentieren sowie die besondere Prägung der Marxistischen Gruppe anhand der Quellen darzustellen und zu beurteilen.

Innerhalb der eingrenzenden Bedingungen der Untersuchung konnten Inhalte und Entwicklung der nunmehr über dreißig Jahre bestehenden Zeitschrift *Gegenstandspunkt* lediglich angedeutet und keinesfalls genauer bearbeitet werden. Zukünftig könnten beispielsweise nicht nur die organisatorischen und inhaltlichen Entwicklungslinien des Verlages und der Zeitschrift interessante Themen sein, sondern Vergleiche zwischen Theorien der Marxistischen Gruppe und Theorien der Zeitschrift *Gegenstandspunkt* könnten systematisch begründete konzeptionelle Veränderungen aufzeigen, besonders mit dem Blick auf den in jüngerer Zeit von *Gegenstandspunkt*-Autoren methodisch andersartig angelegten Komplex über „Konkurrenz und Staat“. Solche Analysen wären nötig, um weitere quellengenaue Erklärungen zu diesem Bereich marxistischer Theoriebildungen leisten zu können.

8. Quellen und Literatur

8.1 Quellenverzeichnis – Materialien der Marxistischen Gruppe und ihrer Vorläuferorganisationen

Folgende Archive wurden für Recherchearbeiten genutzt:

Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg ; Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung ; Archiv für alternatives Schrifttum, Duisburg ; Bayerisches Hauptstaatsarchiv ; Online-Datenbank: Berichte des Verfassungsschutzes (URL: <https://verfassungsschutzberichte.de/>) ; Online-Datenbank: Materialien zur Analyse von Opposition (URL: <https://www.mao-projekt.de>) ; Universitätsarchiv der Freien Universität Berlin ; Universitätsarchiv der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Die Zitierweise der Materialien der Marxistischen Gruppe und ihrer Vorläuferorganisationen wird im Folgenden den detaillierten Quellenangaben vorangestellt.

8.1.1 Zeitungen und Fachbereichszeitungen

Zitierweise: **Rotes Blatt München, Nummer/Jahr:**

Rotes Blatt München

Nr. 1, 25. Januar 1970 bis Nr. 22, 23. Dezember 1970

Nr. 23/24, 01. Februar 1971 bis Nr. 39, 07. Dezember 1971

Nr. 40/41, 31. Januar 1972 [letzte Ausgabe]

Nr. 1 bis Nr. 33/1971, Hrsg.: Rote Zellen München

ab Nr. 18_19/1970 mit Untertitel: Organ der Roten Zellen München

Nr. 34_35/1971 bis Nr. 38/1971, Hrsg.: Rote Zellen DoPl (Donnerstagsplenum)

Nr. 39/1971 und 40_41/1972, Hrsg.: ZVRoZ (Zentralverband der Roten Zellen)

Zitierweise: **Münchner Studentenzeitung, Nummer/Jahr:**

Münchner Studentenzeitung (MSZ)

Nr. 1, 07. November 1967 bis Nr. 6, 18. Juli 1974

Nr. 1/1967 bis Nr. 7/1968, Hrsg.: AStA LMU München

Nr. 1/1969 bis Nr. 12/1970, Hrsg.: AStA LMU, TH (TU), Kunstakademie [alle München]

Nr. 1/1971 bis Nr. 6/1974, Hrsg.: AStA Uni, AStA Kunstakademie

Nr. 1/1969 bis Nr. 4/1969 Titel: „Münchner unabhängige SZ“,

ab Nr. 5/1969 Titel: „Münchner SZ“

Zitierweise: **Marxistische Studentenzeitung, Nummer/Jahr:**

Marxistische Studentenzeitung (MSZ) – Hochschulzeitung der AK für die BRD und Westberlin

Nr. 1, 05. November 1974 bis Nr. 33, 18. Januar 1980

Hrsg.: Roten Zellen / AK

Zitierweise: **Marxistische Studentenzeitung / Marxistische Zeitung / Marxistische Streit- und Zeitschrift, Nummer/Jahr:**

Marxistische Studentenzeitung (MSZ)

Nr. 2, 28. April 1980 bis Nr. 4, 20. Mai 1991

Hrsg.: Marxistische Gruppe

- Bis 1983: Marxistische Studentenzeitung
- November und Dezember 1983: MZ – Marxistische Zeitung. Gegen die Kosten der Freiheit
- 1984 – 1991: MSZ – Gegen die Kosten der Freiheit. Marxistische Streit- und Zeitschrift

Zitierweise: **FAUST-Informationen, Nummer/Jahr:**

FAUST-Informationen – Organ von Basis-, Projektgruppen und Fachschaften

Hrsg.: AStA FAU Erlangen-Nürnberg

Zitierweise: **Sozialistische Hochschulzeitung, Nummer/Jahr:**

Sozialistische Hochschulzeitung (SHZ)

Nr. 1/2, 01. November 1973 bis Nr. 6, 21. Juni 1974

Hrsg.: Marxistische Gruppe Erlangen, Institutsausschuss Soziologie/Politologie und der Basisgruppe Germanistik Erlangen-Nürnberg

Zitierweise: **Rote Zellen/Marxistische Gruppen, MSZ-Nachdruck, September 1976:**

MSZ Marxistische Studentenzeitung – Hochschulzeitung für die BRD und Westberlin der Roten Zellen München und Marburg und der Marxistischen Gruppen Bremen, Erlangen/Nürnberg, Regensburg, Westberlin und Würzburg, Nachdruck aus dem 1. Jahrgang (Nr. 1 – 7)

Hrsg.: Rote Zellen / Marxistische Gruppen (Redaktion: MSZ-Kollektiv, verantwortlich L. Fertl): Nachdruck aus dem 1. Jahrgang (Nr. 1 – 7), [MSZ Nr. 1/1974 bis Nr. 7/1975] München, September 1976, Broschüre im Besitz des Verfassers.

Zitierweise: **Rote Zellen/Marxistische Gruppen, MSZ-Nachdruck, April 1978:**

MSZ Marxistische Studentenzeitung – Hochschulzeitung der Marxistischen Gruppen in der BRD und Westberlin, Nachdruck des 2. Jahrgangs (Nr. 8/1975 – Nr. 12/1976) mit Ergänzungen und Zusätzen

Hrsg.: Rote Zellen / Marxistische Gruppen (Redaktion: MSZ-Kollektiv, verantwortlich L. Fertl): Nachdruck des 2. Jahrgangs (Nr. 8 – 12) Ergänzungen und Zusätze, [MSZ Nr. 8/1975 bis Nr. 12/1976] München, April 1978, Broschüre im Besitz des Verfassers.

Zitierweise: **Marxistische Arbeiterzeitung, Nummer/ Jahr:**

Marxistische Arbeiterzeitung (MAZ)

Rote Zellen München (Hrsg.): Marxistische Arbeiterzeitung (München), 1976.

Marxistische Gruppe (Hrsg.): Marxistische Arbeiterzeitung (München), 17. Oktober 1990.

Marxistische Gruppen (Hrsg.): Marxistische Arbeiterzeitung – Betriebszeitung der Marxistischen Gruppen in der BRD und Westberlin, Nr. 1, München, 20. Oktober 1977.

Marxistische Gruppe (Hrsg.): Marxistische Arbeiterzeitung Betriebszeitung der Marxistischen Gruppe für BMW (München), 05. Dezember 1979

Hrsg.: Roten Zellen und Marxistische Gruppen sowie Marxistische Gruppe

Zitierweise: **Hrsg., Fachbereichszeitung, Titel, Jahr:**

Fachbereichszeitungen

Marxistische Gruppe [Erlangen] (Hrsg.): Fachbereichszeitung Nr. 2, o.O. [Erlangen], [Juni] 1975a.

Marxistische Gruppe [Erlangen] (Hrsg.): Fachbereichszeitung Nr. 3, o.O. [Erlangen], [Juni] 1975b.

Marxistische Gruppe [Erlangen] (Hrsg.): Fachbereichszeitung Philosophie, Geschichte und Sozialwissenschaften und Fachbereichszeitung Sprach- und Literaturwissenschaften, Nr. 1, München, [Dezember] 1976.

Marxistische Gruppe [Erlangen] / Institutsausschuss Soziologie_Politologie (Hrsg.): Soz/Pol aktuell, Nr. 5, o.O. [Erlangen], [November] 1973.

Marxistische Gruppe Bremen (Hrsg.): Fachbereichszeitung Naturwissenschaft, Bremen, [Juni] 1979.

Marxistische Gruppe München (Hrsg.): Fachbereichszeitung Philosophie, Geschichte und Sozialwissenschaften, Nr. 1, München, [Mai] 1975a.

Marxistische Gruppe München (Hrsg.): Fachbereichszeitung Philosophie, Geschichte und Sozialwissenschaften, Nr. 2, München, [Juni] 1975b.

Marxistische Gruppe München (Hrsg.): Fachbereichszeitung Philosophie, Geschichte und Sozialwissenschaften, Nr. 3, München, [Juli] 1975c.

Rote Zellen / AK (Hrsg.): Fachbereichszeitung Soziologie / Politologie, Nr. 1, München, [Januar] 1975a.

Rote Zellen / AK (Hrsg.): Fachbereichszeitung Soziologie / Politologie / Geschichte, Nr. 2, München, [Juni] 1975b.

Rote Zellen München (Hrsg.): Fachbereichszeitung Naturwissenschaft, München, o.D. [1976].

Rote Zellen München (Hrsg.): Fachbereichszeitung Politologie, München, [März] 1977.

Zitierweise: **Hrsg., Philosophie, Jahr:**
Fachbereichszeitung/Schriftenreihe Philosophie

Fachschaft Philosophie LMU München (Hrsg.): Philosophie in München, Nr.2, München o.D. [Dezember] [1970a].

Rote Zelle Philosophie München (Hrsg.): Philosophie in München, Nr.1, München o.D. [Juni] [1970b].

8.1.2 Flugblätter und Flugblattsammlungen

Zitierweise: **Hrsg./Autor, Kurztitel, Jahr:**

Bartsch, R. / Fertl, H.L. / Mahlow, R. / Witzgall, H. (Hrsg.): Einladung zur Vollversammlung der Philosophischen Fachschaft, München o. D. [1970].

Basisgruppe Philosophische Fakultät II (Hrsg.): Flugblatt Nr. 1, o.O. (München), o.D. [1969].

Basisgruppen / Sozialistische Zelle Naturwissenschaft und Technik (Hrsg.): Wahlzeitung der Basisgruppen und der Sozialistischen Zelle Naturwissenschaft und Technik, 04.02.1972, Weiher 1972.

Fachschaft Philosophie LMU München (Hrsg.): Einladung zur Vollversammlung, o. O. [München] o. D. [1969].

Liste der Fachschaften und Basisgruppen (Hrsg.): Flugblatt 1 bis Flugblatt 5, o.O. [München], o.D. [1970].

Marxistische Gruppe (Hrsg.): Kommunistische Hochschulagitation 1977 – 1979, München 1979.

Marxistische Gruppe Bremen (Hrsg.): Was gibt es an der Naturwissenschaft zu kritisieren? Bremen 1978.

Marxistische Gruppe Erlangen (Hrsg.): Wahlzeitung der Basisgruppen der Marxistischen Gruppe, .o.O. [Erlangen] o.D. [Januar] [1974].

Marxistische Gruppe Erlangen / AStA FAU Erlangen-Nürnberg (Hrsg.): Schulungsprogramm der Fachschaften und Basisgruppen in Zusammenarbeit mit der Marxistischen Gruppe und dem AStA, .o.O. [Erlangen] o.D. [Oktober] (1971).

Marxistische Gruppe München (Hrsg.): Sie ist vorbei - die zeitungslöse, die schreckliche Zeit! Flugblatt, München, o. D. [März] [1978].

Rote Zellen Philosophie (Hrsg.): Unsere Antwort: Rote Zelle Philosophie gegründet, München o. D. [Mai] [1970].

Rote Zellen und Marxistische Gruppen (Hrsg.): Hochschulpolitik der Roten Zellen und Marxistischen Gruppen 1976/77. Eine Auswahl, o.O. [München], o.D. [1977].

8.1.3 Schriftenreihen

Zitierweise: **Hrsg., Resultate, Jahr:**

Resultate

Marxistische Gruppe (Hrsg.): Resultate der Arbeitskonferenz Nr. 3 / Mai 1979, Theoretisches Organ der Marxistischen Gruppe, (Resultate Kollektiv, verantw. Karl Held), Nr. 3, 6. Jg., München, [Mai] 1979a.

Marxistische Gruppe (Hrsg.): Resultate der Arbeitskonferenz Nr. 4 / Dezember 1979, Theoretisches Organ der Marxistischen Gruppe, (Verantw. f.d. Redaktion Karl Held), Nr. 4, 6. Jg., München, [Dezember] 1979b.

Marxistische Gruppe (Hrsg.): Resultate der Arbeitskonferenz Nr. 5 / Dezember 1979, Theoretisches Organ der Marxistischen Gruppe, (Verantw. f.d. Redaktion Karl Held), Nr. 5, 6. Jg., München, [Dezember] 1979c.

Marxistische Gruppe (Hrsg.): Resultate Nr. 1, Neufassung / April 1980, Theoretisches Organ der Marxistischen Gruppe, (Verantw. f.d. Redaktion Karl Held), Nr. 1/Neufassung, München, [April] 1980.

Marxistische Gruppe (Hrsg.): Resultate Nr. 6 / 1981, Theoretisches Organ der Marxistischen Gruppe, (Verantw. Karl Held), Nr. 6, München 1981.

Marxistische Gruppe (Hrsg.): Resultate Nr. 9 / 1983, Theoretisches Organ der Marxistischen Gruppe, (Verantw. Karl Held), Nr. 9, München 1983.

Rote Zellen/AK München (Hrsg.): Resultate der Arbeitskonferenz Nr. 1 / September 1974, Theoretisches Organ der Roten Zellen/AK – München, (Resultate Kollektiv, verantw. Anselm Kreuzhage), Nr. 1, 1. Jg., München, [September] 1974.

Rote Zellen/AK München (Hrsg.): Resultate der Arbeitskonferenz Nr. 2 / Dezember 1975, Theoretisches Organ der Roten Zellen/AK – München, (Resultate Kollektiv, verantw. Anselm Kreuzhage), Nr. 2, 2. Jg., München, [Dezember] 1975.

Zitierweise: **Hrsg., Kritik der bürgerlichen Wissenschaft, Kurztitel, Jahr:**

Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

Marxistische Gruppe (Hrsg.) (Resultate Kollektiv, verantw. Karl Held): Germanistik. Münchener Germanistik, München, [Januar] 1979a.

Marxistische Gruppe (Hrsg.) (Resultate Kollektiv, verantw. Karl Held): Soziologie. Empirische Sozialforschung, Familiensoziologie, München, [Februar] 1979b.

Marxistische Gruppe (Hrsg.) (Resultate Kollektiv, verantw. Karl Held): Politologie. Linke Wissenschaft vom Staat, München, [April] 1979c.

- Marxistische Gruppe (Hrsg.) (Resultate Kollektiv, verantw. Karl Held): Politologie. Münchner Politologie, München, [Mai] 1979d.
- Marxistische Gruppe (Hrsg.) (Verantw. f.d. Redaktion Karl Held): Die linken Kritiker, Nr.2, München, [Juli] 1979e.
- Marxistische Gruppe (Hrsg.) (Verantw. f.d. Redaktion Karl Held): Die Mikroökonomie. von der Erklärung des Werts über die Erfindung des Grenznutzens zum mathematischen Lob des Marktes, München 1987a.
- Marxistische Gruppe (Hrsg.) (Verantw. f.d. Redaktion Karl Held): Die Münchner Philosophie. Ethik, Logik und Wissenschaftstheorie, München 1987b.
- Marxistische Gruppe (Hrsg.) (Verantw. f.d. Redaktion Karl Held): Martin Heidegger. Der konsequenteste Philosoph des 20. Jahrhunderts, Faschist, München 1988.
- Marxistische Gruppe Bremen (Hrsg.): Kritik Bremer Wissenschaft, Nr. 1 bis Nr. 3, Bremen, [Mai] 1976a (Nr. 1) und [Juni] 1976b und 1976c (Nr. 2 und 3).
- Rote Zellen / Marxistische Gruppen (Hrsg.) (Resultate Kollektiv, verantw. Anselm Kreuzhage): Die linken Kritiker, Nr.1, München, [Juli] 1977.

Zitierweise: **Autor, Abweichende Meinungen, Kurztitel, Jahr:**

Abweichende Meinungen

- Decker, Peter / Held, Karl: Abweichende Meinungen zur ‚deutschen Frage‘. DDR kaputt, Deutschland ganz, (Nr. 1), München 1989.
- Decker, Peter / Held, Karl: Abweichende Meinungen zur deutschen Einheit. DDR kaputt, Deutschland ganz, Nr. 2, München 1990.
- Ebel, Theo: Abweichende Meinungen zum Falkland-Krieg, München 1982.
- Fertl, Herbert: Abweichende Meinungen zu Israel, München 1982.
- Held, Karl / Ebel, Theo: Abweichende Meinungen zur ‚Nachrüstung‘. Der Westen will den Krieg, Acht Beweise und ein Schluß, München 1983.
- Held, Karl / Ebel, Theo: Abweichende Meinungen zur ‚Wende‘, Das ‚Modell Deutschland‘ macht mobil, (Verantw. Karl Held), München 1984.
- Held, Karl: Abweichende Meinungen zu Polen, München 1982.

Zitierweise: **Marxistische Gruppe, Kritik der westdeutschen Gewerkschaften, Kurztitel, Jahr:**

Kritik der westdeutschen Gewerkschaften

- Marxistische Gruppe (Hrsg.) (Verantw. f.d. Redaktion Karl Held): Rationalisierung & Humanisierung. Vom modernen Umgang mit dem Arbeiter, Nr. 1, München 1979.
- Marxistische Gruppe (Hrsg.) (Verantw. f.d. Redaktion Karl Held): Der Deutsche Gewerkschaftsbund. Die Partei der Arbeit im Dienste von Wirtschaft und Nation, Nr. 2, München 1982.

Zitierweise: **Marxistische Gruppe, Naturwissenschaft und Technologie, Kurztitel, Jahr:**
Naturwissenschaft und Technologie

Marxistische Gruppe (Hrsg.) (Verantw. f.d. Redaktion Karl Held): Warum reden Naturwissenschaftler solchen Unsinn? 3. überarb. Aufl., München, [Juli] 1980. [1.Aufl. FB Naturwissenschaft 1976]

Marxistische Gruppe (Hrsg.) (Verantw. f.d. Redaktion Karl Held): Atomtechnologie und Atompolitik, München, [Dezember] 1980.

Zitierweise: **Marxistische Gruppe, Argumente, Kurztitel, Jahr:**
Argumente

Argumente gegen die Philosophie (1) [1984a]

Argumente gegen die Philosophie (2) [1984b]

Argumente gegen die Philosophie (3) [1985a]

Argumente gegen die Philosophie (4) [1985b]

Argumente gegen die Politologie [1990]

Argumente zur Politologie (1) [1984]

Argumente zur Politologie (2) [1985]

Argumente gegen die Politologie (Die Wahl) [1987]

Argumente gegen die Soziologie [1990]

Argumente gegen die Soziologie (Empirische Sozialforschung) [1985a]

Argumente gegen die Soziologie (Gesellschaft) [1985b]

Hrsg.: Marxistische Gruppe

Zitierweise: **Marxistische Gruppe München, Galerie Großer Geister, Person]**
Galerie Großer Geister

[Auswahl von Personen u.a.: Wolfgang Abendroth, Elmar Altvater, Iring Fetscher, Jürgen Habermas, Wolfgang Haug, Joachim Hirsch, Oskar Negt]

Hrsg.: Marxistische Gruppe München

Zitierweise: **Marxistische Gruppe München, Große Deutsche Politiker, Person]**
Große Deutsche Politiker (30 Jahre BRD)

[Auswahl von Personen u.a.: Konrad Adenauer, Willy Brandt, Helmut Schmidt, Franz Josef Strauss]

Hrsg.: Marxistische Gruppe München

8.1.4 Interviews

Die folgenden Interviews sind keine von der Marxistischen Gruppe oder ihren Vorläuferorganisationen herausgegebenen Quellen, werden aber der Vollständigkeit halber hier mit aufgenommen.

Zitierweise: **Autor, Interview, Jahr:**

Heinze, Ulrich: USZ im Gespräch: MG oder M16?? Die Marxistische Gruppe (& ihre Kritik) im Visier, Interview mit Herbert Fertl und Harald Kuhn, in: Uni-Stadtzeitung (USZ), Heft November 1987, S. 12 – 13.

Interview, Karl Held 1991, URL: <https://www.contradictio.de/blog/archives/7844>, 06.07.2023.
Schumann, Dirk / Hooffacker, Gabi: Die Marxistische Gruppe (MG). in: Der Ketzer, Nr. 13, 1981 (Interview mit Herbert Ludwig Fertl), München, Mai 1981, S. 2 – 5.

8.1.5 Weitere Veröffentlichungen

Zitierweise: **Hrsg./Autor, Kurztitel, Jahr:**

AK-Fraktion der Roten Zellen München (Hrsg.): Wissenschaft und Kapital. Zur Grundlegung sozialistischer Hochschulpolitik, München, o.D. [1972].

Engelhardt, Thomas u.a.: Zur Kritik der Marxistischen Gruppe (Theoriefraktion), Erlangen 1973.

Held, Karl / Ebel, Theo: Krieg und Frieden. Politische Ökonomie des Weltfriedens, Frankfurt a.M. 1983.

Marxistische Gruppe (Hrsg.) (Verantw. Karl Held): Die Psychologie des bürgerlichen Individuums, München 1981.

Marxistische Gruppe (Hrsg.): ‚Umwelt‘ und ‚Ökologie‘. Der Giftmüll des Kapitals, seine Ideologien und seine Naturschützer, München, [März] 1990.

Marxistische Gruppe (Hrsg.): Die Konkurrenz der Kapitalisten, Konspekt der Arbeiten: Die Konkurrenz der Kapitalisten und der Lohnarbeiter, (Typoskript) 1979a, Konspekt, URL: www.gegenstandpunkt.com/cix/gcix.html, letzter Zugriff 16.03.2011 [URL: <http://www.gegenstandpunkt.com/vlg/konkurr/konkap.htm>, letzter Zugriff 11.12.2013.].

Marxistische Gruppe (Hrsg.): Glaubenssätze und Methoden der nationalökonomischen Weltanschauung, München, Mai 1990.

Marxistische Gruppe (Hrsg.): Lohnarbeit – Konkurrenz der Arbeiter – Klassenbewußtsein, Konspekt der Arbeiten: Die Konkurrenz der Kapitalisten und der Lohnarbeiter, (Typoskript) 1979b, Konspekt, URL: www.gegenstandpunkt.com/cix/gcix.html, letzter Zugriff 16.03.2011.

Marxistische Gruppe / Kuhn, Harald: Die Jobs der Elite. Eine marxistische Berufsberatung, München 1987.

- Marxistische Gruppe Bremen (Hrsg.): Kritik Bremer Wissenschaft Nr. 1, H. Reichelts Marxaustreibung mit Niveau, Bremen, [Mai] 1976a.
- Marxistische Gruppe Bremen (Hrsg.): Kritik Bremer Wissenschaft Nr. 2, J. Huffs Schmid Mit Marx für einen besseren Kapitalismus, Bremen, [Juni] 1976b.
- Marxistische Gruppe Bremen (Hrsg.): Kritik Bremer Wissenschaft Nr. 3, Schadet das HRG der Bremer Wissenschaft?, Bremen, [Juni] 1976c.
- Marxistische Gruppe Bremen (Hrsg.): Was bewegt die ‚Neue Studentenbewegung‘? Von Basisgruppen, Revisionisten und anderen Reformfans, Bremen, [Juni] 1977.
- Marxistische Gruppe Erlangen (Hrsg.): Sozialistische Hochschulzeitung, Nr. 1/2, 01.11.1973, Nürnberg 1973.
- Marxistische Gruppe Erlangen-Nürnberg (Hrsg.): Die Marxistische Gruppe Erlangen-Nürnberg konstituiert sich am 17.6.1971 - sie gibt folgende Erklärung heraus, Erlangen, 07.06.1971.
- Marxistische Gruppe Erlangen-Nürnberg (Hrsg.): Kapitalistische Hochschulreform. Analysen und Dokumente, 3. unveränderte Aufl. 1972, Erlangen, [Januar] 1974.
- Marxistische Gruppe Westberlin (Hrsg.): Dokumentation zum Bahro-Kongress. Mit einem konstruktiven Anhang, o.O. [Westberlin], o.D. [1978].
- Marxistische Gruppe/Theoriefraktion (Hrsg.): Circular 1, Erlangen, [Juli] 1972a.
- Marxistische Gruppe/Theoriefraktion (Hrsg.): Circular 2, Erlangen, [November] 1972b.
- Marxistische Gruppe/Theoriefraktion (Hrsg.): Circular 3, Erlangen, [Dezember] 1972c.
- Marxistische Gruppe/Theoriefraktion (Hrsg.): Circular 3, Erlangen, 2. erw. Aufl. 1973.
- Rote Zellen / AK München und AStA LMU München (Hrsg.): Die reformierte Misere. HSRG-Entwurf, Zur Kritik kapitalistischer Hochschulreform, [Dezember] 1973.
- Rote Zellen / AK München und AStA LMU München (Hrsg.): Hochschulpolitische Informationen des AStA der Ludwig-Maximilian-Universität, München, Wintersemester 1972/73.
- Verein zur Förderung des marxistischen Pressewesens (Hrsg.): Kritik der ‚Kritischen Theorie‘ der ‚Frankfurter Schule‘ (Adorno, Horkheimer, Fromm), München 1986.
- Verein zur Förderung des studentischen Pressewesens (Hrsg.): Bremer Hochschulzeitung, München, 22. April 1980.

8.1.6 Verlagsprogramme

Zitierweise: **Hrsg., Kurztitel, Jahr:**

- Gegenstandpunkt Verlag (Hrsg.): Verlagsprogramm, München 1996.
- MHB GmbH (Hrsg.): Räumungsverkauf MHB-Laden Schreiben vom 24.06.1991, München 1991.
- MHB GmbH (Hrsg.): Verzeichnis der vorhandenen Schriften. Stand 01.01.1980, o.O. [München], 1980.
- Resultate GmbH (Hrsg.): Verlagsprogramm 1982. Resultate, München 1982.

Verein zur Förderung des studentischen Pressewesens e.V. (Hrsg.): Kommunistische Agitation 1980. Neuerscheinungen u. Gesamtverzeichnis der Publikationen Marxistische Gruppe, Sommersemester 1980, München 1980.

8.1.7 Vorträge

Zitierweise: **Autor, Kurztitel, Jahr:**

(Audio) [1984 – 1990, Auswahl] [URL: https://www.youtube.com/results?search_query=Marxistische+Gruppe]

Atommacht BRD, (MG, Jonas Köper), 1988.

Dummheit, (MG, Karl Held), 1984.

Erziehung, (MG, Karl Held), 1980.

Geschichtswissenschaft - Geschichte als Argument, (MG, Peter Decker), 1987.

Geschichtswissenschaft, (MG, Peter Decker), 1988.

Gewaltfrage, (MG, Karl Held), 1987.

Hegel (Was ist Dialektik?), (MG, Peter Decker), 1984 und 1985.

Ist der Kommunismus tot, (MG, Karl Held), 1989.

Kritik - Wie geht das, (MG, Karl Held u. Harald Kuhn), 1989.

Kultur, (MG, Konrad Hecker), 1989.

Marxismus - Anpassungslehre oder Kritik, (MG, Peter Decker), 1990.

Nationalismus - Vaterlandsliebe, (MG, Rolf Röhrig), 1986.

Parteilichkeit der Presse, (MG), 1985.

Psychologie des bürgerlichen Individuums, (MG, Karl Held u.a.), 1980.

Religion - Vom christlichen Glauben, (MG, Karl Held), 1979.

Staat, (MG, Karl Held), 1979.

Studentenbewegung, (MG, Karl Held), 1988.

Toleranz, (MG, Karl Held), 1986.

Zeitgeist, (MG, Peter Decker), 1987.

8.1.8 Zeitschrift *Gegenstandpunkt* und Gegenstandpunkt Verlagsgesellschaft

Zitierweise: **Gegenstandpunkt, Nummer/Jahr:**

[1992 bis 2024, Auswahl]

Gegenstandpunkt, Politische Vierteljahresschrift, Nr. 1, 1992, München 1992, (Redaktion: Karl Held (verantw.), P. Decker, T. Ebel, H.L. Fertl, H. Kuhn, H. Scholler).

Gegenstandpunkt, Politische Vierteljahresschrift, Nr. 1, 2024, München 2024, (Redaktion: Peter Decker (verantw.).

Gegenstandpunkt Verlagsgesellschaft:

Webseite des Verlages, URL: <https://de.gegenstandpunkt.com>.

Übersicht „System der freien Konkurrenz“, 2017 – 2023, URL: <https://de.gegenstandpunkt.com/archiv/dossiers/konkurrenz-kapitalisten>, letzter Zugriff 17.10.2024.

Übersicht „Konspekt der Arbeiten“ sowie Typoskripte „Die Konkurrenz der Kapitalisten“ und „Die Konkurrenz der Lohnarbeiter“, veröffentlicht bis 2017, Kopien im Besitz des Verfassers, URL: <http://de.gegenstandpunkt.com/cix/gcix.html>, letzter Zugriff 27.03.2017.

8.2 Literaturverzeichnis

8.2.1 Literatur

- Abelshauser, Werner: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart, 2. überarb. u. erw. Aufl., München 2011.
- Abelshauser, Werner: Die Langen Fünfziger Jahre. Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1966, Düsseldorf 1987.
- Adler, Max: Die Staatsauffassung des Marxismus. Ein Beitrag zur Unterscheidung von soziologischer und juristischer Methode, Darmstadt 1973.
- Albrecht, Willy: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) – Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken, Bonn 1994.
- Altwater, Elmar / Huiskens, Freek (Hrsg.): Materialien zur Politischen Ökonomie des Ausbildungssektors, Erlangen 1973.
- Altwater, Elmar: Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus, in: Probleme des Klassenkampfes, Heft Nr. 3, 1972, S. 1 – 53.
- Amtsgericht München: Handelsregister Abteilung B 97949 [Eintragung 1992] Gegenstandspunkt Verlags GmbH, URL: <https://www.northdata.de/Gegenstandspunkt+Verlags+GmbH,+M%C3%BCnchen/HRB+97949>, letzter Zugriff 10.10.2022.
- Arbeitsgruppe [Mitglieder, Sympathisanten und Kritiker der Basisgruppen Bremen] (Hrsg.): Beiträge zur Kritik der Marxistischen Gruppen (MG/AK München), Bremen, April 1978.
- Armanski, Gerhard / Kostede, Norbert / Penth, Boris: Vom Bourgeoisideologen zum Massenintellektuellen. Zur Klassenlage der Intelligenz, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 7, hg. von Hans-Georg Backhaus u.a., Frankfurt a.M. 1976, S. 68 – 118.
- Auerbach, Wolfram: Diesseits von Gut und Böse. Theorie und Moral der ‚Marxistischen Gruppe‘ (MG) und der Zeitschrift ‚Gegenstandspunkt‘, Hannover 1996.
- Aufbruch Studenten. Verlorenes Wochenende, in: Der Spiegel Nr. 17, 1968, 21.04.1968.
- Augstein, Rudolf: Knüppel frei? in: Der Spiegel Nr. 17, 1968, 21.04.1968.
- Autorenkollektiv: Klassenbewegung und Staat in der Bundesrepublik Deutschland, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 8/9, hg. von Hans-Georg Backhaus u.a., Frankfurt a.M. 1976, S. 51 – 98.
- Backhaus, Hans-Georg u.a.: Editorial, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 1, hg. von Hans-Georg Backhaus u.a., Frankfurt a.M. 1974, S. 7 – 11.
- Backhaus, Hans-Georg: Materialien zur Rekonstruktion der Marxschen Werttheorie, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 1, hg. von Hans-Georg Backhaus u.a., Frankfurt a.M. 1974, S. 52 – 77.
- Backhaus, Hans-Georg: Materialien zur Rekonstruktion der Marxschen Werttheorie 2, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 3, hg. von Hans-Georg Backhaus u.a., Frankfurt a.M. 1975, S. 122 – 159.
- Backhaus, Hans-Georg: Materialien zur Rekonstruktion der Marxschen Werttheorie 3, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 11, hg. von Hans-Georg Backhaus u.a., Frankfurt a.M. 1978, S. 16 – 117.

- Bader, Veit-Michael u.a.: Krise und Kapitalismus bei Marx, Band I und Band II, Eschwege 1975.
- Baghdady, Anne / Würz, Markus: Presse und Rundfunk, in: Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 13.09.2014, URL: <http://www.hdg.de/lemo/kapitel/nachkriegsjahre/neuanfaenge/presse-und-rundfunk.html>, letzter Zugriff 10.09.2022.
- Bauerkämper, Arnd: Die Sozialgeschichte der DDR, München 2005.
- Bebnowski, David: Kämpfe mit Marx. Neue Linke und akademischer Marxismus in den Zeitschriften Das Argument und PROKLA 1959 – 1976, Göttingen 2021.
- Becker, Thomas P. / Schröder, Ute (Hrsg.): Die Studentenproteste der 60er Jahre. Archivführer - Chronik – Bibliographie, Köln/Weimar/Wien/Böhlau 2000.
- Bellers, Jürgen (Hrsg.): Klassische Staatsentwürfe. Außenpolitisches Denken von Aristoteles bis heute, Darmstadt 1996.
- Benicke, Jens: Die K-Gruppen. Entstehung - Entwicklung - Niedergang, Wiesbaden 2019.
- Bergmann, Uwe (Red.): Bedingungen und Organisation des Widerstandes. Der Kongreß in Hannover, Berlin 1967.
- Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Akademienvorhaben Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA), URL: <https://mega.bbaw.de/de/struktur/ii-abteilung/ii/14-m/e>, letzter Zugriff 05.10.2023.
- Beyer, Gerhard: Es liegt nur am Denken. Zu Theorie und Politik der ‚Marxistischen Gruppe‘ (MG/AK-München), in: Dem Volke dienen, Zentralorgan des Kommunistischen Studentenverbandes - KSV, Nr. 7, 1978, Köln, Oktober 1978, S. 28 – 31.
- Birke, Peter / Hüttner, Bernd / Oy, Gottfried (Hrsg.): Alte Linke – Neue Linke? Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre in der Diskussion, Berlin 2009.
- Bischoff, Joachim (Hrsg.): Die Klassenstruktur der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zum sozialen System der BRD, Westberlin 1976.
- Bischoff, Joachim / Fiehler, Fritz / Hüning, Hasko / Lieber, Christoph / Otto, Axel / Wolfteich, Wolfgang / Zieher, Aline: Marx, Markt und die ‚freie Konkurrenz‘. Über einige Grundirrtümer von Marx-Kritikern, in: Sozialismus Heft Nr. 7/8 – 91, 1991, S. 23 – 37.
- Bischoff, Joachim / Krüger, Stephan / Zinn, Karl Georg: Finanzkrise, Überakkumulation, und die Rückkehr des Staates, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus Nr. 12/2008, Hamburg 2008.
- Bischoff, Joachim / Maldaner, Karlheinz (Hrsg.): Kulturindustrie und Ideologie. Teil 1: Arbeiterkultur, Theorie des Überbaus, Freizeit, Sport, Hamburg 1980.
- Bischoff, Joachim / Maldaner, Karlheinz (Hrsg.): Kulturindustrie und Ideologie. Teil 2: Tourismus, Kleingärten/Camping, Heimtiere, Lotto/Toto, Kirche, Medien, Kultur, Hamburg 1982.
- Bischoff, Joachim / Menard, Michael: Marktwirtschaft und Sozialismus. Der Dritte Weg, Hamburg 1990.
- Bischoff, Joachim / Otto, Axel , u.a. : Ausbeutung - Selbstverrätselung - Regulation, Der 3. Band des ‚Kapital‘, Hamburg 1993.
- Bischoff, Joachim u.a.: Jenseits der Klassen? Gesellschaft und Staat im Spätkapitalismus, Hamburg 1982.

- Bischoff, Joachim: Der Kapitalismus des 21. Jahrhunderts. Systemkrise oder Rückkehr zur Prosperität?, Hamburg 1999.
- Blanke, Bernhard / Jürgens, Ulrich / Kastendiek, Hans: Zur neueren Marxistischen Diskussion über die Analyse von Form und Funktion des bürgerlichen Staates. Überlegungen zum Verhältnis von Politik und Ökonomie, in: Probleme des Klassenkampfes, Heft Nr. 14/15, 1974, 1974, S. 51 – 102.
- Bock, Hans Manfred: Geschichte des linken Radikalismus in Deutschland. Ein Versuch, Frankfurt a. M. 1976.
- Borowsky, Peter: Die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1966 – 1983, in: Schlaglichter historischer Forschung, Studien zur deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, hg. von Peter Borowsky, aus dem Nachlass hg. von Rainer Hering und Rainer Nicolaysen, Hamburg 2005, S. 295 – 316.
- Breithut, Jörg: Netzaktivist startet Archiv für Verfassungsschutzberichte, Der Spiegel [online], 02.11.2019, URL: <https://www.spiegel.de/netzwelt/web/netzaktivist-startet-online-archiv-fuer-verfassungsschutzberichte-a-1294435.html>, letzter Zugriff 15.03.2023.
- Büdinger, Ulrike: Zur Auflösung der Marxistischen Gruppe (MG), in: Aufsätze zur Diskussion, Nr. 53, 1991, Frankfurt a.M., September 1991, S. 37 - 40.
- Creydt, Meinhard: Die Verkehrung von Kritik in einen selbstgenügsamen Habitus, o.O., April 2006, URL: <http://www.meinhard-creydt.de/archives/84>, letzter Zugriff 09.10.2021.
- Cunow, Heinrich: Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie. Grundzüge der Marxschen Soziologie, Band 1 und Band 2, Berlin 1920/1921.
- Dapprich, Matthias: The historical development of West Germany's new left from a politico-theoretical perspective with particular emphasis on the Marxistische Gruppe and Maoist K-Gruppen, Glasgow 2013, URL: <http://theses.gla.ac.uk/4692/>, letzter Zugriff 11.09.2021.
- Dem Volke dienen. Zentralorgan des Kommunistischen Studentenverbandes (KSV), Nr. 1, 25. Oktober 1972, hg. von der Zentralen Leitung des Kommunistischen Studentenverbandes, Dortmund 1972.
- Der lange Marsch, in: Der Spiegel Nr. 51, 1967, 10.12.1967, S. 52 – 66.
- Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Kaufkraftäquivalente historischer Beträge in deutschen Währungen, o.O., 19.01.2024, URL: <https://www.bundesbank.de/de/statistiken/konjunktur-und-preise/-/kaufkraftaequivalente-historischer-betraege-in-deutschen-waehrungen-615162>, letzter Zugriff 04.08.2024.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) [Online-Dienste]: Vor 55 Jahren: Bundestag beschließt Notstandsgesetze, o.O., 23.05.2023, URL: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw21-kalenderblatt-notstandsgesetze-556672>, letzter Zugriff 01.09.2023.
- Deycke, Alexander / Gmeiner, Jens / Schenke, Julian / Micus, Matthias (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021.
- Dick, Franz: Kritik der bürgerlichen Sozialwissenschaften. Theorie und Empirie, Theorie und Praxis, Forschungsprozeß und Wissenschaftstheorie, Heidelberg 1974.
- Dovermann, Ulrich (Hrsg.): Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, 2. Aufl. 2012.

- Dutschke, Rudi: Jeder hat sein Leben ganz zu leben. Die Tagebücher 1963 – 1979, hg. von Gretchen Dutschke, Köln 2003.
- Eberle, Friedrich (Hrsg.): Aspekte der Marxschen Theorie 1. Zur methodischen Bedeutung des 3. Bandes des ‚Kapital‘, Frankfurt a.M. 1973.
- Eberle, Friedrich / Hennig, Eike: Anmerkungen zum Verhältnis von Theorie und Empirie, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 2, hg. von Hans-Georg Backhaus u.a., Frankfurt a.M. 1974, S. 7 – 110.
- Eberle, Friedrich / Hennig, Eike: Bemerkungen zur Kritik von J. Hirsch und H. Reichelt in ‚Gesellschaft 4‘, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 7, hg. von Hans-Georg Backhaus u.a., Frankfurt a.M. 1974, S. 224 – 257.
- Eberle, Friedrich: Zur Auseinandersetzung der Marxschen Theorie mit bürgerlichen Ansätzen, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 1, hg. von Hans-Georg Backhaus u.a., Frankfurt a.M. 1974, S. 132 – 180.
- Elbe, Ingo: Marx im Westen. Die neue Marx-Lektüre in der Bundesrepublik seit 1965, Berlin, 2. korrig. Aufl. 2010.
- Elbe, Ingo: Neue Marxlektüre, in: Marx-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung, hg. von Michael Quante / David P. Schweikard, Stuttgart 2016, S. 343 – 349.
- Ellwein, Thomas: Krisen und Reformen. Die Bundesrepublik seit den sechziger Jahren, München 1989.
- Eschenhagen, Wieland / Judt, Matthias: Chronik Deutschland 1949 – 2014. 65 Jahre deutsche Geschichte im Überblick, Bonn 2014.
- Esser, Josef / Görg, Christoph / Hirsch, Joachim (Hrsg.): Politik, Institutionen und Staat, Zur Kritik der Regulationstheorie, Hamburg 1994.
- Esser, Josef: Einführung in die materialistische Staatsanalyse, Frankfurt a.M. 1975.
- Fetscher, Iring: Der Marxismus. Seine Geschichte in Dokumenten, Band 1: Philosophie Ideologie, Band 2: Ökonomie Soziologie, Band 3: Politik, München 1976 und 1977.
- Fettahoglu, Turan: Mittelstandsunternehmen MG, in: Der Ketzer, Nr. 13, 1981, München, Mai 1981, S.3.
- Fichter, Tilman / Lönnendonker, Siegwad: Genossen! Wir haben Fehler gemacht. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund 1946 – 1970: Der Motor der 68er-Revolution, Marburg 2021.
- Fichter, Tilman / Lönnendonker, Siegwad: Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von 1946 bis zur Selbstauflösung, Berlin 1977.
- Fichter, Tilman / Lönnendonker, Siegwad: Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von Helmut Schmidt bis Rudi Dutschke, Bonn 2008.
- Filter, Johannes: Über was informiert der Verfassungsschutz? o.D., URL: <https://verfassungsschutzberichte.de>, letzter Zugriff 22.07.2023.
- Fleischer, Helmut: Marx und Engels. Die philosophischen Grundlinien ihres Denkens, 2., um ein Nachwort erw. Aufl., München 1974.
- Fraude, Andreas: Zeitschriftenporträt: Gegenstandspunkt, in: Jahrbuch Extremismus und Demokratie, 2003, S. 247 – 262.
- Frei, Norbert: 1968. Jugendrevolte und globaler Protest, akt. u. erw. Ausgabe 2017, München, 2. Aufl. 2018.

- Fülberth, Georg: Ein Fall von Panik, in: Konkret, Nr. 7, 1991, Juli 1991, S. 24 – 25.
- Funke, Hajo: Antiautoritär. 50 Jahre Studentenbewegung: die politisch-kulturellen Umbrüche, Eine Flugschrift, Hamburg 2017.
- Funke, Manfred (Hrsg.): Extremismus im demokratischen Rechtsstaat. Ausgewählte Texte und Materialien zur aktuellen Diskussion, Bonn 1978.
- Funken, Klaus: Überlegungen zu einer marxistischen Staatstheorie, in: Braunmühl, Claudia von / Funken, Klaus / Cogoy, Mario / Hirsch, Joachim: Probleme einer materialistischen Staatstheorie, Frankfurt a.M. 1973, S. 92 – 128.
- Fürmetz, Gerhard: Protest oder „Störung“? Studenten und Staatsmacht in München um 1968, Eine Ausstellung des Staatsarchivs München, München 1999.
- Gäbler, Bernd (Hrsg.): Das Prinzip Ohnmacht. Eine Streitschrift zur Politik der ‚Marxistischen Gruppe‘, Dortmund 1983.
- Gerstenberger, Heide: Die subjektlose Gewalt. Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt, Münster, 2., überarb. Aufl. 2006.
- Gerstenberger, Heide: Klassenantagonismus, Konkurrenz und Staatsfunktionen, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 3, hg. von Hans-Georg Backhaus u.a., Frankfurt a.M. 1975, S. 7 – 26.
- Gerstenberger, Heide: Zur Theorie der historischen Konstitution des bürgerlichen Staates, in: Probleme des Klassenkampfes, Heft Nr. 8/9, 1973, 1973, S. 207 – 226.
- Gilcher-Holtey, Ingrid: Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA, München, 5. Aufl. 2017.
- Gilcher-Holtey, Ingrid: Kritische Theorie und Neue Linke. In: Dies. (Hrsg.), 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 17, Göttingen 1998, S. 168–187.
- Gloede, Fritz: Zur klassentheoretischen Bestimmung der neuen Mittelklassen und der Intelligenz, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 3, hg. von Hans-Georg Backhaus u.a., Frankfurt a.M. 1975, S. 61 – 121.
- Gruppe Neues Rotes Forum (GNRF) Heidelberg (Hrsg.): Materialien zur Organisationsfrage, BRD u. West-Berlin, o.O. [Heidelberg], o.D. [Jan 1971], URL: https://www.mao-projekt.de/BRD/BW/KAR/Heidelberg_GNRF_1971_Organisationsfrage.shtml, letzter Zugriff 17.07.2023.
- Gruppe Rheinische Zeitung (Hrsg.): Akademischer Kommunismus. Die Politik der AK München, in: Rheinische Zeitung Bonn, Nr. 4/5, 1976, September/Okttober 1976, S. 27 – 30.
- Gruppe Rheinische Zeitung (Hrsg.): Sozialistische Hochschulpolitik, Bonn 1977.
- Gruppe Rheinische Zeitung (Hrsg.): Staat und Ökonomie, Bonn 1978.
- Gulyga, Arseni: Die klassische deutsche Philosophie. Ein Abriß, Leipzig 1990.
- Habermas, Jürgen: Probe für Volksjustiz. Zu den Anklagen gegen die Intellektuellen, in: Der Spiegel Nr. 42, 1977, 10.10.1977, S. 32.
- Habermas, Jürgen: Protestbewegung und Hochschulreform, Frankfurt a.M. 1969.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich: Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse, in: Theorie-Werkausgabe, Werke 7, Frankfurt a.M. 1970.

- Heinrich, Michael: Der 6-Bücher-Plan und der Aufbau des Kapital. Diskontinuierliches in Marx' theoretischer Entwicklung, in: Wissenschaftliche Mitteilungen, Heft 1, 2002, hg. vom Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition e.V., Hamburg 2002, S.92 – 101.
- Heinrich, Michael: Die Marxschen Texte zur Ökonomiekritik, unveröffentlichtes Seminar material, Berlin 2000, URL: <http://www.oekonomiekritik.de>, letzter Zugriff 29.01.2021.
- Heinze, Ulrich: USZ im Gespräch: MG oder M16?? Die Marxistische Gruppe (& ihre Kritik) im Visier, Interview mit Herbert Fertl und Harald Kuhn, in: Uni-Stadtzeitung (USZ), Heft November 1987, S. 12 – 13.
- Held, Karl: Kommunikationsforschung – Wissenschaft oder Ideologie? Materialien zur Kritik einer neuen Wissenschaft, München 1973.
- Held, Karl / Ebel, Theo: Krieg und Frieden. Politische Ökonomie des Weltfriedens, Frankfurt a. M. 1983.
- Hemler, Stefan: Von Kurt Faltlhauser zu Rolf Pohle. Die Entwicklung der studentischen Unruhe an der Ludwig-Maximilians-Universität München in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, in: 1968. 30 Jahre danach, hg. von Venanz Schubert, St. Ottilien 1999, S. 209 – 241.
- Hennig, Eike / Hirsch, Joachim / Reichelt, Helmut / Schäfer, Gert (Hrsg.): Karl Marx - Friedrich Engels. Staatstheorie, Materialien zur Rekonstruktion der marxistischen Staatstheorie, Frankfurt a.M. 1974.
- Herbert, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014.
- Hermanin, Federico / Lauer, Michael / Schürmann, Axel: Drei Beiträge zur Methode und Kri-sentheorie bei Marx, Gießen 1973.
- Hirsch, Joachim: Bemerkungen zum theoretischen Ansatz einer Analyse des bürgerlichen Staates, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 8/9, hg. von Hans-Georg Backhaus u.a.. Frankfurt a.M. 1976, S. 99 – 149.
- Hirsch, Joachim: Elemente einer materialistischen Staatstheorie, in: Braunmühl, Claudia von / Funken, Klaus / Cogoy, Mario / Hirsch, Joachim: Probleme einer materialistischen Staatstheorie, Frankfurt a.M. 1973, S. 199 – 266.
- Hirsch, Joachim: Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems, Hamburg 2005.
- Hirsch, Joachim: Politische Form, politische Institutionen und Staat, in: Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie, hg. von Josef Esser / Christoph Görg / Joachim Hirsch, Hamburg 1994, S. 157 – 211.
- Hirsch, Joachim: Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals, Frankfurt a.M. 1974.
- Hirsch, Joachim: Zum Problem einer Ableitung der Form- und Funktionsbestimmung des bürgerlichen Staates, in: Karl Marx - Friedrich Engels. Staatstheorie, Materialien zur Rekonstruktion der marxistischen Staatstheorie, hg. von Eike Hennig / Joachim Hirsch / Helmut Reichelt / Gert Schäfer, Frankfurt a.M. 1974, S. CXXXIX – CLIII.
- Hirsch, Joachim: Zur Analyse des politischen Systems, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marx-schen Theorie 1, hg. von Hans-Georg Backhaus u.a.. Frankfurt a.M. 1974, S. 78 – 131.
- Hobbes, Thomas: Leviathan. Aus dem Englischen übertragen von Jutta Schlösser, hg. von Hermann Klenner, Hamburg 1996.

- Hochberger, Hunno: Probleme einer materialistischen Bestimmung des Staates, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 2, hg. von Hans-Georg Backhaus u.a., Frankfurt a.M. 1974, S. 155 – 203.
- Horkheimer, Max: Gesammelte Schriften, Band 18, Briefwechsel 1949 – 1973, hg. von Gunzelin Schmid Noerr, Frankfurt a. M. 1969.
- Hoser, Paul: Presse (20. Jahrhundert), in: Historisches Lexikon Bayerns, 12.02.2007, aktualisiert 15.02.2023, URL: [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Presse_\(20._Jahrhundert\)#Presselizenzen_durch_die_amerikanische_Besatzungsmacht](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Presse_(20._Jahrhundert)#Presselizenzen_durch_die_amerikanische_Besatzungsmacht), letzter Zugriff 09.02.2022.
- Hösle, Vittorio: Hegels System. Der Idealismus der Subjektivität und das Problem der Intersubjektivität, Band 1 und 2, Hamburg 1988.
- Huffs Schmid, Jörg: Die Politik des Kapitals. Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, Frankfurt a.M. 1969.
- Huffs Schmid, Jörg: Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg 1999.
- Initiative Arbeiterzeitung und -zentren (Hrsg.): Kritik der Marxistischen Gruppe (MG). Die Arbeiter und ihre Perspektive, Frankfurt a.M., o.D. [1984].
- Juchler, Ingo: 1968 in Deutschland, Schauplätze der Revolte, Bonn 2018.
- Juchler, Ingo: Die Studentenbewegungen in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland der sechziger Jahre. Eine Untersuchung hinsichtlich ihrer Beeinflussung durch Befreiungsbewegungen und -theorien aus der dritten Welt, Berlin 1996.
- Jünke, Christoph: Eine kleine Geschichte der linkssozialistischen VSP von 1986 bis 2000, in: Trend Online Zeitung Nr. 4 / 2001, URL: <http://trend.infopartisan.net/trd0401/t130401.html>, letzter Zugriff 19.10.2023.
- Kailitz, Susanne: Von den Worten zu den Waffen? Frankfurter Schule, Studentenbewegung, RAF und die Gewaltfrage, Wiesbaden 2007.
- Kannankulam, John: Staatskapitalismus? Anmerkungen zum Verhältnis von Kapitalismus und Staat aus der Perspektive materialistischer Staatstheorie, in: PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft, Heft Nr. 208, 2022, S. 373 – 384, URL: <https://doi.org/10.32387/prokla.v52i208.2011>, letzter Zugriff 04.08.2024.
- Kant, Immanuel: Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis, in: Kants Werke, Akademie-Textausgabe, Band VIII, S. 273 – 313, Berlin 1968.
- Käsler, Dirk / Schnädelbach, Herbert: Aufklärung über die Marxistische Gruppe (MG), o.D. [2009], URL: <https://neueraf.wordpress.com/2009/05/21/aufklarung-uber-die-marxistische-gruppe-mg/>, letzter Zugriff 13.09.2021.
- Kesten, Dietmar: ‚Dem Volke dienen‘. Zentralorgan des Kommunistischen Studentenverbandes (KSV) 1972-1978, Gelsenkirchen 23.10.2021, URL: https://www.mao-projekt.de/BRD/ORG/AO/KSV_Dem_Volke_dienen.shtml, letzter Zugriff 09.11.2023.
- Kesten, Dietmar: KHB (ML): ‚Seminar-‘Marxismus‘ und Kapitulantentum am Beispiel der Münchner AK-Gruppierung (1973)‘, Gelsenkirchen, 13.9.2018, URL: https://www.mao-projekt.de/BRD/ORG/ABG/KHB_1973_Seminar marxismus.shtml, letzter Zugriff 14.12.2023.

- Kleinert, Hubert: Geschichte des linken Radikalismus in der Bundesrepublik Deutschland 1945 – 1990, in: Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, hg. von Ulrich Dovermann, Bonn, 2. Aufl. 2012, S. 49 – 94.
- Knapp, Udo: Zur Auflösung des SDS-Bundesvorstandes, in: Sozialistische Correspondenz, Nr. 38/39, 21. März 1970, S. 6 – 10.
- Koenen, Gerd : Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967 – 1977, Frankfurt a.M., 5. Aufl. 2011.
- Kommunisten. Billige Rache, in: Der Spiegel Nr. 43, 1987, 18.10.1987.
- Kommunistischer Hochschulbund (ML)(Hrsg.): Seminar-,Marxismus‘ und Kapitulantentum am Beispiel der Münchner AK-Gruppierung, München, o.D. [1973].
- Körner, Burghard: Willkommen [Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz], o.O. [München], 2013, URL: <https://web.archive.org/web/20130618022806/http://www.verfassungsschutz.bayern.de/>, letzter Zugriff 26.07.2023.
- Kostede, Norbert: Die neuere marxistische Diskussion über den bürgerlichen Staat. Einführung - Kritik - Resultat, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 8/9, hg. von Hans-Georg Backhaus u.a.. Frankfurt a.M. 1976a, S. 150 – 196.
- Kostede, Norbert: Kritik neuer Analysen zur Klassenstruktur der BRD. Rezension der Studien des IMSF und des PKA, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 7, hg. von Hans-Georg Backhaus u.a.. Frankfurt a.M. 1976b, S. 119 – 132.
- Kostede, Norbert: Staat und Demokratie. Studien zur politischen Theorie des Marxismus, Darmstadt 1980.
- Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): Die RAF. Entmythologisierung einer terroristischen Organisation, Bonn 2008a.
- Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946 – 1995, Band 1: Chronik, Band 2: Dokumente, Band 3: Aufsätze und Kommentare, Register, Hamburg 1998.
- Kraushaar, Wolfgang: Achtundsechzig. Eine Bilanz, Berlin 2008b.
- Kraushaar, Wolfgang: Denkmodelle der 68er-Bewegung, in : Aus Politik und Zeitgeschichte, Ausgabe B 22-23, Bonn 2001, S. 14 – 27.
- Krölls, Albert: Kritik der Psychologie. Das moderne Opium des Volkes, Hamburg 2006.
- Kuhlen, Lothar: ‚Ableitung‘ und ‚Verdoppelung‘ in der neueren marxistischen Diskussion über den Staat, in: Probleme der marxistischen Rechtstheorie, hg. von Hubert Rottleuthner, Frankfurt a.M. 1975, S. 312 – 337.
- Kühn, Andreas: Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre, Frankfurt a.M. 2005.
- Lang, Jürgen: Medienporträt: MSZ – Gegen die Kosten der Freiheit, in: Jahrbuch Extremismus und Demokratie, 2023, S. 225-240.
- Langguth, Gerd: Protestbewegung. Entwicklung – Niedergang – Renaissance, Die Neue Linke seit 1968, Köln 1983.
- Langguth, Gerd: Die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland 1968 - 1976, Köln 1976.
- Langguth, Gerd: Protestbewegung am Ende. Die Neue Linke als Vorhut der DKP, Mainz 1971.

- Läpple, Dieter: Staat und allgemeine Produktionsbedingungen. Grundlagen zur Kritik der Infrastrukturtheorien, Berlin 1973.
- Leggewie, Claus: 1968 ist Geschichte, in : Aus Politik und Zeitgeschichte, Ausgabe B 22-23, 2001, Bonn, 26.05.2002, S. 3 – 6.
- Lenin, Wladimir Iljitsch: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß, in: W.I. Lenin Werke, Band 22, S. 189 – 309, Berlin 1977.
- Lenin, Wladimir Iljitsch: Materialismus und Empirioskritizismus, W.I. Lenin Werke, Band 14, Berlin 1975.
- Lewin, Günter: Juristische oder politökonomische Kategorien? Einige Bemerkungen zu den in der EAZ veröffentlichten Artikeln von K. Weissgerber, in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift, 16. Jg. 1976, S. 271 – 285.
- Lorenz, Chris: Konstruktion der Vergangenheit. Eine Einführung in die Geschichtstheorie, Köln/Weimar/Wien/Böhlau 1997.
- Lothar Strogies, Die Außerparlamentarische Opposition in Nürnberg und Erlangen, Erlangen / Jena 1996.
- Marx, Karl / Engels, Friedrich: Gesamtausgabe (MEGA), hg. von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung Amsterdam, Berlin 1975ff, URL: <http://telota.bbaw.de/mega/#>, letzter Zugriff 05.10.2023. [Zitierweise: MEGA, Band]
- Marx, Karl / Engels, Friedrich: Werkausgabe (MEW), hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED. [Zitierweise: MEW, Band]
- Mauke, Michael: Die Klassentheorie von Marx und Engels, 5. unveränd. Aufl., Frankfurt a.M. 1977.
- McLellan, David: Die Junghegelianer und Karl Marx, München 1974.
- McLellan, David: Karl Marx. Leben und Werk, München 1974.
- Mein Staat, dein Staat, unser Staat, Protokoll des Teach-ins vom 2. Mai 1978 in Bremen, o.O. [Bremen], 02.05.1978, Kopie im Besitz des Verfassers.
- Mendner, Jürgen H.: Technologische Entwicklung und Arbeitsprozeß. Zur reellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital, Frankfurt a.M. 1975.
- Meyer, Wolfgang u.a.: Erfahrung und Erkenntnis: Ausländische Arbeiter im Bildungsurlaub. Ein Beitrag zur Arbeiterbildung, in: Informationsdienst. Bildungsarbeit mit ausländischen Arbeitern, Sonderheft 1/1981, hg. von der Pädagogischen Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes, Bonn / Frankfurt a. M. 1981.
- MSB Spartakus Bremen: Apologetische ‚Theorie‘, reaktionäre Praxis: Die verkommene Politik der MG, Bremen, 24. Mai 1978.
- Mudde, Cars: Radikale Parteien in Europa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 47/2008, Bonn 2008, S. 12 – 19.
- Müller, Eva: Marxsche Reproduktionstheorie. Kritik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Hamburg 2005.
- Müller, Manfred: Auf dem Wege zum ‚Kapital‘. Zur Entwicklung des Kapitalbegriffs von Marx in den Jahren 1857 – 1863, Berlin 1978.
- Müller, Ursula: Zur möglichen Bedeutung der empirischen Sozialforschung für die Marxsche Theorie, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 5, hg. von Hans-Georg Backhaus u.a., Frankfurt a.M. 1975, S. 187 – 254.

- Müller, Wolfgang / Neusüß, Christel: Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, in: Probleme des Klassenkampfes, Sonderheft Nr. 1, 1971, 1. Jahrgang, 1971, S. 7 – 70.
- Murswiek, Dietrich: Der Verfassungsschutzbericht – das scharfe Schwert der streitbaren Demokratie. Zur Problematik der Verdachtsberichterstattung, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Heft 7, 2004, 25.07.2004, S. 769 – 778.
- Murswiek, Dietrich: Verfassungsschutz und Demokratie. Voraussetzungen und Grenzen für die Einwirkung der Verfassungsschutzbehörden auf die demokratische Willensbildung, Berlin 2020.
- Negt, Oskar (Hrsg.): Die Linke antwortet Jürgen Habermas, Frankfurt a.M. 1968.
- Neugebauer, Gero: Extremismus – Linksextremismus – Rechtsextremismus. Begriffsdefinitionen und Probleme, in: Dossier Linksextremismus, Bundeszentrale für politische Bildung, 18.08.2021, URL: <https://www.bpb.de/themen/linksextremismus/dossier-linksextremismus/>, letzter Zugriff 26.01.2024.
- Oberlercher, Reinhold (Hrsg.): Deduktion des Staates, in: Theorie und Klasse. Blätter für wissenschaftliche Kritik, Heft 8, 1975, Hamburg, April 1975.
- Otto, Axel / Bischoff u.a.: Grundsätze der Politischen Ökonomie. Der zweite Entwurf des ‚Kapitals‘ (MEGA), Hamburg 1984.
- Otto, Karl Adolf: APO. Außerparlamentarische Opposition in Quellen und Dokumenten (1960–1970), Köln 1989.
- Otto, Karl Adolf: Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960 – 1970, Frankfurt a.M. / New York 1977.
- OVG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 15.04.2005 - 21 A 4183/03, URL: <https://openjur.de/u/105854.html>, letzter Zugriff 03.02.2024.
- Pachta-Reyhofen, Katharina: Nikolaus Lobkowicz, in: Die Herren der Kette. Rektorenporträts an der LMU, hg. von Matthias Memmel und Gabriele Wimböck, München 2011.
- Paulus, Julia (Hrsg.): ‚Bewegte Dörfer‘: neue soziale Bewegungen in der Provinz 1970-1990, Paderborn 2018.
- Petri, Mario: Terrorismus und Staat. Versuch einer Definition des Terrorismusphänomens und Analyse zur Existenz einer strategischen Konzeption staatlicher Gegenmaßnahmen am Beispiel der Roten Armee Fraktion in der Bundesrepublik Deutschland, München 2007.
- Pfahl-Traughber, Armin: Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, 2. akt. Aufl. 2020.
- Philipp Gassert: Das kurze „1968“ zwischen Geschichtswissenschaft und Erinnerungskultur: Neuere Forschungen zur Protestgeschichte der 1960er-Jahre, in: H-Soz-Kult, 30.04.2010, URL: www.hsozkult.de/literaturereview/id/forschungsberichte-1131, letzter Zugriff 08.11.2021.
- Polatschek, Klemens: Revolution kaputt. Die letzten großen K-Gruppen der siebziger Jahre stellen ihren Betrieb ein, in: Die Zeit Online, Nr. 25/1991, 14. Juni 1991, URL: <https://www.zeit.de/1991/25/revolution-kaputt>, letzter Zugriff 03.02.2024.
- Projekt Klassenanalyse (Hrsg.): Gesamtreproduktionsprozess der BRD 1950 – 1975. Kritik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Westberlin 1976.

- Projekt Klassenanalyse (Hrsg.): Materialien zur Klassenstruktur der BRD (Teil 1). Theoretische Grundlagen und Kritiken, Berlin 1973.
- Projekt Klassenanalyse (Hrsg.): Oberfläche und Staat. Kritik neuerer Staatsableitungen (Altva-
ter, Braunmühl u.a., Flatow/Huiskens, Läßle, Marxistische Gruppe Erlangen), Westberlin
1974.
- Projekt Klassenanalyse Thesen zum Verhältnis von bürgerlicher Gesellschaft und Staat" ;
in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, Heft 6, 1976, Nr. 1/1976.
- Projekt Klassenanalyse: Zur Kritik der ‚Sozialstaatsillusion‘, in Sozialistische Politik Nr. 14/15,
1971, S. 193 – 209.
- Projektgruppe Entwicklung des Marschen Systems (Hrsg.): Grundrisse der Kritik der Politis-
chen Ökonomie (Rohentwurf). Kommentar, Hamburg 1978.
- Projektgruppe Entwicklung des Marxschen Systems (Hrsg.): Der 4. Band des ‚Kapital‘? Kom-
mentar zu den ‚Theorien über den Mehrwert‘, Westberlin 1975.
- Raphael, Max: Theorie des geistigen Schaffens auf marxistischer Grundlage, Frankfurt a.M.
1974.
- Raphael, Max: Zur Erkenntnistheorie der konkreten Dialektik, Frankfurt a.M. 1972.
- Reichelt, Helmut / Hirsch, Joachim: Theorie und Empirie. Bemerkungen zu dem Aufsatz von
F. Eberle und E. Hennig in ‚Gesellschaft 2‘, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen The-
orie 4, hg. von Hans-Georg Backhaus u.a., Frankfurt a.M. 1975, S. 190 – 210.
- Reichelt, Helmut: Einige Anmerkungen zu Sybille von Flatows und Freerk Huiskens Aufsatz
Zum Problem der Ableitung des bürgerlichen Staates, in: Gesellschaft. Beiträge zur
Marxschen Theorie 1, hg. von Hans-Georg Backhaus u.a.. Frankfurt a.M. 1974, S. 12 –
29.
- Reichelt, Helmut: Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx, 4., durchges. Aufl.,
Frankfurt a.M. 1973.
- Reichelt, Helmut: Zur Staatstheorie im Frühwerk von Marx und Engels, in: Karl Marx / Fried-
rich Engels. Staatstheorie, Materialien zur Rekonstruktion der marxistischen Staatstheo-
rie, hg. von Eike Hennig u.a., Frankfurt a.M. / Berlin / Wien 1974, S. XI – LVIII.
- Rinkleff, Frank: Theorien über die Grundrente. Grundeigentum und Grundrente im System der
bürgerlichen Produktion, Westberlin 1974.
- Röhrich, Wilfried: Marx und die materialistische Staatstheorie. Ein Überblick, Darmstadt 1980.
- Rohstock, Anne: Von der ‚Ordinarienuniversität‘ zur ‚Revolutionszentrale‘? Hochschulreform
und Hochschulrevolte in Bayern und Hessen 1957 – 1976, München 2010.
- Rohwedder, Uwe: Allgemeiner Studentenausschuss (AStA), 15.09.2008, in: Historisches Le-
xikon Bayerns, URL: [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Allgemei-
ner_Studentenausschuss_\(AStA\)](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Allgemeiner_Studentenausschuss_(AStA)), letzter Zugriff 06.01.2023.
- Rosdolsky, Roman: Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen ‚Kapital‘. Der Rohentwurf des
Kapital 1857 – 1858, Band I – Band III, 4., unveränd. Aufl., Frankfurt a.M. 1974.
- Rote Zellen, in: Der Spiegel Nr. 8, 1970, 15. 02. 1970, S. 68 – 70.
- Rottleuthner, Hubert (Hrsg.): Probleme der marxistischen Rechtstheorie, Frankfurt a.M. 1975.
- Rudel, Gerd: Die Entwicklung der marxistischen Staatstheorie in der Bundesrepublik, Frankfurt
a.M. / New York 1981.

- Rudzio, Wolfgang: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden, 9., akt. u. erw. Aufl. 2015.
- Rudzio, Wolfgang: Politische Perspektiven der ‚Stamokap‘-Theorie, in: Gewerkschaftliche Monatshefte Nr. 30, 1979, S.228 – 241, URL: <https://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1979/1979-04-a-228.pdf>, letzter Zugriff 28.11.2023.
- Sandleben, Guenther: Nationalökonomie & Staat. Zur Kritik der Theorie des Finanzkapitals, Hamburg 2003.
- Schildt, Axel / Siegfried, Detlef / Lammers, Karl Christian (Hrsg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000.
- Schildt, Axel / Siegfried, Detlef: Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik – 1945 bis zur Gegenwart, Bonn 2009.
- Schildt, Axel: ‚Trau keinem über 30!‘. Die Studentenrevolte als Generationsprotest, in: ‚Mythos 1968‘?, hg. von Martin Sabrow, Leipzig 2009, S. 21 – 39.
- Schildt, Axel: Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90, München 2007.
- Schildt, Axel: Rebellion und Reform. Die Bundesrepublik der Sechzigerjahre, Bonn 2005.
- Schildt, Axel: Vor der Revolte: Die sechziger Jahre, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Ausgabe B 22-23, Bonn 2001, S. 7 – 13.
- Schmidt, Manfred G.: Das politische System Deutschlands. Institution, Willensbildung und Politikfelder, Bonn 2016.
- Schmidtke, Michael: Der Aufbruch der jungen Intelligenz. Die 68er Jahre in der Bundesrepublik und den USA, Frankfurt a. M. / New York 2003.
- Schöne, Hubert: Prof. Dr. Nikolaus Lobkowicz Rektor der Universität Eichstätt im Gespräch mit Hubert Schöne, BR-Online, 25.11.1998, URL: [file:///D:/Downloads%20\(Firefox%20und%20Edge\)/nikolaus-lobkowicz-gespraech100.pdf](file:///D:/Downloads%20(Firefox%20und%20Edge)/nikolaus-lobkowicz-gespraech100.pdf), letzter Zugriff 19.07.2024
- Schröder, Jürgen: Ideologischer Kampf vs. regionale Hegemonie. Ein Beitrag zur Untersuchung der K-Gruppen, Berlin 1990.
- Schröder, Jürgen: Marxistische Gruppe (MG) Erlangen/Nürnberg, Berlin 2011 (19.1.2011), URL: https://www.mao-projekt.de/BRD/BAY/MFR/Erlangen_Marxistische_Gruppe.shtml, letzter Zugriff 27.07.2021.
- Schröder, Jürgen: Regensburg – Hochschulen, Berlin 2021 (03.06.2021), URL: https://www.mao-projekt.de/BRD/BAY/OPF/Regensburg_Hochschulen.shtml, letzter Zugriff 21.07.2024.
- Schröder, Jürgen: Würzburg, Berlin 2010a (03.05.2010), URL: <https://www.mao-projekt.de/BRD/BAY/UFR/Wuerzburg.shtml>, letzter Zugriff 21.07.2024.
- Schröder, Jürgen: Würzburg: Von der Kommunistischen Studentengruppe (KSG) des KABD zur Gruppe Würzburger Kommunisten, Berlin 2010b (24.07.2010), URL: https://www.mao-projekt.de/BRD/BAY/UFR/Wuerzburg_KSG.shtml, letzter Zugriff 24.07.2014.
- Schubert, Klaus / Martina Klein: Das Politiklexikon, Bonn, 7. aktual. u. erw. Aufl. 2020, URL: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/17995/partei-des-demokratischen-sozialismus-pds/>, letzter Zugriff 19.10.2023.
- Schumann, Dirk / Hooffacker, Gabi: Die Marxistische Gruppe (MG). in: Der Ketzer, Nr. 13, 1981, München, Mai 1981, S. 2 – 5.

- Schürmann, Axel: Wertgesetz und gesellschaftliche Entwicklung. Voruntersuchungen zu einer materialistischen Systemtheorie der Gesellschaft, Gießen 1974.
- Schwan, Heribert / Steininger, Rolf: Die Bonner Republik 1949 – 1998, Berlin 2009.
- Schwarz, Winfried: Das ‚Kapital im allgemeinen‘ und die ‚Konkurrenz‘ im ökonomischen Werk von Karl Marx. Zu Rosdolskys Fehlinterpretation der Gliederung des ‚Kapital‘, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 1, hg. von Hans-Georg Backhaus u.a., Frankfurt a.M. 1974, S. 222 – 246.
- Schwarz, Winfried: Vom ‚Rohentwurf‘ zum ‚Kapital‘. Die Strukturgeschichte des Marxschen Hauptwerkes, Westberlin 1978.
- Sellnow, Werner: Gesellschaft - Staat - Recht. Zur Kritik der bürgerlichen Ideologien über die Entstehung von Gesellschaft, Staat und Recht, Band 1 und 2, Westberlin 1963.
- Siegfried, Detlef: ‚Einstürzende Neubauten‘. Wohngemeinschaften, Jugendzentren und private Präferenzen kommunistischer ‚Kader‘ als Formen jugendlicher Subkultur, in: Archiv für Sozialgeschichte, Band 44, 2004, S. 39 – 66.
- Siegfried, Detlef: Forschungsbericht 1968, 12.12.2002, URL: <https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-4078>, letzter Zugriff 05.07.2023.
- Siegfried, Detlef: Protest am Markt. Gegenkultur in der Konsumgesellschaft um 1968, in: Wo ‚1968‘ liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik, hg. von Christina von Hodenberg und Detlef Siegfried, Göttingen 2006, S. 48 – 78.
- Siegfried, Detlef: Time Is on My Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre, Göttingen, 3., um ein Nachwort erg. Aufl. 2017.
- Sozialistische Studiengruppen (Hrsg.): Die ‚Deutsche Ideologie‘. Kommentar, Hamburg 1981.
- SPD Geschichtswerkstatt (Hrsg.): Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB), 26. Oktober 2019, URL: [https://www.spd-geschichtswerkstatt.de/wiki/Sozialdemokratischer_Hochschulbund_\(SHB\)](https://www.spd-geschichtswerkstatt.de/wiki/Sozialdemokratischer_Hochschulbund_(SHB)), letzter Zugriff 19.10.2023.
- SPD Parteivorstand (Hrsg.): Geschichte der Jusos, o.D., URL: <https://jusos.de/grundlagenhandbuch/geschichte-der-jusos/>, letzter Zugriff 19.10.2023.
- SPD Parteivorstand (Hrsg.): Hamburger Programm. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 28. Oktober 2007, Berlin 2007.
- Stefan Hemler: Von Kurt Faltlhauser zu Rolf Pohle. Die Entwicklung der studentischen Unruhe an der Ludwig-Maximilians-Universität München in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre. In: 1968. 30 Jahre danach, hg. von Venanz Schubert, St. Ottilien 1999, S. 209 – 242.
- Steffen, Michael: Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991, Berlin / Hamburg / Göttingen 2002.
- Studenten auf den Barrikaden, in: Der Spiegel Nr. 17, 1968, 21.04.1968.
- Sultan, Herbert: Gesellschaft und Staat bei Karl Marx und Friedrich Engels, Den Haag 1973.
- Tomberg, Friedrich: Bürgerliche Wissenschaft. Begriff - Geschichte - Kritik, Frankfurt a.M. 1973.
- Trikont-Verlag (Hrsg.): Neues Rotes Forum Nr. 3 / 1970, Heidelberg, 16.12.1970.
- Trinius, Stephan: Die 68er-Bewegung – Interview mit Prof. Gerd Langguth, 20.08.2007, URL: <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/geschichte-der-raf/49198/die-68er-bewegung?p=all>, letzter Zugriff 01.03.2023.

- Tuchscheerer, Walter: Bevor ‚Das Kapital‘ entstand. Die Entstehung der ökonomischen Theorie von Karl Marx, 2., unveränd. Aufl., Köln 1968.
- Von Braunmühl, Claudia / Funken, Klaus / Cogoy, Mario / Hirsch, Joachim: Probleme einer materialistischen Staatstheorie, Frankfurt a.M. 1973.
- Von Braunmühl, Claudia: Die nationalstaatliche Organisiertheit der bürgerlichen Gesellschaft, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 8/9, hg. von Hans-Georg Backhaus u.a., Frankfurt a.M. 1976, S. 273 – 334.
- Von Braunmühl, Claudia: Kapitalakkumulation im Weltmarktzusammenhang. Zum methodischen Ansatz einer Analyse des bürgerlichen Nationalstaates, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 1, hg. von Hans-Georg Backhaus u.a., Frankfurt a.M. 1974, S. 30 – 51.
- Von Flatow, Sybille / Huisken, Freerk: Zum Problem der Ableitung des Bürgerlichen Staates. Die Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft, der Staat und die allgemeinen Rahmenbedingungen der Produktion, in: PROKLA. Probleme des Klassenkampfes, Heft Nr. 7, 1973, S. 83 – 153.
- Von Hodenberg, Christina: Das andere Achtundsechzig. Gesellschaftsgeschichte einer Revolte, München 2018.
- Von Holt, Dirk / Pasero, Ursula / Roth, Volkbert M.: Aspekte der Marxschen Theorie 2. Zur Wertformanalyse, Frankfurt a.M. 1974.
- Von Saldern, Adelheid: Markt für Marx. Literaturbetrieb und Lesebewegungen in der Bundesrepublik in den Sechziger- und Siebzigerjahren, in: Archiv für Sozialgeschichte, Band 44 (2004), S. 149 – 180.
- Vonderach, Gerd: Kapital und Klasse. Politökonomische Grundlagen zur Klassenanalyse im Kapitalismus, Giessen / Lollar 1974.
- Vranicki, Predrag: Geschichte des Marxismus, Erster Band und Zweiter Band, Frankfurt a.M. 1972.
- Wachter, Clemens: Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, 07.12.2021, URL: https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Friedrich-Alexander-Universit%C3%A4t_Erlangen-N%C3%BCrnberg, letzter Zugriff 17.02.2023.
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bundesrepublik und DDR 1949 – 1990, Bonn 2010.
- Wehler, Hans-Ulrich: Was ist Gesellschaftsgeschichte? in: Wehler, Hans-Ulrich: Aus der Geschichte lernen? Essays, München 1988, S. 115 – 129.
- Weissgerber, Klaus: Politökonomische und juristische Kategorien. Entgegnung auf den Beitrag von G. Lewin, in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift, 16. Jg. 1976, S. 287 – 293.
- Wernet, Andreas: ‚Mein erstes Zeugnis‘. Zur Methode der Objektiven Hermeneutik und ihrer Bedeutung für die Rekonstruktion pädagogischer Handlungsprobleme, URL: <https://fall-archiv.uni-kassel.de/lernumgebung/objektive-hermeneutik/>, 10.07.2011, letzter Zugriff 17.07.2024.
- Wiggershaus, Rolf: Die Frankfurter Schule. Geschichte - Theoretische Entwicklung - Politische Bedeutung, München, 4. Aufl. 1993.

- Wirth, Margaret: Zur Kritik der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: PRO-KLA. Probleme des Klassenkampfes, Heft Nr. 8/9, 1973, S. 17 – 44, URL: <https://doi.org/10.32387/prokla.v3i8/9.1793>, letzter Zugriff 04.08.2024.
- Wolfrum, Edgar: Der Aufsteiger. Eine Geschichte Deutschlands von 1990 bis heute, Stuttgart 2020.
- Wolfrum, Edgar: Die Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1990, Gebhardt: Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 23, hg. von Wolfgang Benz, 10., völlig neu bearb. Aufl., Stuttgart 2011.
- Zeithistorische Forschungen (Hrsg.): Neue Bücher zu „1968“ im Spiegel der Kritik, Auswahlbibliographie mit Rezensionenachweisen, zuletzt aktualisiert am 28.10.2019, URL: https://zeithistorische-forschungen.de/sites/default/files/medien/material/Rezensionen_68erPDF.pdf, letzter Zugriff 01.09.2023.
- Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands (Hrsg.): Statut der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), 12.12.2009, URL: <http://www.k-p-d-online.de/index.php/kpd/grundsatzdokumente/statut-der-kpd>, letzter Zugriff 29.07.2023.
- Zentralverband der Roten Zellen (Hrsg.): 500 Jahre Ludwig-Maximilian-Universität. Forschung und Ausbildung im Dienst der herrschenden Klasse, München, o.D. [Juni 1972].
- Zippelius, Reinhold: Geschichte der Staatsideen, 10., neu bearb. u. erw. Aufl., München 2003.
- Zur Geschichte und Kritik der „Marxistischen Gruppe“ (MG). Linkliste, Materialien zur Analyse von Opposition, 2024 (letzte Änderung: 04.10.2024), URL: https://www.mao-projekt.de/BRD/ORG/MG/MG_Linkliste.shtml, letzter Zugriff 24.10.2024.

8.2.2 Schriften der Bundes- und Landesbehörden sowie Berichte des Bundesamtes und der Landesämter für Verfassungsschutz

Schriften der Bundesbehörden

- Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): 70 Jahre Bundesamt für Verfassungsschutz 1950 | 2020, Köln, März 2020.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): Das Bundesamt für Verfassungsschutz, Köln, Juni 2019.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): Die ‚Marxistische Gruppe‘ (MG). Ideologie, Ziele und Arbeitsmethoden eines kommunistischen Geheimbundes, Entwicklung der Organisation seit der ‚Auflösung‘ 1991, Köln, Januar 1995.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): Linksextremismus. Erscheinungsformen und Gefährdungspotenziale, Köln, Mai 2016, URL: https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/linksextremismus/begriff-und-erscheinungsformen/begriff-und-erscheinungsformen_artikel.html, letzter Zugriff 01.08.2021.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): Linksextremisten. Ihre Ziele & Aktionsfelder, [Köln], Mai 2018.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): Was macht eigentlich der Verfassungsschutz? Wissenswertes rund um den deutschen Inlandsnachrichtendienst, Köln, Juli 2022.

- Bundesamt für Verfassungsschutz: Teillieferung 1 zum Themenkomplex „Marxistische Gruppe“ (MG) im Zeitraum von 1960 – 1991, Printversion (auf USB-Stick), Az: 215-437-640037-0000-0018/23 S, Köln, 05.06.2023.
- Bundesamt für Verfassungsschutz: Teillieferung 2 zum Themenkomplex „Marxistische Gruppe“ (MG) im Zeitraum von 1960 – 1991, Digitalisat (auf USB-Stick), Az: 215-437-640037-0000-0022/23 S, Köln, 15.12.2023.
- Bundesminister des Innern (Hrsg.): Die ‚Marxistische Gruppe‘ (MG). Ideologie, Ziele und Arbeitsmethoden eines kommunistischen Geheimbundes, Bonn, März 1991.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Die Studentenunruhen, in: Zum Thema, Schriftenreihe des Bundesministeriums des Innern, Band 4, Bonn, August 1969a.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Kulturpolitik im Bundesministerium des Innern, in: Zum Thema, Schriftenreihe des Bundesministeriums des Innern, Band 5, Bonn 1969b.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Öffentlichkeitsarbeit in der Sozialarbeit. Bergneustädter Gespräche, in: Zum Thema, Schriftenreihe des Bundesministeriums des Innern, Band 6, Bonn 1969c.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Sozialarbeit heute und morgen, in: Zum Thema, Schriftenreihe des Bundesministeriums des Innern, Band 2, Bonn 1968.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Staat - Verfassung - Verwaltung, in: Zum Thema, Schriftenreihe des Bundesministeriums des Innern, Band 7, Bonn, März 1971.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutz 1968, in: Zum Thema, Schriftenreihe des Bundesministeriums des Innern, Band 3, Bonn, Juni 1969d.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutz 1968. Erfahrungsbericht über die Beobachtungen der Ämter für Verfassungsschutz im Jahre 1968, in: Zum Thema, Schriftenreihe des Bundesministeriums des Innern, Band 4, Bonn, August 1969e.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.)[Faude, Alfred / Fritz, Kurt]: Aufgaben und Organisation des Bundesministeriums des Innern, in: Zum Thema, Schriftenreihe des Bundesministeriums des Innern, Band 1, Bonn 1969f.
- Bundesministerium des Innern und für Heimat (Hrsg.): Organisationsplan des Bundesministeriums des Innern und für Heimat, Stand: 16. Februar 2023, URL: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/ministerium/organigramm-bmi.pdf;jsessionid=C6869BD86F321B0891FCB06F347BD40B.2_cid350?__blob=publicationFile&v=67, letzter Zugriff 16.04.2023.

Schriften der Landesbehörden

- Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz: Ihre Anfrage (Archivmaterialien für wissenschaftliches Projekt; Verfassungsschutzberichte Bayerns), (Antwortschreiben, Zeichen: 11-244-S-94 1001.4/825/2), München, 04.10.2021.
- Landesamt für Verfassungsschutz (Freie Hansestadt Bremen) (Hrsg.): Über uns. Häufig gestellte Fragen, o.D. [1976], Bremen, URL: <https://www.verfassungsschutz.bremen.de/ueber-uns/haeufig-gestellte-fragen-12276>, letzter Zugriff 17.03.2023.

Ministerium des Innern und für Sport (Rheinland-Pfalz) (Hrsg.): Verfassungsschutz. Aufgaben - Befugnisse - Grenzen, Mainz, 2. Auflage Dezember 2020.

Ministerium für Inneres und Kommunales (Freistaat Thüringen) (Hrsg.): Glossar Verfassungsschutz, URL: <https://verfassungsschutz.thueringen.de/ueber-uns/struktur/glossar>, letzter Zugriff 17.03.2023.

Zitierweise: **Verfassungsschutzbericht Bund, Jahr:**
Verfassungsschutzberichte des Bundes

Hrsg.: Bundesministerium des Innern

Verwendet wurden Berichte der Jahre: 1968, 1969/70, 1971 bis 1992, 1995, 2004 bis 2010, 2018.

Zitierweise: **Verfassungsschutzbericht Bayern, Jahr:**
Verfassungsschutzberichte des Landesamtes Bayern

Hrsg.: Bayerisches Staatsministerium des Innern

Verwendet wurden Berichte der Jahre: 1976 bis 1992, 2015.

Abstract (Deutsch)

Die Marxistische Gruppe, eine politische Organisation aus dem Kreis der Neuen Linken, entstand Ende der 1970er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland aus einem sich über mehrere Jahre hinziehenden Zusammenschluss der Roten Zellen der Arbeitskonferenz München sowie verschiedener lokal agierender marxistisch orientierter Gruppen und war bis zu ihrer Auflösung im Jahr 1991 aktiv. Die Analyse des Entstehungs- und Entwicklungsprozesses der Organisation orientiert sich in der vorliegenden Dissertation an Fragestellungen, die die eigentümlichen Merkmale der Gruppe betreffen. Mit der Untersuchung soll ein Beitrag zur Erforschung der bisher kaum spezifizierten Organisation geleistet werden. Anhand umfangreichen Quellenmaterials der Gruppe und ihrer Vorläuferorganisationen wird zunächst herausgearbeitet, dass die Marxistische Gruppe den Aufbau einer Intellektuellenorganisation mit dem Anspruch einer grundlegenden Veränderung kapitalistischer Verhältnisse anstrebte. In der Arbeit wird entwickelt, dass ein vorrangig und kontinuierlich betriebener Theoriebildungsprozess ein wesentliches Charakteristikum der sich formierenden Gruppierungen war. Die Theoriearbeit prägte die zentrale politische Arbeit der Organisation und brachte einerseits wichtige Ansätze auf dem Gebiet der Kritik der politischen Ökonomie hervor, enthielt andererseits aber auch teilweise widersprüchliche oder ungenau ausgeführte Theorieelemente. So enthält die für die Gruppe bedeutende Analyse des bürgerlichen Staates Ausgangsbestimmungen über die Interessen der Gesellschaftsmitglieder, die unklar dargelegt sind und insofern die beabsichtigte Herleitung des Staates nicht leisten. Ein weiteres Spezifikum der Organisation war ihre destruktive Kritik an allen bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen, die zum Teil aus theoretischer Überheblichkeit dogmatisch wirkte und in ihrem Kommunikationsstil eine Polemik darstellte, die nicht selten in persönliche Angriffe überging, wodurch die von der Gruppe beanspruchte Vermittlung ihrer Ergebnisse in Frage gestellt wurde. Darüber hinaus zeigten sich Besonderheiten der Marxistischen Gruppe sowohl in der strikten Abschottung der Organisation nach außen als auch in der jahrzehntelangen personellen Konstanz ihres Führungskaders. In der Untersuchung wird gezeigt, dass auch das abrupte Ende der Marxistischen Gruppe besondere Momente enthielt, da die selbstbestimmte Auflösung der Organisation nicht nur aufgrund vermeintlich existenzgefährdender Maßnahmen der Verfassungsschutzbehörden erfolgte, sondern auch ein eingestandenes Scheitern der theoretisch überhöhten politischen Arbeit der Organisation kennzeichnete. Die in kurzer Zeit durchgeführte Aufhebung aller politisch-praktischen Tätigkeitsbereiche der Marxistischen Gruppe ging zugleich mit einer wiederum in personeller Konstanz vollzogenen inhaltlichen Fortsetzung auf publizistischer Ebene einher – eine marxistische Organisation verschwand, eine marxistische Zeitschrift entstand.

Abstract (Englisch)

The Marxist Group, a political organisation from the circle of the New Left, emerged in the late 1970s in the Federal Republic of Germany from a merger of the Red Cells of the Munich Labour Conference and various locally active Marxist-oriented groups that lasted several years and was active until its dissolution in 1991. The analysis of the organisation's formation and development process in this dissertation is based on questions concerning the group's peculiar characteristics. The aim of the study is to contribute to research into the organisation, which has hardly been specified to date. Based on extensive source material from the group and its predecessor organisations, it is first worked out that the Marxist Group strove to build an intellectual organisation with the aim of fundamentally changing capitalist conditions. The paper develops the idea that a prioritised and continuous theory-building process was an essential characteristic of the groupings that were forming. The theoretical work shaped the central political work of the organisation and, on the one hand, produced important approaches in the field of the critique of political economy, but on the other hand also contained partly contradictory or imprecisely formulated theoretical elements. For example, the analysis of the bourgeois state, which was important for the group, contained initial provisions on the interests of the members of society that were unclear and therefore did not achieve the intended derivation of the state. A further specific feature of the organisation was its destructive criticism of all existing social conditions, which in part had a dogmatic effect due to theoretical arrogance and represented a polemic in its style of communication, which not infrequently turned into personal attacks, thereby calling into question the communication of its results claimed by the group. In addition, the Marxist Group's peculiarities were evident both in the strict isolation of the organisation from the outside world and in the decades-long consistency of the leadership cadre. The study shows that the abrupt end of the Marxist Group also contained special moments, as the self-determined dissolution of the organisation was not only due to measures taken by the constitutional protection authorities that supposedly threatened its existence, but also marked an admitted failure of the organisation's theoretically exaggerated political work. The dissolution of all political structures of the Marxist Group, which was carried out in a short space of time, was accompanied by a continuation of the content on a journalistic level, again with the same personnel - a Marxist organisation disappeared, a Marxist journal was created.

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit versichere ich an Eides statt, die vorliegende Dissertationsschrift selbst verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel und Quellen benutzt zu haben.

04. November 2024

Datum

Wolfgang Günther Meyer

Unterschrift des Doktoranden